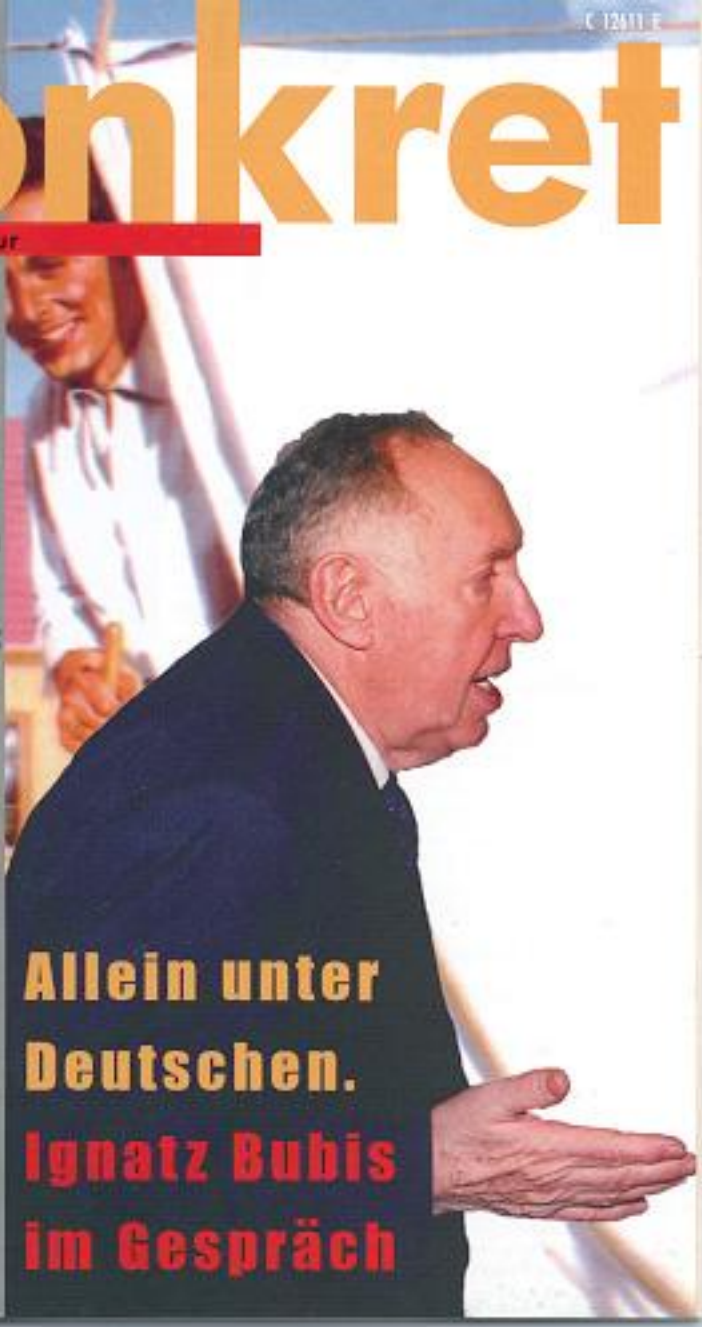
Heft 2 Februar 1999 8,- DM

C 12011 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Walser, ein deutscher Antisemit
- Die Berliner Republik: Wahn der Normalität
- Horst Mahler: Ein Extremist berührt sich
- PDS: Eigentum ist Ladendiebstahl
- Armani: Des Spontis neue Kleider
- :-(...!)?-: Der Dichter und der Sex



Allein unter Deutschen. Ignatz Bubis im Gespräch

in konkret Februar 1999

hier konkret von Peter O. Chotjewitz
Caterina Muth, PDS-Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag, ist von ihrem Amt zurückgetreten, um »Schaden von der Partei abzuwenden«. Sie war ertappt worden, als sie in einer Drogerie Wimperntusche stehlen wollte. KONKRETsprach mit dem Schriftsteller und Juristen Peter O. Chotjewitz über das komplizierte Verhältnis der Linken zum Eigentum

von konkret

an konkret

Drüben und hüben von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Jetztzeit von Peter Hacks

»Die Haare sind mehr geworden« von Hermann L. Gremliza, Ignatz Bubis
KONKRET-GesprächHermann L. Gremliza sprach mit Ignatz Bubis über die Suppe Deutschland und was darin schwimmt

Getriebe der ErinnerungNormalität und Wahn von Matthias Küntzel
Geschichtsignoranz und Sekundärer Antisemitismus sind in der »Berliner Republik« virulent wie nie. Der Fall Walser/Bubis läutete eine Zeit ein, in der die Deutschen nicht nur das Erinnern, sondern auch das Erinnernlassen heftig von sich weisen. Matthias Küntzel über die neue deutsche Schamlosigkeit, Micha Brumlik über antisemitische Figuren in Walsers Preisrede

Getriebe der ErinnerungApologie und Amoral von Micha Brumlik
Geschichtsignoranz und Sekundärer Antisemitismus sind in der »Berliner Republik« virulent wie nie. Der Fall Walser/Bubis läutete eine Zeit ein, in der die Deutschen nicht nur das Erinnern, sondern auch das Erinnernlassen heftig von sich weisen. Matthias Küntzel über die neue deutsche Schamlosigkeit, Micha Brumlik über antisemitische Figuren in Walsers Preisrede

Ein alemannisches Idiotikon von Joachim Rohloff
Der neue Roman des Friedenspreisträgers Martin Walser schildert das Dritte Reich als Jugend-Idyll

Whistling in the Dark von Andrei S. Markovits, Jürgen Elsässer
KONKRET-InterviewÜber das Versagen von Rot-Grün in der Walser-Debatte und die Widersprüchlichkeit einer Realpolitik zur Zähmung Deutschlands. Ein Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Andrei S. Markovits

Business as usual von Tjark Kunstreich
Stimmenthaltung oder Zustimmung:Das Gros der deutschen Traditionslinken hat in der Auseinandersetzung mit Martin Walser versagt

Keine Mißverständnisse von Alfred Schobert
Im völkisch-nationalen Blätterwald von »Aula« bis zum Verlag Zeitenwende zeigt sich das rechte Verständnis der Walser-Rede

»Saddam des Westens« von Jürgen Elsässer
Die Deutschen haben endlich einen Juden entdeckt, den sie ungeniert hassen dürfen: den israelischen Premier Benjamin Netanjahu

Im Sumpf der Archive von Otto Köhler
Im Auftrag der BASF erforschen vier Historiker die Firmengeschichte. Ob dabei die Rolle des Hauses bei der Errichtung der IGAuschwitz wirklich geklärt wird, ist zu bezweifeln

Von der moralischen Überdüngung des Mobs von Werner Rügemer
Am 13. Dezember 1998 erhielt der Schriftsteller Hans M. Enzensberger den Heinrich-Heine-Preis der Stadt Düsseldorf. Seine Dankesrede, die der »Spiegel« veröffentlicht hat, ist ebenso skandalös – oder, nach Begriffen der Berliner Republik, »normal«, – wie die Friedenspreisrede Martin Walsers

Stoibers RAF von Alfred Schobert
RAF heißt heute: Rassistische Armee Fraktion. Horst Mahler, ehemaliges Mitglied der Roten Armee Fraktion und der maoistischen KPD/ML, mobilisiert den völkischen Mob, um sich selbst als Dompteur der zahlreichen selbsternannten Führer zu empfehlen

Allerlei Verhetzungspotential von Otto Köhler
Noch im letzten Bundestag wäre das folgende Attentat auf die soziale Marktwirtschaft nicht möglich gewesen

Danach und davor von Georg Fülberth
Die Mark heißt jetzt Euro und ist ein Beitrag zur Durchsetzung des Neoliberalismus in der gesamten EU

Stunde der Hausknechte von Horst Pankow
Pinochet, Pol Pot und die spanische Antiterror-Schwadron: Die Verfolgung sog. Menschenrechtsverletzungen ist eine Frage der politischen Opportunität

In diesem Sinne - Jahrtausendmann von Fanny Müller

In diesem Sinne - Danke, Amerika von Gerhard Nordmann

In diesem Sinne - Kohle non olet von Gert Ockert

In diesem Sinne - Erste Ölung von Michael Schilling

Draußen vor der Tür von Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland

Des Spontis neue Kleider von Georg Seeßlen
Natürlich mußte es so kommen. Aber so schnell? So dumm? So fad? Anmerkungen zum Gewandorchester der Berliner Republik

Müllennium von Jürgen Roth
Die Presse kann den Jahrtausendwechsel nicht mehr abwarten und prophezeit schon jetzt wie von Sinnen

Stille Post von Günther Jacob
In den letzten Jahren ist im Kontext der Holocaust-Forschung eine umfangreiche internationale Literatur über Oral History und Trauma-Forschung entstanden. Es geht darin vor allem um die Reflexion der Zeitzeugenberichte, um Probleme traumatischer Langzeitfolgen sowie deren mögliche Übertragung auf Kinder und Enkel. Die Bedeutung der Forschungen hat inzwischen deutsche Begehrlichkeiten geweckt. Immer häufiger werden unzulässige Parallelen gezogen. Nicht wenige deutsche Oral-History-Wissenschaftler und Therapeuten machen aus Tätern und Zuschauern inzwischen ehrwürdige Zeitzeugen und Opfer der Umstände. Die deutschen Kinder und Enkel werden in die Nähe der Nachkommen der überlebenden Deportierten gerückt – als Opfer ihrer traumatisierten Eltern und Großeltern. Beginn

eines dreiteiligen Literaturberichts

Buch & Deckel von Ralf Blendowske

Joachim Vockel: Bilder zum »Kapital«. PapyRossa Verlag, Köln 1998, 53 Seiten, 28 Mark

Buch & Deckel von Andreas Hansen

Fritz Mierau: Das Verschwinden von Franz Jung. Stationen einer Biographie. Edition Nautilus, Hamburg 1998, 333 Seiten, 58 Mark

Buch & Deckel von Frank Schäfer

Die Tagebücher des W. A. Mozart. Illustriert von ihm selbst. Herausgegeben mit bisher unveröffentlichtem historischen Bild- und Textmaterial sowie einem Vorwort von Eugen Egner. Haffmans Verlag, Zürich 1998, 80 Seiten, 18 Mark

Die Verwandlung von Mark-Stefan Tietze

Der Fall Schneider/Schwerte beschäftigt mittlerweile breite Wissenschaftskreise und das große Publikum. Doch das Interesse, hier Fragen von Schuld und persönlicher Verantwortung zu behandeln, ist nicht eben stark

: – (...!)? – : von Peter O. Chotjewitz

Zur Lage der Sexualmetapher bei Arno Schmidt

Deutsche Dissonanzen von Gerhard Scheit

Der Sonderstab, die lustige Witwe und eine metaphysische Spieldose. Über drei neue Bücher zum Thema Musik und Nationalsozialismus

Melodie & Rhythmus von Martin Büsser

Film & Theater von Kay Sokolowsky

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/99, S. 3

Peter O. Chotjewitz

hier konkret

Caterina Muth, PDS-Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag, ist von ihrem Amt zurückgetreten, um »Schaden von der Partei abzuwenden«. Sie war ertappt worden, als sie in einer Drogerie Wimperntusche stehlen wollte. KONKRETsprach mit dem Schriftsteller und Juristen Peter O. Chotjewitz über das komplizierte Verhältnis der Linken zum Eigentum

konkret: Muths Fall ist bereits der zweite in relativ kurzer Zeit. Vor drei Jahren hatte Muths Genossin Petra Sitte, Fraktionsvorsitzende der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt, in einem Kosmetikladen einen Schminkstift (Preis: neun Mark) geklaut. Ist die doppelte Straffälligkeit Zufall?

Chotjewitz: Zufall ist sie nicht. Man kann es psychologisch interpretieren: Es ist in der Literatur nachgewiesen, daß Frauen, die es finanziell nicht nötig haben, in einem gewissen Alter in Streßsituationen überdurchschnittlich häufig zum Kleindiebstahl neigen. Außerdem ist nicht unbekannt, daß Menschen oftmals auf diese oder ähnliche Weise – man denke etwa an den fahrlässigen Selbstmord auf der Autobahn – die eigene Existenz in Frage stellen. Ich unterstelle Frau Muth, daß sie, indem sie das Risiko, beim Ladendiebstahl entdeckt zu werden, bewußt auf sich nahm, ihren Scheißjob loswerden wollte; davon zeugt die Bereitwilligkeit ihres Geständnisses und ihr sogleich erfolgter Rücktritt. Das ist zunächst mal parteiübergreifend.

Wollen wir es jetzt politisch interpretieren, kommen wir in ein empirisch weniger gesichertes Gebiet. Da gibt es meines Wissens mindestens zwei Interpretationsmöglichkeiten. Die eine, die aber nicht einschlägig gesichert ist: Es bleibt derjenigen, die keinen anderen legal beklauen kann, nichts weiter übrig, als selber zu klauen. Was ist ein Ladendiebstahl gegen die Gründung eines Ladens! Die andere ist die Fortsetzung der ersten: Wer Angehöriger eines Parlaments ist, hat die Aufgabe, das Privateigentum zu schützen und Diebstahl abzulehnen. Will man aber innerhalb dieses Parlaments dennoch einen Rest von Opposition aufrechterhalten, muß man genau gegen dieses Credo des Parlamentariers verstoßen. Dann hätten wir es mit einem unbewußten Akt der Opposition zu tun.

Es gibt aber noch eine weitere Möglichkeit, sagen wir Möglichkeit 2a: Jeder Mensch weiß, Kommunisten klauen. Das weiß man seit 150 Jahren. Jetzt ist die PDS eine Partei, die sich dem, was man so gemeinhin denkt, versucht anzupassen. Delegiert werden selbstverständlich Frauen, weil die das sowieso machen.

konkret: Wenn Ihre Erklärung zuträfe, hätte Frau Muth aber nicht vom Fraktionsvorsitz zurücktreten müssen.

Chotjewitz: Die Art und Weise, wie sich die PDS dazu verbal verhält, ist eindeutig falsch. Aber das gehört im Prinzip dazu.

konkret: Man könnte die Entwicklung der SED zur PDS auch als die von der Expropriation der Expropriateure zur Enteignung von Parfümerie-Auslagen beschreiben. Und das würde den Vorgang bestimmt nicht schlechter beschreiben, als es ein ganzes Dutzend Zonenpfaffen könnte – von Eppelmann bis Meckel.

Chotjewitz: Diese These setzt voraus, daß die ganze PDS klaut – sonst schaffen die das ja gar nicht.

konkret: Nun sind ja noch weitere ostdeutsche Vertreter auffällig geworden, Wolfgang Lippert z. B. mit einem Zangendiebstahl im Baumarkt ...

Chotjewitz: Ich weiß, worauf Sie hinauswollen: Daß hier von seiten der Bewohner der fünf neuen Länder gewissermaßen ein Echo auf den jahrzehntelang geübten Konsumverzicht stattfindet. Halte ich für falsch. So schlimm haben die auch wieder nicht gelitten, daß ihr jetziges Verhalten immer noch einen unbewußten Griff in die Auslage begründen könnte.

konkret: Ließe sich nicht aber sagen, daß ihr Verhältnis zum Eigentum kein so ausgeprägtes sei und daß sich dieses rudimentäre Verhältnis womöglich, wie sich bei derlei Aktionen zeigt, erhalten habe?

Chotjewitz: Das ist sicher falsch, weil ja der Ladendiebstahl in den neuen Bundesländern statistisch sehr viel geringer ist als in den alten Bundesländern. In den alten Bundesländern gibt es auch logischerweise eine viel größere Tradition. Hier haben sich sowohl Techniken des Ladendiebstahls dermaßen verfeinert – dafür hatten die drüben keine Zeit, so viel gab's nicht zu klauen – als auch die Techniken der Beantwortung des Vorwurfs. Im Westen tritt wegen einer solchen Kleinigkeit niemand mehr von gar nichts zurück.

Frau Muth sagt: Ich habe gar nicht vorgehabt zu klauen, das muß mir versehentlich reingerutscht sein. Das reicht ja nicht mal aus, um eine strafbare Handlung zu begründen. Es gibt keinen versehentlichen Diebstahl. Und wir haben auch nicht den geringsten Anlaß anzunehmen, daß dies eine Schutzbehauptung war. Das heißt, für das, was die Frau Muth da gemacht hat, und mit ihrer Begründung – die im Westen natürlich gang und gäbe ist, jeder, der klaut, Zeche prellt, schwarzfährt, hat nur das Zahlen vergessen – , könnte sie gar nicht bestraft werden. Daß man solche Fälle dann doch bestraft, begründet der

Jurist mit der Lebenserfahrung. Der Jurist weiß: So würde ich, wenn ich klaue, auch antworten, folglich muß es gelogen sein. Aber es ist im Prinzip nicht korrekt.

konkret: An ihren Verbrechen sollt ihr sie erkennen: die PDS am Ladendiebstahl, die CSU am Autofahren im Vollsuff, die FDP an der Steuerhinterziehung, die SPD am Landesverrat. Nur Schwarz-Grün scheint kriminalstatistisch unauffällig.

Chotjewitz: Da haben wir es natürlich im wesentlichen mit Glaubensverbrechen zu tun. Das klassische grüne Verbrechen besteht darin, daß ich etwas behaupte und nach zehn Jahren etwas völlig anderes sage. Da ist mir ein völlig korrupter Politiker lieber. Ich will gern wissen, was unsere Politiker kosten.

Konkret 02/99, S. 4

von konkret

»Zeitschriftenschau« im Hessischen Rundfunk, Redaktion Kultur und Wissenschaft:

Als die größten Skeptiker, nein: unversöhnlichsten Anprangerer der rotgrünen Regierung gebärden sich die »wahren« Linken, treuen Marxisten und ewigen Sozialisten. »Kohl heißt jetzt Schröder« und »Der Weg war das Ziel« titelte die Zeitschrift KONKRET – es gibt sie tatsächlich noch immer – im November und Dezember. Das Kapital brauche eine neue Fassade, meint die ex-grüne Fundamentalistin Jutta Ditfurth, und die bekomme es mit Hilfe ehemaliger Revoluzzer, die »kurz vor der Rente« für ihr Wohlstandsdefizit endlich entschädigt werden wollen. Diesen »Realitätssinn« habe das Kapital längst schätzen gelernt ...

Folgen längere Zitate, zwei von Pohrt (über den »Plastilin-Menschen« Fischer, der »rein physiognomisch schon der perfekte Klon des jeweils amtierenden Kanzlers« ist) und eines von Gremliza (über das Kapital, »das schon früh verstanden hat, daß der Cheftheoretiker einer maoistischen Sekte im Ruhestand und der Molliwerfer a. D. weit bessere Gewähr für künftige Anstelligkeit bieten als etwa ein gewerkschaftlicher Vertrauensmann«). Der Autor vom Hessischen Rundfunk ist, wie das Wort von den »wahren«, »treuen« und »ewigen« verrät, ein Freund der versöhnlichen, nein: der versöhnten Anprangerer, weshalb KONKRET in seinen monatlichen Schauen nur ausnahmsweise vorkommt. Diesmal mußte es sein: Ein bißchen Interesse muß so ein Beiträger schon wecken, wenn die Sendeanstalt ein paar Hörer behalten will, und mit den Noten, die die anderen Blätter zum Regierungswechsel abgegeben haben, hätte der Autor ganz Bockenheim in den Schlaf gesungen. Völlig im Stich gelassen hatte ihn diesmal sein Lieblingsblatt, die frühere Vereinszeitung des KBW, »die den Grünen seit deren Anfängen mit Wohlwollen und belehrender Kritik zur Seite steht« und nun diese Gedankenblitze funkeln ließ:

Fast noch überraschender als das (Wahl-)Ergebnis ist, wie geschäftsmäßig der fällige Regierungswechsel vonstatten geht und wie zurückhaltend die künftige Opposition die Ergebnisse der rot-grünen Koalitionsverhandlungen begleitet ... Natürlich ist es verständlich, daß Joschka Fischer mit seinem Image des Ex-Straßenkämpfers und Ex-Turnschuhministers und mit der als außenpolitisch unsicher geltenden grünen Partei im Rücken, keine Gelegenheit ausläßt, um die Kontinuität zu beschwören ...

und so weiter in der intellektuellen und formalen Gediegenheit eines Anzeigers für die Samtgemeinde. (Aber das ist ja auch nur das deutsche Wort für: »Kommune«.)

Gegen die Zustellung von Briefpost und Faxen ist man wehrlos. Der »Chef vom Dienst« (nicht: Führer?) eines Nazi-Blatts macht sich beide zunutze:

Sehr geehrter Herr Gremliza,

am 21. Januar blickt die »Junge Freiheit« auf ihr fünfjähriges Bestehen als Wochenzeitung zurück. Aus diesem Anlaß bitten wir Sie um ein kurzes Grußwort für eine Sonderbeilage in unserer Jubiläumsausgabe. Der Text sollte maximal die Länge von einer DIN A 4 Seite haben. Für eine positive Nachricht und Ihre Mühe danke ich Ihnen bereits im voraus sehr herzlich ...

Sollte man? Ein aufmunterndes »Juda verrecke!« an den Kameraden Schriftleiter, vielleicht, und ein verbindliches »Heil Hitler!« der Frau Gemahlin? Aber dann bedanken sie sich im nachhinein sehr herzlich mit einem Freiabonnement.

Veranstaltungen:

· Das gemischte Doppel Hermann L. Gremliza und Horst Tomayer liest (und singt) am 1. Februar um 19.30 Uhr in der Stadtbücherei Hamm, Ostenallee 1-5, und am 2. Februar um 20 Uhr in der Buchhandlung Sommer in Ahlen, Oststraße.

· Jürgen Elsässer stellt vor und diskutiert sein *Braunbuch DVU* (konkret-texte Band 17): am 19. Februar in Ludwigsburg, Demokratisches Zentrum, Wilhelmstraße 45/1, Beginn 19.30 Uhr (Veranstalter: VVN); am 23. Februar in Dortmund, Reinoldinum, Schwanenwall 34, Beginn 19 Uhr (Veranstalter: Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit). Am 24. Februar um 20 Uhr spricht Elsässer in Bielefeld, Bürgerwache am Siegfriedsplatz, zur Frage: »Ist die Arbeiterklasse noch eine revolutionäre Kraft?« Am 18. Februar um 19 Uhr spricht Elsässer im DGB-Haus in Braunschweig, Wilhelmstraße 5, großer Saal, in der Reihe »Eurodebatte«.

Korrektur: Ein Fehler bei der Texterfassung hat einen Satz in Tjark Kunstreichs Beitrag »Subjekt, Opfer, Prädikat« in KONKRET 1/99 in sein Gegenteil verkehrt. »Immerhin spricht er (Heinz Bude; d. Red.) vom Nationalsozialismus, nicht

von der alten BRD«, heißt es auf Seite 13. Richtig wäre gewesen: »Immerhin spricht er nicht vom Nationalsozialismus, sondern von der alten BRD.« Die Redaktion bedauert das Versehen um so mehr, als dadurch der falsche Eindruck entstanden sein könnte, es müsse Budes intellektuelle Grundlegung der »Berliner Republik« entstellt werden, damit sie als das reaktionäre Gewäsch, das sie ist, kenntlich wird (vgl. dazu auch Joachim Rohloffs Beitrag »Budes Zauber« in KONKRET 12/98).

Konkret 02/99, S. 6

an konkret

Falle

KONKRET 1/99: Herrschaftszeiten

Sich selbst wiederholend (siehe »Herrschaftszeiten« 1/96), beschimpft KONKRET diejenigen Linken, die sich seinerzeit gegen die Militäraktion der UdSSR in Afghanistan gewandt haben, diesmal gar mit dem unsinnigen Vorwurf, die Kritiker hätten sich später von ihren »Kampfgenossen« (gemeint sind die Mudjahedins) nicht distanziert und diese nicht dazu aufgefordert, mit dem Massenmord aufzuhören. Billiger läßt sich Polemik kaum betreiben. Der KONKRET-Autor ist offenbar nur an der innerlinken Hackordnung interessiert, nicht aber an den Gründen für das Scheitern eines Systems, das einmal kommunistisch werden wollte. Sonst käme er doch auf die Idee, sich mit historischen Sachverhalten auseinanderzusetzen, etwa: daß die Militärintervention der Sowjetunion in Afghanistan zum Untergang des sowjetischen Staates beigetragen hat (die UdSSR insofern möglicherweise dort in eine »Falle« gegangen ist); daß dieses sowjetische Agieren den CIA-unterstützten Mudjahedins Auftrieb verschafft hat. Die Warnung vor der Intervention hat sich als sehr berechtigt herausgestellt. Innergesellschaftliche Konflikte lassen sich nicht durch militärischen Zugriff von außen »fortschrittlich« lösen. Diese Erkenntnis ist in einer frühen Schrift eines später recht prominenten Kommunisten aus dem Zarenreich so formuliert worden: »Niemand hat das Recht, sich in das Leben einer anderen Nation gewaltsam einzumischen.«

Arno Klönne

Paderborn

Korrektur

KONKRET 1/99: »Rational choice« von Georg Fülberth

Mein Nachhilfe-Lehrer weist mich darauf hin, daß ich in meinem Artikel »Rational choice« den Begriff »opportunity costs« falsch verwendet habe. Diese entstünden nicht, wenn man ein Schnäppchen macht, sondern wenn man es versäumt. Auf diese Schulmeisterei weiß ich eine gute Antwort, aber sie würde zu weit führen. Also korrigiere ich mich lieber: »opportunity costs« sind entgangene Gewinne. Vermeiden wir sie.

Georg Fülberth

Marburg

Karneval

KONKRET 1/99: »Heute er, morgen sie« von Mathias Wedel

Soll eine Transsexuelle klaglos den ihr zugewiesenen Platz »in der Szene« (also im Freilandghetto) einnehmen und sich vielleicht einmal im Jahr, z. B. bei der CSD-Parade, an der Fortsetzung des Karnevals mit anderen Mitteln beteiligen und dem belustigten Publikum den Paradiesvogel zeigen? So hätte man es gern. Ich werde da als Transsexueller nicht mitspielen. Ich höre nicht auf, moralische Reaktionen einzufordern, wenn das Selbstbestimmungsrecht eines Menschen nicht beachtet wird und ein Angriff gegen seine Existenz erfolgt.

Es ist richtig: Transsexuelle sind schon merkwürdige Herzchen. Sie nerven sehr. Meistens unpolitisch, bräsig selbstbewußt und oft selbstgefällig gespreizt, glauben sie wirklich, die Welt hätte auf ihre vertrackte Art der Interpretation des Weiblichen nur gewartet. Nur so ist der Satz Lindners hinsichtlich der Freibad-Aktion zu verstehen. Es findet eine gigantische Verdrängung der Realität statt, die als gigelige Flapserei auch mittels Medien peinlich verbreitet wird.

Lindners Fehler ist auch in der Distanzlosigkeit zu fragwürdigen Transsexuellen zu sehen. Wedels ironische Beschreibungen transsexuellen Verhaltens (es muß gefragt werden, ob es wirklich Transsexuelle sind), sind nur falsch, weil seine Einstellung eine falsche ist. Möglicherweise ist Frau Lindner politischer und persönlicher Opportunismus nicht fremd, wie’s halt ist, in der jetzigen Ostzone (früher DDR). Ihre Haltung war während der gesamten Vorfälle objektiv unpolitisch. Daß parallel zur Feminisierung ein Verlust an Gehirnzellen zu beobachten ist, schmerzt den Betrachter sehr. Da aber der Regelfall immer häufiger als die Ausnahme eintritt, ist es nichts Besonderes.

»Transsexualität«, schreibt Wedel, »ist im Parteiprogramm nicht vorgesehen.« Man muß schon mal einen Blick ins Wahlprogramm der PDS riskieren, oder besser nichts dazu sagen, wenn die Kraft dazu nicht ausreicht. Da ich als Sprecherin des Kreisverbandes der PDS Unna/Hamm das Programm aus naheliegenden Gründen etwas besser kenne, dieses zur Information: Im Wahlprogramm der PDS zur Bundestagswahl 1998 stand: »Wir wenden uns gegen jegliche juristische und gesellschaftliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und fordern, daß Bedingungen für die volle und gleichberechtigte Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen in der Gesellschaft geschaffen werden.«

Tanja Krienen

Unna

Beruhigung

KONKRET 1/99: »Jetztzeit« von Peter Hacks

Glückwunsch! Ungewollt gekonnt, wie der Autor sich selbstreferentiell aufs Korn nimmt. Im neuen Jahr keine »Jetztzeit« mehr? Beruhigend resp.: »Peter Hacks und andre Leiden / Mögen schweigen«.

Dirk Braunstein

Köln

Komik

KONKRET 1/99: Gremlizas »express«

Nein, komisch! »Odda-Gebine«, ha, ha ha, »Holze-Staeblein«, prust! Wie lustig. Na, da schmeißt das heilige Kind sicher seine Wiege vor Lachen um. So ein lustiger Name aber auch. Respekt, Herr Gremliza, daß sie solch urkomisches Sachverhalten mit wachen Augen bemerken und mit spitzer Feder aufspießen. Und natürlich mit einer knallharten Analyse verbinden: Der Rat der EKD bemüht sich mal wieder, »sein Mäntelchen in den Geist der Zeit zu hängen«. Ja, ja, die Kirche mal wieder, versucht es und schafft es natürlich nicht. Von langer Hand geplant, wahrscheinlich aus dunklen Beweggründen (Mission??) oder einfach nur aus Dummheit. Gut, daß das mal jemand aufdeckt. Denn die Holze-Staeblein verbreitet ihr Opium sicher schon seit mehr als drei Jahren im »Wort zum Sonntag«, und wer weiß, wo sonst noch. Weiter so!! Da gibt es noch viel aufzudecken und aufzuspießen. Z. B. eine Frau, die »Leutheusser-Schnarrenberger« heißen soll. Ha, ha, ha. Wenn die Ministerin werden würde. Ein fieser Coup der entsprechenden Partei. Oder »Hermann L. (!) Gremliza«. Hi, hi, hi, wie witzig! Und was heißt denn nur das »L.«? Lustig? Oder lachhaft? Oder »Leberecht«? Und wer steckt dahinter und will da wieder mit dem Geist der Zeit reisen? Das sollte unbedingt einmal analysiert und mit aller Schärfe gebrandmarkt werden. Der Kampf geht weiter!

Albrecht Peters

Göttingen

Köpfkopf

KONKRET 12/98: Gremlizas »express«, »Jetztzeit« von Peter Hacks

Auch Hermann Gremliza lernt dazu: Er hört das Morgenfeuilleton im Deutschland-Radio, damit er nicht die Texte verspätet im (z. B.) Feuilleton der »Freien Presse« wahrnimmt. Ich darf das als Reaktion auf meinen letzten Leserbrief verbuchen? Zwei Anmerkungen zu seinen Anmerkungen: Ich würde Hacks nie ein »liberales Element« nennen, ich zitierte eine in einem Programmheft (Österreich) wiedergegebene Wertung von Hacks über den frühen Hacks. Aber Hacks kann sich natürlich irren. Oder falsch zitiert worden sein. Oder richtig und doch irreführend – etwas, das mir KONKRET Monat für Monat auf das Allerfeinste vorführt: strikte Parteilichkeit (auch ohne befehlsgebende Partei im Rücken oder im Hinterkopf oder knapp darunter: gewissermaßen in Genickschußhöhe). Bin ich enttäuscht, unter den Köpfköpfen bei Hacks nicht dabei zu sein? So lange meine Sätze ausgiebig gremlizamäßig verstümmelt vorgeführt werden, halten sich die Entzugserscheinungen in Grenzen. Auch der Hacks im letzten Heft (»Lob der Mauer«, 12/98) lieferte wieder erhellende Einblicke in ein Denken, das vom Scharfsinn hurtig zum Scharfrichtersinn mutierte. Aber immerhin schützte »die Mauer« die Menschen in der DDR vor KONKRET.

Lutz Rathenow

Karl-Hermann-Flach-Preisträger

Berlin

Konkret 02/99, S. 9

Hermann L. Gremliza

Drüben und hüben

Ignatz Bubis ist bei der FDP, von Beruf Immobilienkaufmann. Ich sähe die Welt gern so eingerichtet, daß es in ihr für beides keinen Platz gibt: nicht für den privaten Besitz an Grund und Boden und nicht für die dazugehörige Partei. Wie kommt es, daß diese Differenz, die vordem eine ums Ganze war, in einem fast zweistündigen Interview mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland nicht zur Sprache kommt?

Die Chiffre, hinter der die Erklärung des seltsamen Befundes sich verbirgt, lautet 1989/90. Was damals sich ankündigte und hier unter Titeln wie »Ein Volk gibt Gas« beschrieben wurde, ist wahr geworden. Solange Kohl weiterregierte, konnte man in dem Gefühl leben, Deutschland habe sich nicht anders verändert als sein Kanzler: Wenn auch der Bauch schmeißt Falten, wir bleiben doch die Alten. Gefördert worden war die Illusion durch den Streit über die DDR, in dem sich die gewohnten Fronten abbildeten: rechts der blanke Haß auf alle Roten, in der Mitte die Trennung der bösen Kommunisten von ihren guten deutschen Mitläufern, links die Trauer über den Verlust einer realsozialistischen Gemütlichkeit, die der Preis war, den die zurückgekehrten Emigranten an die seelischen Bedürfnisse der Hitlerwähler glaubten entrichten zu müssen, und ganz links, an dieser Stelle, die Verteidigung der DDR als legitimer Versuch, das »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus« durch die Entmachtung der Eliten, die beides gefördert hatten, und die dauerhafte Teilung Deutschlands machtpolitisch zu organisieren.

Die Prolongierung des Gewohnten über den großen Wechsel hinaus hinderte daran, in der täglichen Politik der schon zu Beginn der Golfkriegs-Debatte 1990/91 formulierten Erkenntnis zu folgen: »Richtig ist«, schrieb ich damals, »daß der weltgeschichtliche Bezugsrahmen, von dem Reemtsma spricht und den er mit der Jahreszahl 1917 markiert, abhanden gekommen ist. Eine Linke als ›der Erwähnung werte Opposition‹, eine, die den Triumph des Kapitalismus wenn schon nicht stoppen, so doch zügeln könnte, gibt es nicht mehr.«

Mit dem realen Sozialismus war nicht, wie Dutschke und seine Jünger versprochen hatten, das höchste Hindernis auf dem Weg zum wahren Sozialismus aus dem Weg geräumt, sondern hatte sich – auf nicht absehbare Zeit und überall – jede Option auf Sozialismus und Revolution erledigt. Spätestens bei den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen und an anderen deutschen Orten sollte sich erweisen, daß die Streichung der Revolution aus den politischen Agenden einerseits ein Unglück, hier und jetzt aber ein wahrer Segen war. Das Proletariat, dem Marx und Engels die Mission zugetraut hatten, ihr eigenes Interesse zum allgemeinen zu erheben, zeigte sich in einer Verfassung, von der die Denker des 19. Jahrhunderts sich keine Vorstellung hatten machen können: heruntergekommen, richtig: heruntergebracht zum völkischen Mob. So richtig die Marxsche Analyse des Kapitals und seiner elenden Konsequenzen bleibt, so wenig wäre vom Aufstand der zu »Bild«-Lesern und Ballermännern Verelendeten zu erhoffen.

Wer, andererseits, aus den unzähligen Erfahrungen dieses Jahrhunderts nicht gelernt hat, daß die Expropriation der Expropriateure keine Sache ist, die demokratisch-parlamentarisch erschlichen werden kann, hätte sein Lehrgeld besser versoffen. Näher dran als mit Salvador Allende war man der Sache auf diesem Weg nie – und auch da doch weltenfern. Was weiter sein Wesen treibt als »Partei des demokratischen Sozialismus«, ist nichts anderes als die Überführung der Neuererbewegung in ein parlamentarisches Vorschlagswesen.

Was also tun, weil jetzt und hier Sozialismus keine Perspektive hat? Auch darauf gab es 1991 bereits die richtige Antwort: »Und darum fahren wir, wie die Toten nach Schluß der Vorstellung in den von Melina Mercouri nacherzählten griechischen Tragödien, alle ans Meer? Was dazu abhanden kommen müßte, aber (noch) nicht überall abhanden gekommen ist, ist die Partei der Aufklärung.« Die hat sich, provoziert erst durch Ignatz Bubis' Hartnäckigkeit, in der Debatte über die nationale Befreiungsbewegung »Martin Walser« endlich zu Wort gemeldet, an oft nicht mehr erwarteter Stelle und in lange nicht gehörter Schärfe: Wolfram Schütte in der »Frankfurter Rundschau«, Johannes Willms in der »Süddeutschen Zeitung«, Klaus Harpprecht in der »Zeit«, in öffentlicher Rede Jan Philipp Reemtsma und der 88jährige Erich Kuby, der über Walser sagte: »Wenn das eine Friedensrede war, ist ›Mein Kampf‹ auch eine.«

Zu den Errungenschaften, die jetzt und hier zu verteidigen, nein: zu erobern wären, zählt nicht so sehr der arbeitsfreie Sonntag als jenes Mindestmaß an Anstand, der es einem deutschen National-Sozi verböte, seinen jüdischen Kritiker zu fragen, ob er der Vernichtung von Sinti und Roma nicht tatenlos zugesehen hätte, wenn die Juden von den Nazis verschont worden wären. Hier ist, wenn es sie noch geben soll, der Platz der Linken. Und – als einzigem Projekt der rotgrünen Regierung – bei der Streichung des Blutrechts, mit der die Bundesrepublik sich den zivilisatorischen Mindeststandards Westeuropas annäherte.

Den Streit um ein oder zwei Karenztage, ein oder anderthalb Lohnprozente kann sie getrost den Herren Dreßler und Zwickel und ihren Kumpels auf der anderen Seite überlassen, während Parteien oder »politische Zusammenhänge«, die zu

Walsers und Dohnanyis Tiraden schweigen, in die Rubrik gehören, die im Steuerrecht den hübschen Titel »progressive Abschreibung« trägt. Wie, beispielsweise, das Blatt der PDS, das Walser lobt, weil er um Gnade für einen DDR-Spion bittet, der doch bloß ein idealistischer Achtundsechziger gewesen sei und das Beste für die Deutschen gewollt habe. Daß die Sieger ihr Recht wahrgenommen haben, einen der Ihren, der im Kalten Krieg für die andere Seite gearbeitet hat, zu bestrafen, ist aber nur dann zu beanstanden, wenn man die Beseitigung der DDR als ein gemeinsames nationales Projekt der einst verfeindeten Parteien versteht, während ansonsten zur Moral von der Geschicht' nicht mehr zu sagen wäre als: dumm gelaufen.*

Der Anschluß, den die Sozialdemokraten des Ostens an die Nation suchen, paßt zur Attitüde, mit der die des Westens aus ihrem Kanzleramt heraus den paar überlebenden Zwangsarbeitern entgegentreten, die endlich, ein halbes Jahrhundert nach ihren Qualen, eine geringe Entlohnung fordern, und dem Schnöselton, in dem die Herren Genossen Schröder und Naumann über das Holocaust-Mahnmal schwadronieren. Man ist mit beidem fertig und wundert sich bloß, wie lange man es gekannt und für wahr gehalten und doch nicht ernst damit gemacht hat. Mein Exemplar von Karl Kraus' Aufsatz »Hüben und drüben« aus dem Jahr 1932 ist zerlesen und mit Anstrichen übersät, den dicksten an diesen Stellen:

Soll es uns nicht mehr gewährt sein, die Unvereinbarkeit von Nationalismus und Menschenwürde zu erkennen?

Es ist die erbärmlichste aller Verlogenheiten, die das parteijournalistische Lager vorrätig hat, wenn Intelligenzler, deren einziger Vorzug darin bestand, vaterlandslose Gesellen zu sein, bei dem Klang des Namens »Deutschland« zu bibbern beginnen ...

... weil man doch in einer Zeit, wo es mit dem Sozialen so schwer vorwärts geht und für ein primitiver gewordenes Geistesleben der Nation das Nationale seine Zugkraft hat, auch etwas von der Art bieten muß ... Es gibt Nationalsozialisten: da bleibt nichts übrig, als Sozialnationalisten zu werden ...

(ich möchte) lieber von Frankreich kolonisiert ... werden (von den »französischen Kapitalisten«, die wenigstens das sind, was sie scheinen, und trotzdem oder eben deshalb vielleicht menschenähnlicher sind als deutsche Arbeiterführer) ...

C'est ça.

---

* Eine erste und letzte Anmerkung dazu in eigener Sache: Der »Spiegel« vom 18. Januar meldet, eine jetzt entdeckte Datenbank der DDR-Auslandsspionage werde bald klären, ob »der KONKRET-Herausgeber Hermann Gremlitza zu Unrecht unter Spionageverdacht« geriet. Richtig ist, daß die Bundesanwaltschaft (später wegen geringer Bedeutung abgegeben an die Staatsanwaltschaft in Hamburg) ein paar Jahre ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit betrieben hat, das mangels Tatverdachts eingestellt wurde. Richtig ist, daß ich nie gebeten worden bin, als Spion für die DDR zu arbeiten. Richtig ist, daß ich, gebeten, nicht empört gewesen wäre, sondern es erwogen hätte. Richtig ist, daß ich nie angenommen habe, die Damen und Herren, mit denen ich in Berlin/DDR über die Genehmigung von Reportagen und über aktuelle Politik diskutiert habe, könnten dies tun, ohne über alles vorab und hinterher die Staatssicherheit zu informieren. Richtig ist, daß ich im August 1981 in der Kolumne »Wir Agenten« in KONKRET das Geheimnis, wie ich in diesen Dingen verfahre, verraten habe. Zitat: »Wenn ich mit Kollegen aus der DDR oder einem Korrespondenten von Nowosti rede, sage ich, was ich denke. Auch über die Bundesrepublik. Auch über Schmidt und Brandt, Genscher und Strauß, Breshnew und Reagan. Ich sage, was ich schreibe, und ich schreibe, was ich sage, überall, zu und vor jedem. Ich bin also ein Agent.« Falsch ist aber, daß mein Name so geschrieben wird, wie er im »Spiegel« steht.

Konkret 02/99, S. 10

Herrschaftszeiten

Ehre, erstklassig

Einer der »Leute mit Management-Erfahrung«, denen der Klaus von Dohnanyi nachrühmt, sie hätten sich vor 1945 »im Wettbewerb behauptet« und nur deshalb die deutsche Wirtschaft nach dem Krieg so herrlich aufbauen können, war der Heinrich Nordhoff. Zwar war sein Weg vom Leiter des »Sonderausschusses Drei-Tonnen-LKW« bei Hitlers Rüstungsminister Albert Speer zum Chef des Volkswagenwerks durch eine häßliche kleine Pause unterbrochen worden, die ihm von der Entnazifizierungskammer auferlegt worden war, aber dann durfte er Wolfsburg regieren – bis zu seinem Tod im Jahr 1968. Anfang Januar 1999 wäre er hundert Jahre alt geworden. Wurde sein Andenken gebührend gefeiert? Halb und halb, wie die Lokalpresse berichten mußte:

Irritationen um eines der wichtigsten Daten in der Wolfsburger Geschichte: Nachdem die Stadt den 100. Geburtstag Heinrich Nordhoffs ohne eigenen Beitrag verstreichen ließ, erklärte Oberbürgermeisterin Ingrid Eckel, dies habe definitiv nichts mit der Rolle Nordhoffs als Wehrwirtschaftsführer im Dritten Reich zu tun. Falls es aber einen solchen Zusammenhang gebe, sagte unterdessen der ehemalige MAN-Vorstandsvorsitzende Wilfried Lochte, sei dies »unerklärlich und ein skandalöser Vorgang«. Der Braunschweiger TU-Präsident Prof. Dr. Bernd Rebe sagte, die interne Gedenkfeier im Volkswagenwerk sei absolut würdig und erstklassig gewesen.

Der Aufstieg der VW-Stadt ist mit dem Namen des Ehrenbürgers Nordhoff verbunden. Dies nicht richtig eingeschätzt zu haben, wird in Wolfsburg mittlerweile eingeräumt. »Wir haben geschlafen«, gestanden Ratsmitglieder gestern ein. Oberbürgermeisterin Eckel kündigte an, zum Stadtgründungstag am 26. Juni das Gedenken an Nordhoff in den Mittelpunkt zu rücken und dabei auch die Bevölkerung einzubeziehen.

Warum der Festakt bei Volkswagen so konsequent intern ablief, erklärte VW-Sprecher Dr. Klaus Kocks gestern so: »Das jetzige und das ehemalige Management wollten sich in unbeobachteter, familiärer Atmosphäre treffen – angesichts der aktuellen Diskussionen können Sie spekulieren, warum.«

Zu der familiären Feier waren 1.800 Gäste geladen worden. Sie sollten davor bewahrt bleiben, daß ein ungeladener Zwangsarbeiter die Moralkeule schwingt.

Lehre, erstklassig

Die Volkswagen AG war einer der ersten deutschen Konzerne, die nach der Zerschlagung Jugoslawiens die neue Freiheit zu nutzen verstanden. In einer Erklärung zur Einrichtung eines »Hilfsfonds« für die wenigen überlebenden Zwangsarbeiter, die der Konzern bis 1945 ausgebeutet und bis 1999 um ihren Lohn betrogen hat, weist die Volkswagen AG auch auf andere gute Taten hin:

Auch die friedensstiftenden Investitionen in Israel und jüngst in Sarajevo belegen, daß das Unternehmen aus den Erfahrungen der Geschichte eine Verpflichtung für verantwortungsvolles Handeln in Gegenwart und Zukunft ableitet.

Sie haben aus Auschwitz gelernt, daß man Montagewerke in Billiglohnländern bauen soll.

Tarifstreit

Der Verband ehemaliger polnischer KZ-Häftlinge hat für seine 27.000 Mitglieder nachträglich einen Monatslohn von 400 Mark für die geleistete Sklavenarbeit verlangt. Das Bundeskanzleramt hat abgelehnt: Die polnischen Nazi-Opfer seien bereits entschädigt worden. Tatsächlich hat Bonn polnische Opfer seit 1991 mit einmaligen Pauschalzahlungen

von durchschnittlich 500 Mark

bedacht. In dem Brief aus Schröders Haus an den deutschen Anwalt der ehemaligen Häftlinge heißt es:

Für weitere Entschädigungsforderungen, wie sie z. T. in jüngster Zeit aus Polen erhoben wurden, gibt es nach Auffassung der Bundesregierung keine Basis. Bundesminister Hombach dankt Ihnen für Ihr Angebot, ihm die von Ihnen erarbeiteten Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Er bittet jedoch um Verständnis, daß aus terminlichen Gründen eine persönliche Übergabe nicht möglich ist.

Hosenscheißer

Wenn er berichten konnte, daß der Sohn gerade dabei sei, sich seine Hörner abzustoßen, schwoll einst des bürgerlichen Vaters Brust vor Stolz. Noch heute mag es seine Zeitung nicht, wenn der Nachwuchs allzu brav ist. Die »Zeit« muß bitter klagen:

Die Anpassungsleistung der grünen Politiker ist von schwindelerregender Qualität. Jürgen Trittin, der »linke« Parteichef, steht seinem Kabinettskollegen Fischer kaum nach: So diplomatisch er die sechs-Pfennig-schwere Benzinpreiserhöhung als Einstieg in die ökologische Steuerreform würdigte, so unauffällig nickte er die bislang kritisierte Expo 2000 im Kabinett ab. Ludger Vollmer, der andere »Promi-Linke«, ist ebenfalls wie verwandelt. Als Parteichef und Abgeordneter kämpfte er gegen die »Militarisierung« der deutschen Außenpolitik. Jetzt, als Staatsminister aus dem Hause Joschka Fischer, läßt er sich vom Hardthöhen-Chef persönlich verteidigen, wenn Zweifel an seiner Bundeswehr-Treue aufblitzen. Der grüne Gründungsimpuls ist verschwunden. Es gibt kein »dagegen« mehr, keinen Gegner, nichts, an dem sich der eingespielte Protestreflex entladen könnte. Widerstand ist abgebrannt. Nicht einmal in der eigenen Partei regt sich noch Opposition.

Überschrift der »Zeit«: »Die braven Kleinen«.

Völkerkunde

Beim Angriff auf den Irak hatte jeder britische Bomberpilot zehn Goldmünzen, afrikanische Krügerrand im Wert von 300 Dollar, bei sich, um im Falle eines Abschusses oder einer erzwungenen Landung irakische Soldaten und Zivilisten schmieren zu können.

Mathematik

Auf die Frage des Forsa-Instituts, ob »wir nicht mehr so viel über die Judenverfolgung reden, sondern endlich einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen« sollen, entschieden sich 63 Prozent für den Schlußstrich, 31 Prozent dagegen. Der Behauptung, »viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Nationalsozialismus heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen«, stimmten 41 Prozent zu. Die Auswerter von Forsa, der »Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH«, haben diese Ergebnisse so lange beforscht und analysiert, bis der Prozentsatz der Deutschen, die als Antisemiten zu gelten hätten, bei nur noch 20 Prozent lag, und auch diese seien es nur »latent«.

Ça ira

Deutschland hat manche Revolution erlebt – 1848 die bürgerliche, 1918/19 die proletarische, 1989/90 die protestantische, die industrielle, die sexuelle undsoweiter. Als sie alle vorbei waren, hat der Bundesgerichtshof die Klage eines Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, Urenkel Wilhelm II., gegen die Familie abgewiesen, von der er enterbt worden war, weil er eine Frau »niederen Adels«, eine Ehrengard von Reden, geheiratet hatte. Bei dem Erbe handelt es sich erstens um das auf 40 bis 100 Millionen geschätzte Vermögen, das sein Vater Louis Ferdinand hinterlassen hat, und zweitens um die Stellung als Oberhaupt und damit (nach der nächsten deutschen Revolution vielleicht): Kronprätendent.

Public relations

n n n n Auch eine Minderheit, und sei sie noch so klein, kann recht haben. Für die Bombardierung des Irak waren die Regierungen der USA, Großbritanniens und Deutschlands. Fast alle anderen Mitglieder der Vereinten Nationen übten Kritik. Uwe-Karsten Heye, Chef des Bundespresseamtes, erklärte infolgedessen nicht, warum diese Mehrheit unrecht habe, sondern daß »die Staatengemeinschaft« nicht länger habe zusehen können, wie der Irak sich verhalte.

Ausländer raus?

Die rotgrüne Bundesregierung will den Bundesnachrichtendienst (BND) »für die Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts fit machen«. Bei seinem Antrittsbesuch im Pullacher Hauptquartier wies Bundeskanzler Schröder den BND an, neben der Ausforschung des Handels von ABC-Waffen und des Terrorismus, in der Beobachtung der »internationalen Schlepperkriminalität« seinen »dritten Schwerpunkt« zu sehen. Damit Ausländer nicht reinkommen.

Sauseschritt

Mitte Dezember erschien ein Verbandsmagazin, in dem BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel Handel, Handwerk und industriellen Mittelstand zu einem »Sternmarsch auf Bonn« am 1. Mai 1999 aufrief, zur »Abwehrschlacht gegen die rotgrüne Belastungspolitik«, deren Steuerpläne »der größte Betrug am Wähler« seien. Als das Magazin herauskam, ließ Henkel mitteilen, das Interview sei vor sieben Wochen geführt worden und damit »veraltet«. Inzwischen stehe er mit der

Bundesregierung in einem »konstruktiven Dialog«.

Zivilgesellschaft

Im Senat des US-Bundesstaats Missouri wird ein Gesetz diskutiert, nach dem ein zum Tode Verurteilter dann zu lebenslänglich begnadigt werden kann, wenn er zu einer Organspende bereit ist. Voraussetzung soll ein ärztliches Attest über die Gesundheit des benötigten Organs sein.

De mortuis

Zwei Deutsche – der eine starb mit 87, der andere mit 91. In der »Welt« standen die Nachrufe direkt nebeneinander. Den einen – 108 Zeilen plus Foto – schrieb ein ehemaliger Staatssekretär, den andern – 13 Zeilen – die dpa. Über den einen, Sigismund Freiherr von Braun, konnte gesagt werden:

Als Chef des Bonner Protokolls glänzte der Adlige mit souveräner Sicherheit und Diskretion. Das Ehepaar Braun bot bei seinen Stationen in London wie in Paris mit Grandezza das Bild des zivilisierten Deutschland ohne Ausdruck beflissener Bußfertigkeit für nationale Schuld, die bei manchen anderen Repräsentanten der Bonner Republik den Kriegsgegnern NS-Deutschlands in der Nachkriegszeit so nachhaltig auf die Nerven ging.

Vergleichbares konnte über den andern nicht gesagt werden:

Der deutsche Altkommunist Karl Schirdewan ist tot. Der frührere KPD- und SED-Spitzenfunktionär war von den Nazis ins Konzentrationslager verschleppt worden.

Von Grandezza ohne Ausdruck beflissener Bußfertigkeit keine Rede. Dafür beginnt das Leben des Freiherrn von Braun auf 108 Zeilen mit der Gründung der Bundesrepublik, also im zarten Alter von 38 Jahren. Über das, was davor war, herrscht auch danach noch souveräne Diskretion.

Mein Vater war ein Wandersmann, auch mir liegt das im Blut

Empfangshymne der Palästinenser für Präsident Clinton bei dessen Besuch in Gaza

Konkret 02/99, S. 11

Peter Hacks

Jetztzeit

Jetztzeit

Seit der großen Schreckenswende
Sieht des Dichters ernstes Haupt
Sich durch neue Zeitumstände
Aller Hoffnung jäh beraubt.
Und er harrt in Wartestellung
Auf des Horizonts Erhellung.
Und er denkt in seinem Sinn:
Wo nichts drin ist, ist nichts drin.

Zwar beim Nichtbeteiligtbleiben
Am gesitteten Verkehr
Muß er sich die Zeit vertreiben,
Und er tut, wie wenn nichts wär.
Feilt sich wöchentlich die Nägel,
Nicht aus Lust, doch nach der Regel,
Küßt bisweilen Chloës Brust,
Nach der Regel, nicht aus Lust.

Früh beim Kaffee, kaum bekümmert,
Liest er, wie das Kapital
Negerstaaten niedertrümmert,
Mordend ohne Zahl und Wahl,
Greise, Kinder, Frauen, Männer,
Und er nickt befriedigt, wenn er
Feststellt, daß der Zeitungsmann
Keinen deutschen Satz mehr kann.

Auf der höchsten finanziellen
Ebene unangepaßt,
Nähert er sich wohl den Quellen
Der Natur als Feriengast.
Liebt den Sommer, haßt den Winter.
Tieferes steckt nicht dahinter.
Hin und wieder ein Gedicht
Schreibt er noch aus Dichterpflicht.

Konkret 02/99, S. 12

Hermann L. Gremliza, Ignatz Bubis

»Die Haare sind mehr geworden«

KONKRET-Gespräch
Hermann L. Gremliza sprach mit Ignatz Bubis über die Suppe Deutschland und was darin schwimmt

Gremliza: Knapp zehn Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland geteilt. Ich meine nicht diese albernen Ossi-Wessi-Querelen, sondern den tiefen Graben zwischen den Augsteins, Walsers, Schröders, Naumännern, Dohnanyis, also den Lautsprechern der schweigenden Mehrheit, und jener Minderheit, die Sie, Herr Bubis, mit ihrem Protest gegen Martin Walsers Rede aufgeweckt haben.

Bubis: Ich habe wenig erreicht. Es ist im Gegenteil so, daß die Mehrheit, von der Walser sagt, daß sie seine Rede als befreiend empfunden habe, sich ermutigt fühlt.

Bei unserem letzten Gespräch vor vier Jahren hatte ich behauptet, die Deutschen hätten die Zustimmung zur Wiedervereinigung so verstanden, daß damit die Nachkriegszeit endgültig vorbei und die Verantwortung endgültig abgeschüttelt sei. Sie haben damals heftig widersprochen.

Ich muß mich heute revidieren. Dieses Denken hat tatsächlich mit der deutschen Einheit eingesetzt. Geschlummert hat es schon vorher, aber man hat es nicht so ausgesprochen. Und Walser hat diese Gedanken nun endgültig »befreit«.

Haben Sie Walser und seine Freunde einmal gefragt, was die Deutschen ihrer Ansicht nach in den letzten 50 Jahren getan hätten, wenn sie schon »befreit« gewesen wären und sich nicht ständig unter der Moralkeule hätten ducken müssen?

Ich habe ihn nicht danach gefragt.

Mit Ihrem Protest gegen Walsers Rede standen Sie zunächst sehr allein. Die Spitzen der deutschen Gesellschaft haben Walsers Aufruf zur nationalen Befreiung mit stehenden Ovationen beantwortet.

In meiner Reihe sind lediglich Schorlemmer, meine Frau und ich sitzen geblieben. Ich war, was die Gesellschaft angeht, was die Öffentlichkeit angeht, ziemlich allein. Ich habe zwar einige Briefe bekommen, aber es war eine Minderheit, die mir zugestimmt hat, und es war wenig Prominenz dabei.

Der Umschwung kam, als Sie in dem Gespräch bei der »FAZ« Walser dazu gedrängt haben, seine perfiden Allgemeinheiten zu präzisieren. Da ist der Schwindel aufgeflogen.

So ungefähr kann man das sagen. Nach dieser Diskussion haben die Zuschriften verstärkt eingesetzt, auch von prominenten Leuten, die mir recht gegeben haben. Vorher war es so gewesen, daß sechzig Prozent mir entweder schrieben, ich hätte Walser falsch verstanden, oder meinten, Walser habe recht. Seit der Veröffentlichung des Disputs bekomme ich viel mehr Briefe, und achtzig Prozent davon stimmen mir zu.

Walser sagt: »So wie ich denkt und fühlt die Mehrheit der Deutschen.«

Da hat er recht. Da hat er absolut recht. Und jetzt können sie sich auf jemand anderen berufen als auf einen Frey oder einen Deckert. Mich hat nie gestört, auch wenn ich das erwähnt habe, daß die Rechtsextremisten sich auf ihn berufen werden. Das ist sein Problem, nicht meines. Mein Problem ist, daß sich nun Demokraten auf ihn berufen.

Der Fall Walser markiert den eigentlichen Beginn der sogenannten Berliner Republik. Er ist – mehr noch als der Historikerstreit – ein Kulturkampf.

Ja, eindeutig. Der Historikerstreit war etwas für Intellektuelle, für Akademiker. Das jetzt geht viel weiter in die Gesellschaft hinein, in viel breitere Schichten. Deshalb war mir diese Intervention so wichtig. Vielleicht kann man ja den einen oder anderen noch ein bißchen aufklärend beeinflussen.

In der Paulskirche haben Sie nicht den Eindruck gemacht, als dächten Sie gerade über die möglichen Folgen eines Widerspruchs nach. Sie waren einfach nur erschlagen.

Das ist klar. Ich habe eine kurze Zeit überlegt, ob ich aufstehen und rausgehen soll. Meine Frau hat mich angestoßen: Ob wir uns das anhören müssen? Aber ich wollte keinen Eklat.

Das ist das Problem Ihres Lebens. Wenn Sie rausgehen, dann müssen Sie aufhören, Politik zu machen.

So ist es. Ich habe ja auch eine Verantwortung in meiner Funktion.

Die verlangt Ihnen viel ab. Vor drei Jahren lief eine Werbekampagne, die hieß »Wir für Deutschland«. Darin sind Sie aufgetreten mit dem Slogan: Die paar Nazis, die es hier gibt, sind das Haar in der Suppe, die Suppe selber, Deutschland, schmeckt mir gut. Würden Sie den Spot in diesen Wochen gern noch einmal sehen?

Ich würde nicht viel daran verändern. Aber die Haare sind mehr geworden.

Ein Schopf.

Ich will noch nicht von Schopf reden, aber die Haare sind mehr geworden.

Ich möchte nicht mit Ihnen darüber sprechen, ob Walser, Dohnanyi und Augstein Antisemiten sind. Ich streite nicht gern darüber, ob Wasser naß ist.

Ob jemand antisemitisch, latent antisemitisch ist, das ist für den, der es ist, schwer zu beurteilen. Der latente Antisemit merkt ja nicht, daß er es ist. Wir sind da viel empfindlicher, manche sind auch überempfindlich, wie in dem Witz von dem Juden im Schlafwagen, der sich morgens frisch machen will und, weil er sein Waschzeug vergessen hat, seinen Nachbarn um Seife, Rasierseife, Rasierpinsel, Zahnpasta und am Ende um die Zahnbürste bittet. Er bekommt alles, nur bei der Zahnbürste sagt der Mitreisende, Zahnbürsten verborge ich nicht. Da sagt der Jude, ich habe mir gleich gedacht, daß Sie ein Antisemit sind. Zu dieser Sorte zähle ich wirklich nicht – aber ich habe schon Sensoren, die mich selten täuschen.

Wenn also jemand schreibt, »dieses Schandmal«, gemeint ist das Mahnmal in Berlin, sei »gegen die Hauptstadt und das in Berlin sich neu formierende Deutschland gerichtet« und werde nur aus »Rücksicht auf die New Yorker Presse und die Haifische im Anwaltsgewand« errichtet – was sagen da Ihre Sensoren?

Das ist ein Stück jener Verallgemeinerung, die die antisemitische Kultur ausmacht.

Verfasser dieser Zeilen war der Herausgeber des »Spiegel«.

Augsteins Kommentar war die schlimmste Reaktion auf Walsers Rede.

Man erkennt einen Antisemiten an dem Satz: Ich habe nichts gegen Juden, einige meiner besten Freunde sind Juden, aber ...

Eine Frau hat mir so geschrieben: Sie habe überhaupt nichts gegen Juden, und in ihrem Hause hätten immer Juden verkehrt, schon bei ihrem Großvater, obwohl der immer gesagt habe, die Juden sind dies und das. Ich bekomme sogar schon ein leichtes Schütteln, wenn jemand, der mir guten Tag sagt, mir gleich sagen muß: Die besten Freunde meiner Großeltern waren Juden. Ich frage dann zurück: Würden Sie einem Katholiken auch sofort erzählen müssen, daß die Freunde Ihrer Großeltern katholisch waren?

Sie erleben das tagtäglich. Und doch machen Sie immer wieder Reklame für dieses Deutschland und schwächen damit das doch nur zu berechtigte und auch notwendige Mißtrauen der Nachbarn, die uns beobachten.

Ich bin immer noch der Meinung, daß Deutschland eine Demokratie ist, wie sie in der deutschen Geschichte kaum jemals da war.

Ein Lob, das vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte nicht besonders eindrucksvoll ist.

Wenn man beobachtet, wie jetzt der Regierungswechsel vonstatten gegangen ist – das war ein Stück gelebte Demokratie. Was mir oder Ihnen vorschwebt, diese große, heile, schöne Welt, die gibt es nicht, die wird es nicht geben. Und deshalb muß man alles in der Relation sehen. Und da ist für mich in Deutschland die Demokratie um keinen Deut schlechter als in Frankreich oder Großbritannien oder den Vereinigten Staaten.

Gestern hat der CDU-Vorsitzende Schäuble die Volksbefragung über das Staatsbürgerschaftsrecht vorgestellt.

Sie werden vielleicht überrascht sein. Ich persönlich halte von einer doppelten Staatsbürgerschaft als Regel wenig. Ich bin allerdings nicht nur für eine erleichterte, sondern für eine leichte Einbürgerung. Wenn jemand fünf oder acht Jahre in einem Land lebt und will sich zu diesem Land bekennen, dann soll man ihm keine Hürden aufbauen. Und wenn sein Deutsch noch nicht so perfekt ist, dann soll man ihm die Chance geben. Man sollte jedem hier Geborenen, ganz egal, wer die Eltern sind, zunächst einmal die deutsche Staatsbürgerschaft geben. Aber ich erwarte auch irgendwann eine Entscheidung, bei Jugendlichen im 18. Lebensjahr. Eine Staatsbürgerschaft ist keine Vereinsmitgliedschaft.

Warum eigentlich nicht? Aber um was es hier geht, ist gar nicht der Streit um die Einzelheiten eines Gesetzes, sondern um den Vorsatz, die ausländerfeindliche Stimmung in Deutschland zu schüren und im Machtkampf zu instrumentalisieren.

Ich halte nichts von einer solcher Volksbefragung. Entweder haben wir eine repräsentative Demokratie, dann muß sie für alles gelten, oder wir haben eine »Basisdemokratie«, dann muß ich bei allem das Volk fragen. Aber zu sagen: Wir sind eine repräsentative Demokratie, aber für Dinge, die mir nicht schmecken, frage ich das Volk – das geht nicht. Ich bedaure, daß wir, die FDP, uns in der alten Koalition mit der Reform des Staatsbürgerrechts nicht durchgesetzt haben. Wir haben viele andere Dinge zur Koalitionsfrage gemacht, auf die man hätte verzichten können. Hier hätten wir die Koalitionsfrage stellen sollen.

Sie haben sich lange Zeit als deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens bezeichnet. Der »Süddeutschen Zeitung« haben Sie kürzlich gesagt: »Ich werde nicht so gesehen, und aufdrängen will ich mich nicht.« Und auf die Frage: »Wie wird Ignatz Bubis denn gesehen?« antworteten Sie: »Israeli, Fremder, Ausländer, Gast.«

Ja, von der Mehrheit der Gesellschaft. Ich verstehe mich nach wie vor als deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Aber bei der Mehrheit der Gesellschaft, ob es jetzt 51 Prozent oder 55 sind, werde ich eben als Israeli, als Ausländer, als Fremder, als Gast gesehen.

Wie damals in Rostock, als der Stadtrat Sie nach Ihrer Heimat fragte und Israel meinte.

Andererseits hat Walser mich gefragt: Was hatten Sie eigentlich in Rostock zu tun? Ich hätte ihm sagen sollen: Ich hätte es gerne gesehen, wenn Sie dort auch hingegangen wären.

An einer anderen Stelle dieses Gesprächs hat Walser gesagt, er habe sich schon um das Thema Auschwitz gekümmert, als Sie sich noch um ganz andere Dinge gekümmert hätten.

Ich hätte ihm sagen können, als ich dort war, haben Sie sich überhaupt nicht drum gekümmert.

Als Ihre Familie im KZ saß, hat sich Walser durchaus um das Thema gekümmert, nämlich als Soldat der Wehrmacht, die dafür zu sorgen hatte, daß die alliierten Soldaten die Häftlinge der Konzentrationslager nicht so bald befreien konnten. Ausfälle wie der zitierte, zu denen Sie Walser im Gespräch bei der »FAZ« provoziert haben, haben schließlich doch einige Leute erkennen lassen, daß in Deutschland eine ganz neue Lage entstanden ist. Natürlich wußten auch vorher viele, daß der Antisemitismus der Deutschen auch bei ihren Intellektuellen stets virulent geblieben ist. Aber man glaubte, das leicht nehmen zu können, weil man ja wußte, daß Deutschland unter Kuratel stand und im Fall des Falles von den Siegermächten zur Räson gebracht würde. Seit 1989/90 aber ist Deutschland aus dieser Kontrolle entlassen.

Aus der Kontrolle ja. Unter Beobachtung steht Deutschland immer noch.

Vor vier Jahren haben Sie mir noch gesagt: »Es gibt für mich keinen Grund, kein Deutscher sein zu wollen. Ich habe ein neues Deutschland erlebt, ein demokratisches Deutschland. Wir sind die deutschen Patrioten, wir, das andere Deutschland, die Mehrheit.« Erinnern Sie sich?

Ja. Ich halte die Mehrheit für demokratisch, nach wie vor. Besonders die zwei Generationen in der Demokratie Geborene, aber nicht nur diese. Ich habe auch keine Probleme mit Patriotismus, ich habe keine Probleme mit einem Nationalgefühl. Nur es darf nicht ins Völkische, ins Nationalistische übergehen.

Es gibt kein deutsches Nationalgefühl ohne Antisemitismus und Rassismus.

Ich weiß es nicht. Das gibt es ja auch in England, in Frankreich, ohne Rassismus. Warum soll es das in Deutschland nicht geben?

Das beantwortet Augstein, der über das Mahnmal sagt: »Anderen Nationen wäre ein solcher Umgang mit ihrer Geschichte fremd.« Nämlich daß man die Hauptstadt verschandelt mit einem Mahnmal der eigenen Schande. Der deutsche Nationalist kommt gar nicht auf den Gedanken, warum die Franzosen und Engländer anders mit ihrer Geschichte umgehen können – weil sie eine andere Geschichte haben, eine ohne Auschwitz. Auschwitz markiert für den deutschen Nationalisten keinen prinzipiellen Unterschied zwischen der deutschen Geschichte und der anderer Staaten – so wichtig war Auschwitz nicht. Deshalb ist die neue deutsche Rechte, von Schröder und Naumann bis Augstein und Walser, sich einig: Das »Schandmal« in Berlin soll nicht gebaut werden. Vor vier Jahren haben Sie gesagt, es würde leichter fallen, sich mit der Neuen Wache abzufinden, wenn es eine Gedenkstätte für das ermordete europäische Judentum gäbe. Aber Sie haben auch vorhergesagt, wenn das Mahnmal nicht komme, solange Helmut Kohl Kanzler ist, dann werde es nicht mehr gebaut.

Es kommt nicht. Ich glaube nicht, daß es kommt. Es wird irgendein Ersatz kommen, ein Wischiwaschi.

Dann hat man Sie mit der Neuen Wache reingelegt.

Was heißt reingelegt? Die Neue Wache wäre auch gekommen, wenn ich nein gesagt hätte.

Sie wäre gekommen, aber eben nicht beglaubigt vom Sprecher der ermordeten Juden.

Ja, es hätte das TÜV-Siegel von mir nicht gegeben.

Und darauf wird noch ein gewisser Wert gelegt.

Damals zumindest wurde. Daß man heute noch solchen Wert darauf legt, glaube ich nicht. Und die neue Bundesregierung vielleicht noch weniger als die alte.

Eine spannende Frage. In der alten Bundesrepublik sind wir davon ausgegangen, daß Politiker und Parteien, je weiter links sie standen, um so selbstverständlicher die Schuld und Verantwortung der Deutschen akzeptierten. Das galt auch für die SPD, als sie zum ersten Mal den Kanzler stellte.

Da waren die Zeiten anders. Da gab es einen Willy Brandt mit seiner eigenen Geschichte. Er hat die SPD entsprechend beeinflußt, nicht andersrum.

Die nationalistische Tradition, die die deutsche Linke auch hat – –

die nationale natürlich, immer hatte – –

bricht jetzt stark durch.

Man hat von Schröder, seit er Bundeskanzler ist, nationale Töne gehört, wie sie von ihm früher nicht zu hören waren.

Er sagt jetzt, es sei seine Pflicht, deutsche Unternehmen gegen die Forderungen ehemaliger Zwangsarbeiter zu schützen. Die Bundesrepublik, die jetzt jährlich 100 Milliarden als Transferleistung zum Aufmöbeln der neuen Bundesländer aufbringt, hat in fast 50 Jahren ihres Bestehens insgesamt 68 Milliarden sogenannter Wiedergutmachungsleistungen an jüdische Verfolgte erbracht, das heißt: pro Bürger nicht mal 1,50 Mark im Monat, und die meisten Unternehmen, die damals Zwangsarbeiter ausgebeutet haben, haben dafür noch keinen Pfennig bezahlt.

Weitere 32 Milliarden wurden von der Bundesrepublik an nicht-jüdische Opfer der NS-Zeit bzw. an Staaten geleistet. Zugleich werden noch heute, wo die meisten schon gestorben sind, nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz (NS-Opfer, jüdische wie nicht-jüdische, ausgenommen) an Renten, Witwenrenten bzw. Verwundete etwa 12 Milliarden jährlich ausgegeben, davon etwa 700 Millionen an verurteilte Kriegsverbrecher. Einer von ihnen, z. B. Hass, der zusammen mit dem SS-Hauptsturmführer Erich Priebke Kriegsverbrechen begangen hat, wurde von der Staatsanwaltschaft Dortmund seit etwa 25 Jahren gesucht und nie gefunden. Aber seine Rente, die hat er immer ins Haus geschickt bekommen, ganz egal, ob nach Südamerika oder Italien. Die zuständigen Rentenbehörden wußten immer, wo er war.

Und in einer so beschriebenen Wirklichkeit sagt Klaus von Dohnanyi, Walsers Auftritt sei »die verständliche, ja notwendige Klage eines gewissenhaften, nicht-jüdischen Deutschen« gewesen. Soll man über sowas nicht verrückt werden?

Das ist sicher ein Problem. Ich will nicht Einzeläußerungen verallgemeinern. Ich will nicht den gleichen Fehler machen, den ich anderen vorhalte. Dohnanyi hat versucht, Walser zu verteidigen. Er hat es schlecht angefangen, und je mehr er das verbessern wollte, um so schlimmer wurde es.

Und nicht zufällig. Schon vor Jahren hat Dohnanyi gesagt: »Gegen den Wandel in Ostdeutschland war der Wiederaufbau im Westen nach dem Krieg ein Klacks. Im Westen waren 1945 zwar die Gebäude der Unternehmen zerstört, aber es gab Leute mit Managementerfahrung, Leute, die sich im Wettbewerb behauptet hatten.« Die Leute mit Managementerfahrung waren die NS-Wehrwirtschaftsführer.

Hauptsächlich diese, aber zum Teil auch andere.

Sie haben Dohnanyi latenten Antisemitismus unterstellt, das aber später zurückgenommen. In der »Woche« ist jetzt eine Umfrage des Forsa-Instituts erschienen, wonach zwanzig Prozent der Deutschen latente Antisemiten sind.

Das ist eine verniedlichende Veröffentlichung. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Nur wer mindestens sechs von den zwölf Fragen, in denen antisemitische Tendenzen angesprochen wurden, zustimmend beantwortet hat, wurde zu den latenten Antisemiten gezählt. Ich behaupte, daß schon positive Antworten auf drei dieser Fragen den latenten, den unterschwelligen Antisemitismus des Gefragten belegen. Andere Umfragen ergeben 15 Prozent manifeste und 15 Prozent latente Antisemiten. Die manifesten gibt es in der »Woche« überhaupt nicht.

Wie würden Sie es nennen, wenn nicht irgendein Polier oder Sachbearbeiter, sondern die Redaktion einer Großstadtzeitung den Bericht über die fehlgeschlagenen Bemühungen des israelischen Ministerpräsidenten, eine neue Koalition zu bilden, unter den Titel stellt: »Vergeblich geschachert«?

Das ist der klassische Antisemitismus: Wenn es ein Jude tut, hat er geschachert, wenn es Schröder und Trittin tun, haben sie hart verhandelt.

Die Zeile stand auf Seite 2 des »Hamburger Abendblatts« aus dem Springer-Verlag. Und an der gleichen Stelle wurde am Tag darauf die Forsa-Untersuchung über den Antisemitismus kommentiert, mit der beruhigenden Tendenz, daß es sich um eine Minderheit handle.

Ja, weil sie selbst sich nicht dazuzählen. Das tun auch die Redakteure von »Focus« nicht, wenn sie aufzählen, wieviele Juden in der Regierung der USA sitzen, und sich dabei an den »jüdischen« Namen orientieren. Bis dahin hat die Außenministerin Albright keine Ahnung gehabt, daß sie Jüdin ist. Auch die Vorfahren von Verteidigungsminister Cohen waren keine Juden. Der Name hat »Focus« genügt. Ein Jude ist ein Jude, wenn die Antisemiten und die Mehrheit der Gesellschaft ihn dafür halten. Sie bestimmen, wer Jude ist. Auf die eigene Definition des Betreffenden kommt es gar nicht an.

Das ist so, und dem ist nicht zu entkommen.

Nein, seit zweitausend Jahren nicht.

Und in Deutschland schon gar nicht.

Die Antisemiten gleichen sich weltweit. Ich bekomme Briefe, in denen es heißt: Fünfzig Jahre sind genug, wie lange soll man denn noch daran denken. Und vergessen Sie ja nicht, Sie waren es, die Jesus gekreuzigt haben. Diese zweitausend

Jahre, die sind offenbar nicht genug.

Angesichts von Hoyerswerda und Mölln hatte der Sprecher der Daimler-Benz AG gewarnt, daß der Autoexport Schaden nehmen könnte. Damals schien es so, als ob das materielle Interesse die ideellen Vorlieben verdrängt hätte. Eine vergleichbare Reaktion ist jetzt ausgeblieben.

Schon damals gab es auch Reaktionen von Demokraten, die aus Überzeugung gegen Fremdenfeindlichkeit protestiert haben. Denken Sie nur an die Lichterketten. Richtig ist auch, daß manche an den Export gedacht haben. Daran hat sich bei einem Teil der Gesellschaft noch immer nichts geändert. Bei einem anderen Teil schon. Begonnen hat diese Veränderung aber bei den Intellektuellen. Es stört sie nicht mehr, was das Ausland sagt. Ihr Selbstbewußtsein erlaubt es ihnen, zu sein wie sie sind. Auch bei den nachkriegsgeborenen Sozialdemokraten beginnt diese Einstellung stärker um sich zu greifen: nach dem Motto, ich war schon immer Sozialist und bin es heute noch. Ich brauche auf das Ausland keine Rücksicht zu nehmen. Bei den Konservativen spielt die Rücksicht auf das Ausland immer noch die gleiche Rolle. Wir merken es auch bei der Mahnmaldebatte, wo die Konservativen sagen: Wir können uns gegenüber dem Ausland gar nicht erlauben, das Mahnmal nicht zu bauen, während ein Teil der sogenannten Linken damit keine Probleme hat.

In einer Umfrage für die ARD haben 68 Prozent der Deutschen gesagt, Deutschland solle jetzt selbstbewußter auftreten. Haben Sie den Eindruck, daß die bisher bescheiden aufgetreten sind?

Das ist es: Ein Teil der Gesellschaft hat immer das Gefühl, sie hätten sich geduckt, obwohl sie es schon lange nicht mehr tun, ja es nie getan haben. Auch Walser hat ja gesagt, Deutschland müsse endlich ein normales Land werden. Ich habe ihn gefragt: Was ist denn an Deutschland noch anormal? Das einzige Anormale ist doch, daß man dauernd von der gewünschten Normalität spricht.

Herr Bubis, Sie haben als Vorsitzender des Zentralrats immer einmal wieder scharf protestiert und anschließend Ihren Protest ein wenig relativiert. Im Streit mit Walser sind Sie keinen Millimeter zurückgewichen – bis auf den Vorwurf, er sei ein »geistiger Brandstifter«. Hätten Sie den nicht auch noch stehenlassen können?

Ich bin nicht zurückgewichen, ich habe nur gesagt: Nachdem Walser mir erklärt hat, wie er es gemeint habe, und ich ihm das Gegenteil nicht beweisen kann ...

Aber die Meldung am nächsten Tag trug überall den Titel »Bubis nimmt Vorwurf zurück«.

Den Ausdruck habe ich ja auch zurückgenommen. Ich hatte mir lange überlegt, ob ich das Wort geistige Brandstiftung benutzen soll. Aber mir war klar, wenn ich hier nicht den Hammer nehme, geht das unter und übrig bleibt die Standing ovation. Ich wollte manchen, die diese Standing ovation mitgemacht haben, zurufen: Denkt mal nach, was ihr da getan habt! Die Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und Walser sind ansonsten die gleichen geblieben.

Und die Leute, die Walser und seine Jubler kritisiert haben ...

Die hätten kaum reagiert, wenn ich nicht den Hammer genommen hätte.

Ignatz Bubis ist seit 1992 Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland

Konkret 02/99, S. 16

Matthias Küntzel

Getriebe der Erinnerung
Normalität und Wahn

Geschichtsignoranz und Sekundärer Antisemitismus sind in der »Berliner Republik« virulent wie nie. Der Fall Walser/Bubis läutete eine Zeit ein, in der die Deutschen nicht nur das Erinnern, sondern auch das Erinnernlassen heftig von sich weisen. Matthias Küntzel über die neue deutsche Schamlosigkeit, Micha Brumlik über antisemitische Figuren in Walsers Preisrede

»Ich bin völlig normal. Denn selbst, als ich diese Vernichtungsaufgabe durchführte, war mein Familienleben durchaus normal.«

Rudolf Höß

Martin Walsers Friedenspreisrede hat in Verbindung mit dem Bonner Machtwechsel einen politisch-moralischen Erdrutsch ausgelöst: unplanbar, unkontrollierbar, irreversibel. Alles hat sich seither verändert, auch wenn scheinbar alles beim alten geblieben ist. An die Stelle vergangenheitspolitischer Beschwichtigungen ist Selbstgerechtigkeit und nackter Stolz getreten, an die Stelle eines beeinträchtigten Gewissens das Triumphgefühl einer neuen Stunde Null. Die europäischen Nachbarn sollten sich tunlichst daran gewöhnen, »daß Deutschland sich nicht mehr mit dem schlechten Gewissen traktieren läßt«, gibt Uwe-Karsten Heye, der neue Bonner Regierungssprecher bekannt. Mit der »Instrumentalisierung unserer Schande für gegenwärtige Zwecke« ist es vorbei.

Es ist die Gnade der noch späteren Geburt, die den auftrumpfenden Parolen den missionarischen Impetus verleiht: Die 68er sind an der Macht. Und haben nicht gerade sie sich mit der Geschichte und den Eltern vorbildlich auseinandergesetzt? Kein Wunder also, »daß sie sich jetzt freier, souveräner fühlen können als ihre Vorgänger«, schreibt der ehemalige »Pflasterstrand«-Autor und heutige »Spiegel«-Redakteur Reinhard Mohr.

Von deutscher Freiheit und Souveränität handelte auch die Rede, die Martin Walser zwischen Regierungsbildung und Regierungserklärung in der Paulskirche verlas. Die stehenden Ovationen von 1.200 Zuhörern, darunter die höchsten Repräsentanten der Politik, der implizite Beifall Schröders wie auch der explizite Naumanns und Herzogs sowie die tausendfach sich anschließenden Huldigungen an den Schriftsteller haben deutlich gemacht, daß sich in Walsers Text tatsächlich, wie Mohr es formulierte, »ein Gefühl Bahn gebrochen hat, das nur noch ausgesprochen werden mußte«.

Es gab nur einen, der keinen Beifall leistete, sondern protestierte. Nichts kennzeichnet deutlicher die veränderte Situation: Über Wochen hinweg war es einzig Ignatz Bubis, der gegen Walser als Opposition noch in Erscheinung trat. Seinem Alarmruf »Geistige Brandstiftung!« folgte hier das feixende Ressentiment: Endlich hat der Kerl sich selbst überführt! – und dort die sentimentale Geste der Entmündigung: Wie soll er bei seinem Lebenslauf auch objektiv sein! Anhaltendes Schweigen hingegen bei Bündnisgrünen, Sozialdemokraten, »demokratischer Öffentlichkeit« und PDS.

Die Friedenspreisrede habe »eine Grundsatzdebatte der neuen Berliner Republik provoziert«, konstatiert nicht ohne Berechtigung die »FAZ«. »Die Debatte hat fast ahnungslos im Sommer mit dem von Michael Naumann hervorgerufenen Streit um das Holocaust-Mahnmal begonnen. Jetzt geht es im Kern um jene ›Normalität‹, die der neue Bundeskanzler innen- und außenpolitisch reklamiert.« Schröder ist der einzige Regierungschef der Welt, der mit der Beteuerung, »normal« zu sein, hausieren geht. Schon deshalb ist sicher, daß mit dieser »Normalität« etwas nicht stimmt. Ein Blick auf Walsers Texte bestätigt diesen Verdacht.

Der Dichter ...

»Ich liefere mich der Sprache aus, überlasse ihr die Zügel, egal wohin sie mich führe« – so hatte es der Friedenspreisträger in seiner Rede formuliert. Ignatz Bubis nahm diesen Gedanken auf: Wenn Walser seinen Antisemitismus formuliere, denke »es« in ihm, auch wenn er sich darüber nicht unbedingt im klaren sei. »Was« denkt im Unterbewußtsein des »Mediums« Walser und der ihm applaudierenden Öffentlichkeit? Und welche Muster der Abwehr sind da an der Arbeit?

1.: deutsche Wahrheit. Walser hatte aus der Zeitung erfahren, daß während des tagelangen Pogroms in Rostock-Lichtenhagen die »sympathisierende Bevölkerung vor brennenden Asylantenheimen Würstchenbuden aufstellt«, und kommentiert diese Meldung mit dem Hinweis, er jedenfalls könne derartige Sätze »einfach nicht glauben«. Wahr ist nur, was ich sehen will: Dieses Wahrnehmungsmuster hat eine lange Tradition. Noch bevor 1918 die Tinte unter dem Vertrag von Brest-Litowsk getrocknet war – ein Vertrag, der auf deutsche Veranlassung das europäische Rußland zerlegte und durchgängig von der Droh-Formel »Wehe den Besiegten« durchdrungen war – , begannen die Deutschen den weitaus milderen Versailler Vertrag wahnhaft als das erniedrigendste und grausamste Diktat zu bejammern, das einem Land jemals

auferlegt worden sei. Auch auf dieser Inszenierung baut Walsers Weltbild auf: Da Hitlerdeutschland, wie er betont, durch das »Versaillesdiktat« entstanden sei, sei »der zweite Krieg eine Folge des ersten gewesen. Aber der Sieger reagiert wieder nicht viel vernünftiger, als der zu Züchtigende war: Deutschland wird geteilt.« Und wer dies anders sieht, ist unser Feind.

2.: deutsche Kälte. Das eigentliche Opfer ist immer der Deutsche selbst. Ob verzückt oder schwermütig: Man redet stets über sich selbst. Das Fehlen eines Mitgefühls mit den Getöteten und Überlebenden des Holocaust, die Weigerung, auch nur bis zur äußersten Umgrenzung des Vernichtungslagers zu gehen und über den Zaun zu schauen, ist für die Walser-Debatte konstitutiv. Sind die Juden im Unterschied zu uns, tönte Walser in seinem »FAZ«-Gespräch mit Bubis, »nicht immerhin vor einem bewahrt geblieben, nämlich mitzumachen«? Und dann wollen sich die derart Privilegierten noch über uns, die wir das Schlimmste durchmachen mußten, beschweren? Die egomanische Verstocktheit des ehemaligen Flakhelfers wurde auch an anderer Stelle offenbar. Walser trumpfte gegenüber dem Auschwitz-Überlebenden Bubis auf: Er, der Schriftsteller, habe sich, »um überleben zu können«, bereits zu einem Zeitpunkt mit Auschwitz befaßt, »da waren Sie Herr Bubis, noch mit ganz anderen Dingen beschäftigt«. Also halten Sie bitte gefälligst das Maul.

3.: deutscher Opfer- und Verfolgungswahn. Walser ist der typische »sie«-Mann: »Sie« halten ihm etwas vor, »sie« flüstern hinter seinem Rücken, »sie« sind die bösartigen Ränkeschmiede, die dafür sorgen, daß er nicht frei sprechen kann oder gar auswandern muß. Das Idiom des von allen Seiten verfolgten Märtyrers prägt Walsers Sprechen. Von einer ganzen Armee von »Meinungssoldaten«, die ihn, den Schriftsteller, »mit vorgehaltener Moralpistole in den Meinungsdienst nötigen« und Auschwitz als »jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule« mißbrauchen, fühlt er sich bedroht. Wahnhaft das Verbrechen auf die Juden und ihre Mittelsmänner projizierend, imaginiert er Auschwitz als eine Keule, mit der man einen Deutschen, ja das ganze deutsche Volk »erschlagen« kann. Was sich in eindeutig betrügerischer Absicht als »Erinnerung an Auschwitz« ausgebe, fügte Ulrich Raulff, der verantwortliche »FAZ«-Feuilletonredakteur, hinzu, sei in Wirklichkeit nur eine »rhetorische Waffe, die offen herumliegt und von jedermann nach Belieben abgedrückt werden kann«. Der Jude macht damit »peng«, und schon ist der Deutsche tot. In einer nicht minder pathologischen Phantasie eines »FAZ«-Leserbriefschreibers wird die deutsche Tat »Auschwitz« mit einer Megaspinne gleichgesetzt, die es gezielt auf Deutschland abgesehen habe, »kreist doch Auschwitz um Deutschland und spinnt es gleichsam mit Fäden ein«.

Rudolf Augstein ist einen Schritt weitergegangen und hat offen ausgesprochen, wer die Deutschen einkreisen und vernichten will: »Die New Yorker Presse und die Haifische im Anwaltsgewand«, kurz: jene »Stimmungsmache, der schon Konrad Adenauer Anfang der fünfziger Jahre mit dem Worten Ausdruck verliehen hatte: ›Das Weltjudentum ist eine jroße Macht.‹« Beim »Spiegel«-Herausgeber wird, was auch immer passiert, in Bedrohungsphantasien integriert. »Man ahnt«, raunt er über das projektierte Holocaust-Mahnmal in Berlin, »daß dieses Schandmal gegen ... das sich neu formierende Deutschland gerichtet ist.« Es handele sich hierbei um »die von außen diktierte ... Absage an die allmählich wiedergewonnene Souveränität unseres Landes«. Diese neurotische Vision ist in der Tat der Stoff, aus dem die Nazi-Ideologie gemacht worden ist.

4.: deutsche Abwehraggression. Martin Walser hat die Kernaussage des Sekundären Antisemitismus bestätigt, wonach die Deutschen den Juden Auschwitz nie verzeihen werden. Ignatz Bubis wurde von ihm in dem von der »FAZ« arrangierten »Dialog« geradezu ins Kreuzverhör genommen, weil dieser 1992, während des mehrtägigen Pogroms, nach Rostock-Lichtenhagen geeilt war. »Wenn Sie dort auftauchen«, beschwerte sich Walser, »dann ist das sofort zurückgebunden an 1933«. »Nur hierzulande«, fuhr Walser fort, würden Pogrome wie das in Rostock-Lichtenhagen »zurückgebunden ans Nazitum. Und das können die Leute nicht mehr ertragen und das wollen sie nicht andauernd hören und darauf haben sie ein Recht.« Da mochte Bubis noch so sehr beteuern, den deutschen Vernichtungsrassismus niemals in einen Zusammenhang mit Auschwitz gebracht zu haben. Für Walser zählt nicht, was Bubis sagt, sondern was Bubis ist. Ein Jude. Und da uns jeder Jude an Auschwitz erinnert, soll er die Klappe halten und Orte, an denen der Mob tobt, gefälligst meiden. Darauf haben die Deutschen ein Recht. Treitschkes Schlachtruf »Die Juden sind unser Unglück!« wird so aktualisiert. Der Jude ist dem deutschen »Glück« nun mal im Weg.

Es ist ein spezifischer und doch zugleich bekannter Blick auf die Welt und auf sich selbst, der sich in Walsers Klage offenbart. Sein Aufbegehren gegen die »Moralkeule Auschwitz« ist durchzogen von den Denkmustern einer deutschen Ideologie, die der Nationalsozialismus nicht erfunden, sondern radikalisiert und praktisch umgesetzt hat: dem deutschen Opfermythos und der Zurichtung der Geschichte für die Zwecke der Nation, der wahnhaften Vorstellung, von bösen Kräften verfolgt zu sein und der gleichzeitigen Unfähigkeit zur Empathie. Walsers Text bezeugt die Aktualität der 1959 von Horkheimer und Adorno formulierten Warnung: »Die Abwehr der Erinnerung an das Unsägliche, was geschah, bedient sich eben der Motive, welche es bereiten halfen.«

Der Beifall für Walser beweist nicht nur, wie verbreitet das blinde Einverständnis mit derartigen Denkmustern hierzulande ist. Wer sich nach seiner Rede als »befreit« bezeichnete, machte damit auch deutlich, wie groß seine Sehnsucht nach einer Autorität gewesen ist, die den skizzierten Stereotypen erneut öffentliche Anerkennung verschafft. Bisher hatte das öffentliche Erinnern an den Nationalsozialismus derartigen Legitimationsprozessen zuweilen noch eine Grenze gesetzt. Seit dem Antritt der rot-grünen Regierung ist es damit jedoch vorbei. Die von Gerhard Schröder reklamierte neue

Unbefangenheit dient dem Ziel, die disziplinierende Wirkung der »Moralkeule Auschwitz« außer Kraft zu setzen.

... seine Verehrer

»Sich souveräner fühlen können« – mit dieser Ambition ist das Wesentliche des Wandels im wiedervereinigten Deutschland benannt. Gewiß hatte der Abzug des letzten russischen Soldaten die vollständige außenpolitische Handlungsfreiheit gebracht. In Bonn aber regierten noch die Repräsentanten der alten Bundesrepublik, die schon aufgrund der alliierten Vorbehaltsrechte zu einer Politik des Ausgleichs mit den jüdischen Gemeinden verpflichtet waren. Bereits kurz nach dem Mauerfall änderte sich dann der Stil. Der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, wurde offen brüskiert. Seinen Appell, zumindest eine Erwähnung von Auschwitz und der sich daraus ergebenden Verantwortung in die Präambel des deutsch-deutschen Einigungsvertrages aufzunehmen, wurde nicht einmal beantwortet. Dennoch stellte man die auf Ausgleich bedachte Politik nicht grundsätzlich in Frage, wie die Parteinahme Helmut Kohls für das Holocaust-Mahnmal bewies. Diese Politik war eigennützig motiviert: Juden, die sich mit der deutschen Politik versöhnten, dienten nicht nur dem Ausland gegenüber als Werbeträger für Deutschland, sondern fungierten zugleich als ein Aktivposten im deutschen Verdrängungshaushalt: Wenn selbst das Opfer sich mit der Täternation versöhnt, kann das Verbrechen so schrecklich, gar irreparabel wohl nicht gewesen sein.

Auf beide Formen der Entlastung glaubt man seit dem Regierungswechsel verzichten zu können. Schon die Ablehnung des Holocaust-Mahnmals im Bundestagswahlkampf der SPD kam einer Aufkündigung der auf Ausgleich mit den jüdischen Gemeinden bedachten Politik gleich. Michael Naumann, treibende Kraft dieser Entwicklung, wurde auch von den Bündnisgrünen nicht etwa kritisiert, sondern hofiert. Bereits vor der Bundestagswahl hatte Rot-Grün die Politik des Bundeskanzlers erinnerungspolitisch rechts überholt.

Seither ist »die Links-rechts-Mechanik, die das Getriebe der Erinnerungspolitik bildete, ... außer Kraft gesetzt«, meldete triumphierend die »Taz«. »Auf diesem Feld der Ideologien und Geschichtsbilder ... sind die alten Scheide- und Frontlinien tatsächlich verschwunden«, bestätigte zufrieden auch die »FAZ«. Statt dessen entwickelte sich ein nationales Bewußtsein und ein Begriff von Normalität, die die unangenehmen Realitäten der Geschichte auszublenden suchen. Ihr spezifischer Charakter wird kenntlich, wenn man ihn mit dem Normalitätsverständnis des israelischen Historikers Saul Friedländer konfrontiert: »Warum sollte nicht eine vollkommen normale Gesellschaft eingedenk dieser ganz ungewöhnlichen Vergangenheit zunächst und vor allem die Opfer ihrer eigenen Politik betrauern?« In erster Linie die Opfer der eigenen Politik betrauern? Wenn es diese Form der Normalität wäre, die die rot-grüne Regierung für sich in Anspruch nimmt, hätte Walsers Rede Abscheu statt Beifall und Empörung statt Verehrung provozieren müssen.

Das rot-grüne Verständnis von Normalität hat damit nichts zu tun, weil das Fortwirken der Geschichte in der Gegenwart ausgeblendet bleibt. Geschichte aber kehrt, je heftiger sie abgewiesen wird, desto traumwandlerischer zurück. Die Weigerung, dies einzusehen, verleiht der selbstbewußten Attitüde der neuen Regierung eine irrationale Tönung und der beschworenen Normalität den Charakter einer Inszenierung. Tatsächlich wird, wer genau hinsieht, mit der untergründigen Gegenwärtigkeit des Holocaust beinahe täglich konfrontiert. Vergasungsphantasien sind ein Kernbestandteil des deutschen Unterbewußtseins und Auschwitz-Drohungen, etwa in Fußballstadien, an der Tagesordnung. Wenn auch jede Ahnung eines Zusammenhangs mit der Leiche im Keller, die Auschwitz heißt, unterdrückt, aggressiv zurückgewiesen und tabuisiert wird, wird die Verbindung zwischen dem Verbrechen und seinen späten Folgen doch keineswegs unterbrochen, sondern verstärkt.

Da mag die doppelte Staatsbürgerschaft bürokratisch noch so perfekt vorbereitet sein: Der neuen Regierung, die so emsig bemüht ist, sich von den Folgen der Nazi-Zeit zu erlösen, wird es dennoch wie dem Kind ergehen, das zu spät in die Schule kam und dem Glatteis die Schuld daran gab: Bei jedem Schritt vorwärts sei es zwei Schritte zurückgerutscht. »Wie bist du dann überhaupt hergekommen?« fragte der Lehrer. »Ganz einfach: Ich gab es auf und versuchte nur noch, nach Hause zurückzukommen.«

Wenn das keine makabre Pointe ist: Das erste rot-grüne Regierungsbündnis hat damit begonnen, die Geschichtsvergessenheit und die sekundär-antisemitische Intention aller bisherigen BRD-Regierungen zu überbieten. Ein Kompliment für die Qualität der Auseinandersetzung der deutschen Linken mit der Vernichtungspolitik der eigenen Vorfahren ist dies nicht.

... und die Widersacher

Die Juden in Deutschland sind die ersten, die die Folgen des neuen Kurses zu spüren bekommen, stellen doch gerade sie für die ersehnte »Unbefangenheit« eine Bedrohung dar. Naumann kanzelt den Auschwitz-Überlebenden Bubis als »unfair« und »zutiefst ungerecht« ab. Gerhard Schröder wünscht sich in in einer Talk-Sendung auf Sat.1 ein Holocaust-Mahnmal, zu dem die Menschen »gerne« gehen. Weil sie in den Vergasungen eine Quelle deutscher Allmachtsphantasien vermuten, denen man »gerne« frönt?

Im Kontext der Walser-Kontroverse wurde die traditionelle Rolle der Juden in Deutschland als eine zu beachtende moralische Instanz mit Hilfe perfider Konstruktionen delegitimiert. Ein Beispiel mag hier genügen: Bubis' Anteil am Holocaust, behauptete Klaus von Dohnanyi, sei »nicht größer und nicht kleiner als derjenige der heute bald sechzigjährigen nichtjüdischen Deutschen, die nach Adolf Hitlers Tod geboren wurden«. Darauf muß man erst mal kommen. Dohnanyis Botschaft lautet: Die Juden sollen doch bitte ihre Klappe halten, anstatt uns als moralische Instanz weiterhin auf den Wecker zu gehen.

Einer jungen Studentin namens Kathi-Gesa Klafte hatte Dohnanyi mit diesen Worten »aus der Seele« gesprochen. Ihre Stellungnahme hat der »Spiegel« unter der Überschrift »Eine deutsche Studentin wehrt sich gegen Schuldzuweisung« publiziert. Dieser Text ist ein Dokument der Abwehraggression: »Den Antisemitismus schürt, wer die angeblichen Unterschiede zwischen ›den Deutschen‹ und ›den Juden‹ ständig herbeiredet«, heißt es dort. Wenn sich die Juden weiterhin »anmaßen, ... Vorwürfe machen zu dürfen«, sind sie es, die »›die neue Judenfeindlichkeit‹ herbeireden und niemand sonst« (»Spiegel« 53/98).

Die Abwehr der vermeintlichen »Anmaßung« der Juden kennzeichnet nicht nur die antisemitisch durchtränkte Atmosphäre, die in der Folge der Walser-Rede sich ausgebreitet hat. Sie ist zugleich unausgesprochener Bestandteil einer Regierungspolitik, die an die Vergangenheit nicht länger erinnert werden will. Dies ist das Motiv, das dem Sekundären Antisemitismus zugrundeliegt. Der unversöhnliche Jude aber, als der Bubis eine Zeitlang gegolten hat, nur weil er dem Common sense widersprach, ist zum Haßobjekt par excellence geworden: Er »wird ein Monument und Denkmal des Tatbestandes, daß der Greuel nicht ungeschehen und der Schaden nicht eingegrenzt werden kann«, hat der US-amerikanische Psychiater Dori Laub erklärt. »Diese Haltung stellt ein widerspenstiges Hindernis gegenüber jeder hochfliegenden Entschädigungsphantasie dar, die der Täter haben könnte, um seine Seelenruhe aufrechtzuerhalten. Das unversöhnliche, rächende Opfer muß aus dem Gesichtsfeld entfernt werden, sei es durch schiere Nichtbeachtung oder, falls notwendig, durch aktive Elimination.«*

Was immer die neue Regierung an guten und weniger guten Reformprojekten auf den Weg bringen wird: Der Erdrutsch, den ihre Vergangenheitspolitik ausgelöst hat, wird nicht aufzuhalten sein. Er hat binnen weniger Wochen dafür gesorgt, daß der Sekundäre Antisemitismus wenn nicht zum Regierungsprogramm, so doch zur diskursbeherrschenden Ideologie geworden ist. Er wird auch die »europäischen Nachbarn« nicht verschonen und der Welt vor Augen führen, was es heißt, wenn Deutschland »unbefangener und in gutem Sinne deutscher« (Gerhard Schröder) vorwärts marschiert.

* Vgl. Dr. Dori Laub: *German Testimony Work,* Yale University, Juli 1997. Ich danke Brigitta Huhnke für die Überlassung des noch unveröffentlichten Manuskripts und Frank Behn für Anregung und Kritik.

Matthias Küntzel schrieb mit Frank Behn in KONKRET 3/98 eine Entgegnung auf Hermann L. Gremliza

Konkret 02/99, S. 19

Micha Brumlik

Getriebe der Erinnerung
Apologie und Amoral

Geschichtsignoranz und Sekundärer Antisemitismus sind in der »Berliner Republik« virulent wie nie. Der Fall Walser/Bubis läutete eine Zeit ein, in der die Deutschen nicht nur das Erinnern, sondern auch das Erinnernlassen heftig von sich weisen. Matthias Küntzel über die neue deutsche Schamlosigkeit, Micha Brumlik über antisemitische Figuren in Walsers Preisrede

1

Daß Ignatz Bubis mit seiner Aussage, Walser sei ein Antisemit, recht gehabt hat, mußten sogar seriöse Blätter wie die »Zeit« spätestens seit der absurden Unterhaltung im Schoß der »FAZ« einräumen. Dort hatte der ehemalige Wehrmachtssoldat Walser dem Holocaust-Überlebenden Bubis vorgehalten, sich sehr viel früher mit der Massenvernichtung befaßt zu haben. Daß der vormalige Landser – konfrontiert mit einem Opfer – von seinen Fronterfahrungen nicht lassen wollte, zeigte sich in seiner so generösen Entgegnung auf Bubis' – mir unverständliche – Rücknahme des Vorwurfs der geistigen Brandstiftung: »Das brauchen Sie nicht ... ich bin kein Offizier aus dem Casino ...« Seine Behauptung, daß – wenn Bubis etwa gegen Ausländerfeindlichkeit protestiere – dies »sofort zurückgebunden sei an 1933«, kommentiert sich jedenfalls selbst. Walser entpuppte sich in diesem Gespräch als der Antisemit, der er schon war, als er seine »Friedens«preisrede hielt, eine Rede, der die sogenannte geistige und politische Elite Deutschlands stehende Ovationen bereitete. Hatte Bubis sich in der Paulskirche geirrt – kann es sein, daß ein einzelner gegen Hunderte recht hat?

2

Einen Fehler begeht, wer unter Antisemitismus nur grobschlächtige, offene Haßausbrüche gegen Jüdinnen und Juden versteht. Antisemitismus ist in erster Linie eine Ideologie, genauer ein im neunzehnten Jahrhundert, dem Zeitalter der Industrialisierung, entstandenes schlichtes Deutungsmuster mit mörderischen Folgen. Auf der Basis von etwa zweitausend Jahren christlichen Judenhasses, in denen die Juden mal als die Mörder Jesu, die Kinder des Satans oder die Verhinderer des Heils angesehen wurden und sich diesen Vorwürfen freilich durch die Taufe entziehen konnten, entstand im neunzehnten Jahrhundert die rassistische Judenfeindschaft. Sie sieht in den Juden eine mit unveränderbaren biologischen Eigenschaften gekennzeichnete Gattung, die zwar aussieht wie Menschen, aber in Wahrheit eine Gegengröße darstellt, die es auf Zersetzung abgesehen hat: Zersetzung und Vernichtung von Familie, Moral, Staat und Gesellschaft, am Ende der Volksgemeinschaft entweder durch die teuflische Macht des Geldes oder die mindestens so gefährliche Wirkung des Intellekts. Um ihr teuflisches Werk vollführen zu können, tarnen sich die Juden indes und müssen deshalb entlarvt werden – sie sind der Inbegriff anonymer Mächte, die aus dem Dunkel heraus wirken. Der Antisemit ist mithin strukturell paranoid und hat zudem aus seiner christlichen Tradition die Meinung übernommen, daß der Gott der Juden ein Gott der Rache und des knebelnden Gesetzes ist, einer Moral, die erst durch den von Martin Luther gepredigten Liebesgott Jesus und seine Gnade überwunden worden sei. Im Nachkriegsdeutschland kam zu alledem noch eine letzte Variante: die Wut darüber, daß die wenigen überlebenden Opfer Zeugnis vom Verbrechen ablegten.

Martin Walsers Preisrede, das sei im abgekürzten paraphrastischen Verfahren demonstriert, enthält alle Versatzstücke und Motive des klassischen Antisemitismus. Wie in einem Traum freilich sind die Motive zum Teil verkehrt und verdreht angeordnet, versteckt und verschoben, so daß sie sich nur durch massive Rekontextuierungen aufklären lassen. Apologetischer Rede gilt dies als ein illegitimes, denunzierendes Verfahren – hier werde aus dem Zusammenhang gerissen, was anderswohin gehöre. Das hätte sich behaupten lassen, wenn nicht Walsers Duisburger Rede (auf die ich hier nicht eingehe) und das oben erwähnte »FAZ«-Gespräch diesen Antisemitismus gezeigt hätten. Die Annahme freilich, daß ein an und für sich guter Mensch, nur weil er von überempfindlichen Überlebenden zu Unrecht angeklagt wird, plötzlich zu jenem Antisemiten wird, der er siebzig Jahre lang nicht war, ist doch wohl zu unwahrscheinlich.

3

Im Anfang war jedenfalls die Ohnmacht, die Gefangenschaft durch schwer durchschaubare Mächte – auch wenn es um einen Preis (den des deutschen Buchhandels) geht: »Der Ausgesuchte«, so beginnt der zweite Absatz von Walsers Rede, »kam sich eingeengt vor, festgelegt.« Zudem gibt der Sprecher – gut lutherisch – gleich zu Beginn zu Protokoll, daß er sich unter gesetzlichem (d. h. wohl jüdischem) Rechtfertigungsdruck sieht: »Daß ich mein Potpourri des Schönen würde rechtfertigen müssen, war mir klar.« Die darauf folgenden Äußerungen über das »Wegschauen« sind zu bekannt, um noch einmal erwähnt zu werden. Immerhin wird kurz darauf ein namhafter Jude ohne weitere Quellenangabe zitiert: »Freud rät, Verdrängen durch Verurteilen zu ersetzen.« Es wäre aufschlußreich zu wissen, auf der Basis welcher mißverstandenen

Schrift der Preisträger darauf kommt, Sigmund Freud, dem es vor allem ums Wiederholen und Durcharbeiten, Durcharbeiten und Wiederholen des Verdrängten ging, den Willen zum (natürlich jüdischen) Verurteilen zuzuschreiben. Von Juden war bisher in der Rede ausdrücklich überhaupt nicht die Rede, dafür aber von einem Thema, das derzeit die PDS umtreibt, die dabei wohl völlig verdrängt hat, daß der Stichwortgeber für ihr Erbarmen mit dem Topspion »Topas« natürlich Martin Walser heißt: »Dieser Gefangene büßt also die deutsche Einigung. Resozialisierung kann nicht Zweck der Strafe sein ... Bleibt nur Sühne.« Nach einigen Erwägungen über das Gnadenrecht des Bundespräsidenten und der verworfenen Idee, die bundesdeutsche Justiz zu kritisieren, die erlösende Erkenntnis: »Aber dann ist die Rede zu Ende ... und der Spion sühnt und sühnt und sühnt bis ins nächste Jahrtausend.« Vielleicht wie die Deutschen wegen der Massenvernichtung? Rainer Rupp als Inbegriff deutscher Schuld oder Unschuld? Sühne, Gnade und Rechtfertigung – die wesentlichen Stichworte einer protestantischen Weltsicht sind jedenfalls präludiert – an einem, wie es sich für einen geistvollen Schriftsteller gehört, parodistischen Motiv. Die Hauptsache kommt noch – wenn auch auf dem Wege langsamer Steigerung. Noch sind wir – nach der Suhrkamp-Ausgabe der Rede Walsers – erst auf Seite 14 und bei den Pogromen von Rostock sowie den Intellektuellen, die um der Selbstentlastung willen die Bevölkerung verketzern: »Es geht sozusagen über meine moralisch-politische Phantasie hinaus, das, was da gesagt wird, für wahr zu halten.« Worum geht es? Um das, was landesweit im Fernsehen zu beobachten war: »Würstchenbuden vor brennenden Asylantenheimen.«

Das Motiv derer, die nur beschreiben, was im Fernsehen zu sehen war, ist klar, auch wenn sie nicht mit ihren Namen genannt werden: »Die, die mit solchen Sätzen auftreten, wollen uns weh tun, weil sie finden, wir haben das verdient.« Hier treten sie nun in Erscheinung, die anonym konkreten Feinde, die »uns« peinigen wollen. Wir und die, Volksgemeinschaft und andere – nach dem lutherschen Gnadenmotiv tritt jetzt die Volksgemeinschaft auf den Plan, und ihre Peiniger werden etwas genauer bezeichnet: »die Intellektuellen«, also jene, die durch Geist zersetzen. Im Tonfall der Selbstkritik und mit wohl besonders fein gemeinten Differenzierungen reiht sich Walser in die Front ein: »Ich habe es nie für möglich gehalten, die Seite der Beschuldigten zu verlassen...« Ignatz Bubis hatte schon richtig gehört, gesprochen wurde nicht von Schande anstatt von Verbrechen, sondern von »Beschuldigten« anstatt von Schuldigen. Wer wüßte nicht, daß oft genug Unschuldige beschuldigt werden? Von wem und wo? »In den Medien«, dort wird Gedenken zur Routine, dort wird Schande präsentiert, dort wird instrumentalisiert. »In den Medien«, mehr erfährt der neugierige Leser oder Zuhörer nicht, kein wer, kein wann, kein wo.

Die anonyme Macht wird allmählich sichtbar, bleibt aber pseudokonkret: Basis aller Paranoia. Paranoiker aber sind Leute, die auch dort Angst verspüren, wo es nichts zu befürchten gibt und sich deshalb gelegentlich mutiger vorkommen, als sie tatsächlich sind: »... weil ich jetzt wieder vor Kühnheit zittere, wenn ich sage: Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden oder (mit den Worten von Michael Wolffsohn; M. B.) Moralkeule...« Also das, wogegen Gnade oder Gewissen stehen. Daß dem Ästheten für ein bedeutendes modernes Kunstwerk – Eisenmans und Serras Entwurf für das Berliner Mahnmal – nicht mehr einfällt als »fußballfeldgroßer Alptraum«, mag man seinem Geschmack zurechnen – daß er in diesem Zusammenhang neben dem mißverstandenen Hegel ausgerechnet den gewiß bedeutenden, aber ebenso gewissenlosen wie antisemitischen und pronazistischen Philosophen Heidegger zitiert, deutet schon in die einschlägige Richtung: »Wenn der Verurteilte«, wird nun der Nationalist Heinrich von Kleist bemüht, »das Urteil für ungerecht halten kann, ist er frei.« Ganz wie ein großer Teil der Deutschen nach 1945 und Walser im Jahr des Heils 1998: »Das ist Gewissensfreiheit, die ich meine.« Und die wird schließlich – ein wenig militanter Antibolschewismus darf zur Komplettierung auch nicht fehlen – der organisierten Öffentlichkeit entgegengehalten.

Gerade so nämlich wie der Kommissar mit der Mauser, den schon Nolte beschwor, fungieren die ungenannten Vertreter der öffentlichen Meinung: »Das möchte man den Meinungssoldaten entgegenhalten, wenn sie, mit vorgehaltener Moralpistole, den Schriftsteller in den Meinungsdienst nötigen.« Hier erfahren wir nun das Wesentliche über Walsers Sicht der zivilen Gesellschaft und ihrer Streitkultur – er sieht sie kein bißchen anders als etwa Carl Schmitt, für den es nur innergesellschaftliche Freund-Feind-Verhältnisse gab: Journalisten als Soldaten, Moral, die jetzt nicht mehr als Keule, sondern als tödliche Schußwaffe, als Pistole gilt, erpreßter Dienst, also Unfreiheit, sowie endlich die »Meinungswarte« – die Kalfaktoren eines vom Polizei- zum Meinungsstaat umgerüsteten Totalitarismus. Moral als Ausdruck der Unfreiheit – hier denkt wieder Luther mit im Kampf gegen den Totalitarismus. Die klassische Rechte sieht das überhaupt nicht anders. Aber ist das antisemitisch? Klassischer Antijudaismus im Kampf gegen die Moral und im Beschwören der Gnade, verquaster Antitotalitarismus im Kampf gegen die öffentliche Meinung, Wut auf Intellektuelle ohne Namen, paranoide Furcht vor »den Medien«, aber Judenfeindschaft – Angst vor der Zersetzung nicht nur durch den Geist, sondern auch durch das Geld?

Nun – dort, wo es darum geht, des Dichters Eigenstes, seine deutsche literarische Sprache, wider all dies Feindliche und Nötigende zu verteidigen, wird klar, daß alle anderen, die keine Dichter sind und es trotzdem wagen zu sprechen, der Zersetzung durchs Geld ausgesetzt sind. Angeblich, so Walser und Dohnanyi empört, habe beim »Instrumentalisieren« nie jemand ans Geld gedacht. Dies sei alleine eine Projektion von Ignatz Bubis gewesen. Zu dumm: stimmt nicht. Vom Geld ist nämlich bei Walser sehr wohl die Rede – wenn auch nur in einem unscheinbaren Nebensatz: »Gibt es außer der literarischen Sprache noch eine, die mir nichts verkaufen will?« – »Verkaufen«, daran ist nicht zu zweifeln, ist im

Unterschied zum »Tauschen« der Sphäre des Geldes unlöslich verbunden. Also auch der Sphäre von Handel und Kaufleuten – von Juden. Die dichterische Sprache als das einzige, das sich einer durch Moral und Geld verstellten und entfremdeten Welt entziehen kann. Das haben andere auch so gesehen, etwa der erwähnte Martin Heidegger. Selbst Theodor W. Adorno stand solchen Überlegungen nicht fern, wenngleich er noch wußte – und auf diesen Unterschied kommt alles an – , daß sich in einer von Ware und Wert geprägten Welt niemand diesem Zusammenhang entziehen kann. Walser unterstellt es naiv, und das eben macht ihn – in der hier rezensierten Rede – zu einem Antisemiten.

Indem er die vermeintliche Reinheit und Wahrhaftigkeit seiner Sprache gegen die vermeintliche Zwanghaftigkeit der Moral und die Verblendung durch eine vom Geld beherrschte Gesellschaft in Stellung bringt – daß das ehemalige DKP-Mitglied die Produktionsverhältnisse übersehen hat, erstaunt dabei nicht – , reproduziert er, ohne Namen oder konkrete Verhältnisse zu nennen, ein antisemitisches und antijudaistisches Deutungsmuster.

4

Diese Sprache, Walser deutet es an, ist zwar seine, aber er ist ihrer nicht Herr. Er könnte sich ihr überlassen, »egal, wohin sie mich führe«. Ja, »führe«. Vor dieser Führerin fürchtet sich der Dichter, er will ihr in die Zügel fallen, könnte sie doch zuviel von ihm »verraten«. Er hat sich zu Recht gefürchtet. Das Vorhaben seiner Rede jedenfalls ist gescheitert. Sowohl Anhänger als auch Gegner wissen an ihrem Ende, entgegen seiner Erwartung, mehr von ihm als beim ersten Satz. Das Debakel ahnend, zitiert er daher am Ende eine andere Autorin, die auch noch die verräterische Sprache hinter sich lassen will und im Tonfall reinster Affirmation, die Katastrophen dieses Jahrhunderts nun wirklich verdrängend, behauptet, daß alles viel schöner sei, als man bisher sagen kann. Die Beschwörung des Schönen gipfelt in Walsers Bitte um Gnade für Rainer Rupp: »Um des lieben Friedens willen.«

In einem Fall wie diesem spricht die Tiefenpsychologie von »Delegation«: An Rainer Rupp macht die PDS im Auftrag Walsers gut, was sich die Deutschen in diesem Jahrhundert haben zuschulden kommen lassen. »Darauf muß man erst einmal kommen!« (Martin Walser in Duisburg.)

Micha Brumlik rezensierte in Literatur Konkret 1998 Leni Yahils Buch über »Die Shoah«

Konkret 02/99, S. 22

Joachim Rohloff

Ein alemannisches Idiotikon

Der neue Roman des Friedenspreisträgers Martin Walser schildert das Dritte Reich als Jugend-Idyll

Die erste brauchbare Statistik zur Political Correctness im deutschsprachigen Feuilleton verdanken wir Martin Walser. Als sein *Springender Brunnen* erschien, lag die Quote bei 4,0 Prozent. Fünf von hundertfünfundzwanzig Rezensenten, zählte der Verlag, hätten Walser vorgeworfen, er schildere eine Jugend im Dritten Reich, ohne Auschwitz zu erwähnen. Es war demnach hohe Zeit, die deutsche Literatur vom Meinungsterror derjenigen zu befreien, die bei keiner Erwähnung der Nazis ihren Abscheu unterdrücken können und entsprechende Kundgebungen auch von anderen verlangen. Ein Fanal gegen den Zeitgeist ist Walsers autobiographischer Roman, allerdings auch wenig mehr. Seltsam nur, daß er monatelang vordere Plätze auf sämtlichen Besten- und Bestsellerlisten behaupten konnte und seinem Autor schätzungsweise eine runde Million eintrug.

Was gehen uns eigentlich alle diese Kindheiten an? Müssen die unbedingt erzählt werden? Wer's nicht so gut kann wie Strittmatter, sollte es doch lieber lassen. Walser aber dachte sich einen Johann aus, der dem jungen Martin zum Verwechseln ähnlich sieht, ließ ihn in Wasserburg am Bodensee aufwachsen, dortselbst die erste und die zweite Liebe erleben, die Machtübernahme der Nazis und den Krieg. Herauskam ein Heimatroman und ein alemannisches Idiotikon, durchsetzt von zwei bis drei hübschen Walserismen: Eigentlich will in jedem Augenblick das Allerschlimmste geschehen, und es muß einer sein Lebtag auf Knien betteln, daß nur das Dritt- oder, im günstigsten Fall, das Viertschlimmste geschieht.

Schön war trotz allem diese Jugend, und sie kommt nicht mehr. Auf vierhundert Seiten reift der Knabe zum Dichter. Zahlreiche von Nietzsche und Stefan George inspirierte lyrische Proben lassen ahnen, welcherart Dichtung uns geblüht hätte, wäre die westdeutsche Kultur nach dem Krieg nicht halbwegs amerikanisiert worden. Weitere autobiographische Bände sind kaum zu befürchten, denn Walsers frühe Mannesjahre in der Gruppe 47 werden ihm von keinerlei Correctness madig gemacht.

1986 sprach Walser in einem Interview von seinen literarischen Plänen: »Dann käme etwas, das direkt am Anfang des Jahrhunderts beginnt. Mein Arbeitstitel: Der Eintritt meiner Mutter in die Partei. Daß meine Mutter eine sehr katholische Frau war und alles andere als eine Nationalsozialistin, das weiß ich ganz sicher. Wenn es mir gelänge zu erzählen, warum sie in die Partei eingetreten ist, dann hätte ich die Illusion, ich hätte erzählt, warum Deutschland in die Partei eingetreten ist. Ob ich das schaffe, weiß ich natürlich nicht.«

Er hat es geschafft. Denn der erste Teil des *Springenden Brunnens* trägt den Titel: »Der Eintritt der Mutter in die Partei«. Und wir haben nun die schöne Illusion, Deutschland sei in die Partei eingetreten, um den Walserschen Gasthof vor der Zwangsversteigerung zu retten. Die wirtschaftliche Not war groß, und sie kam – der Roman verrät es nicht, aber Walsers Leser wissen es ohnehin längst – von Versailles. Die Konkurrenz drückte mächtig, auf sämtlichen Möbeln klebte schon der Kuckuck. Doch seitdem die Mutter das Parteiabzeichen zwar nicht trug, aber in irgendeiner Schatulle aufbewahrte, versammelten sich die Nazis in ihrer »Restauration«, es kam zu erheblichem Verzehr, und der Gerichtsvollzieher ward nicht mehr gesehen. Den Nazigruß, wenn er gefordert wurde, streute die Mutter noch nachlässiger in die Landschaft als der Führer selbst. Das muß man sich, mit Hajo Steinert vom »Deutschlandfunk«, einem versierten Interpreten und Gesprächspartner Walsers, ungefähr so vorstellen: »Die Mutter streckt bei den Versammlungen ihren rechten Arm nie zum ›deutschen Gruß‹ aus, sie winkelt ihn immer nur leicht an und stützt ihn auf den vertikal unter ihrem Brustkorb ruhenden linken Unterarm. In diesem Bild einer Halbherzigkeit, einer kleinen Geste des Nichtmitmachens, steckt die symbolische Geste des Romans *Ein springender Brunnen.*«

1988 schrieb Walser von seinen Schwierigkeiten mit der eigenen Biographie: »Ich habe nicht den Mut oder nicht die Fähigkeit, Arbeitsszenen aus Kohlenwaggons der Jahre 1940 bis 43 zu erzählen, weil sich hereindrängt, daß mit solchen Waggons auch Menschen in KZs transportiert worden sind. Ich müßte mich, um davon erzählen zu können, in ein antifaschistisches Kind verwandeln. Ich müßte also reden, wie man heute über diese Zeit redet.« Das aber wäre Moralkeule, Meinungsterror, Zeitgeist. Inzwischen müssen ihm der Mut oder die Fähigkeit irgendwie zugewachsen sein, vermutlich aus seiner Hausmacherpoetik, die am Anfang des Romans in aller Breite entwickelt wird: Wer nur der Sprache vertraue, dem komme die Vergangenheit ganz von selbst entgegen. Walser verwandelte sich in das durchaus nicht antifaschistische Kind Johann, und das heikle Thema erscheint im *Springenden Brunnen* so: »Wolfgang hatte sich, sobald er mitgekriegt hatte, daß Johann immer nach Schulschluß Kohlen ausladen und zuführen mußte, beteiligt. Und zwar in einer Art Begeisterung, die die Kohlenarbeit zu einem Sport machte. Die Waggons mußten jetzt, weil es zu wenig Waggons gab, immer in einem halben Tag geleert sein. Früher war Standgeld erst nach vierundzwanzig Stunden zu zahlen, jetzt nach acht, und dreimal soviel. Also fiel die Schule aus. Was sie taten, wurde kriegswichtig genannt.«

Daran könnte der Leser nun, auch ohne Anleitung durch den Autor, allerhand Betrachtungen knüpfen: Widerstand wäre so leicht gewesen. Allerdings hätte man das Standgeld zahlen müssen und so die Bemühungen der Mutter zunichte gemacht. Glücklicherweise wußte man nichts.

Am Ende, als der Krieg vorüber ist und die Franzosen in Wasserburg herrschen, trifft Johann einen anderen Wolfgang, dessen Mutter Jüdin ist und der deshalb aus der Hitlerjugend ausgestoßen wurde. Der erzählt ihm, wie es seiner Familie in den letzten zwölf Jahren erging. Johann läßt sich nicht beeindrucken: »Er hatte gespürt, daß Wolfgang, was er ihm erzählt hatte, erzählt hatte, weil Johann das wissen müsse. Vielleicht meinte Wolfgang, daß Johann ein Vorwurf zu machen sei, weil er all das nicht gewußt, nicht gemerkt hatte. Johann wehrte sich gegen diesen vermuteten Vorwurf. Woher hätte er wissen sollen, daß Frau Haensel Jüdin ist? Er wollte von sich nichts verlangen lassen. Was er empfand, wollte er selber empfinden. Niemand sollte ihm eine Empfindung abverlangen, die er nicht selber hatte ... Er wollte nicht gezwungen sein. Zu nichts und von niemandem.«

Die Szene fiel manchem Rezensenten unangenehm auf, obwohl er von ihrer tieferen Bedeutung noch gar nichts ahnen konnte. »Widerlich«, sagte Reich-Ranicki, dieser Johann sei doch wohl ein ziemlich unsensibler Löffel. Seit der Friedenspreisrede wissen wir nun, daß der achtzehnjährige Johann genauso dachte, wie der einundsiebzigjährige Walser noch heute denkt. Schon wenige Wochen nach dem Krieg wurde die Moralkeule geschwungen, und man konnte sich ihrer nur mit Hilfe der wahren Empfindung oder des autonomen Gewissens erwehren.

Nach einigen antifaschistischen Verirrungen in mittlerem Alter kehrt Walser nun an seine Ursprünge zurück, könnte man meinen. Vielleicht aber ist dieser Johann ein Kind, das in den vierziger Jahren die neunziger schon hinter sich hat und deshalb genauso reden muß, wie man neuerdings über jene Zeit redet.

Martin Walser: *Ein springender Brunnen*. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1998, 420 Seiten, 48 Mark

Konkret 02/99, S. 23

Andrei S. Markovits, Jürgen Elsässer

Whistling in the Dark

KONKRET-Interview
Über das Versagen von Rot-Grün in der Walser-Debatte und die Widersprüchlichkeit einer Realpolitik zur Zähmung Deutschlands. Ein Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Andrei S. Markovits

KONKRET: Wie beurteilen Sie das Verhalten des rot-grünen Lagers in der Walser-Debatte?

Markovits: Beschämend. Da kam null. Meines Wissens hat sich kein einziger Politiker der neuen Regierung kritisch zu Walser geäußert.

In Ihrem vor kurzem erschienenen Buch Das deutsche Dilemma *(Alexander Fest Verlag) hatten Sie noch gehofft: »Die Präsenz (Joschka) Fischers und von Leuten seiner politischen Gesinnung im öffentlichen Leben der Berliner Republik stimmt uns als Deutschlandkenner, Politikwissenschaftler und amerikanische Juden mit engen europäischen Beziehungen vorsichtig optimistisch.«*

Dazu stehe ich noch immer. Ich betone ja auch das Wort »vorsichtig«. In der Walser-Debatte geht es um das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Vergangenheit, zum Holocaust – das ist für uns als amerikanische Juden natürlich sehr wichtig. Dazu hat Fischer geschwiegen. Aber für die Beurteilung seiner Politik ist das nur ein Aspekt, und nicht unbedingt der wichtigste. Fischer steht in unserer Wahrnehmung für einen maßvollen, zivilisierten und international verträglichen Umgang mit deutscher Macht.

Aber ein solcher Umgang ist doch, jedenfalls gemäß Ihrem Buch, unmöglich, wenn sich Walser und Co. durchsetzen! »Von der Erinnerung an Auschwitz befreit, wird ein neues, nicht länger durch institutionelle und kulturelle Beschränkungen an angemessener Machtausübung gehindertes Deutschland entstehen« – so skizzieren Sie die von Ihnen abgelehnte Vision konservativer Intellektueller. Und Fischer, auf den Sie hoffen, schweigt dazu...

Sie wollen Markovits mit Markovits widerlegen – das gefällt mir. Nun, meine im Buch geäußerten Befürchtungen zu den Visionen konservativer Kreise haben vor kurzem neue Nahrung erhalten. Ich war in der Bundeswehr-Akademie in Strausberg zu einem Vortrag vor jungen Offizieren eingeladen und wurde in der anschließenden Diskussion von den Militärs mit Fragen bombardiert. Etwa: Wann können wir als Deutsche endlich aufatmen? Wann können wir endlich unsere nationalen Interessen wieder wahrnehmen und werden nicht mehr von unserer Vergangenheit gefesselt? Das hat mich doch bedenklich gestimmt. Ich antwortete darauf mit Gegenfragen: Wo ist denn bisher Deutschland oder das deutsche Militär bei der Wahrnehmung nationaler Interessen unterdrückt worden? Was sind denn überhaupt Ihre nationalen Interessen? Da war Schweigen. Als ich dann weiter fragte: Wollen Sie wieder in Polen einmarschieren?, wollen Sie Königsberg wiederhaben?, traf ich auf vielstimmige und entschiedene Ablehnung. Natürlich wollen diese Offiziere nicht nach Polen oder Kaliningrad, das glaube ich ihnen. Aber es gibt offensichtlich ein diffuses Unbehagen über die angebliche Fesselung Deutschlands. Das erscheint mir gefährlich. Immerhin ein Offizier hat sich anders geäußert: Er sah die Demokratie in der Bundesrepublik unmittelbar gekoppelt an ein aktives Erinnern der Shoah, ohne dieses Fundament seien die demokratischen Errungenschaften gefährdet. Das hat mir Hoffnung gemacht. Aber: Es war eine Stimme unter vielen anderen.

Nun zu Fischer: Ich glaube, wenn ich ein persönliches Gespräch mit ihm führen könnte, würde er kein Hehl aus seiner Ablehnung Walsers machen. Die Frage ist, warum er sich öffentlich nicht äußert. Vielleicht befolgt er das amerikanische Sprichwort »you have to pick your fights« – »man muß sich seine Kämpfe aussuchen«. Die Grünen spüren, daß Walser Millionen Deutschen, vielleicht einer Mehrheit, aus der Seele gesprochen hat, und weichen angesichts dieses Kräfteverhältnisses der Konfrontation aus. Zur gleichen Zeit treiben sie ein Projekt voran, das Deutschland viel gründlicher zivilisieren wird als alles andere: die Änderung der Staatsbürgerschaft, weg vom Blutrecht, hin zur politischen Staatsbürgerschaft für alle im Lande Lebenden. Wenn das gelingt, würde ich den Grünen ihr Versagen in der Walser-Debatte fast verzeihen.

Wenn Fischer nur nach dem Motto »you have to pick your fights« bestimmten Fights ausweichen würde... In der Europa-Diskussion etwa ist er nicht ausgewichen, sondern hat aktiv Schröders nationalistische Klage über die finanzielle Ausbeutung Deutschlands in der EU unterstützt. Das demagogische Schlagwort von der »Melkkuh« kam von ihm.

Leider ja. Dabei ist der Hinweis auf Deutschland als größten Nettozahler der EU ja durchaus richtig – nur wird die andere Seite verschwiegen: daß Bonn mit diesen Zahlungen einen Wirtschaftsverbund sponsert, von dem die Deutschen mehr profitieren als alle anderen. Mit der nationalen Rhetorik will die neue Regierung offensichtlich dem populären Vorwurf von rechts den Wind aus den Segeln nehmen, die Linken seien vaterlandslose Gesellen. Auch an diesem Punkt gilt, daß mir die Rabulistik nicht gefällt, daß mir aber die reale Veränderung wichtiger ist: Die Einführung des Euro entzieht dem deutschen Kapital die Möglichkeit, über die Deutsche Mark Währungspolitik zu Lasten der Nachbarstaaten zu betreiben. Daß die

Regierung nun in diesen realen Machtverlust eingewilligt hat, steht für mich im Vordergrund – wenn sie durch ein paar populistische Sprüche einen Gegenakzent setzt, um die DM-Nostalgiker zu besänftigen, ist das nicht so schlimm.

Wobei die erfreuliche reale Veränderung, die Aufgabe der Mark, ja bereits von Kohl durchgekämpft worden ist.

Absolut richtig. Und infolge Kohls richtiger Einsicht, daß zur Zähmung Deutschlands seine Europäisierung unumgänglich ist. Ein gutes Vermächtnis von Auschwitz. Und Schröder war lange Zeit dagegen, hat eigentlich auch jetzt ohne großen Enthusiasmus mitgezogen. Überhaupt beurteile ich Schröder ganz anders als Fischer, auch anders als Kohl: Wenn er morgens aufwacht und seine Tagesplanung macht, kommen Holocaust, deutsche Vergangenheit und Juden darin wohl in aller Regel nicht vor. Das interessiert ihn alles nicht. Und ich kann mir auch denken, woher dieses kalte Desinteresse kommt: Schröder ist politisch sozialisiert worden und war Juso-Vorsitzender in einer Zeit, in der die Israelfeindschaft in allen Fraktionen der deutschen Linken sehr bestimmend war. Stärker war ich übrigens von Dohnanyi schockiert, von seiner Polemik gegen die Überlebenden des Holocaust, seiner aggressiven Gleichsetzung der Opfer mit den Tätern. Das hat mich verstört, denn bei Dohnanyi, einem Middle-of-the-road-Sozialdemokraten mit keinerlei Verbindung zur antizionistischen Neuen Linken, sind mir die Wurzeln dieser Haltung unklar. Und es war ja nicht Dohnanyi allein. Ich mußte schmerzlich erfahren, daß viele Linksintellektuelle und Linksliberale meine Aufregung über Walser nicht verstehen konnten, ihm sogar zustimmten.

Aber bricht damit nicht die ganze politische Strategie zusammen, die Sie in dem Buch Das deutsche Dilemma *entwickeln? Wenn das linksintellektuelle Milieu sich mit Walser im Wegschauen übt, wo ist denn dann in diesem Land noch eine gesellschaftliche Kraft, die eine Realpolitik nach Ihrem Verständnis – zivilisiert, maßvoll, international eingebunden – tragen könnte?*

Deutschland könnte unter Umständen auch dann ein gezähmtes und zivilisiertes Land sein, wenn es keine aktive Erinnerungsarbeit betreibt. Als Jude täte mir das zwar weh, aber als Politikwissenschaftler muß ich einräumen: Es ist prinzipiell möglich. Brutal gesagt: The Nazis did a good job. Es gibt heute kaum noch Juden in Europa. Daher ist das Verhältnis der Deutschen zu den vier Millionen hier lebenden Türken weitaus entscheidender als zu den sechs Millionen Juden, die ermordet wurden.

Wirklich? Gibt es da keinen Zusammenhang? Kann man emanzipatorische Realpolitik machen und gleichzeitig die Diskurse um das kollektive Gedächtnis, das heißt die ideologische Hegemonie, den Rechten überlassen? An einem konkreten Beispiel: Konnte Brandt die Aussöhnung mit den heute lebenden Polen und Russen nicht hauptsächlich deswegen durchsetzen, weil er gleichzeitig auch für die Scham und Trauer angesichts der ermordeten Juden eintrat – mit dem Kniefall vor dem Ghetto-Denkmal in Warschau?

Brandts Kniefall war der wichtigste symbolische Akt eines deutschen Politikers nach 1945, zweifellos. Das habe ich ihm persönlich auch gesagt. Aber ob es den von Ihnen behaupteten Zusammenhang zur Durchsetzung der Ostverträge gibt, bezweifle ich. Ich teile Ihre Bedenken, daß die Berliner Republik wieder auf eine *slippery slope* kommen könnte. Aber ob dafür die Auseinandersetzung um den Holocaust entscheidend ist? Ob Deutschland wieder gefährlich werden könnte, hängt doch im wesentlichen vom Umgang mit gegenwärtigen Problemen ab. Um das entscheidende Problem der Außenpolitik zu benennen: Kommt es zur verschärften Konkurrenz zwischen der EU und den USA? Übernimmt die Berliner Republik die scharfmacherischen Töne gegen die USA, die man immer wieder aus Paris hört? Die französische Presse und Regierung feierten die Einführung des Euro als Kampfansage an die USA. In Deutschland ist das bisher noch nicht so gewesen, hier wird der Euro vor allem als Element europäischer Integration gewürdigt. Aber wie stabil ist diese Haltung, wenn die Rivalität Euro versus Dollar zur materiellen Gewalt wird?

Gerade wenn man von einer verschärften Konkurrenz mit den USA ausgeht, gewinnt die Befassung mit dem Nationalsozialismus aktuelle Brisanz. Denn die ideologischen Muster des Anti-Amerikanismus sind im Antisemitismus vorgezeichnet: Die Wallstreet als Zentrum des wurzellosen Finanzkapitals, das raffende Kapital der internationalen Finanzmärkte gegen das schaffende Kapital unseres Standortes, der »Raubtierkapitalismus der USA« – so eine Formulierung von Helmut Schmidt...

... generell die Abneigung gegen die Moderne und die ihr zugeschriebenen Eigenschaften wie Kälte, Flexibilität, Schnelligkeit, Entwurzelung, Unpersönlichkeit – und Amerika steht ebenso wie auch »der Jude« in der völkischen Propaganda stellvertretend für die Moderne. Deshalb gibt es Überlappungen zwischen Antisemitismus und Anti-Amerikanismus. Doch die bundesdeutschen Wirtschaftseliten scheinen mir relativ wenig vom völkischen Antimodernismus kontaminiert. Das ist der große Unterschied zur Weimarer Republik, damals war das Großkapital nationalistisch, antisemitisch, antidemokratisch. Heute sind die großen Konzerne Global players, sie waren frühzeitig für die Einführung des Euro und würden die Offenheit des Weltmarktes nie gegen national-autarkistische Konzepte wie bei den Nazis eintauschen wollen.

Die Mentalität der Manager ist das eine, vielleicht sind die heutzutage progressiver als die meisten Arbeiter. Aber was passiert, wenn es wie nach 1929 zum Zusammenbruch des Weltmarktes kommt? Wird dann nicht der »stumme Zwang« der

Ökonomie ganz schnell dafür sorgen, daß die polyglotten Manager durch treudeutsche »Wirtschaftsführer« ersetzt werden? Waren nicht auch die Elektroindustrie und Großchemie, anders als die Kohle- und Stahlbarone, vor 1929 gegen Hitler? Und wie schnell sind sie in der Krise umgeschwenkt! Kurz: Handelt es sich, Ihren und Goldhagens optimistischen Prognosen zum Trotz, bei der Bundesrepublik nicht um eine Schönwetterdemokratie, die beim ersten Fieberanfall Remedur mit den alten Rezepten suchen wird?

Den alten Rezepten? Also Faschismus? Autarke Großraumwirtschaft? Aber was soll das bringen? Die Ukraine als Kornkammer, die Heimholung von Königsberg – vielleicht habe ich zu wenig Phantasie, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß dies selbst nach einem Crash eine realistische Option für die deutsche Wirtschaft und Politik sein könnte. Eine Krisenlösung durch deutschnationale Rezepturen erscheint mir als sehr entferntes Problem. Die Schlüsselfrage heißt vielmehr: Europa contra USA. Hier gibt es die Gefahr einer Zuspitzung. Es ist kein Geringerer als der Harvard-Ökonom und Präsidentenberater Martin Feldstein, der in den letzten Jahren mehrfach prognostiziert hat, daß er sogar einen atlantischen Krieg für möglich halte. Möglicherweise ist das übertrieben. Aber die antagonistische Dynamik ist da. Nicht nur wegen der Währungskonkurrenz Euro versus Dollar. Es geht auch um die Identität des sich herausbildenden Euro-Staates.

Ich habe intensive Studien über Staatenbildung betrieben. Jede Nation entsteht, indem sie sich von echten oder imaginierten Feinden abgrenzt. Heute kann niemand sagen, auf was die Euro-Nation gründen soll – ihre Werte sind nebulös. Um etwas zu werden, muß man »das andere« ablehnen. Um eine Identität zu bekommen, muß man eine Anti-Identität entwickeln. Also könnte auch hier als Geburtshelfer eine Negativ-Abgrenzung zum Tragen kommen – Europa konstitutiert sich als Anti-Amerika.

Auch das könnte ein Einfallstor für die Germanisierung Europas sein: Der deutsch-völkische Gedanke ist die schärfste Antithese zum American way of life, zum Melting pot. Schon wieder ein Punkt, wo der Kampf um das kollektive Gedächtnis die aktuelle Politik beinflußt.

Schon wieder ein Punkt, an dem ich zumindest teilweise widerspreche: Nicht nur in der deutsch-völkischen, sondern auch in der gaullistischen Ideologie ist die Abgrenzung zu Amerika ein Hauptmotiv. Also geht es auch hier nicht in erster Linie um eine mögliche Wiederholung der deutschen Vergangenheit.

In einer Rezension von Das deutsche Dilemma *hat Matthias Küntzel Ihre Haltung, die Incertitudes allemandes präzise zu benennen und trotzdem eine optimistische Prognose zu geben, als »Whistling in the Dark« charakterisiert.*

Eine schöne Formulierung, die aber nur zum Teil stimmt. Mit meinem Intellekt beurteile ich das wiedervereinigte Deutschland optimistisch – mein Bauch warnt mich, daß die Vergangenheit nicht vergangen ist. In meinem Bauch bewahre ich mein kollektives Gedächtnis, die Erinnerung an die deutschen Verbrechen. Doch mein Intellekt sagt mir: Wenn man hinter allem und jedem Auschwitz wiederkommen sieht, dann verlieren Analysen an Aussagekraft, dann bleibt nur noch das immer gleiche »Ceterum censeo«. Kurz und gut: Whistling in the Dark – ja, das ist meine Haltung und kommt auch schon so in meinem Buch vor, aus dem Herr Küntzel dann die Formulierung so kreativ verwendet. Singing in the Dark – Arien auf Deutschland singen und dann erst recht vor Angst schlottern – das lehne ich ab.

Mit Ihrem Intellekt beschreiben Sie eine Realpolitik à la Joschka Fischer als die beste Möglichkeit, eine Wiederkehr der deutschen Vergangenheit zu verhindern. Wie stehen Sie zu jener kleinen Minderheit, die sich eher an dem bösen Grummeln in Ihrem Bauch orientiert und einen Generalverdacht gegen Land und Leute entwickelt hat, sozusagen Antipolitik nach Art von »Selfdestroying prophecies« betreibt?

Die sind für mich absolut entscheidend. Wenn es diese Leute oder auch eine Zeitschrift wie KONKRET nicht gäbe, würde ich es keinen Tag in Deutschland aushalten.

Mit Andrei S. Markovits sprach Jürgen Elsässer

Andrei S. Markovits, geboren 1948 in Temesvar (Rumänien), ist Professor für Politikwissenschaft an der University of California in Santa Cruz und ständiger Mitarbeiter am Center for European Studies der Harvard University. Daniel Goldhagen war sein Schüler. Das Vorwort zu seinem jüngsten Buch »Das deutsche Dilemma« schrieb Joschka Fischer

Konkret 02/99, S. 26

Tjark Kunstreich

Business as usual

Stimmenthaltung oder Zustimmung:Das Gros der deutschen Traditionslinken hat in der Auseinandersetzung mit Martin Walser versagt

»Nachdem jetzt die Linke nach fast zwei Jahrzehnten wieder an der Macht ist, scheint es, als fühlte sie sich frei, so zu reden, wie es Rechte meistens tun. Die Unduldsamkeit der Rechten mit der Hinterlassenschaft des Holocaust wurde ›faschistisch‹ genannt. Bei Linken heißt das ›Tabubruch‹.«

Ian Buruma in der »International Herald Tribune«, 30.12.1998

Der Generationenwechsel in der Führungsetage und der damit verbundene Aufwand für Renovierung und Erneuerung der ideologischen Ausstattung hatten nichts mit dem zu tun, was sich auch radikalere Linke unter einem Sieg der Linken vorgestellt hatten. Zwar hat die erhoffte Zäsur stattgefunden, die als bedrückend empfundene Stagnation der Kohl-Ära ist zu Ende, aber Aufbruchstimmung will nicht aufkommen. Das bewährte Rezept der Linken in solchen Situationen ist Business as usual. Statt über Schröders »erwachsene Nation« und ihren geistigen Vater Walser, über die kollektive Ablehnung eines Denkmals für die ermordeten Juden durch die in die Jahre gekommene Neue Linke und das neue außenpolitische Selbstbewußtsein der Berliner Republik, diskutiert man lieber über Atomausstieg oder die angebliche Wiederkehr des Keynesianismus. Kaum eine linke bzw. antifaschistische Gruppierung hat sich in der Debatte um Walsers Rede öffentlich und ohne Vorbehalt hinter Ignatz Bubis gestellt. Daß weder die VVN noch der IVVdN, die beiden größten Organisationen antifaschistischer Widerstandskämpfer in Deutschland, eine Stellungnahme abgaben oder sich gar mit Bubis solidarisierten, hat nicht nur mit der – zum Teil berechtigten – Angst vor derartigen Polarisierungen zu tun: Für die meisten ihrer Mitglieder ist die Nation immer unschuldig geblieben.

Nicht, daß es an kritischen Artikeln mangelte – nur haben die Linken Probleme mit dem, was die Zeitschrift »Analyse und Kritik« (»AK«) »Symbolpolitik« nennt. Immerhin ist dem »AK«-Autor aufgefallen, daß die Grünen schweigen, weil sie entweder jede Eigenständigkeit schon verloren haben oder weil eben jene »Symbolpolitik« einen so großen Stellenwert hat, daß die – unterstellte – Ablehnung von Walsers Normalisierungssehnsucht das rot-grüne Projekt gefährden könnte. Was aber der Anfang eines Artikels hätte sein müssen, ist schon sein Ende; und das zwei Monate nach Walsers Rede. Auf die Idee, daß es sich hier keineswegs um eine der in den letzten Jahren üblichen Geschichtsdebatten handelt, kommt der »AK«-Autor nicht, und das Verhalten der PDS zu Walser ist in diesem der Partei eng verbundenen Blatt selbstverständlich auch kein Thema.

Die fand nämlich Walsers Erwägungen so normal, daß sie meinte, in Anknüpfung an Walsers Forderung »Lassen Sie doch Herrn Rainer Rupp gehen«, die er in seiner Friedenspreisrede an den Bundespräsidenten gerichtet hatte, eine Amnestiedebatte für ehemalige Angestellte der DDR entfachen zu müssen. Walser hat nämlich nicht etwa nur gespalten, sondern auch versöhnt, indem er das Tabu über die strafrechtliche Verfolgung des DDR-Personals brach. Schon am Tag nach Walsers Rede entdeckte Irmtraud Gutschke im »Neuen Deutschland« das Gewissen: »Martin Walser hat recht: ›Mit seinem Gewissen ist jeder allein.‹« Zwei Tage später fand sie es »traurig«, daß Walsers Engagement für Rupp »nur nebenbei erwähnt« wurde. Von Bubis hätte die »ND«-Autorin so scharfe Worte auch nicht erwartet, schließlich habe der »keinerlei emotionale Regung« während Walsers Rede gezeigt. Dann aber »plötzlich solcher Zorn auf Walser«: »Das tut weh. Wie die Schlagwörter niedersausen – ›wie Schlagstöcke‹, hätte ich beinahe hinzugefügt.« Tat sie aber nicht, sondern schrieb es nur hin. Weil sie keine »demagogischen Kurzschlüsse ziehen« wollte, bediente sie das Klischee vom rachsüchtigen Juden.

»Der eine sagt ›Bahnhof‹, und der andere sagt ›Der Zug fährt ab‹«, bilanzierte Frau Gutschke Anfang Dezember die Debatte im »ND« und versuchte, Frieden zu stiften: Walser müsse gegen »Fehlinterpretationen« in Schutz genommen werden, aber vergessen dürfe man auch nicht, daß Walser »provozieren wollte«. Um Ausgleich bedacht, gab die »ND«-Autorin Bubis recht, daß die Vorstellung, die Juden dächten nur ans Geld, zum antisemitischen Repertoire gehöre, war aber darüber »erschreckt, wie er selber das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden auf die Formel Schuldner – Gläubiger bringt«. Zum Beleg dieser Behauptung dient ein Gleichnis, das Bubis im »Spiegel« zitiert hatte, um deutlich zu machen, warum die Deutschen sich allein durch die Existenz von Juden fortwährend an Auschwitz erinnert fühlen. Nach dreimaliger Aufforderung, nun endlich zu zahlen, sagt der Schuldner zum Gläubiger: Solange du mich mahnst, zahle ich nicht. Aber auch als der Schuldner nicht mehr gemahnt wurde, zahlte er nicht.

Für Frau Gutschke ist »im Gewissen ... die fundamentalste Gesellschaftskritik enthalten«, weil es das »Ideal eines menschlichen Zusammenlebens wach« hält. Bei ihrer »Fehlinterpretation« des Gleichnisses liegt also kein Mißverständnis, sondern der Kasus eines deutschen Gewissens vor, dem Gesellschaftskritik Ablehnung von Gesellschaft und das Ideal

menschlichen Zusammenlebens die Volksgemeinschaft ist. In den »Marxistischen Blättern« der DKP sinniert Rüdiger Bernhardt: »Ein Spezialist durfte Walser dabei nicht sein, er hätte sich im Gewirr der Vorschriften verstrickt, wo doch nur zu begreifen war, daß immer wieder eingehämmerte Schuld zu Entwertungen, schlimmstenfalls zu Märtyrern unter den Tätern führt.« Die Unbestimmtheit der Formulierung, die offen läßt, ob hier der ehemalige Spion oder der ehemalige Nazi gemeint ist, ist keine Schlamperei. Ebenso wie das »ND« wollen offensichtlich auch die »Marxistischen Blätter« mitmachen, wenn Geschichte und nationaler Auftrag neu eingerichtet werden. Daß man auch ohne schlichtes Mittun dabeisein kann, hat Mathias Wedel in der »Jungen Welt« mit einem satirischen Dialog zwischen Walser als deutschem Tölpel und Bubis als jüdischem Tresenschacherer gezeigt, der sein Gegenüber übers Ohr haut. Mit dem Klassenstandpunkt lassen sich vor allem Tabus über Juden noch immer besonders effektiv brechen.

Die PDS hat als Regierungspartei keine andere Wahl, als sich der neuen Realität anzupassen. Schließlich gehört zur »Normalität« neben den braunen Zonen in Ostdeutschland auch eine national verläßliche »linke Opposition«, allerdings nur, solange sie diese »Normalität« anerkennt, d. h. Regierungsverantwortung übernimmt. Der demokratischen Bewältigung der deutschen Vergangenheit hat sie nichts entgegenzusetzen, weil auch bei ihr das Gedenken einen Sinn haben muß. War die PDS bislang für das Holocaust-Mahnmal, möchte nun Heinrich Fink, der kulturpolitische Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion, doch lieber keins und befürwortet statt dessen die Vorschläge des SPD-Kulturbeauftragten Michael Naumann für ein Holocaust-Museum.

Die Berliner Republik ist bereits normal geworden, der Rest ist Indifferenz. So findet die »antinationale Fraktion« der autonomen »Interim«, in deren Jahresrückblick Martin Walser hinter Otto Schily den zweiten Platz für den »Arsch 98« einnimmt, »Walsers Alterssehnsucht nicht besonders beunruhigend«, sondern »angesichts der wachsenden jüdischen Gemeinde in der Bundesrepublik und angesichts auch der immer wieder nachwachsenden Jugend insgesamt« »eher ärgerlich«. Selbstverständlich stellt man sich auf die Seite von Bubis, aber letztlich wird die Biologie entscheiden.

Diese eigentümliche Begeisterung für die deutsche Version von »Zivilgesellschaft« ist nicht weniger gefährlich als der latente Antisemitismus des »ND«, setzt sie doch, trotz aller Kritik, die grundlegende Akzeptanz der These einer »Normalisierung« Deutschlands voraus. In der Frage, warum es keine radikale Linke mehr, sondern nur einzelne radikale Kritikerinnen und Kritiker gibt, die dem nationalen Konsens sich verweigern und keinen Wert auf die Rolle der national verantwortlichen Oppositionellen legen, ist die Antwort schon enthalten. Eben Business as usual.

Tjark Kunstreich schrieb in KONKRET 1/99 über Martin Walser und die Berliner Republik

Konkret 02/99, S. 27

Alfred Schobert

Keine Mi□ verst□ ndnisse

Im v□ lkisch-nationalen Bl□ tterwald von □ Aula□ bis zum Verlag Zeitenwende zeigt sich das rechte Verst□ ndnis der Walser-R

Der Brechreiz war nur schwer zu unterdrücken, als Martin Walser fernsehöffentlich triumphierte, nachdem Ignatz Bubis seinen Vorwurf der »geistigen Brandstiftung« zurückgenommen hatte. Vor lauter Euphorie sprengte der von der »FAZ« inthronisierte televisionäre Triumphator die Brücke in die Luft, die Bubis ihm gebaut hatte, indem er seine Kritik an Walser auf Mißverständnisse in der Rezeption konzentrierte. Frenetisch beharrte Walser wiederholt darauf, es gebe da keine Mißverständnisse, da er dies »als Schriftsteller nicht ertragen« könne: »Aber ich kann nur zum hunderttausendsten Mal sagen, daß die Wirkung, die wir jetzt alle erleben, nicht auf Mißverständnissen beruht.«

Das verweist auf Walsers an die deutsche Sprache gebundene charismatische Selbstinszenierung; er nennt das »Selbsterkundungssprachgebrauch eines Schriftstellers«. Die Rede sei ein ganz individuelles Werk, das er aus dem Genie der deutschen Sprache geschöpft habe. Dieses Sprachverständnis geht einher mit der Selbstverortung im Volk. Kurt Lenk hat mit Bezug auf Walsers Text »Unser Auschwitz« (1965) darauf aufmerksam gemacht, daß Walser charakteristischerweise »fast nirgends von Gesellschaft, sondern durchweg vom Volk oder von ›Volk und Staat‹ spricht. So stellt er sich in die Tradition eines national-völkischen Deutungsmusters«, und damit »verschwindet der Subjektanteil der einzelnen Akteure zugunsten eines großen Ganzen«: dem Volk als unauflösbarer Schicksalsgemeinschaft. Dieses Axiom seiner Intellektuellenkritik und Medienschelte teilt Walser mit allen Strömungen des völkischen Nationalismus.

Walser bei der Berufsehre zu packen und ihm, der sich herausnahm, Victor Klemperer für das »Prinzip Genauigkeit« zu loben (die Laudatio auf Klemperer nahm manches der Frankfurter Rede vorweg), mangelnde sprachliche Präzision vorzuhalten, greift zu kurz. Walsers Rede konnte nur so funktionieren, weil (und eben nicht: obwohl) sie literarisch so schlecht, an vielen Stellen nebulös und nachlässig formuliert ist und weil Walsers Getreue, allen voran der Friedenspreis-Laudator Frank Schirrmacher, der Selbstinszenierung des Sprachgenies mit Gewissen aufsitzen. Dabei ist kaum ein Redebestandteil originell. Im Gegenteil beziehen sich die politischen Programmpunkte zurück auf Schlüsselbegriffe, die seit 1989 aus der Rechten peu à peu in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen sind, veredeln sie dichterisch (aus der »Auschwitz-« bzw. »Faschismuskeule« wird die »Moralkeule«) und verschärfen ihre Wirkung, indem sie ihnen endgültig den Ruch des Rechtsextremen nehmen.

Diese Rolle hat Walser bereits mehrfach gespielt. Die extreme Rechte erwartete also nicht ohne Grund einiges von Walsers Rede. Stefan Gellner legte in einem ganzseitigen Artikel im »Ostpreußenblatt« (31/98, S. 6) die Begründung für die Preisverleihung so aus, daß hier »eine Art ›Hermeneutik‹ der Deutschen und für die Deutschen« gefeiert werden solle. »Diese ›Hermeneutik‹ unterscheidet sich allerdings signifikant von den sonst üblichen antinationalen Verdammungsritualen der bundesdeutschen Selbstzufriedenheitslinken.« Und »Nation & Europa« (7-8/98, S. 80) war »auf die Feierstunde in Frankfurt ... gespannt«: »Eine Andacht für Zeitgeistkonformisten ist kaum zu erwarten.«

Die Erwartungen wurden übertroffen – aus der Fülle der von Walser begeisterten Artikel der Nazi-Presse kann hier nur ein Ausschnitt geboten werden. Die »Junge Freiheit« titelte als Auftakt einer bis in den Januar reichenden Folge von Interviews, Kommentaren und Essays »Ein ganz normales Volk« und druckte in großen Lettern die – auch vom »Neuen Republikaner« goutierte – Kernpassage: »Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein ganz normales Volk?« Das schloß nahtlos an früheres Gerede über nötige »Normalisierungen« an. In Dieter Steins Leitartikel »Wann werden wir endlich normal?« (»JF« 7-8/93, S. 1) hieß es: »Seit 1989 müßte Deutschland eigentlich Relikte der alten Bundesrepublik ablegen: Nation- und Geschichtsvergessenheit, Machtignoranz, antiautoritäres Denken, Pazifismus, Feminismus, Antimilitarismus, Vergangenheitsbewältigung, Westextremismus.« Kurz darauf propagierte Ernst Nolte die Aufnahme der Thesen von Auschwitzleugnern in den wissenschaftlichen Diskurs als Normalisierung: Man müsse diesbezüglich den »Normalgang der Wissenschaft« (»JF« 11/93, S. 3) herstellen. Entsprechend war der Normalisierer Steffen Heitmann der »JF«-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten gewesen; auch Walser hatte sich für ihn im »Spiegel« stark gemacht.

Der Dichter Walser plaudert stellenweise im Nazi-Jargon und redet von der »Auschwitzlüge«, kaum durch ein vorangestelltes »sogenannte« abgemildert. In seiner »Saufeder«-Kolumne in der österreichischen »Aula« (1/99, S. 15) fragt Walter Marinovic genüßlich: »Sogenannt, sagt er? Auschwitz-Lüge? Wie meint er das Wort?«

Die »Deutsche National-Zeitung« brachte fortlaufend Artikel über Walser und gegen Bubis – jeweils auf der Titelseite in fetten Lettern angekündigt. Franz Schönhuber, Spitzenkandidat der Frey-Truppe bei der Europawahl und regelmäßiger »DNZ«-Kolumnist, nahm sich des Themas an. »Wir rechten Patrioten«, so meinte der ehemalige REP-Chef, »müssen unseren Kampf gegen jene richten, die ihren Reichtum nicht dem schaffenden, sondern dem raffenden Kapital verdanken.«

Und in einem Postskriptum folgt die Anmerkung: »Martin Walser hat über die Vergangenheitsbewältigung kaum anderes zum Ausdruck gebracht, als ich in meinen Büchern geschrieben und in meinen Reden gesagt habe« (»DNZ« 51/98, S. 8).

Hans-Dietrich Sander numerierte seine »Pasticcio« genannte Kolumne in den »Staatsbriefen« (11/98) gleich mit »(1)«, auf Fortsetzung hoffend. Da Sander Politik nur verschwörungstheoretisch zu fassen vermag, warf er bei der TV-Übertragung aus Frankfurt einen »Blick auf Naumann«: Dieser »ließ freilich vermuten, daß Gerhard Schröder den Redetext abgesegnet hatte«. Im Leitartikel derselben Ausgabe setzte Sander noch eins drauf. Er hatte seit Schröders »FAZ«-Anzeige »Erst das Land, dann die Parteien« in Nazi-Kreisen für dessen Wahl getrommelt. Doch nun sieht er Schröder unter dem Druck »der Amerikaner«, denen es bis vor kurzem »auch nicht einmal im Traum eingefallen« sei, »daß das Undenkbare in Deutschland eines Tages durch die linke Hintertür eintreten könnte«. Trotz des angelaufenen »Roll-Back« (so der Titel) vermag Sander dem Duo Schröder & Walser noch eine Perspektive auf das kommende »Reich« abzugewinnen: »Als Schröder am 1.11. in ›Talk im Turm‹ nach seiner Meinung zu der umstrittenen Rede Walsers gefragt wurde, sagte er zwei Sätze, aus denen hervorgeht, was er will und was der Fall ist: ›Ein Dichter muß das sagen dürfen. Ein Bundeskanzler darf das nicht.‹ Welcher Kanzler vor ihm war bereit, das einzugestehen? Keiner.« Da indes der Kanzler Schröder ohne Gottes Hilfe regiere, zähle er nicht zu den »Männern«, derer es zur Aufhebung der nationalen »Not« bedürfe; »deren Wurzeln« müßten nämlich – und nur darin unterscheidet sich Sander von den Altnazis im »National-Journal«, die im selben Zusammenhang die Abkehr vom Schwur »›so wahr mir Gott (Jawe [!]) helfe‹« als »erbaulich« feiern – »in metaphysische Dimensionen hinaufreichen. Die Ära Schröder wird daher nur ein Übergang bleiben, aber eben ein Übergang. Es bedarf nur einer Öffnung des Diskurses. Dann wird sich vieles aus der elementaren Natur der Dinge von selbst ergeben. Dann kann auch ein Kanzler sagen, was bisher nur der Dichter durfte.«

Ende Januar erscheint beim Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), hrsg. v. Martin Dietzsch, Siegfried Jäger und Alfred Schobert, eine Dokumentation unter dem Titel *»Endlich ein normales Volk?« Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers*

Alfred Schobert schrieb in KONKRET 1/99 über Nazi-Töne im Pop-Diskurs

Konkret 02/99, S. 29

Jürgen Elsässer

»Saddam des Westens«

Die Deutschen haben endlich einen Juden entdeckt, den sie ungeniert hassen dürfen: den israelischen Premier Benjamin Netanjahu

Man wird viele Jahre zurückblättern müssen, um in der offiziösen »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« einen Artikel zu finden, der nicht nur einzelne Aspekte der israelischen Politik, sondern den jüdischen Staat insgesamt in Frage stellt. Da die Herren Reißmüller, Schirrmacher und Co. aber gerade ohnedies erfolgreich dabei sind, der »Instrumentalisierung unserer Schande für gegenwärtige Zwecke« einen Riegel vorzuschieben, wollte man offensichtlich auch in Foreign affairs das neue Jahr mit guten Vorsätzen beginnen: Am 2. Januar 1999 führte die »FAZ«, zunächst versuchsweise in der Wochenendbeilage, eine Denkfigur ein, die man in den letzten Jahrzehnten nur in den Publikationen extremistischer Israel-Hasser hatte lesen müssen. Unter der Überschrift »Ein Modell für Palästina« ließ man einen Nobody über eine Seite hinweg das unvermeidliche Ende Israels propagieren: »Hannah Arendts Argumente gegen einen jüdischen Staat in Palästina, die sie zwischen 1945 und 1948 entwickelte, sind ... heute so triftig, so brisant wie damals.« Der gute Name Hannah Arendts wird hier offensichtlich vorgeschoben: Was rein hypothetisch in jener Zeit möglich schien, der Aufbau eines binationalen Palästina nämlich, ist mit der Aggression der arabischen Armeen auf den sich konstituierenden Staat Israel im Mai 1948 jäh zu Makulatur geworden. Damit war der UN-Beschluß, der eine friedlich-schiedliche Teilung des britischen Mandatsgebietes vorgesehen und damit die Grundlage für ein späteres Arrangement gelegt hatte, vom Tisch. Wer vier Nahostkriege und fünfzig Jahre später Arendts »Argumente gegen einen jüdischen Staat in Palästina« »so triftig, so brisant wie damals« findet, kommt entweder aus einer geschlossenen Anstalt oder einem Think Tank der Neuen Rechten.

In derselben Woche wie die Nationalkonservativen von der »FAZ« legten auch die Nationalbolschewisten von der »jungen Welt« einen Plan auf den Tisch, wie man Israel von der Landkarte tilgen könnte: Der Staat, der »notorisch aggressiv ist und sich im Nahen Osten stets als Büttel des amerikanischen Imperialismus gegen den Freiheitskampf der Völker der Dritten Welt betätigt hat«, solle aufgelöst und – man glaubt es kaum – nach Norddeutschland verpflanzt werden. Dieses wirklich paranoide Projekt mit dem Titel »Jerusalem nach Lübeck« war 1970 von dem SED-Kritiker Wolfgang Harich entwickelt worden. »Weiterleben können ›meine geliebten Palästinenser‹ – ich liebe sie in der Tat – , nur dann, wenn ihnen ganz Palästina zurückgegeben wird«, ereiferte sich Harich. Zwischen Juden und Palästinensern gilt demnach – so die kongeniale Dachzeile der PDS-nahen Redaktion – , daß ein »Kompromiß unmöglich« ist.

So bizarr einem die Frankfurter bzw. Ostberliner Phantasien vorkommen mögen, so sind sie doch nur der deutlichste Ausdruck eines Realitätsverlustes, der beinahe die gesamte deutsche Kommentierung des Nahost-Konfliktes bestimmt. Die »FAZ« hatte schon kurz nach der Unterzeichnung des Abkommens von Wye im Oktober die Linie ausgegeben, der sich die meisten Medien bald anschließen sollten: »Der israelische Ministerpräsident Netanjahu ist kein Friedensstifter, wenn er sich jetzt auch als solcher geben mag.« In jeder Redaktionsstube scheint seither ein Verbindungsoffizier der Al Fatah zu sitzen, und Netanjahu ist, neben Milosevic und Saddam, zum bestgehaßten Mann der Neuen Weltordnung avanciert. »Schleimig, trunken von seinem eigenen Ego, selbstzufrieden grinsend und hohl«, kolportierte der »Stern« im November, und der »Spiegel« formulierte im Dezember recht stürmerisch, Netanjahus Kabinett führe sich »wie eine Versammlung aufgeregter Kibbuz-Pioniere kurz vor dem Ausbruch des Unabhängigkeitskrieges« auf.

Daß Netanjahu eine energischere Verfolgung gesuchter Terroristen durch die Autonomiebehörden zur Bedingung des vereinbarten Truppenabzuges machte, galt der »Frankfurter Rundschau« als »Überreaktion«, die »FAZ« sprach von »Ausflüchten«, »Netanjahu blockiert den Friedensprozeß« kommentierte die »Taz«, und das »Neue Deutschland«, immer um eine Steigerung bemüht, stellte gar fest: »Netanjahu selber sorgt schon seit 19 Monaten dafür, daß der Terror nicht endet.« Kaltschnäuzig wird bagatellisiert, wie die Hamas ein Scheitern der Wye-Verhandlungen mit »endloser Gewalt« (Hamas-Führer Jassin) zu erzwingen suchte: Am 20.8. Messerüberfall auf einen Rabbiner in Hebron (ein Toter), am 30.9. Handgranatenangriff in Hebron (zwei Dutzend Verletzte), am 13.10 Mordanschlag in Jerusalem (ein Toter), am 19.10. Handgranatenüberfall in Beersheba (64 Verletzte), am 26.10. Attentat in Hebron (ein Toter), am 29.10. Autobombenattacke gegen einen Schulbus im Gaza-Streifen (zwei Tote), am 6.11. Bombenanschlag in Jerusalem (die beiden Attentäter werden durch Fehlzündung getötet). Daß trotz dieser Eskalation des Terrors – in den letztgenannten Fällen waren nur mit Glück Massaker verhindert worden – das Wye-Abkommen zustande kam und Israel am 20. November weitere neun Prozent der Westbank räumte, wurde kaum gewürdigt. Als kurz darauf Netanjahu den weiteren Abzug aussetzte, war hingegen die Aufregung groß. Dabei hatte er neben schlechten auch mindestens einen guten Grund dafür: Ein Überfall von Fatah-Jugendlichen auf einen israelischen Soldaten in Ramallah Anfang Dezember hatte signalisiert, daß die Terror-Stimmung von Hamas und Hisbollah auf Teile der PLO übergegriffen hatte. Arafat selbst hatte diese Stimmung angeheizt. »Unser Gewehr ist bereit, und wir werden es einsetzen, wenn sie (die Israelis) es uns verbieten, in Jerusalem zu beten«, hatte er am 15. November verkündet.

Insgesamt gab es 1998 in Israel 39 Anschläge, dabei starben 11 Israelis und 160 wurden verletzt, außerdem wurden drei Palästinenser von Islamisten wegen »Kollaboration« exekutiert. Erinnert sich noch jemand an die Stimmung in der BRD, als RAF-Anschläge 1977/78 nur einen Bruchteil dieses Blutzolls forderten? Ist die Empörung über Netanjahus Weigerung, Täter mit »Blut an den Händen« in die Wye-Amnestie mit einzubeziehen, nicht heuchlerisch in einem Land, das seine Terroristen noch zwei Jahrzehnte nach ihrem letzten Mord nicht aus der Haft entläßt?

Wenn der »Spiegel« seine Netanjahu-Sottisen mit der Headline »Saddam des Westens« aufmacht, ist dies leider nicht nur griffige Metaphorik, sondern Trendsetting für die Realpolitik, wie der außenpolitische Sprecher der CDU bereits im Frühjahr 1998 deutlich machte. »Lamers mahnt Israel« – so faßte die »FAZ« dessen Option für eine neue Orientstrategie zusammen. »Wie sich Israels Politik auf die gesamte Region auswirke, sei während der Irak-Krise deutlich geworden, als auch die gemäßigten Araber die Haltung des Westens als einseitig kritisierten, solange nicht auf Israel der gleiche Druck ausgeübt werde«, zitierte die Zeitung den Unionisten. Der »gleiche Druck« auf Israel wie auf den Irak? Nach der desaströsen »Operation Desert Fox« winkte die Zeitung erneut mit dem Zaunpfahl: Der Versuch der USA, den Irak zu isolieren, sei fehlgeschlagen. »Er mußte schon deshalb mißlingen, weil man andererseits mit Israel, das UN-Resolutionen souverän mißachtet, noch mehr Langmut zeigte als mit Saddam Hussein«, hieß es im Leitartikel.

Gelegenheit für eine Wiederholung des deutschen Erfolgs bei der gewaltsamen Erfindung Kroatiens böte die für den 4. Mai angekündigte Ausrufung eines Palästinenserstaates. Während Clinton Netanjahus scharfe Kritik an diesem einseitigen Schritt weitgehend teilt, tendiert der französische Staatspräsident Chirac wieder einmal zur Unterstützung Arafats. Wie Joschka Fischer, der seit Jahresbeginn den EU-Außenministerrat führt, vor diesem Hintergrund eine »einheitliche europäische Haltung« befördern will, ohne gleichzeitig den atlantischen Konsens und die »besonderen Beziehungen« zu Israel aufzukündigen, wird spannend werden. Als er beim Besuch seines israelischen Amtskollegen Sharon Anfang Januar recht manierlich auftrat, bekam er jedenfalls sofort Druck. »Stets defensiv, ja demütig« und »päpstlicher als der Papst« (gemeint: die USA) habe Fischer Sharon zugehört, kommentierte der »Tagesspiegel«. Autor der Ministerschelte war Bernd Ulrich, seit über zehn Jahren publizistischer Wadenbeißer der grünen Realos.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 12/98 über Nazisympathien für Schröder

Konkret 02/99, S. 30

Otto Köhler

Im Sumpf der Archive

Im Auftrag der BASF erforschen vier Historiker die Firmengeschichte. Ob dabei die Rolle des Hauses bei der Errichtung der IGAuschwitz wirklich geklärt wird, ist zu bezweifeln

Es waren einmal sieben Schwaben, die hatten sich vorgenommen, die BASF-Archive zu durchstreifen, Abenteuer zu vollbringen und dann ein dickes Buch zu schreiben. Da aber auch die BASF in Ludwigshafen im Zeitalter des Shareholder value lebt, setzte sie drei frei und nahm nur viere. Damit die sich aber auch sicher durch die Archive zu bewegen und nur die korrekte Wahrheit niederzuschreiben vermochten, ließen sie sich von der BASF einen riesigen Füllfederhalter in die Hand drücken und nannten sich fortan »Historiker«.

Als sie mit ihrem langen Spieß, dem BASF-Füllfederhalter, am BASF-Archiv ankamen, war das ein moosiges, stilles und tiefes Wasser. Weil sie nun nicht wußten, wie sie hindurchkommen sollten, riefen sie den BASF-Mann Daniel Schauber am anderen Ufer um Hilfe. Der schrie zurück: »Daß das Unternehmen auf den Inhalt der historisch-kritischen Publikation keinen Einfluß nimmt, ist übrigens ausdrücklich im Vertrag zwischen den vier Historikern und der BASF enthalten.« Das glaubten die Schwaben, zogen munter los ins moosige Wasser, versanken im Schlamm und waren nie wieder gesehen.

So oder so ähnlich steht es in den Kinder- und Hausmärchen der Brüder Grimm und in einer Pressemitteilung, die drei Tage, bevor auch 1998 das Christkind kam, von der BASF verschickt wurde. Bevor sie im Schlamm versanken – oder war es schon während dieses Vorgangs? – hatten die tapferen Schwaben mit ihrem Spieß für ein Pressefoto Modell gestanden. Dieses Foto wird ohne Rücksicht auf die Abgebildeten an alle Redaktionen, die es anfordern, verschickt, damit keinem mehr ein Irrtum über die Seriosität von Universitätshistorikern unterlaufen kann. Es sind die Professoren Werner Abelshauser (Universität Bielefeld) als Anführer, Raymond G. Stokes (University of Glasgow), Jeffrey A. Johnson (Villanova University, Pennsylvania) und Wolfgang von Hippel (Universität Mannheim bei Ludwigshafen). In der Mitte aber hat, damit die Forschung schön unabhängig-kritisch wird, Dr. Lothar Meinzer von der BASF Position bezogen, der Leiter des ganzen Projekts; er gibt mit starker Hand dem Spießfederhalter, an dem sich alle Fünfe festhalten, die korrekte Richtung. Unter dem Foto steht der Text: »Die Arbeit an dem 600 Seiten langen Werk kann beginnen.« So läßt die BASF bis zum Jahr 2002 ihre Geschichte vom Gründungsjahr 1860 bis zur Gegenwart aus dem BASF-eigenen Schreibspieß von »unabhängigen Historikern« (Presseerklärung) erstellen.

Die wissen offensichtlich nicht, wofür sie sich so willig vor der Kamera aufstellten. Es geht nicht um einen Klamauk, wie sie wohl annehmen, es geht – aber das hat man ihnen möglicherweise nicht mitgeteilt, aus der Presse-Information geht es jedenfalls nicht hervor – um Auschwitz. Denn hauptschuldig an der IG Auschwitz war innerhalb der Interessengemeinschaft Farben die BASF in Ludwigshafen und Merseburg/Leuna. Wie sehr, das geht gerade aus der jüngsten Publikation zweier Historiker hervor, die ohne BASF-Schreibgerät forschten. Doch der Reihe nach.

1996 veröffentlichte die Zeitschrift »1999« einen mehrere Jahre umfassenden Briefwechsel zwischen dem ehemaligen IG-Farben-Manager Hans Deichmann und Peter Hayes von der Northwestern University in Illinois, auch einem unabhängigen Historiker, dem Zugang zu den Archiven der IG-Nachfolger gewährt worden war. Deichmann hatte 1990 in einem Beitrag für die Zeitschrift »The New Yorker« berichtet, wie er bei einem Mittagessen Zeuge eines Gesprächs zwischen seinem Onkel, dem IG-Vorstandsmitglied Georg von Schnitzler und dessen Kollegen Fritz ter Mer geworden war. Die beiden IG-Spitzenmanager einigten sich bei diesem Mahle, daß Auschwitz wegen der greifbaren Zwangsarbeiter im benachbarten Konzentrationslager der beste Platz für die geplante Großanlage Buna IV sei. Und daß sie am nächsten Tag dem Zentralausschuß des Konzerns den Standort Auschwitz endgültig empfehlen wollten.

Hayes, der aufgrund seines Archivzugangs viele Veröffentlichungen über die IG Farben getätigt hatte, durchaus nicht unkritisch – so beanstandete er einmal eine »ethische Verhärtung« der IG-Oberen im Umgang mit ihren Zwangsarbeitern, die freilich einem »Gefühl beruflicher Verantwortung gegenüber Arbeitnehmern und Aktionären« geschuldet gewesen sei – , Hayes also verlangte von Deichmann Beweise. Der konnte jedoch nicht ein notariell beglaubigtes Protokoll der mittäglichen Unterhaltung vorweisen, er hatte zu dieser Zeit nicht einmal einen Terminkalender geführt, rekonstruierte aber aus anderen Terminen, daß das folgenreiche Mittagessen am 12. November 1940 stattgefunden haben mußte. Das war für Hayes völlig absurd. Sein Gang in die ihm offenen Archive hatte zweifelsfrei ergeben, erstens, daß die Entscheidung für den Standort Ausschwitz erst am 6. Februar 1941 fiel; zweitens, daß die IG bei ihrer Standortentscheidung überhaupt nicht an das Reservoir von Zwangsarbeitern in Auschwitz dachte; und drittens, das war auch ganz klar, sei die IG von den Reichsbehörden zu dem Projekt Buna IV gedrängt, wenn nicht gezwungen worden.

Hayes ging mit dem Zeitzeugen Deichmann um wie mit einem Kinde, das Unverständiges plappert, er wußte es ja alles besser aus seinen Akten. Und Deichmann, ganz bestimmt schon etwas senil, war ja sowieso ein unzuverlässiger Kandidat. Repräsentant der IG Farben in Rom, sabotierte er in Zusammenarbeit mit dem italienischen Widerstand die Rekrutierung

von Zwangsarbeitern für Auschwitz. Und auch die junge deutsche Demokratie unter Adenauer, die sorgfältig die alten Verhältnisse restaurierte, war ihm so widerlich, daß er bald nach dem Krieg erneut nach Italien emigrierte.

Und da kommt jetzt aus Hans Mommsens Machtbereich, der Ruhr-Universität Bochum, eine Dissertation von Bernd Christian Wagner, die alles auf die richtige Reihe bringt. Bernd Christian Wagner schreibt in seiner 1998 veröffentlichten Doktorarbeit *IG Auschwitz – Zwangsarbeit und Vernichtung von Häftlingen des Konzentrationslagers Auschwitz III/Monowitz 1941-1945*, daß Hayes recht und Deichmann unrecht hat, ja er wirft diesem nicht nur »selektive« Erinnerungsarbeit vor, sondern auch »Mitverantwortung für die Verschleppung von italienischen Zwangsarbeitern nach Auschwitz«. Auch Wagner hat herausgefunden, daß sich die IG Farben erst am 6. Februar 1941 für Auschwitz entschieden habe.

Dumm gelaufen für Hayes und Wagner. Während sie sich als brave und gesittete unabhängige Historiker auf die bereitwillig zugänglich gemachten Quellen verließen, die man ihnen in den Werksarchiven von BASF, Bayer und Hoechst vorsetzte, hatten andere richtig geforscht. Im aktuellen Band der Zeitschrift »1999« (Nr. 2/98) haben Karl Heinz Roth und Florian Schmaltz nun die Kritik an Hayes erneuert. Sie formulieren sie zurückhaltend: »Trotz der Einbeziehung neuer Quellen aus den Werksarchiven von Bayer, Hoechst und BASF ... offenbaren sich die Defizite an neuralgischen Punkten, wenn beispielsweise der im Bundesarchiv leicht zugängliche umfangreiche Bestand des Reichsamtes für den Wirtschaftsausbau und der Bestand Fürstl. Plessische Bergwerks-AG sowie eine große Anzahl von aufschlußreichen Dokumenten der Verteidigung aus dem Nürnberger IG-Farben-Prozeß (Fall 6) nicht zur Kenntnis genommen werden.« Durch die Einbeziehung dieser Quellen hätte, so formulieren es Roth und Schmaltz ebenso vornehm, »die stellenweise überzogen vorgetragene Ablehnung alternativer Deutungsmöglichkeiten Korrekturen erfahren können«.

Roth und Schmaltz haben untersucht, worauf eigentlich jeder IG-Historiker hätte kommen können: den in das Landesarchiv Merseburg überführten Aktenbestand des ehemaligen IG-Farben-Unternehmens Ammoniakwerke Merseburg, wo eine Akte vom 4. Dezember 1939 alle seit 1933 neu erbauten oder erworbenen Unternehmen und die geplanten Neugründungen verzeichnet. Und da findet sich bereits ein Werk in Auschwitz, einschließlich der Namen des dafür vorgesehenen Führungspersonals. Roth und Schmaltz: »Natürlich dachten wir zunächst, für das Datum des Dokuments (4.Dezember 1939) könnte ein Tippfehler verantwortlich sein.« Doch das erwies sich schnell als ausgeschlossen. Aus einer Vielzahl anderer Dokumente wurde klar, daß – so die beiden Historiker – »Ende November/Anfang Dezember 1939« von der IG-Spitze die Standortentscheidung für Auschwitz erwogen, durch Produktions- und Stellenbesetzungspläne ergänzt und an die Planungsabteilungen zumindest der direkt involvierten Ammoniakwerke Merseburg weitergeleitet worden war. Vor allem aber legte die IG Wert darauf, daß sie die Investitionen in Auschwitz nicht auf eigene Kosten vornehmen mußte. So hielt die IG-Spitze ihre Pläne geheim, und ließ sich durch das von ihr beherrschte NS-staatliche Reichsamt für Wirtschaftsausbau (Präsident: IG-Vorstandsmitglied Carl Krauch als One-Dollar-Man) mit viel Geld und vielen guten Worten dazu drängen, die längst geplanten und für den bald bevorstehenden Überfall notwendigen Investitionen vorzunehmen.

Es war alles zügig abgelaufen. Fünf Wochen nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen wurden durch einen Führererlaß vom 8.Oktober 1939 die polnischen Westprovinzen annektiert. Sofort setzte eine intensive Reise-, Besichtigungs- und Gutachtertätigkeit von IG-Farben-Managern in die angeschlossenen Ostgebiete ein. Schon vier Tage nach dem Hitlererlaß brach der Kautschuk-, Kunststoff- und Giftgasexperte Otto Ambros zu einer Besichtigungsreise auf. (Derselbe, der dann im April 1941 bei der Grundsteinlegung der IG Auschwitz diesen Unternehmensteil als einen »festen Eckpfeiler für ein gesundes Deutschtum im Osten« würdigte.) Zugleich hatte die IG Farben – bevor noch der Führererlaß am 1.November in Kraft getreten war – ihre ganze Investitionsstrategie auf den Osten umgeleitet. Im oberschlesischen Gebiet würde das größte Steinkohlenrevier des Dritten Reiches entstehen, das um ein Drittel billiger als das Ruhrgebiet auszubeuten war, unentbehrlich für die Benzin-, Methanol- und Buna-Synthese aus Kohle. Schnell hatte man sich entschlossen, einen riesigen integrierten Chemiestandort Auschwitz aufzubauen.

Und das ist das Fazit der peinlichen Attacke des mit Dokumenten wohlausgerüsteten unabhängigen Historikers Hayes gegen den Zeitzeugen Hans Deichmann: Hayes hat in allen Punkten unrecht behalten, weil er sich auf seinen Dokumentenstandort verließ und nicht in fremden Archiven nachsah. Karl Heinz Roth und Florian Schmaltz ziehen ein dreifaches Resümee. Erstens: Es waren nicht die Reichsbehörden, von denen die IG Farben zum Standort Auschwitz gedrängt wurde. Der Konzern plante vielmehr von sich aus für die Region Auschwitz den Aufbau eines mitteleuropäischen Kunststoffkombinats mit eigener Kohlenbasis. Zweitens: Die Entscheidung für Auschwitz fiel nicht, wie Hayes meint, im Februar 1941, sondern schon mehr als ein Jahr früher. Im Dezember 1939 legte sich die IG auf die Region Auschwitz fest. Diese Richtungsentscheidung wurde am 13. November 1940, einen Tag nach dem von Deichmann bezeugten Mittagessen, vom IG-Zentralausschuß spezifiziert. Und das endgültige Baugelände wurde um die Jahreswende 1940/41 festgelegt.

Drittens spielte das Konzentrationslager in den drei Entscheidungsphasen für Auschwitz eine unterschiedliche Rolle. In der zweiten Entscheidungsperiode Oktober/November 1940 betrachtete die IG-Spitze – wie der Direktor des Technischen Ausschusses der IG, Ernst Struss, in Nürnberg aussagte – das Arbeitskräftereservoir des Konzentrationslagers als

Standortfaktor. Deichmanns Zeugnis von dem Gespräch beim Mittagessen über die Arbeitssklaven am 12. November 1940 ist damit bestätigt. Über die erste Phase (Dezember 1939) ist nichts bekannt, aber, so Roth und Schmaltz, auch noch nicht geforscht worden. Doch kreuzt sich die Grundsatzentscheidung für die Region Auschwitz mit ersten Vorschlägen der Breslauer »Sicherheitspolizei«, in Auschwitz ein Konzentrationslager einzurichten.

Und nun, Professores Abelshauser, von Hippel, Johnson und Stokes, an die Arbeit! Es gibt noch manches zu forschen bis zum Jahr 2002, wenn man sich nicht nur auf die von der BASF präsentierten Akten verlassen will. Und den vom Geldgeber präsentierten Federhalter, den wollen wir mal lieber weglassen. Sonst bleibt ihr im Sumpf stecken.

Konkret 02/99, S. 32

Werner Rügemer

Von der moralischen Überdüngung des Mobs

Am 13. Dezember 1998 erhielt der Schriftsteller Hans M. Enzensberger den Heinrich-Heine-Preis der Stadt Düsseldorf. Seine Dankesrede, die der »Spiegel« veröffentlicht hat, ist ebenso skandalös – oder, nach Begriffen der Berliner Republik, »normal«, – wie die Friedenspreisrede Martin Walsers

Der Heine-Preisträger beschimpft, ähnlich wie Walser, »die Medien«, linke und rechte Gurus, Bischöfe, Wohlfahrtsverbände, Leitartikler und »sozialpolitische Parteisoldaten«. Sie würden nicht nur mit der »Moralkeule Auschwitz« auf die friedlichen und gutmütigen Deutschen einprügeln, sondern mit Dauerkritik an der Zweidrittelgesellschaft, an der »hemmungslosen Globalisierung« und schließlich gar am »brutalen Kapitalismus« nerven. Sie bestünden auf sozialer Gerechtigkeit und forderten das deutsche Volk ständig auf, »daß wir zerknirscht sein sollen und Buße tun«. So komme es, daß »wir« alle Vergnügungen nur noch mit schlechtem Gewissen absolvieren können: »Schnatternd und betroffen fahren wir in den Zweiturlaub.« Dagegen appelliert Enzensberger an die »Verweser unseres schlechten Gewissens«: »Laßt ab von euren ewigen Vorwürfen, senkt eure Stimme!«

1

Wie der schärfste Funktionär der Arbeitgeberverbände stöbert der Heine-Preisträger gnadenlos böse soziale Wörter auf, soweit sie etwa im Programm einer politischen Partei hierzulande noch vorkommen: »Nicht umsonst tauchen die Worte ›sozial‹, ›gerecht‹ und ›Gerechtigkeit‹ im Programm der führenden Regierungspartei genau 123 mal auf, ein einziges Mantra der Umverteilung.« Für solcherart Umverteilung bekommt man heute in Deutschland jedoch keinen Literaturpreis. Deshalb will der Preisträger nachweisen, daß der behauptete Abstand zwischen Arm und Reich in Wirklichkeit gar nicht besteht. Er zitiert aus einer Expertenstudie, »daß von einer Schere zwischen Arm und Reich, die sich immer weiter öffne, keine Rede sein könne: Zwischen 1985 und 1995, heißt es lapidar, sei das Einkommen in allen Schichten gewachsen.«

So primitiv durften früher nur untere Chargen der Unternehmerverbände lügen. In der Studie werden unter der Überschrift »Einkommensentwicklung: alle haben gewonnen« aber nur die unteren Einkommensgruppen untersucht, in denen die Haushalte zwischen 692 DM (»Unterschicht«) und 3.477 DM (»Oberschicht«) monatliches Nettoeinkommen verfügen. Deshalb erwähnt Enzensberger natürlich z. B. nicht, daß die Zahl der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über 10.000 DM zwischen 1983 und 1993 von 300.000 auf 1,7 Millionen angestigen ist. Er erwähnt auch nicht, daß heute das Geldvermögen von 50 Prozent der Bevölkerung unter 38.000 DM liegt, bei 6 Prozent aber über 200.000 (wobei diese Zahl auf der Steuerstatistik beruht und bekanntlich in den oberen Regionen immer weniger der Wahrheit entspricht). Unser Preisträger erwähnt auch nicht, daß die zitierte Expertise von der Industrielobby bezahlt wurde, vom Institut der Deutschen Wirtschaft.

Die Arbeitnehmer sind nach Enzensberger zwar nicht ärmer geworden, aber unverschämter, und der Staat hilft ihnen dabei. Dazu zitiert der am häufigsten geehrte deutsche Essayist der Gegenwart ein Gerichtsurteil: »Ein städtischer Arbeitnehmer, der sich krank schreiben läßt, darf beispielsweise jederzeit öffentlich als Musiker auftreten (Aktenzeichen 2 Sa 157/97, Landesarbeitsgericht Bremen), so daß seiner guten Laune nichts mehr im Wege steht.« Enzensberger simuliert mit dem Verweis auf das Aktenzeichen Kenntnis und Exaktheit. Im Urteil steht jedoch etwas anderes: Der Arbeitnehmer hatte gegen eine Abmahnung seiner Behörde geklagt; die hatte ihn unter Androhung einer Strafe verpflichtet, bei einem Konzert aufzutreten, obwohl er krank war. Die Behörde war Veranstalter des Konzerts, der Arbeitnehmer hatte einen zusätzlichen Vertrag über diese Nebentätigkeit, wollte aber wegen seiner Erkrankung nicht auftreten. Das Arbeitsgericht erklärte die Abmahnung für unwirksam, wies aber auch darauf hin, daß künstlerische Nebentätigkeiten laut Gesetz zulässig sind.

Daraus macht unser großzügiger Nationalessayist einen Arbeitnehmer, der sich gern krank meldet, um sich einen schönen Lenz zu machen und einen Nebenverdienst einzustreichen. Das erheiterte Publikum klatscht zu solchen Kunststückchen Beifall wie ein Rudel verfetteter Pawlowscher Hunde, und so dichtet der Preisträger mutig weiter, daß »die Deutschen bei einer Staatsquote von 48,8 Prozent angelangt« sind.

Hier verwechselt der Preisträger zur Abwechslung mal die Staatsquote mit der individuellen Steuer- und Abgabenlast. Mit der Staatsquote bezeichnet man das Verhältnis von öffentlichen Ausgaben und Bruttosozialprodukt. Das meint der Preisträger aber nicht; er möchte sagen, daß »der Staat« zu viele Steuern verlangt und »die Deutschen« 48,8 Prozent ihres Einkommens für Steuern und Sozialabgaben zahlen.

Nun ist es aber so, daß die 48,8 Prozent nur für die Lohnbezieher gelten. Für andere trifft das gar nicht zu, zum Beispiel zahlt kein Beamter Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Manager in gehobener Stellung zahlen ebenfalls keine Arbeitslosen- und Rentenversicherung, sie erhalten zusätzliche Pensionsleistungen neben dem Gehalt (und neben anderen Sozialleistungen wie Dienstwagen, Unkostenpauschale, Aktienoptionen usw.). Und die tatsächlich gezahlten Steuern der

Selbständigen – wozu der literarische Großverdiener Enzensberger gehört – betragen im Durchschnitt gegenwärtig 11 Prozent. Bekanntlich hat es eine größere Gruppe dieser Sozialkünstler dazu gebracht, daß ihnen der Staat mehr Steuern erstattet, als sie zahlen.

Solche demagogischen Unsauberkeiten hat der Preisträger massenhaft auf Lager, ein weiteres Beispiel: »Ohne viel Murren werden auch die Brüder und Schwestern in der ehemaligen DDR reich bedacht – obwohl diese Zuwendung (netto tausend Milliarden sind es inzwischen) gewöhnlich mit Verdrossenheit quittiert wird.« Daß die Milliarden weniger bei »den Deutschen« im Osten ankommen als vielmehr bei Subventionserschleichern wie dem Bremer Vulkan, dem französischen Korruptionsmeister Elf Aquitaine, bei Schweizer Briefkastenfirmen, Immobilienspekulanten, Steuerkünstlern und Filialen westlicher Unternehmen – diese Fakten läßt der gelehrige Imitator des neoliberalen Kauderwelsch unter dem Tisch verschwinden.

Der Preisträger befaßt sich auch mit dem Phänomen, das er »Neger klatschen« nennt. Da sieht er nicht etwa Rechtsradikale in Aktion, nein, die stehen immer nur daneben: »Man hört von Neonazis und Polizisten, die in die andere Richtung blicken, wenn die irregeleitete Jugend auf die Idee kommt, ›Neger zu klatschen‹.« Nach Enzensberger kommen derartige Aktivitäten der »irregeleiteten Jugend« von der penetranten Sozialmoral und davon, daß es zu viele Sozialarbeiter gibt: »Wie, wenn an der Menschenliebe, mit der wir es zu tun haben, etwas Beängstigendes wäre? Könnte es nicht sein, daß ihr nicht jeder gewachsen ist, daß die nimmersatte Moral so manches Gemüt überfordert?«

2

Enzensbergers Preis-Rede, so weiß es der Preisträgerpreiser des »Spiegel«, Alexander Smoltzcyk, »ist geschrieben aus Unmut über moralische Überdüngung« hierzulande. Das Hamburger Flaggschiff der deutschen Nationalpublizistik weiß auch, woher der Horror des preisgekrönten Dichters kommt: Er hat einiges zu verteidigen: »Ein Buchstabe Enzensberger wird auf dem Essay-Markt zur Zeit mit etwa anderthalb Mark notiert. Das erreicht in Deutschland kein anderer Dichter.«

Damit aber lebt er gefährlich. Wenn er auf die Straße geht, dann hat er Angst, wie es in einem seiner letzten Gedichte heißt, das der gelehrige Smoltzcyk ahnungsvoll zitiert, »ob einer um die Ecke kommt, ihn totzuschlagen«. Und wenn er das nächste Mal aus dem Fenster sieht, dann sieht er etwas, das schon König Ludwig I. zum Zittern brachte: »Vor dem Fenster der Mob«. Der junge Smoltzcyk, der gern werden möchte wie der Preisträger, weiß, was das heißt: »Da ist leise Furcht zu spüren vor brennenden Häusern, vor Aufmärschen, vor allem, was passiert, wenn das Volk, der große Lümmel, zur Bestie wird.«

Ja, zur Bestie! Das Volk ist zwar noch geduldig wie ein Lamm, zahlt die hohen Abgaben, erträgt die Verschwendung von Steuergeldern, wie der Preisträger belustigt vermeldet. Aber die »moralische Überdüngung« ist »politisch nicht harmlos«, denn die Verwandlung zur Bestie ist jederzeit möglich, wenn man die Moralapostel weiter agitieren läßt. Deshalb ist es nach Enzensberger staatsbürgerliche und intellektuelle Pflicht, alle verbliebenen Reste von sozialem Gewissen aus dem öffentlichen Leben auszutreiben. Das konjunkturläufige Establishment der 68er hat sich nun zwei Jahrzehnte lang zwischen Kritik und Konservatismus lustlos hin- und hergewunden. Nun outet es sich offensichtlich lustvoll, und siehe, seine Freiheit ist grenzenlos.

Wer noch die früheren kritischen Töne des Preisträgers im Ohr hat, etwa zum servilen Kretinismus des Bonner politischen Personals in der Flick-Affäre, zur zynischen Sprache des »Spiegel« undsoweiter, der mag von des Preisträgers neuen Sprüngen überrascht sein. Noch 1988 schrieb Enzensberger, daß es nicht einmal den »unverschämtesten Lobrednern« einfiele zu behaupten, »die Verhältnisse, in denen wir leben, seien gerecht oder auch nur moralisch akzeptabel«. Kaum zehn Jahre später behauptet er nun das Gegenteil und spielt selbst einen der »unverschämtesten Lobredner«, vor denen er uns so beredt gewarnt hatte.

Enzensberger ist ein Wendehals der ganz gewöhnlichen Art, wie es in SED, Ost-CDU und West-SPD schon viele gab. Außerdem kann er darauf verweisen, daß er sich und anderen das frühzeitig angekündigt hat. Am Ende seines ersten Essays zur Flick-Affäre stellte er im »Spiegel« ermattet fest, man könne den politischen Kretinismus nicht dauernd kritisieren: »Ein Vergnügen ist das nicht. Niemand hält eine so undankbare Tätigkeit auf die Dauer aus.« Oben angekommen, fordert der Preisträger das »Vergnügen« ein, auf das er offensichtlich allzu lange hat verzichten müssen. »Ich rate deshalb zur Umarmung. Drücken wir die Peinlichkeit ans Herz, statt gegen sie anzukämpfen« – so verlautbarte er 1984 im »Kursbuch«. Der Lohn der Peinlichkeit wird seitdem gezahlt, und zwar von beiden Seiten.

3

Enzensbergers Austreibung der Sozialmoral bleibt nicht auf dem einmal erreichten »Niveau« stehen, das zeigt alle Erfahrung. Wieso redet der Preisträger bei seinem Lob des Reichtums von »uns«? Wieso bastelt der Literat mit an der künstlichen Herstellung einer einheitlichen Volksgemeinschaft der Zweiturlauber und Hochsteuerzahler? Warum beklatscht das Publikum, das den Gang durch die Besoldungsstufen des öffentlichen und veröffentlichenden Dienstes nun (fast)

vollendet hat, so unisono dieses »Wir«, an dessen Zerstörung es sonst täglich arbeitet? Der innere und äußere Krieg, zu dem Enzensbergers Tirade ermuntert, ist um so besser möglich, wenn man die Bekriegten dazu gewinnt, selbst mitzumachen.

Enzensbergers Gerede wird verbreitet, gefördert und allgemein geduldet. Daß der Nationaldichter des gehobenen deutschen Stammtisches ein Gerichtsurteil fälscht, Statistiken manipuliert, die Rechtsradikalen wegredet, die Reichen schont und die Arbeitnehmer beschimpft – genau das möchte sein Publikum hören, dafür wird er gebraucht in der Berliner Republik, die sich so gerne auf die »68er-Generation« beruft.

Die Lobpreisungen für den Heine-Preisträger geben einen Einblick in den geistigen Uniformismus der neuen Republik: »Wohl kein anderer Schriftsteller der Nachkriegszeit hat mehr Deutungsmacht gehabt als Enzensberger. Seit den Sechzigern gilt in der Bundesrepublik die Faustregel: Wer redet wie Enzensberger, fällt in keinem Salon unangenehm auf« (»Spiegel«). »Enzensberger ist das Großhirn der deutschen Intelligenzija« (»Süddeutsche Zeitung«). »Enzensberger ist ein Schriftsteller, der besonders mit seinen eleganten wie überzeugenden Essays mutig auf dem Grat zwischen Poesie und Politik daherschreitet« (»Rheinische Post«). »Enzensberger ist der deutsche Nationaldichter, ein Libero der intellektuellen Welt, vergleichbar mit Franz Beckenbauer« (Professor Lepenies, Rektor des Berliner Wissenschaftskollegs, in seiner Lobrede zur Verleihung des Heine-Preises). Ein Deutsches Museum anerkannter literarischer Peinlichkeiten würde gut in die neue Hauptstadt passen – vielleicht ist ja dort bald Platz, wo Walser & Freunde gerade aufräumen?

Werner Rügemer schrieb in KONKRET 10/90 über einen Versuch, die Psychoanalyse deutschnational einzufärben

Konkret 02/99, S. 34

Alfred Schobert

Stoibers RAF

RAF heißt heute: Rassistische Armee Fraktion. Horst Mahler, ehemaliges Mitglied der Roten Armee Fraktion und der maoistischen KPD/ML, mobilisiert den völkischen Mob, um sich selbst als Dompteur der zahlreichen selbsternannten Führer zu empfehlen

Als wolle er der siechenden »Jungen Freiheit« die letzten Abonnenten abwerben, ging der »Focus« zum Jahresende 98 in die Vollen. Gleich drei Interviews boten »provokante Thesen«: Ernst Nolte lieferte die neuesten Errungenschaften seines Geschichtsdenkens und pries die Kriegerideale der SS. Der Bochumer Kriminologe Hans-Dieter Schwind warnte vor weiterer Zuwanderung. An die Spitze der Bewegung aber stellte sich für »Focus« Horst Mahler – die Walser-Debatte macht's möglich. Bis dahin hatte man Mahler als exotischen Neuzugang im rechten Lunatic fringe abtun können, als eher unbedeutend, da selbst für die »Junge Freiheit« fast schon zu rabiat. Nun beschwor Mahler im Interview mit Jan von Flocken und Eberhard Vogt eine »Sammlungsbewegung« herauf, in der jeder mitmachen könne, »der doppelte Staatsbürgerschaften verhindern will, von Bayerns Ministerpräsident Stoiber bis zum Ex-NPD-Chef Deckert«. In eigenwilliger Interpretation von Verfassung und Verfassungswirklichkeit meint Mahler nämlich: »Über Staatsbürgerschaftsrechte muß allein das Volk entscheiden, nicht die staatstragenden Parteien oder der Zentralrat der Juden« (»Focus«).

Mahler spricht im Namen des Volkes. Das war in der ersten Erklärung der RAF, die das Volk gegen die Kritik einiger Intellektueller aufbot, nicht anders als in der KPD-Parole »Dem Volke dienen!«. Sprach man damals zumeist von den »Volksmassen« und den Arbeitern, sind es heute schlicht »das Volk« (als Blutsbande) und der »Normalbürger«. Die Walser-Kritiker, meint Mahler, hätten »keinerlei Kontakt mit dem Volk. Diese Traumtänzer sollten mal hören, was Normalbürger sagen.«

Nach einem einschlägigen Vorbild politischer Propaganda packt Mahler seinen Rassismus in eingängige Bilder. Politik wird kulinarisch: »Das Fremde ist das Salz in der Suppe – aber wer mag eine versalzene Suppe?« In seiner im Internet verbreiteten »Flugschrift an die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes, verfaßt im November 1998«, verlegt sich Mahler auf das »Fühlen« der »Überfremdung«: »Wie sich das anfühlt, ist jetzt schon in Berlin-Kreuzberg zu erfahren. In diesem Stadtteil hat sich die ›Migration‹ regelrecht zur Landnahme ausgewachsen.« Dem »Focus« sagt Mahler: »Warum waren die Nazis so erfolgreich? Weil sie Dinge ansprachen, die den Menschen wichtig waren.« Deutlich hält sich Mahler an Führer-Tips zur Rolle der Propaganda: »Je bescheidener ... ihr wissenschaftlicher Ballast ist und je mehr sie ausschließlich auf das Fühlen der Masse Rücksicht nimmt, um so durchschlagender der Erfolg«, heißt es in *Mein Kampf*.

Vom Scheitern der RAF bis zu den Erfolgen der Nazis waltet laut Mahlers Selbstinterpretation eine Logik der Kontinuität. »Mein ganzes bisheriges Leben«, liest man in der »Flugschrift«, »habe ich geführt als Versuch, einen Beitrag zu leisten, den auf uns Deutschen lastenden Schatten aufzuhellen, den Schoß unfruchtbar zu machen, aus dem das braune Ungeheuer kroch. Dabei ging es mir immer auch um meine Heimat.« Dem »Focus« erklärt er: »Die nationale Frage war immer auch ein Anliegen der Linken. Wir haben in den 60er Jahren die vietnamesische Freiheitsbewegung unterstützt und sind für deren Recht auf die Straße gegangen, in ihrem Land als Herr zu bestimmen. Der Internationalismus schloß den Kampf für die nationalen Rechte ein. Wir wollten Deutschland weder von Amerikanern noch von Sowjets beherrschen lassen.« Heute sieht Mahler Deutschland von Flüchtlingen und Einwanderern besetzt: »Wir haben das Recht, in unserem Land unser Leben selbstbestimmt zu gestalten. Sonst wird das deutsche Volk sich wehren.« In der »Flugschrift« heißt es drohend: »Ich glaube nicht, daß sich die Deutschen zu einer Minderheit in ihrem eigenen Land machen lassen. So friedlich und lammfromm sind wir nämlich nicht. Den Grund dieses Glaubens finde ich in der Überzeugung, daß so wie ich denke und fühle, sehr viele Deutsche ... fühlen und denken.« Daher sollte man »von uns Deutschen nicht erwarten, daß wir uns widerstandslos vertreiben lassen«.

Biographische Kontinuität ließe sich auch bezüglich des immer ausgeprägteren Antisemitismus Mahlers behaupten. Als er noch zur RAF gehörte, attestierte diese dem Anschlag des Schwarzen September auf die israelische Olympiamannschaft in München »Sensibilität für historische und politische Zusammenhänge« und sah in Moshe Dajan den »Himmler Israels«. Doch heute bedient sich Mahlers Antisemitismus aus einem anderen Fundus. Wie zuvor schon Klaus Rainer Röhl hat Mahler nun Caspar von Schrenck-Notzings Pamphlet *Charakterwäsche* (1965) für sich entdeckt. Auf dieser Linie hetzt Mahler in der »Flugschrift« gegen Reeducation und – man beachte die Kontinuität eines Feindbildes der Goebbels-Propaganda – den »intellektuellen Morgenthau-Plan«. Hinter alledem stecken der – Mahler sagt nicht explizit »jüdische« – »Neo-Freudismus« und die Frankfurter Schule. Die Doktrin vom autoritären Charakter des deutschen Volkes sei »im Mai 1944 vom American Jewish Congress als maßgebliche Interpretation des Zeitgeschehens in Europa approbiert und auf diese Weise in den USA zur herrschenden Lehre geworden. ... Mit ihrer Lizenzpolitik haben die Alliierten sichergestellt,

daß die von der American Jewish Conference approbierte Deutung auch in Westdeutschland die kulturelle Hegemonie erlangte, bis heute.«

Zur »Umerziehungsideologie« der Westmächte gehört für Mahler auch der »verordnete und jetzt sogar strafrechtlich geschützte Holocaust-Gedächtniskult«. (Demgegenüber wird Stalins »Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk aber bleibt bestehen« erfreut zitiert.) Die Strafbarkeit der Holocaust-Leugnung bewertet der Jurist Mahler im »Focus« als »unerträglich«. »Da werden Menschen, die mit ihren Äußerungen garantiert nicht Karriere machen wollen, kriminalisiert.« Die Begründung könnte dümmer und zynischer nicht sein angesichts der Tatsache, daß prominente Holocaustleugner wie Ewald Althans und Thies Christophersen im Glauben, sie redeten mit einem Kameraden, ihr Wissen von der Judenvernichtung und ihre strategischen Motive zur Leugnung ausgeplaudert haben. Mahler meint verständnisinnig, die Auschwitzleugner »leugnen den Holocaust, weil er auch für sie das Grauen schlechthin ist. Sie ertragen den Gedanken nicht, daß Deutsche das zu verantworten haben, und erweisen sich damit geradezu als Gutmenschen mit moralischem Kompaß.«

Den Vorwurf, Antisemit zu sein, weist Mahler selbstredend zurück. Verantwortlich für Antisemitismus seien die Juden selbst. Im »Focus« heißt es noch vergleichsweise zurückhaltend gegen Ignatz Bubis: »In der Geschichte des Abendlandes gibt es von Anfang an einen starken antijudaistischen Komplex. Es ist gefährlich, den zu ignorieren. Man muß ihn aber nicht noch mit aller Gewalt heraufbeschwören.« Auf seiner Homepage geht Mahler anders zur Sache. In seiner Laudatio zum 70. Geburtstag Günter Rohrmosers im Dezember 1997 sah Mahler die »Wurzel« der Judenvernichtung im »Kampf des jüdischen Monotheismus«. Gegen diese jüdische (spirituelle) Aggression wurde die »defensive Gaskammer« (wie Rudolf Augstein in besseren Tagen gegen Nolte formulierte) aufgeboten. Nach diesem Nolte mortale vorwärts sprang Mahler auch noch die Rückwärtsvariante, indem er den Nazismus als »alttestamentarischen (also jüdischen; A. S.) völkischen Egoismus« charakterisierte. Doch selbstgewiß hält der Antisemit Mahler auch das Gegengift gegen Antisemitismus parat. Er findet es in Rohrmosers Interpretation der Hegelschen Religionsphilosophie. Kein Wort darüber, daß Hegels erst 1907 veröffentlichte religionsphilosophische Frühschriften voller Invektiven gegen Juden stecken und manchen Nazi-Philosophen gute Dienste leisteten. In Hegels Religionsphilosophie seien »die tödlichen Gegensätze der abrahamitischen Religionen im Begriff des Geistes aufgehoben«. Daher empfiehlt Mahler statt der »Monumentalisierung der Schande« den Bau einer Akademie, deren erster Leiter Rohrmoser werden solle.

Obwohl Mahler mit Rohrmosers Hegel die »Vernunft in der Geschichte« (und also auch im Holocaust) walten sieht, ist sein Grundbegriff doch das Fühlen bzw. das Gefühl – selbstverständlich im Sinne einer ganz besonderen deutschen List der Vernunft. Man muß halt mit den selbsternannten Führern fühlen, um sie zu führen. »Die Überfremdung ist eine Gefahr, die sich mehr und mehr in einem entsprechenden Gefühl bemerkbar macht. Das sind keine ›unmoralischen‹ Anwandlungen. Diese Gefühle sind ein Frühwarnsystem. Wehe uns, wenn wir dem keine Beachtung schenken. Daß diese Gefühle immer häufiger sich in haßvoller Gewalt äußern, ist nur Ausdruck von Hilflosigkeit der Täter und eine Folge des Versagens der politischen Klasse in unserem Land.« Die »Feinsinnigen, die sich solche Gefühle nicht gestatten«, werde, so Mahlers Prognose, »der Mob ... im Nu wegspülen, wenn der untergründige Haß auf alles Fremde an die Oberfläche drängt und die Menschen mit sich fortreißt. Das kann schon morgen sein.« Daher, so die an Rohrmoser geschulte Volte, organisiert Mahler heute eben diesen Mob: »Die Deutschen, wenn sie sich als solche erhalten wollen, müssen, bevor sie der Fremdenhaß übermannt, parteiunabhängig und parteiübergreifend in Bewegung kommen.« Selbstverständlich nur, um Schlimmeres zu verhindern.

Der alte Faible für den bewaffneten Kampf bricht sich im »Focus«-Interview indes metaphorisch noch einmal Bahn, wenn Mahler die aus dem PC-Diskurs bekannte Tatsachenverkehrung bildlich zuspitzt: »Wir bewegen uns auf ideologisch vermintem Gelände. Diese Minen müssen geräumt werden, vielleicht auch dadurch, daß man absichtlich auf sie tritt ...« Wenn’s so wäre, bräuchte man – in Anbetracht der Lebenserwartung menschlicher Minensuchgeräte – über Mahler kaum ein Wort zu verlieren, von einem Nachruf abgesehen. Der Rede wert sind Mahler und sein Podium, der »Focus«, weil hier – wiederum ver-rückt – Edmund Stoiber seine RAF bekommt: Das Kürzel steht heute für Rassistische Armee Fraktion.

Konkret 02/99, S. 36

Otto Köhler

Allerlei Verhetzungspotential

Noch im letzten Bundestag wäre das folgende Attentat auf die soziale Marktwirtschaft nicht möglich gewesen

Die Metro ist die größte Handelsgruppe in Europa, die zweitgrößte der Welt. Gegründet vom ehemaligen SS-Mann Otto Beisheim, der mit seinen Firmen auch schon mal dem Kohlfreund und Filmhändler Leo Kirch aus finanziellen Nöten half, tritt sie jetzt zum Endkampf gegen den weltgrößten Handelsriesen Wal Mart an, der aus den USA nach Deutschland vordringt.

Das ist gewiß ein wichtiges Thema, über das sich jeder Bürger dieses Staates frei äußern darf, aber doch bitte mit Takt, Verantwortungsgefühl und Augenmaß. Auch den frei gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages ist es grundsätzlich freigestellt, sich eine Meinung über die Metro zu bilden. Doch das darf natürlich kein Freibrief für die Abgeordneten der PDS sein, die Probleme der Metro in den politischen Tageskampf hineinzuziehen. Bekanntlich hat die Wählerschaft der PDS zum Fraktionsstatus verholfen. Das mußten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages bitter büßen: Die PDS benutzte eine nur Fraktionen vorbehaltene Möglichkeit und setzte eine Aktuelle Stunde an. Thema: »Haltung der Bundesregierung zu der mit der beabsichtigten Veräußerung von Metro-AG-Sparten verbundenen Gefährdung von 34.000 Arbeitsplätzen sowie zu den Auswirkungen auf Mietverträge und Einnahmen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben«.

Seit Jahren hatte die Metro gekauft, was sie kaufen konnte, auch wenn es sich um weniger rentable Betriebe handelte: Horten, Kaufhalle, Vobis, Praktiker, Kaufhof, Real, Tip, Extra, Allkauf, Mediamarkt, Saturn, Adler usf. – alles war ihr recht. Sie war schließlich wegen ihrer hohen Gewinne auf Verlustvorträge angewiesen, um Steuerzahlungen, die ja für ein freiheitsbewußtes Unternehmen unerfreulich sind, zu vermeiden. Auch die Grundstücke zu den Betrieben im Osten, die ihr von der Treuhand zugeteilt wurden, waren immer etwas wert. Dazu mußte die Treuhand, versteht sich, gutaussehende Arbeitsplatzgarantien gewähren, über deren Wert man sich klar war. Doch das wird nun plötzlich in die politische Auseinandersetzung hineingezogen. »Jetzt, wo der Markt vermachtet ist«, so suchte die PDS-Abgeordnete Ursula Lötzer die Ansetzung der Aktuellen Stunde zu begründen, behält die Metro »die Filetstücke, verscherbelt den Rest und kauft sich von Griechenland bis China in andere Märkte ein«. Doch der Parlamentarische Staatssekretär Siegmar Mosdorf von der SPD wiegelte ab: »Im Falle von Schließungen soll laut Metro die Arbeitslosigkeit durch Einsatz personalpolitischer Maßnahmen nach Möglichkeit vermieden werden.« Nach Möglichkeit, wie denn anders.

Der Staatssekretär, der entschiedenen Wert darauf legte, sich im »Unterschied« zu befinden zu »der Art«, wie die PDS-Abgeordnete die Diskussion betreibt, bestand darauf, nicht bei der »Sorge der Menschen« stehenzubleiben, sondern auch »über die Wertschöpfung«, zu deutsch: den Shareholder-value, »sehr frühzeitig nachzudenken«. Wie ein Mann standen nach ihm alle Alt-Fraktionen für die Metro und gegen die PDS-Anfrage auf. Der CDU-Abgeordnete Hans Michelbach erblickte allein schon im Zustandekommen dieser Fragestunde einen »durchaus ernstzunehmenden Tatbestand«. Denn er zeige, »wohin wir in dieser Republik eventuell marschieren sollten, wohin uns die Linke wieder bringen will – eventuell zurück zur DDR-Wirtschaft«. Der CDU-Mann war schon einmal mit dem Vorschlag hervorgetreten, die Vergütung für Auszubildende pauschal um 300 Mark zu kürzen, damit mehr Lehrstellen entstünden. Jetzt zur Verteidigung der Metro sagte er es »ganz deutlich«: »Hier ist Verhetzungspotential im Klassenkampf gegeben.«

Dieser Vorwurf ließ die Abgeordneten aus den glücklich angeschlossenen Gebieten im Osten nicht ruhen. Klassenkampf, nur weil bei der Metro ein paar Leute fliegen, nein. Zuerst erhob sich bei den Grünen der Recyclingtechnologe Werner Schulz aus Sachsen und stellte mit Nachdruck fest, die PDS betreibe »Panikmache« und »Hysterie«. Er distanzierte sich von den mutmaßlichen Wünschen der SED-Nachfolgepartei: »Wir leben nicht mehr in Zeiten der staatlichen Plankommission ... Die Metro hat eine unternehmerische Entscheidung getroffen. Das ist Sache des Unternehmens.« Und: »kein Thema für eine Aktuelle Stunde«. Soweit die Grünen.

Dann kam die FDP. Harry Türk aus Kolkwitz, einst Mitglied der Blockflöte LPDP, bedankte sich – das hat er in der DDR gelernt – beim Staatssekretär für die »sachliche Darstellung der Fakten« und fand es »unverständlich, warum dieser Sachverhalt als Gegenstand einer Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag herhalten muß«.

Susanne Jaffke, einst CDU-Blockflöte aus Anklam, verkündete für ihre Fraktion, daß »wir uns nicht an diesem populistischen Unsinn beteiligen«. Und im übrigen habe die Metro AG gezeigt, »daß sie als Unternehmen ein Stückchen Verpflichtung übernimmt, indem sie jungen Leuten eine Chance gibt«. Die Metro hatte in Mecklenburg-Vorpommern ein paar junge Arbeitslose mit einem einjährigen Förderarbeitsvertrag eingestellt. Jetzt geht es um 34.000 Arbeitsplätze, aber, so die erfahrene CDU-Abgeordnete aus dem Osten, »davon sollten wir die Finger lassen«.

Angesichts dieser Aktuellen Stunde wuchs unter den wahrhaft demokratischen Fraktionen des Deutschen Bundestags der heiße Wunsch nach einem Schulterschluß. Ulrich Klinkert, seit 1985 Mitglied der Blockpartei CDU aus dem Kreis

Hoyerswerda konnte sich seinem grünen Ostkollegen Werner Schulz »zu meinem eigenen Erstaunen im wesentlichen anschließen«: daß nämlich die Bundesregierung keine staatliche Plankommission sei. Bitter beklagte er sich, die PDS habe »mit Unterstellungen und bestenfalls mit Unwissenheit diese Aktuelle Stunde erschlichen«.

Allerdings glaubte der SPD-Pfarrer Mathias Schubert aus dem Landkreis Fürstenwalde meinen zu dürfen, es müsse »zunächst ja wohl schon gesagt werden, daß in unternehmerischer Hinsicht an der Metro-Führung Kritik« zu äußern sei. Doch da brach aus dem bereits erwähnten CDU-Abgeordneten Michelbach per Zwischenruf ein entsetztes »Was?« heraus. Das wiederum veranlaßte den SPD-Mann, bis 1990 Referent für Sozialethik in der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, unverzüglich zur sozialethischen Frontbegradigung und zu der »herzlichen Bitte«, sich »in dieser Legislaturperiode künftig über wesentlichere Themen und über das wirklich Politische hier im Bundestag auseinanderzusetzen«. Die Metro jedenfalls gehöre nicht dazu, zumal sie ja fest zugesagt habe, ihre Sozialpläne einzuhalten.

Und da gab es schließlich in diesem Metro-Appell der freiheitlichen Parlamentarier den SPD-Abgeordneten Dr. Uwe Küster, der – wie es der Parteitradition entspricht – gern tut, was er ungern tut. Als sein CDU-Kollege Klinkert von einem mangelnden »Wahrheitsgehalt der PDS-Aussagen« sprach, schrie der SPD-Mann begeistert dazwischen: »Herr Klinkert, ich gebe Ihnen ungern recht, aber diesmal haben Sie recht.« Und als Claudia Nolte, die Ex-FDJlerin aus Ilmenau, der PDS-Fraktion vorhielt: »Sie betreiben Verunsicherung. Sie spielen mit den Ängsten der Leute«, da war es derselbe SPD-Abgeordnete Dr. Uwe Küster, der abermals – und zugleich die absolute Einmaligkeit des Vorgangs betonend – in den Beifall auch von Grünen, FDP und CDU hineinrief: »Es ist das erste Mal, daß ich bei Ihnen geklatscht habe, Frau Nolte! Bitte bemerken Sie das! Das war das erste Mal, und es bleibt auch bestimmt das letzte Mal!«

Die junge Frau aus dem Osten, die in Kohls Kabinett lernen durfte, was so eine zu lernen hat, steckte dann gewissenhaft ab, wo die Grenzen des Parlaments, die Grenzen der deutschen Demokratie sind: »Uns steht es nicht an, eine solche Konzernentscheidung zu bewerten.«

Am Ende dieser Sternstunde des deutschen Parlamentarismus verkündete Claudia Nolte die bittere Wahrheit: »Liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich zeigt der Antrag der PDS vor allem eines: daß nämlich diese Partei immer noch nicht in unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat angekommen ist.« Als voll Angekommene fügte sie an die PDS gewandt hinzu: »Sie hegen ein Mißtrauen gegenüber sozialer Marktwirtschaft.« Die ehemalige Ministerin wies die verantwortungslosen PDS-Parlamentarier auf einen hochkomplizierten dialektischen Prozeß hin, dem sie trotz ihrer neuerlichen Oppositionsrolle Verständnis nicht versagen konnte: »Sie bringen die Bundesregierung in eine Situation, wo sie diese Unternehmensentscheidung auch noch rechtfertigen und verteidigen muß.« Muß. Denn jede Kritik an einer Entscheidung der Metro zwingt, in dem Staatswesen, in dem wir uns befinden, jede Bundesregierung dazu, diese Entscheidung in jedem Fall zu verteidigen. So funktioniert verantwortungsgeleitete soziale Marktwirtschaft. Claudia Nolte jedenfalls vermochte schließlich nur noch eines: »Ich kann nur zusammenfassend festhalten, daß solch ein Thema nicht Gegenstand einer Parlamentsdebatte sein sollte.«

Die Medien – von der »Frankfurter Allgemeinen« bis zum »Neuen Deutschland«, »Tagesschau« inklusive – haben Verantwortungsbewußtsein gezeigt und von diesem Vorgang weiter kein Aufheben gemacht. Wer trotzdem vom Ablauf der Fragestunde zur Metro erfahren haben sollte, muß, bevor er zu vorschnellen Urteilen über die Qualität unserer frischgewählten Parlamentarier kommt, eines bedenken: Der Bundestag vertritt nur 80 Millionen Menschen, hinter der Metro aber stehen in diesem Jahr nach Angaben der »Börsenzeitung« über 100 Milliarden Mark, die alle auf dem freien Markt im freien Spiel der Kräfte zusammengefunden haben. Was sind schon – egal ob Mensch oder Mark – 80 Millionen gegenüber 100 Milliarden?

Konkret 02/99, S. 38

Georg Fülberth

Danach und davor

Die Mark heißt jetzt Euro und ist ein Beitrag zur Durchsetzung des Neoliberalismus in der gesamten EU

Schnee von gestern

An seinen »Presseclub« vom 3. Januar 1999 wird der ARD-Moderator Fritz Pleitgen nicht so gern zurückdenken. Irgendwie ist es dumm gelaufen. Als Thema hatte er sich ausgedacht: »Die Berliner Republik«. Doch seine Gäste interessierten sich nicht dafür. Die Korrespondentin von »Le Point« sagte: Daß die Regierung nach Berlin ziehe, sei prima, denn Bonn sei langweilig. Ihre Kollegen hätten den Ort gemieden und sich bisher lieber nach London oder Rom gemeldet. Berlin sei schicker als jenes Dorf. Als Pleitgen nachlegte, aber immerhin sei der Regierungssitz und damit sozusagen die ganze Republik jetzt nach Osten gerückt, wurde ihm von einem deutschen Teilnehmer Bescheid: Angesichts der modernen Verkehrs- und Kommunikationsmittel machten die lumpigen sechshundert Kilometer gar nichts aus.

Die Sendung zog sich in die Länge. Pleitgen versuchte es noch einmal: Aber der Euro! Fröhliches Gelächter: Na, dann werden die Leute halt mit dem neuen Geld bezahlen.

Allmählich muß sich der Gastgeber alt vorgekommen sein: ein Relikt aus dramatischen Jahrzehnten, als Ost gegen West stand oder nach dem Ende des Systemkonflikts vor der Gefahr eines deutschen Sonderweges gewarnt wurde. Das ist lange her.

Wer am Ende des Jahrhunderts etwas Bedeutungsschweres sagen will, kann, auch wenn niemand das mehr hören mag, alte Geschichten wiederholen und zum Beispiel ein weiteres Mal darauf hinweisen, daß Deutschland nach zwei Weltkriegen und einem Kalten Krieg nahezu alles erreicht hat, was der Reichskanzler Bethmann Hollweg bereits im September 1914 forderte. Auch die Behauptung ist ja nicht falsch, daß Adenauers, Genschers und Kohls Europa-Beflissenheit nur ein Mittel zum nationalen Zweck war: Anders wäre der Platz an der Sonne nicht zu erreichen gewesen. Drittens: Der Aufstieg der Europäischen Union, vor deren Türen Polen, Tschechen, Ungarn, Slowenen Schlange stehen, gehört zum Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus im Systemkonflikt.

All dies ist ebenso wahr wie egal. Es sagt etwas über die Vergangenheit aus, aber vielleicht nichts über Gegenwart und Zukunft. Daß das Heute durch das Gestern erklärt werden müsse, ist einerseits nicht verkehrt, andererseits eine Behauptung zwecks Sicherung von Arbeitsplätzen für Geschichtslehrer und schließlich nur zur Hälfte richtig. Es gibt nämlich noch eine andere Seite: Die Vergangenheit verändert sich durch ihre Resultate.

Die deutschen herrschenden Klassen, welche 1914 und 1939 höchst eigennützige Europa-Strategien verwirklichen wollten, waren so deutsch, daß dieses Adjektiv vor jedes dieser Substantive gesetzt werden muß: deutsche Junker, deutsches Montankapital, deutsche Chemie- und deutsche Elektro-Industrie, deutsche Banken. Sie bedienten sich des deutschen Staatsapparates, der ihre Interessen europa- und weltweit durchsetzen sollte: gegen das französische und das britische Kapital. (Und auch die deutschen Volksmassen, welche hofften, es falle für sie etwas ab, wenn alles in Scherben fällt, wollen wir nicht vergessen.)

Als 1949 ein neuer Versuch gemacht wurde, waren die deutschen Junker schon nicht mehr dabei (sie sind als herrschende Klasse auch 1990 nicht wiedergekommen). Und den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus errang nicht das deutsche Kapital, sondern das europäische und weltweite oder – wenn wir ganz genau sein wollen – das Kapital ohne Adjektiv, mithin ganz einfach: das Kapital in drei Bänden und mehreren Jahrhunderten. Dieses hat nach wie vor seine nationalen Standorte, Präferenzen und Differenzierungen, und den Nationalstaat möchte es nicht missen. Darüber hinaus aber bedarf es jetzt auch einer internationalen Öffentlichen Gewalt in einer Region, in der es zur Zeit einen seiner wichtigsten Wirkungsräume hat: der EU. (In der anderen insofern vergleichbaren Gegend, dem Amerika der Nafta, ist das offenbar nicht nötig.)

Die Montan-Magnaten Röchling, Thyssen, Stinnes hielten viel von den Europa-Plänen, welche ihre Ideologen ihnen aufschrieben und deren Verwirklichung durch den Kaiser, Stresemann oder den Führer sie ersehnten und betrieben. Mit der »Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl«, die 1951 auf französischen Vorschlag hin zustande kam, konnten sie oder ihre Erben sehr gut leben, aber es war doch ein bißchen ein anderes Projekt. Sie hatten sich eher gedacht, daß die Konkurrenz kriegerisch auszuräumen war. Das Kapital der Hoechst AG fühlt sich hinfort – nach der Fusion mit Rh□ne-Poulenc – in der neuen Firma Aventis ebenso wohl wie einst in der IG Farben. Ist das dieselbe Europäisierung wie das, was nach einem Nazi-Sieg im Weltkrieg herausgekommen wäre? Wer das behauptet, ist nur deshalb nicht zu widerlegen, weil das einst geplante andere Ergebnis: IG Farben, die unter ausschließlich deutscher Regie den Kontinent ausplündert, nicht erzielt worden ist und deshalb mit dem heutigen Zustand nicht verglichen werden kann.

Programmvorschau

Erreicht wurden: ein gemeinsamer Markt, eine einheitliche Währung (welche die Transaktionskosten senkt) und europäische Deregulierungs-Instanzen. Zu letzteren gehört nicht nur der Wettbewerbskommissar van Miert, sondern auch der Europäische Gerichtshof. Dieser sorgt dafür, daß nationale Bestimmungen zum Schutz der abhängig Arbeitenden künftig nicht mehr so eng gesehen werden dürfen. Selbst die bremische Frauenförderungs-Regel wurde von dieser Institution bekanntlich schon verworfen.

(Richtig: Derselbe Europäische Gerichtshof hat vor einiger Zeit die deutschen Berufsverbote für rechtswidrig erklärt. Damit wollte er uns mitteilen, daß die BRD-Anti-Radikalen-Politik erstens nach dem Ende des Realen Sozialismus überflüssig ist und zweitens – als eine deutsche Besonderheit – auch vorher nicht vonnöten war.)

Es bleibt aber noch viel zu tun, insbesondere bei der Deregulierung. Hierher paßt, daß der EU-Apparat mittlerweile unter Beschuß gerät: zu teuer. Deshalb werden jetzt Korruptionsvorwürfe gegen ihn erhoben. Die europäische Einigung hat nämlich ebenfalls schon wieder ihre Geschichte – und damit historische Relikte, die es zu beseitigen gilt. Immerhin ist sie im Goldenen Zeitalter des Kapitalismus vorangetrieben worden, als keynesianische Rhetorik da und dort praktische Auswirkungen hatte. Unter anderem waren und sind die europäischen Behörden Subventions- und Umverteilungs-Maschinen. So mußten – zum Beispiel – die Bauern mit großen Zuwendungen über ihr Verschwinden, welches dadurch hinausgezögert wurde, getröstet werden. (Zugleich wurden sie, und das war der Zweck der Übung, durch Milchquoten und andere Restriktionen freundlich, aber bestimmt zum Ausgang geleitet.) Und über die Regionalfonds zugunsten der Schwächeren stöhnen die Stärkeren unter den Europäern inzwischen ebenso wie die Lega Nord über die Cassa per il Mezzogiorno.

Zeit zum Umbau also. Es wäre ja auch noch schöner, wenn der Neoliberalismus ausgerechnet in der EU nicht gelten sollte.

Exkurs zu Gerhard Schröder: Seine Ankündigung, Deutschland wolle nicht länger der Zahlmeister sein, klang national-populistisch und sollte auch so verstanden werden. Herauskommen wird: Europa soll billiger werden, denn das Kapital mag keine toten Kosten. Also auch hier: weniger Staat.

Einerseits. Andererseits aber auch wieder: mehr. Denn die militärische Komponente wird wohl ausgebaut werden. Das zumeist menschenrechtlich instrumentierte Wehklagen über das Fehlen einer »gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik« wird lauter. Denkbare Feinde sind das kleine Serbien und das große Rußland. Sie stehen für den armen Osten. Die reichen EU-Ökonomien konkurrieren auf dem Weltmarkt mit den USA. Daß letztere militärisch dominieren, muß zwar hingenommen, soll aber zumindest gemildert werden. Für die nationalen und europäischen Militärapparate sowie die Rüstungsindustrien ist das ein prima Anlaß, den alten – eher sozialpolitisch mißzuverstehenden – Umverteilungs-Institutionen der EU das Futter streitig zu machen.

Im Kampf gegen die europäische Bürokratie steht die veröffentliche Meinung ebenso vornedran wie im Ruf nach einem verstärkten Engagement im Kosovo. Kein Wunder: Sie schreibt durchgehend und sendet mehrheitlich im Sold der medialen privaten Großunternehmen. Die Lohnabhängigen und Scheinselbständigen dieser Branche (schlagen Sie nach unter: Virtuelle Bourgeoisie, KONKRET 9/98, S. 14) sind ihren ganzen Lebensumständen nach auf die einerseits schnelle und andererseits sicher anlegbare Mark (sie heißt jetzt Euro) angewiesen.

Der leicht konsternierte öffentlichrechtliche Intendant Fritz Pleitgen hat seine »Presseclub«-Gäste bereits jetzt zu einem neuen Gespräch für Anfang 2000 eingeladen. Da wird es wieder viel zu lachen geben.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 1/99 über eine verfehlte Kritik des neuen Regierungspersonals

Konkret 02/99, S. 40

Horst Pankow

Stunde der Hausknechte

Pinochet, Pol Pot und die spanische Antiterror-Schwadron: Die Verfolgung sog. Menschenrechtsverletzungen ist eine Frage der politischen Opportunität

An lateinamerikanischen Diktatoren – wie an nichtkonsensual herrschenden Machthabern überhaupt – ist Kritikern oft deren auch persönliche Ungehobeltheit in Sachen der für sensiblere Gemüter so bedeutsamen Bereiche von Philosophie und Geschichte aufgefallen. Obgleich derlei Beobachtungen vor allem eigene Ambitionen auf eine besser legitimierte Machtausübung als die der »Gorillas« zum Ausdruck bringen, enthalten sie doch viel Wahres.

Das machte erst kürzlich wieder der in London unter Hausarrest gestellte General Pinochet deutlich: Der von der europäischen Sektion der internationalen Zivilgesellschaft gegen ihn in Spanien vorbereitete Strafprozeß wegen »Völkermordes« sei ein »Schauprozeß«, dem er seine Beteiligung zu verweigern gedenke. Hätte der Schlächter von Santiago sich ein wenig mehr für historische Schauprozesse interessiert, sich mit Selbsteinschätzung und philosophischer Selbstlegitimation von Anklägern und Angeklagten befaßt, würde er seinem eigenen Prozeß womöglich mit mehr Gelassenheit entgegensehen.

Vielleicht fiele ihm dann Nikolai Bucharin ein, der russische Kommunist und spätere Wegbereiter der Stalinschen Herrschaft im Kampf gegen die linke Opposition. Dieser blieb, als man ihn 1938 wegen Hochverrats und anderer (konstruierter) Anklagen vor Gericht stellte, für außenstehende Beobachter überraschend gelassen. Schließlich akzeptierte er die gegen ihn erhobenen Vorwürfe ebenso wie das daraus folgende Todesurteil, wohl in der Gewißheit, daß auch dieser für ihn persönlich ungünstige Ausgang dennoch die von ihm verfochtene Sache des Staatssozialismus bestätigte.

Zwar liegen die Unterschiede zwischen beiden Prozessen auf der Hand: Bei den Anklagen gegen Bucharin handelte es sich um erfundene, während die gegen Pinochet nur einen Ausschnitt seiner realen Verbrechen benennen; außerdem hat der chilenische Ex-Präsident auch nicht die Todesstrafe, sondern höchstens eine Verlängerung seines Hausarrests zu erwarten. Doch zumindest zwei wichtige Gemeinsamkeiten sind offenbar: In beiden politischen Prozessen agieren Ankläger und Angeklagter als Vertreter identischer politischer Ziele, in beiden Veranstaltungen steht ein Handeln des Angeklagten zur Disposition, das in hohem Maße auch den politischen Idealen und Zielen derer entspricht, die über ihn richten.

Der geplante Prozeß krönt in gewisser Weise Pinochets Lebenswerk: die Rettung von Marktwirtschaft und Demokratie durch nahezu vollständige Demoralisierung der antikapitalistischen Opposition. Pinochet hat schließlich nicht (nur) aus sadistischen Machtgelüsten morden lassen: Seinen eigenen Worten zufolge wollte er die Demokratie retten, indem er sie in Blut badete. Mit brutalster Repression und einer neoliberalen Wirtschaftspolitik hat er das erreicht und konnte so – nachdem kaum jemand mehr da war, dies in Frage zu stellen, und eine Mehrheit nur noch Demokratie und nicht mehr Sozialismus wollte – die Macht wieder an ein durch freie Wahlen legitimiertes Personal abtreten. Verfügte der General über die Fähigkeit politischer Reflexion eigenen Handels, würde ihm gerade die von seinen einstigen Gegnern aus der Linken erhobene Forderung nach seiner rechtsstaatlichen Aburteilung Anlaß zur Genugtuung sein.

Der Chilene Pinochet ist ein typischer Vertreter der »Diktatur des Hausknechts«, ein Terminus, den Alfred Kerr in den 30er Jahren für die NS-Herrschaft prägte. Was für Deutschland aufgrund des konsensualen Charakters des Nationalsozialismus nicht ganz präzise war, trifft für ein Dritte-Welt-Land wie Chile uneingeschränkt zu. Pinochet und seine Leute besorgten das Geschäft der traditionellen Eliten und der US-amerikanischen Vormacht. Darin fanden sie ihre Chance zum gesellschaftlichen Aufstieg mit allen materiellen und ideologischen Konsequenzen.

Doch was einem Mittelklassenparvenü recht ist, muß – wie jetzt aus einem anderen Dritte-Welt-Land zu erfahren ist – Angehörigen der alteingessenen Herrscherklasse noch längst nicht billig sein. Als nach der kürzlich erfolgten endgültigen Kapitulation der Roten Khmer in Kamdodscha der Ruf nach einem internationalen Tribunal über die während ihrer Herrschaft verübten Massenmorde laut wurde, meldete sich Pol Pots einstiger enger Verbündeter, der immer noch residierende König Sihanouk, zu Wort. Er sei bereit, sich freiwillig dem demokratischen Richterspruch zu stellen. »Ich werde jedes mögliche Urteil und jede gegen mich verhängte Strafe akzeptieren«, gab der Monarch laut »Taz« zu Protokoll. Sihanouk kann so gelassen sein, weil er weiß, daß sein Bündnis mit den Roten Khmer seine nationalen Ambitionen vorangebracht hatte. Diese bestanden weniger in den mörderischen Autarkiebestrebungen seiner nationalrevolutionären Bündnispartner als im Abgrenzungs- und Hegemonieanspruch gegenüber den vietnamesischen Nachbarn. Die gigantischen Menschenopfer, die bis zur Befreiung des Landes durch vietnamesische Truppen 1979 anfielen, dürften ihm ziemlich gleichgültig gewesen sein.

Dafür spricht auch sein nach 1979 gemeinsam mit den Rote-Khmer-Koalitionären eingegangenes antivietnamesisches Bündnis mit den USA. Denn als Rote Khmer und König 1975 die Macht übernahmen, waren durch die US-amerikanischen Bombardements nach unterschiedlichen Angaben zwischen 700.000 und 1,4 Millionen Kambodschaner getötet worden.

Die Unterstützung, die fortan nicht nur die USA, sondern fast alle westlichen Staaten einschließlich der höchsten Instanz zivilgesellschaftlichen Weltgewissens, der Uno, dem Bündnis aus nationalem Adel und »Steinzeitkommunisten« zukommen ließen, konnten nicht zu Unrecht als Bestätigung interpretiert werden.

Immerhin nahm die westliche Wertegemeinschaft sogar Pol Pot und seine Mitstreiter gegen ihre Verurteilung als »Völkermörder« in Schutz. Ein politischer Stafprozeß gegen Repräsentanten des »Demokratische Kamputschea« hat vor fast zwanzig Jahren schon einmal stattgefunden. Allerdings war damals aus taktischen Bündnisüberlegungen – Sihanouk und Pol Pot befehligten eine Guerillaarmee gegen die mit dem vietnamesischen Einmarsch an die Macht gelangte neue Regierung – der König von der Anklage verschont geblieben. Am 20. August 1979 verkündete nach zehntägiger Verhandlung das »Revolutionäre Volkstribunal« in Phnom Penh das Todesurteil über Pol Pot und seinen Stellvertreter und Außenminister Ieng Sary wegen erwiesenen Massenmordes. Für die demokratische Öffentlichkeit des Westens war dies ein stalinistischer Schauprozeß zur Legitimierung der vietnamesischen Intervention.

Vielleicht ist es aber nicht nur die aus historischer Reflexion resultierende Genugtuung, die den König zur Gelassenheit motiviert. Es sind nämlich vor allem die USA, die makabrerweise ein Tribunal wegen der kambodschanischen Verbrechen fordern. In der europäischen Führungsmacht Deutschland hingegen unterstützt man dieses Ansinnen zwar aus Gründen einer »internationalen zivilgesellschaftlichen Ethik«, doch gerade diejenigen, die hierzulande am lautesten nach einer weltweiten politischen Strafgerichtsbarkeit rufen, ergehen sich in öffentlichen Selbstzweifeln. Ob denn der Westen von Kambodscha etwas verlangen könne, was ihn in Gefahr bringe, »am Ende selbst am Pranger zu stehen, wegen einer Politik in den 80er Jahren, die sich der Roten Khmer bediente«, grübelt beispielsweise ein Kommentator in der »Frankfurter Rundschau«.

Der Einwand, dies treffe auf den chilenischen Fall doch genauso zu, erweist sich bald als naiv. Die Affäre Pinochet wurde in Europa ins Rollen gebracht, für Anklage und Verurteilung des Generals erklären sich europäische Juristen zuständig; Kambodscha jedoch liegt im Bereich der pazifischen Vormacht USA. Und da hat man inzwischen Vorbehalte. In der endlich zum Regierungsblatt avancierten »Taz« gibt Michael Sontheimer zu bedenken, daß die von der US-Army während des Indochinakrieges durchgeführten Bombardements »einen flagranten Bruch des Völkerrechts (bedeuteten), für den sich bis heute kein internationales Tribunal zuständig gefühlt hat«. Aber was nicht ist, kann ja noch werden, und wenn dereinst deutsche Völkerrechtler, deren ältere Kollegen einst durch die US-Massaker in Indochina die »Freiheit Berlins« verteidigt sahen, über amerikanische Politik (mit-)richten werden, sieht die Sache wohl ganz anders aus.

In Europa weiß man aber auch, daß man von den USA schlechterdings nicht verlangen kann, wozu man selbst in eigener Angelegenheit nicht bereit ist. Wie eine europäische Demokratie mit politischen Verbrechen, die auf eigenem Territorium zum Wohle der staatlichen Ordnung verübt werden, umgeht, verdeutlichte jüngst ein Beispiel aus Spanien. Es ist auch deshalb bemerkenswert, weil darin einer der Akteure der Pinochet-Inszenierung eine tragende Rolle spielt: »Spaniens gefürchtetster Jurist« (»Taz«) Baltasar Garzón. Er führt nicht nur die Ermittlungen gegen den chilenischen General, er bereitete auch den sogenannten »GAL-Prozeß« vor, in dem zwar kein »Völkermord«, aber immerhin doch staatlich organisierter Massenmord zur Sprache kam.

Zur Vorgeschichte: 1983 hatte die Führung der damals regierenden PSOE die *Grupos Antiterroristas de Liberación* (GAL) zwecks »Verteidigung der nationalen Integrität« ins Leben gerufen. Nach dem Vorbild südamerikanischer Todesschwadronen ermordeten spanische Polizisten gemeinsam mit internationalen Gangstern und Söldnern wirkliche und vermeintliche Anhänger der links-separatistischen Eta auf französischem Territorium. Die offizielle Geschichte der GAL – die allerdings offiziell 1987 als abgeschlossen gilt – verzeichnet bis heute mindestens 28 Tote. Zwar wurden in dem Ende Juli vergangenen Jahres abgeschlossenen GAL-Prozeß nicht die »antiterroristischen« Morde verhandelt – Gegenstand war die mit Staatsgeldern finanzierte Entführung eines loyalen Geschäftsmannes, den man mit einem Eta-Funktionär verwechselt hatte. Doch die Hauptangeklagten, der ehemalige Innenminister José Barrionuevo und sein Staatssekretär Rafael Vera, wurden zu je zehn Jahren Haft verurteilt. Der Prozeß hatte im wesentlichen die Funktion, die frühere Regierungspartei PSOE als kriminellen Haufen zu desavouieren und die derzeit regierende konservative Partido Popular (PP) als Vereinigung von Saubermännern zu präsentieren. Was auch gelang, denn verschiedene Mitbeteiligte sagten aus, ihre Anweisungen nicht nur von den Angeklagten, sondern von Parteichef Gonzalez direkt erhalten zu haben.

Für den Untersuchungsrichter und heutigen Pinochet-Ankläger Garzón war dieser Prozeß eine Gelegenheit zur Rache. Er ließ schon während der Voruntersuchungen Unterlagen, aus denen die Beteiligung der PSOE-Führung an den Morden hervorging, nicht nur der PP-Führung zukommen, sondern schickte einen Großteil gleich zur Veröffentlichung an die konservative Madrider Zeitung »EL Mundo«. Garzón war nämlich, bevor er Untersuchungsrichter wurde, selbst PSOE-Abgeordneter und Staatssekretär im Innenministerium. Nachdem sich seine langgehegten Hoffnungen auf einen Ministerposten zugunsten eines erfolgreicheren Konkurrenten zerschlagen hatten, stellte er effektvoll unter Beweis, welche unvorhergesehenen Folgen personalpolitische Ignoranz zeitigen kann.

Diese Auseinandersetzung unter demokratischen Verantwortungsträgern sollte aber nicht so grundsätzlich gemeint sein, wie gutgläubige Beobachter hätten annehmen können. Am Heiligabend öffneten sich die Gefängnistore für Barrionueva

und Vera. Mit einem freundlichen *feliz navidad* hatte der spanische Oberste Gerichtshof ihre Freilassung angeordnet. Die Haftstrafe des ehemaligen Innenministers wurde auf drei Jahre und zwei Monate mit Freigang verkürzt und bis zum Abschluß der Einspruchsinstanzen ausgesetzt. »Im Unterschied zu gewöhnlichen Verbrechern«, argumentierte das Gericht, hätten die Inhaftierten schließlich »nicht aus egoistischen Interessen gehandelt« (»Junge Welt«). Und die wird man wohl auch Pinochet kaum nachweisen können. Auch deshalb könnte er so gelassen in die Zukunft blicken wie ein fernöstlicher König.

Horst Pankow schrieb in KONKRET 1/99 über die Nutzlosigkeit eines »Schwarzbuchs« des Kapitalismus

Konkret 02/99, S. 42

Fanny Müller

In diesem Sinne - Jahrtausendmann

Den Mann des Jahrtausends (man of the millenium) ermittelte die britische BBC kürzlich durch eine Hörer-Umfrage. Nicht William the Conqueror, nicht Newton, nicht Darwin machten das Rennen, sondern Shakespeare, wer hätte das gedacht. Dabei hieß der gar nicht Shakespeare, wenn man neueren Untersuchungen Glauben schenken will, sondern irgendwie anders: Lord Soundso, ist ja auch egal. Eine »Frau des Jahrtausends« wurde nicht gewählt und darüber bin ich – Emanzipation hin, Emanzipation her – doch sehr froh. Da ahnt man schon, wer es geworden wäre. Ich sage nur kendl in se wind.

In Deutschland wurde die Wahl des Jahrtausendmannes bisher noch nicht ins Auge gefaßt. Falls das doch noch auf uns zukommt, erwarte ich dringend, daß dieser nicht durch eine allgemeine Umfrage ermittelt wird. Wenn die Leute »tausend Jahre« hören, ahnt man nämlich auch schon, wer die Charts anführen würde. Der hieß in Wirklichkeit ja auch anders, aber ob Schicklgruber nun direkt die deutsche Übersetzung von Shakespeare ist...? Dann doch lieber Schreinemakers.

Welchen Tausendsassa ihre respektiven Heimatländer wohl aufbieten würden, fragte ich meine e-mail-Kontakte in Frankreich und in der Schweiz. Georges aus Blauzac glaubt, daß der Mann des Jahrtausends auch am Ende desselben noch »in aller Munde« sein muß und deshalb kann es nur Paul Ricard sein; als weibliches Pendant schlägt er die Veuve Cliquot vor (»Wie lieb und luftig perlt die Blase der Witwe Klicko in dem Glase«). Paula aus der Schweiz hat wie erwartet Namen zu bieten, die kein zivilisierter Mensch kennt: Eugen Huber, den Erfinder des Zivilgesetzbuches: Herrn Rickenbach, den Erfinder der Zahnradbahn; Herrn Duttweiler, den Erfinder der Migros-Ladenkette. Wilhelm Tell, so Paula auf meine Nachfrage, sei auch nur eine Erfindung und zwar die eines deutschen Dichters und hieße in der Schweiz irgendwie ganz anders. Wahrscheinlich Alm-Öhi. Eine Frau fiel ihr zunächst nicht ein, aber sie entschied sich dann für eine »Heldin des Alltags«, somit für Frau Lustig von der Kasse im Coop in Basel. Die ist allerdings aus dem Elsaß und sollte wohl besser dortselbst kandidieren.

Konkret 02/99, S. 42

Gerhard Nordmann

In diesem Sinne - Danke, Amerika

Das US-Außenministerium hat Kuba offiziell über die beabsichtigte Lockerung einiger Reise- und Devisenbeschränkungen informiert. So sollen fortan alle Amerikaner – und nicht nur Familienangehörige – 1.200 Dollar im Jahr nach Kuba überweisen, humanitäre Spendenorganisationen noch größere Summen transferieren dürfen. Die übrigen Handelsbeschränkungen sowie das Helms/Burton-Gesetz bleiben allerdings in Kraft. Nach Angaben des amerikanischen Außenbesens Albright sollen die Maßnahmen »mehr Spielraum« für die Bürger in der Privatwirtschaft schaffen und außerdem einen »demokratischen Übergang« nach dem Abgang von Fidel Castro erleichtern helfen. Klare Worte. Sollte man denken.

Zuvor war die Bildung einer Kommission aus Republikanern und Demokraten gescheitert, die für eine grundsätzliche Überprüfung der amerikanischen Kuba-Politik eintreten wollte. Das Scheitern dieser Revision stieß in Kuba selbst und bei den deutschen Kuba-Solidaritätsgruppen auf den vorhersehbaren Protest. Die »ungerechte Blockade« (Außenminister Robaina) habe, meldete die kubanische Wochenzeitung »Trajabadores«, seit Anfang der sechziger Jahre 60 Milliarden Dollar gekostet.

Wenn stimmt, daß das Ende der DDR mit Honeckers »Vertiefung« der wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen begann und mit dem Fall der Mauer besiegelt war, dann ist die Blockade die Bedingung der Möglichkeit der Existenz eines sozialistischen Staates in Kuba. Wer die Blockade gelockert will, will Kuba bei den USA verschuldet sehen. Schon jetzt sind die Geldüberweisungen von »Exilkubanern« an ihre Angehörigen auf der Insel, die sich auf mehrere hundert Millionen Dollar im Jahr belaufen, ein versteckter Haushaltsfaktor.

60 Milliarden Dollar sind gewiß nicht wenig (zum Vergleich: Kubas Bruttoinlandsprodukt beträgt 16 Milliarden Dollar). Doch für die Absicherung des Sozialismus auf Kuba ist die Summe vielleicht nicht zu hoch veranschlagt. Ohne die Blockade, so viel ist sicher, wäre Kuba längst verloren. Wer sich auf den Weltmarkt begibt, kommt darin um. Selbst wenn das Embargo keiner Philanthropie und bloß politischem Unverstand geschuldet ist – Amerika gebührt Dank dafür.

Konkret 02/99, S. 42

Gert Ockert

In diesem Sinne - Kohle non olet

Streng riecht dagegen die Moral. Das akute Gewese um Nepotismus in der EU-Kommission und Korruption beim IOC wird von Figuren angeführt, die ansonsten kein böses Wort verlieren, hat nur das kalte Buffet gestimmt, die nicht daran dächten, eine Berufung in die Chefetage abzulehnen, bloß weil sie mit dem Geschäftsführer verwandt sind, Figuren, denen es gar nicht einfiele, einen Betrieb, den sie heruntergewirtschaftet haben, ohne Abfindung zu verlassen. Kurz, die Rede ist von Journalisten.

Die Dösköppe freilich, die das Geblöke über die »Mauschler« des Ms. Santer und *die »Geldgier« des Sen. Samaranch lesen* und *nachbölken, sollten sich nicht mehr beim Klassenkampf erwischen lassen. Sonst setzt es »Focus«-Lektüre nicht unter zwölf Wochen. Und sogar Biathlon nur noch in DF 1. Wenn schon Entrüstung, gelte sie besser jenen Doofmachern, die von der »Reinheit« der olympischen Idee sabbeln und angesichts des Brüsseler »Sumpfes« um die »Integrität« der parlamentarischen Demokratie zittern. Wer nicht einsehen mag, warum der Faschist Samaranch von den Staatschefs dieser Erde hofiert wird und weshalb die Sozialdemokratin Cresson von den EU-Abgeordneten nimmer was zu befürchten hat, der ist wahlweise stockdumm oder reif zum Kommentator der »Tagesthemen«. Denn erst wenn Korruption nicht länger die Regel wäre, dürfte man sich Sorgen machen um den Kapitalismus.*

Konkret 02/99, S. 42

Michael Schilling

In diesem Sinne - Ers□e □ l□ ng

Daß die Bundesrepublik eher früher als später ihr blutsbürgerliches Recht der Staatsangehörigkeit den Standards der zivileren Gegenden Europas anpassen muß, an denen die Deutschen sich dumm und dämlich verdienen wollen, weiß auch der Schäuble und sogar der Stoiber; und daß die Debatte mit dem Beschluß enden wird, alle, die hier geboren sind, zu deutschen Staatsbürgern zu ernennen und sie bei Erreichen der Volljährigkeit entscheiden zu lassen, ob sie es bleiben wollen. Nicht jeder von ihnen wird neben dem deutschen einen zweiten Paß behalten dürfen, aber doch viele.

Warum also der Auflauf? Warum die völkischen Brauhausreden? Warum die Mobilisierung der Straße, des Mobs, als der die Passanten den christlichen Unterschriftensammlern im Fall des Nichtgefallens so gerne gelten? Nicht nur der alte Partner, die FDP, geht auf Distanz, auch Blätter des befreundeten Springer-Verlags meinen, die Union sei »auf dem Irrweg«, der Hamburger CDU-Vorsitzende Beust will nicht mitmachen, viele Funktionäre der Partei schweigen betreten.

Zu Unrecht. Was Schäuble da treibt, ist – ob er es weiß oder nicht – die Wahrnehmung staatspolitischer Verantwortung durch eine schier selbstlose Opposition. Die Regierung, in die das Wahlvolk so viel Hoffnung gesteckt hatte, war schon vor Ablauf der hunderttägigen Schonfrist am Ende: Die Arbeitslosen wußten, daß sie arbeitslos bleiben werden, die kleinen Leute hatten begriffen, daß sie die Ökozeche bezahlen würden, Atomkraftwerke werden sofort abgeschaltet, wenn sie nicht mehr rentabel sind (also nach ca. 25jährigem Betrieb), und dem neuen Außenminister fehlt zum Kinkel nichts als die stattliche Figur.

Übrig blieb von dem ganzen »Machtwechsel« nichts als das Versprechen, statt deutschem Blut solle künftig deutscher Boden der Boden sein, dem der Staatsbürger erwächst. Fast hätte es keiner gemerkt, und es wäre die rotgrüne Regierung schon heute als das verschlimmbesserte Remake ihrer Vorgängerin abgehakt, hätte nicht Schäuble mit seiner völkischen Attacke ihr einen ganz unverdienten Reformglanz aufpoliert.

Konkret 02/99, S. 43

Rayk Wieland

Draußen vor der Tür

»Parteivize Gehrke schwant bei der Luxemburg-Umtopfung nichts Gutes, wenn er an die Reaktionen der Genossen von der Basis denkt ... Wie einfach wäre es doch, könnte man Verhüllungskünstler Christo zu Hilfe rufen.«
Wolfgang Hübner, »Neues Deutschland«

Die PDS, die Partei der kapitalkompatibelsten Spielart des Sozialismus, nämlich der demokratischen, ist die Partei der Spätheimkehrer. Nach einem vierzigjährigen Umweg sind ihre Mitglieder endlich im Altersmeisenheim angekommen, fühlen sich aber nach wie vor ausgeschlossen, fremd, heimatlos. Niemand will sie haben, keiner anerkennt ihre Biographien, und was sie vorbringen, kommt nicht richtig an. Daher ist ihre, der Partei, Hauptsorge: die Resozialisierung ehemaliger Realsozialisten. Dazu bedarf es keiner Utopien, es genügen Visionen. Supervisionen.

Alljährlich erinnert dieser Verein mit einem Winterspaziergang an »Karl und Rosa«. Die Vornamserei signalisiert eine Intimität, die durchaus ungehörig ist. Es hat Tradition, daß die Genossen sich nicht bloß untereinander duzen, sondern auch die Toten ankumpeln. Es stiftet etwas Familiäres und will sagen, man hat zusammen Ostereier gesucht. In diesem Januar wurde aus Anlaß der achtzig Jahre zurückliegenden Ermordung der beiden in Berlin eine lebensgroße, von dem Bildhauer Rolf Biebl geschaffene Skulptur Rosa Luxemburgs vor der PDS-Zentrale, dem Karl-Liebknecht-Haus am Rosa-Luxemburg-Platz, enthüllt. Die Initiative war von einer Gruppe linker Künstler, dem »Antieiszeitkomitee«, ausgegangen, die, den Worten zur Enthüllung von Komitee-Mitglied Klaus Höpke zufolge, »ein Mal des Denkens auch über die PDS während der neun Jahre ihrer Existenz und auch künftig« setzen wollte. Höpcke begann seine Rede mit der Versicherung: »Wer künftig an diese Tür kommt, dem kann ... zuversichtlich gute neue Vertrautheit mit Rosa Luxemburg gewünscht werden« und endete sie mit einer »Anmerkung leichten Selbstlobs«, derzufolge die neue Vertraute an den Versammelten, »sogar an Leuten wie uns so etwas wie helle Freude hätte haben können«. Seither steht, wenn sie bei Erscheinen dieser Ausgabe von KONKRET noch da steht, an den Schwellen des Hauses, die sie im Leben nie überschritten hatte, die polierte Bronze der Luxemburg und kann sich zudringlicher Vertraulichkeiten kaum erwehren.

Die Antieiszeitler stützen sich bei ihrer Aktion auf einen im letzten Jahr gefaßten Beschluß des PDS-Vorstands, der sich nach längerer Diskussion für ein solches Denkmal am eigenen Hauseingang ausgesprochen hatte. Gleichzeitig aber wollte er, der Vorstand, »mit Nachdruck das Bemühen unterstützen« (Höpcke), eine Ausschreibung für ein weiteres Denkmal auf einem öffentlichen Platz zustande zu bringen. Pleistozäne Kräfte haben dies offenbar erreicht. Denn die Bezirksversammlung von Berlin sprach sich unterdessen parteiübergreifend ebenfalls für ein Denkmal auf dem Luxemburg-Platz aus. Am 20. Januar tagt ein vom »Initiativkreis für ein Rosa-Luxemburg-Denkmal« bestimmter Förderkreis, dem Autoritäten wie Christian Ströbele, Friedrich Schorlemmer und Walter Jens angehören, deren politisches Engagement im Sinne Luxemburgs immer besonders auffällig war.

Somit ist Gefahr einer zweihundertprozentigen Aufstockung von Luxemburg-Denkmalen am Luxemburg-Platz erheblich im Verzuge. Thomas Flierl, PDS-Baustadtrat von Berlin-Mitte und Mitglied des Förderkreises, von Anfang an Gegner des Antieiszeitprojektes und Befürworter einer öffentlichen Variante, erkannte sie rechtzeitig. Er bezeichnete die Denkmalsenthüllung als »Nacht- und Nebelaktion« einer sektiererischen, »restaurativen Kulturfraktion«, die einen »erpresserischem Coup« gelandet habe. Edda Seifert, im PDS-Vorstand für Kulturpolitik zuständig, sprang ihm bei und nannte die Aufstellungsaktion »illegal«. Das »Neue Deutschland« denunzierte die Skulptur als »spezielle Ausführung des stummen Portiers« und hinterfragte unter der Überschrift »Der PDS-Vorstand hat ein Problem: Ein Rosa-Luxemburg-Denkmal vor der Tür« scheinheilig, ob dieses als »PDS-Devotionale, als sozialistische Tempelwächterin statt als öffentlicher Denkanstoß« herhalten solle. Wenn sie, Rosa Luxemburg, seinerzeit geahnt hätte, welche Alternative zu erwägen eine Art Nachfolgeorganisation der KPD in der Lage sein sollte, sie hätte womöglich ihre Teilnahme am Gründungsparteitag noch einmal überdacht.

Eine Zeitlang schien offen, auf welche Seite der PDS-Vorstand sich in dem denkwürdigen Streit schlagen werde. Würde er mehr den antieiszeitlichen Kräften und damit einer Art Haus- und Portierlösung oder mehr den pleistozänen Streitern für öffentliche Denkanstöße zuneigen? Parteichef Bisky bekundete, er fühle sich unwohl wie selten. Eine Luxemburginflation, ja -plage schien ins Haus zu stehen. So befand der Vorstand schließlich, daß »die Konkurrenz zweier Denkmäler für Rosa Luxemburg politisch und ästhetisch unsinnig« sei, und beschloß, die eben erst aufgestellte Statue wieder eins zu eins entfernen zu lassen.

Was sagt man zu diesen PDS-Blödis? Welche Sendung läuft? »Verstehen Sie Spaß?«, »Versteckte Kamera«, »Bericht aus Plemplem«? Ein Vorstand, der erst ein Denkmal anfordert, dann aber ein anderes, öffentlich ausgeschriebenes favorisiert. Der Eiszeit abgewandte Künstler, die dessen ungeachtet in einem »Piratenakt« (»ND«) eine Statue vor dem Parteihaus

einbetonieren. Ein Stadtrat, der denen Erpressung, Sektierertum und Fraktionsbildung vorwirft. Ein Förderkreis, in dem ein Theologe, ein Antisemit und ein Sozialdemokrat sitzen. Ein Parteichef, der, anstatt zu sagen, was er für politisch opportun hält, Unwohlsein vorschiebt. Eine Parteizeitung, die den Reichstagsverhüller Christo zu Hilfe ruft und von gebotener »Luxemburg-Umtopfung« spricht. Eine Partei, die Rosa Luxemburg nur deshalb nicht verlassen hätte, weil sie niemals Mitglied gewesen wäre.

Natürlich kann Rosa Luxemburg, um die es hier gar nicht geht, für das alles nichts. Ihren Satz von der Freiheit, die immer die Freiheit des Andersdenkenden sei, trompeten zwar alle Beteiligten heraus wie nichts Gutes, richtiger wird er damit nicht. Freiheit ist nämlich, jedenfalls in einer zum Zweck des politischen Kampfes gebildeten Formation, immer nur und nichts anderes als die Freiheit der sozusagen Gleichdenkenden. Was sie, die Freiheit, darüber hinaus noch sein möchte, bleibe dahingestellt. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, macht aber nicht dieser totgerittene Satz das Vermächtnis der Frau, sondern ein Wort. Das Wort heißt GENERALSTREIK. Ein von der PDS mindestens achtzig Jahre entferntes Wort. Diese Partei ist allenfalls die Partei der Renten-Novelle. Ist, und daran werden auch obskure Denkmalspiraten nichts ändern, parteigewordener Eduard Bernstein. Bernsteins Käse, das ist Biskys Brie.

Wenn es anders wäre, wäre es anders. Eine Partei, die Luxemburg nicht das Du aufdrängte, sondern sie respektierte, hätte in einer Gegend, in der seit zehn Jahren Denkmäler der Arbeiterbewegung geschleift und Straßen umbenannt werden, natürlich als erstes dafür zu sorgen, daß keine derartige Immobilie aufgestellt wird. Das ganze Getue in Sachen Denkmal ist sowieso nur Ersatzhandlung, symbolische Politik, autoritätsfixierte Biederkeit, Stadtratsdenken. Was anderes als ein Platz für Tauben, ein Motiv für Postkarten und eine Subvention für Künstler, die den Meißel nicht halten können, sollte herumkommen dabei? Denkmäler haben, wie auch der in Rede stehende Vorgang in betörender Weise zeigt, den einen Sinn: abgerissen, eingeschmolzen oder vergessen zu werden.

Und nun? Die Antieiszeitkräfte, Märtyrer fast, sind düpiert. Der Gletscher PDS aber wälzt sich voran. Das wird, wenn die Sonne eines Tages wieder scheint, ein schönes Bernsteinsammeln geben.

Konkret 02/99, S. 44

Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Hofkunst

bleibt Doofkunst. Eine mehrminütige Siemens-Reklame auf n-tv zeigte den Artisten Jörg Immendorf an seinem Ateliertisch, wo er, unterbrochen nur durch das Klingeln seines Siemens-Handys, zu Erklärungen abhob, denen zufolge er, Immendorff, samt Skulptur (roter Affe und blauer Bundesadler) dorthin gehöre, wo Georg Baselitz schon sei: »Es ist einfach ungehörig, wenn Immendorff«, sagt Immendorff, »im Reichstag fehlt.«

Ja, das gehört sich.

Der Aufbau

Verlag kündigt für das Frühjahr ein Buchpaket an, zwölf Romane, die »seit ihrem Erscheinen Millionen Leser bewegt« haben, zwölf Romane der DDR-Literatur, die zu entdecken, »zehn Jahre nach dem Ende der DDR«, nun die Zeit gekommen sei. Motto der Veranstaltung: »Das Eigene entdecken«. Was auch sonst? Das Eigene, den Fundus also, der einem mit der Verlagsübernahme zugefallen und den man noch vor ein paar Jahren zwar abschätzig, aber offenbar ohne nähere Kenntnisnahme – denn sonst wäre ja da nichts Neues zu holen – in den Keller räumen ließ, entdecken. Das Eigene, das seinem Entdecker nicht fremder sein könnte und das erst nach seiner Entdeckung als Eigenes firmiert, enthält u. a. *Nachdenken über Christa T.* von Christa Wolf, *Die neuen Leiden des jungen W.* von Ulrich Plenzdorf und *Die Aula* von Hermann Kant, ein Buch »über die Anfänge der DDR, ohne die man ihr Ende nicht verstehen kann«.

Ohne das Ende der DDR kann man freilich auch Lunkewitzens Übernahme des Aufbau Verlages nicht verstehen, und ohne Lunkewitz – aber der kommt in der *Aula* gar nicht vor.

Zum Geburtstag

Heiners, dem 70., hat Paul Gratzik, der ehemalige schreibende Arbeiter und langjährige Saufkumpel Heiner Müllers, in der »Jungen Welt« eine Art Erinnerungscollage mit »unscharfen Rändern« gebastelt, die alles in allem ziemlich versoffene Reminiszenzen an die gemeinsamen Sauftouren enthält. »Als nun etliche Wessis kurz vor Mitternacht zur Tür hinaus waren, sie mußten ja pünktlich durch den Tränenpalast, da kannten sie nischte, sagte er (Müller; R.W.) zu uns, das ist das Schöne, ich bin diese Mafia immer zur rechten Zeit los. Aber ein Wessi war schlau. Der kam zurück und weinte vor Liebeskummer. Da mußte Gina Tscholakowa einen Arzt ausm Bette holen, weil dieser Wessie außerdem auf die hundertzehn Millimeter breite Fensterbank stieg und sich runterschmeißen wollte. Aber gegenüber, auch zig Etagen hoch, wohnte Hermann Kant, auch ein Sklave des Troges, aus dem er mäkelnd fraß, und der glotzte bestimmt mit seinem guten, russischen Fernglas wegen der Weiber her, die angeblich bei uns nur so rumsprangen. Wir konnten den Wessie also nicht springen lassen. Aber das Schlimmste kam noch: Als er seine Morphiumspritze weg hatte, soff er uns den Schnaps weg, auf den wir uns gefreut hatten. Da wußten wir Bescheid.«

Wir auch.

Bilanz

seiner über weite Strecken glanzlosen und von mäßigem Talent überschatteten Karriere als Wiener Burgtheaterdirektor – schon diesen Puppenkaspertitel müßte, wer oberhalb des Halses mehr als einen Einfüllstutzen für den Schnaps hat, sich verbitten – hat Claus Peymann jetzt in »Profil« gezogen: »Als vielleicht größte Schwäche dieser 13 Jahre erweist sich, daß ich einen wesentlichen Teil eines vollständig konservativen Ensembles, das nicht mehr verführbar war, das durch nichts vom Trampelpfad einer bürgerlich-prüden Ästhetik wegzubringen war, behalten und beschäftigen mußte.« Die Schauspieler hätten keine zeitgenössischen Stücke spielen wollen und »aus Dummheit, Prüderie und Ignoranz jede Mitarbeit verweigert«. Beispiele seien Erika Pluhar, Michael Heltau, Fritz Muliar und Franz Morak. Vorwürfe wegen seiner hohen Gage beantwortet Peymann so: »Es ist doch selbstverständlich, daß ich soviel verdiene wie Herr Klestil. Einen Bundespräsidenten finden Sie an jeder Ecke. Aber einen Burgtheaterdirektor« – er nennt sich tatsächlich selber so – »müssen Sie lange suchen, bevor Sie einen guten finden.« Wo aber, wenn nicht an jeder Ecke, findet man den? Beim Frisör?

Zu welchem Zweck Theater statthat, weiß Peymann auch: »Wir kriegen das Geld nicht, damit wir schön sprechen oder die Leute dauernd zum Lachen bringen. Dafür auch. Aber vor allem bekommen wir dieses Geld, um Widerstand zu leisten gegen die Macht, gegen die Mächtigen, gegen die schlechten Sitten, gegen die Korruption, gegen das Verbrechen, gegen

die Xenophobie, gegen den Antisemitismus...« So geht's also auch. Geld nehmen, um gegen die Korruption Stimmung zu machen. Sich von der Macht und den Mächtigen bezahlen lassen, um Widerstand gegen die Macht und die Mächtigen zu leisten. Das klingt sehr überzeugend und hat vor allem mit dem Theater unheimlich viel zu tun. Berlin kann sich freuen auf seinen neuen Ensemblechef bzw. Schiffbauerdamm-Theaterkapitän.

Ausgerechnet

Der Marterpfahl, ein 1925 von dem österreichischen Schriftsteller Friedrich Freiherr von Gagern verfaßter Wildwestschinken, ist, wie erst jetzt anläßlich der Feierlichkeiten zu seinem Geburtstag hinlänglich bekannt wurde, Heiner Müllers Lieblingserzählung. Gewesen. Kein Literat, so Müller 1995, hätte seine Sprache und Themen so nachhaltig geprägt, ja vorgeprägt, auf daß sie bei ihm, Müller, die vollste Ausprägung erführen, wie eben, genau, Gagern. v. Gagern. Das paßt. Besser geht's nicht.

Neues

aus der Karmaforschung verspricht ein dito betiteltes Buch, das J. G. Mausinger in der Basilisken Presse in Marburg veröffentlicht hat. Das Karma, wie wir wissen die Gesamtheit der guten und bösen Taten eines Menschen, bestimmt unser Schicksal im gegenwärtigen Leben und in künftigen Reinkarnationen. Wer heute deutscher Außenminister ist, war in einem früheren Leben vielleicht Taxifahrer in Frankfurt oder jobbte bei Opel.

Hervorragende Geisteswissenschaftler und Kulturheroen blicken allerdings gewiß auf ganz andere Verdienste in einem früheren Leben zurück – wie nämlich der erste und größte Anthroposoph Rudolf Steiner. Lange glaubte man, daß es sich bei ihm um eine Reinkarnation Goethes handelte, aber fehlgedacht. Am 29. Dezember 1923 teilte Steiner, der über sein Vorleben bestens Bescheid wußte, der Öffentlichkeit mit, er sei kein anderer als Gilgamesch, alias Aristoteles, alias Thomas von Aquin. Eine Reihe, die gleich einleuchtet.

Wenn es auch keinen Grund gibt, Steiners Erkenntnisse anzuzweifeln, kann Mausinger jedoch den Skeptikern mit seiner Schrift nun eindrückliche Beweise vorlegen. Exakt am 134. Geburtstag Steiners (erster »Zufall«) erwarb nämlich Mausinger in einem Antiquariat eine Erstausgabe (zweiter »Zufall«) aus dem Nachlaß einer Theosophin. Das Antiquariat befand sich in einem Haus in der Berliner Motzstraße, in welchem (dritter »Zufall«) Steiner und seine Lebensgefährtin Marie gewohnt hatten. Bei dem Buch fanden sich (vierter »Zufall«) Dokumente und Fotos von diesen beiden, auf welchen aber ebenfalls – und das konnte wirklich kein Zufall mehr sein – Aristoteles und sein Freund und Schüler, Theophrast von Eresos, zu erkennen waren. Der Fund bestätigt nur eine weitere Mitteilung Steiners, der natürlich um das Vorleben seiner Frau bestens Bescheid wußte. Schön, daß die beiden sich nach so langer Zeit, und noch dazu als Frau und Mann, wiedergefunden haben.

Die Bilder stammen, wie Mausinger entdeckt hat, von dem Berliner Elektroingenieur und Parapsychologen Fritz Grunewald und sind bei einer Sitzung mit dem Dänen Einer Nielsen hergestellt worden. Da Steiner und seine Frau zum Zeitpunkt ihrer Entstehung noch am Leben waren, schlußfolgert Mausinger, müssen die obskur-okkulten Darstellungen »als Bilder ideoplastischer Apporte verstanden werden, das heißt echter Materialisationen in Verbindung mit Gegenständen der Vorstellungs- und Erinnerungswelt des Mediums oder einer anderen anwesenden Person«.

Damit sollte alles klar sein, und es stellt sich nur die Frage, wer ist – und wer war – Mausinger? Wagner, aus »Faust I«? Wundern tät's nicht.

Die Deutschen

glauben, wir seien verschlossen und unglücklich, die Amerikaner denken nur an schöne, blonde Frauen, Haschisch, freie Liebe und Kristiania«, sagte, etwas verärgert über die Klischees, die besagte Ausländer über seine Landsleute pflegen, der dänische Regisseur (»Das Fest«) und neue Faßbinderpreisträger Thomas Vinterberg dem »SZ«-Magazin. »Möchten Sie wissen, wie wir die Deutschen sehen? Wir kennen sie nur von Faßbinder – ständig betrunkene, kaputte, verdorbene Schweine.« Sieh an, so verstanden sind Rainer Werners Filme doch ein wichtiger, ja unverzichtbarer Beitrag für das Ansehen Deutschlands in der Welt.

Leserbrief

von Hermann Kant, Prälank, an die »Junge Welt« zu »Unscharfe Ränder. Zum Geburtstag Heiners von Paul Gratzik«: »Schließe ich vom mir gewidmeten Partikel aufs Ganze, ist der Gehalt von Gratziks Müller-Festbeitrag bestenfalls in Promille zu bestimmen.«

Wie schnell

wird wohl Wolf Biermann dermaleinst vergessen sein? Das kann dauern. Hacks erwähnt ihn, ausgerechnet in dem Balladen-Essai »Urpoesie, oder: Das scheintote Kind« (1984). Nachdem er untersucht, welche Textsorte eine Ballade ist, und festgestellt hat, daß von ihr im zwanzigsten Jahrhundert »nun endgültig die Rede nicht länger sein kann«, teilt er mit: »Biermanns ›Moritat auf seine Oma Meume in Hamburg‹ halte ich, wenn es zwar ein oder zwei Schlußstrophen zu viel hat, für das deutschsprachige Gedicht dieses Jahrhunderts, das einer Ballade am ehesten ähnelt.« Wer die Moritat und wer Hacksens Meinung über Biermann kennt, wundert sich. Sollte Biermann in die Annalen eingehen als (Fast-)Balladenking, als Spitzenreiter der Balladenbestenliste des Jahrhunderts? Noch ist es nicht zu spät, noch bleiben elf Monate – Zeit genug, daß bitte einer oder eine eine Ballade zimmert und ihn abfängt.

Konkret 02/99, S. 46

Georg Seeßlen

Des Spontis neue Kleider

Natürlich mußte es so kommen. Aber so schnell? So dumm? So fad? Anmerkungen zum Gewandorchester der Berliner Republik

1

Wenn man der Macht semiologisch beikommen will, was unter anderem heißt, das Gesprochene von der Sprache zu trennen und das Reden vom Text, wird man schnell auf die Maskierungen treffen, genauer: auf die Maskierungen der Maskierungen. Die zähe Wirklichkeit als Konstruktion und Dekonstruktion von Interessen, die immer mehr sich der Erkenntnis verweigern, stützt sich auf gleich mehrere Systeme einer »Sprache der Macht«, die sich in *Freedom & Democracy* weder aus der Transzendenz des Gottesgnadentums noch aus der schöpferischen Genialität des visionären Führers und ihren jeweiligen ästhetischen Repräsentationen herleiten kann. Der demokratische Politiker und die demokratische Politikerin müssen ausdrücken, daß sie zugleich Volk sind und Mehr-als-Volk. Daß sie Macht haben zu »handeln« und daß sie diese auch wieder abzugeben bereit sind. Das Bild der demokratischen Politik besteht nicht aus einer utopischen Projektion vollständiger Aufklärung von Macht (nebst der Idee ihrer irgendwannigen Aufhebung), sondern in einer Parallel-Inszenierung aller Modelle von Macht zwischen Terror und Verführung, derer man habhaft werden kann. Die Inszenierung der Macht im demokratischen Kapitalismus arbeitet daher mit drei Formen des Spektakels:

· Dem populistischen Spiel vom Bad in der Menge: Das kann so unterschiedlich geschehen, wie sich nur denken läßt, und reicht von der gutgelaunten Teilnahme an einem jener Medienspiele, in denen sich erwachsene Menschen in der Verkleidung einer Art verschärften Kindergeburtstagsspiels zu Idioten machen und so tun, als würden sie sich dabei wie Bolle amüsieren (oder schlimmer: sie amüsieren sich tatsächlich wie Bolle), bis zum angewandten Straußismus: Jacke runter und Schweißströme ins Bierzeltpublikum schicken.

· Der Inszenierung des politischen Großereignisses: der Augenblick der Erhabenheit (Sonderfall: das »Jahrhundertbild« – oder wenigstens das »Bild des Jahres«) – gerade ist der Politiker/die Politikerin noch mit einem Dreirad über platzende Luftballons gebrettert, da steht er/sie auch schon weihevoll bei Staatsempfängen, mit all jenen Zeichen, den roten Teppichen, den präsentierten Gewehren, den geschmetterten Nationalhymnen, die so lastend wie belastet erscheinen. Diese Inszenierung der Macht weist eindeutig in die Vergangenheit der Macht-Repräsentationen; sie entspringt semiologischen Systemen, die feudalistisch in der Praxis, mythisch in der Wirkung sind. Der demokratische Konsens dieser Inszenierung ist einfach (aber meistens gelogen): Sie ist uns ein bißchen peinlich, aber sie muß sein. Niemand kann davon lassen: Die Inszenierung der politischen Erhabenheit ist scheinbar eine ebenso gefährliche Droge wie die Inszenierung der Jubelmenge.

· Der Inszenierung des politischen Alltagsgeschäfts: No Nonsense. Wieviel vom einen, der populistischen Entblößung, und wieviel vom anderen, der mythischen Überhöhung, mag in diesem semiologischen Normalfall stecken? Hier erst beginnt auch die harte Arbeit an den Zeichen. Hier entscheidet sich, ob Politik auch als »Arbeit« inszeniert werden kann.

Eine Politikerin oder ein Politiker ist ein semiologisches System, das sich aus diesen drei Sprachen seiner Macht zusammensetzt (wichtig ist: einerseits nichts durcheinanderbringen, andrerseits dafür sorgen, die Sprachen miteinander zu vernetzen). Man wiederholt damit ziemlich genau unsere eigene Seelenarchitektur, unsere familiale Organisation, unsere Biographie – Es, Ich und Über-Ich, um es mal platt zu sagen. Und natürlich widerspiegelt es unsere eigene Fähigkeit zur sozialen Persönlichkeitsspaltung.

2

Woran aber erkennen wir, daß jemand etwas Besonderes ist, einer, der zugleich etwas repräsentiert und, schon aus pragmatischen Gründen, beständig über das von ihm Repräsentierte hinausgelangen muß? Wenn er sich nicht inszenieren kann wie ein Bischof in vollem Ornat, ein General in vollem Wichs (beides peinlich genug, um ihre Inszenierung dem aufklärerischen Zugriff der Primatenforschung zu überlassen), dann ist die Inszenierung der Macht in der postbürgerlichen Gesellschaft, in der kein Politiker mehr mit Frack und Zylinder, nicht einmal ein Bürgermeister mit einer Schärpe mehr herumlaufen kann, zu einem höchst dynamischen System von Bezeichnung und Spiegelung geworden, bei dem, wen wundert es, die Teufelei sich so sehr im Detail verstecken muß, daß Semiologie und Kabarett ineinander fließen. Das Komische der Repräsentation ist längst nicht mehr im Subtext verborgen, den scharfsichtige Satirikerinnen und Satiriker in einem Akt aufklärerischer Leidenschaft dem Mythos entreißen – das Komische ist Teil der Inszenierung der Macht selbst. Die semantische Nähe von politischer Repräsentation und ihrer Karikatur ist so groß, daß man in der Tat nur noch über das Pferdegebiß von des Kanzlers Lebensgefährtin Witze machen kann, was weder besonders komisch noch besonders

aufklärerisch ist, besonders sympathisch sowieso nicht, aber wenigstens eines noch nicht: Teil der Repräsentationsstrategie.

Sechzehn Jahre lang, zum Beispiel, haben sich »Anhänger« und »Gegner« über Helmut Kohls schlechten Schneider aufgeregt. Oder über einen Körper, dem der beste Schneider der Welt keinen passenden Anzug schaffen konnte, wer weiß? Kohls knapp sitzende Anzüge mußten freilich über die Jahre ihre Aussage verwandeln, sie mußten vom Zeichen eines Defektes der Macht zum Zeichen der Macht selber werden. Sie zeigten unseren Kanzler als einen, der sich nichts aus einer korrekten Beziehung zwischen Haut und Stoff, Form und Inhalt machte. ER entgrenzte den Körper zur ewigen Herrschaft der Aussitzer. In seinen Anzügen war er nie ganz zu Hause, aber wo war er zu Hause?

Natürlich liegt der Verdacht nahe, daß Kohls schlecht sitzende Anzüge ebensowenig zufällige Defekte waren wie Joschka Fischers Auftritt bei der Vereidigung als hessischer Umweltminister in Turnschuhen, Jeans, Holzfällerhemd und großkarriertem Jackett (alles so fein abgestimmt, daß garantiert nicht eines zum anderen »paßte«: Fischer wollte nicht etwa als einer erscheinen, der eine andere Ästhetik an die Stelle der alten setzte, sondern als einer, der Anti-Ästhetik pflegte). Wache Semiologen hätten wohl schon damals erkennen müssen, daß etwas faul war an dieser Inszenierung.

Was im nachhinein als ausgesprochen perfide Konstruktion von Image per scheinbarer Nachlässigkeit wirkt, ist vielleicht mehr noch eine spezifische Rekonstruktion des eigentlichen Bedeutungsfeldes. Fischer mußte schon damals klar gewesen sein, daß er an einem Ursprung seiner Macht-Karriere eine Art Zeichen-Katastrophe auslöste, die seine Klientel begeisterte, seine Koalitionäre mit dem Hinweis beruhigte, er sei in der Lage, »Differenz« zu konstruieren (vielleicht sogar »Mut«), und die seine Gegner im wahrsten Sinne des Wortes alt aussehen lassen mußte. Aber natürlich war klar, daß dies lediglich das erste Kapitel in einem Mode-Roman sein würde, in dem jede Änderung zumindest im Feuilleton oder in der Kleinkunst, in der er seine Wählerschaft beheimatet wußte, zur Kenntnis genommen werden würde.

Dieser Mode-Roman, der zugleich der Macht-Roman der Grünen (und der Macht-Roman eines Segments des Kleinbürgertums) ist, hat die Form einer Legende, die aus einer heroischen Vorzeit der schweren Zeichen über eine dramatische Geschichte von Opfer und, ja, auch Verrat zur Moderne führt, welche sich zwar mit der heroischen Vorgeschichte nicht mehr messen kann, aber doch immer noch aus ihrem Geist lebt. Huckleberry Finn wird erwachsen, aber er trägt seinen eigenen Roman ständig mit sich herum. Wenn man ihm sagt, er sei genauso langweilig wie alle anderen Erwachsenen, zeigt er darauf und glaubt sich selbst.

3

Eine Regierung wurde ersetzt durch eine andere, die ihr ähnlich ist und sich zugleich von ihr unterscheiden muß. Die »Politik« hat dafür Zeit und darf mit dem Faktor der Vergeßlichkeit rechnen. Nicht so die Zeichen. Die Repräsentation der neuen Regierung setzt gleichzeitig ihr Auftreten im Wahlkampf fort und bricht mit ihm. Die rascheste und am weitesten vorauseilende semiologische Umwandlung vollzogen dabei die Grünen (die sowieso die Geschichte des europäischen Kleinbürgertums im Rückblende-Schnelldurchlauf zu repräsentieren haben), und zwar, wenngleich in unterschiedlicher Geschwindigkeit, die Grünen beiderlei Geschlechts. Bärtige Zausel in Jeans, Birkenstock-Sandalen und Norweger-Pullovern mußten ebenso vollständig verschwinden wie der wallende Schlabberlook mit Sonnen und Blumen an allen möglichen Stellen. Die Farben wurden nicht nur eindeutiger und »gedeckter«, sie primarisierten sich, sie entaquarellisierten sich, sie entassoziierten sich. Der Kampf der Zeichen wird gegen das semiotische Drama der Mehrdeutigkeit aufgeführt: Je näher man am Zentrum der Macht ist, desto weniger dürfen die Zeichen sprechen, und desto eindeutiger sagen sie das.

Die semiotischen Möglichkeiten in der Inszenierung eines Grünen finden nun, was öffentliche Auftritte betrifft, ihre Grenzen in Rezzo Schlauch, der sein Haupthaar und seine fast ein bißchen lockere Haltung (Hand schon beinahe oder doch tatsächlich in der Tasche) als lebendes Museum mehr oder weniger nachdenklicher Relaxtheit mit sich herumträgt: Da war mal eine Zeit, in der die Form dem Inhalt Ansporn und Annehmlichkeit gewesen sein müßte. Es ist das Gymnasiallehrermodell eines Menschen, der seinen Lebensentwurf für so was von richtig hält, auch wenn er vergessen hat, worin er eigentlich bestand. Jürgen Trittin dagegen bezeichnet die andere Grenze, eine fast schon militante Möllemannhaftigkeit mit einem etwas unangenehmen Augenzwinker-Timing und einem Ausdruck, als platze da jemand vor Stolz, daß er es zu einer solchen Macht-Position gebracht hat, und argwöhne zugleich, jeder wolle sie ihm wieder wegnehmen. An diesem Bild hat das Rasiergerät hinten und vorne bemerkenswerten Anteil, viel Rechtes mischt sich da in die Erinnerung.

Dazwischen hat Herr Josef Fischer gut joggen, der uns ein vollkommen absurdes Drama vorspielt: die Asketisierung der Macht als Pop-Phänomen. Körperlich hat sich Joschka Fischer ins Amt des Außenministers geschrumpelt, mythisch gesehen wurde da wohl eine Körper-Erscheinung entkohlt, und natürlich hat er lange, lange, bevor es ernst wurde, schon mit der kleinen Hoffnung aufgeräumt, wir könnten wenigstens den ersten Turnschuh-Minister der Welt haben, sozusagen als kommode Abbildung eines Barfuß-Politikers, der es mit dem Inhalt so ernst meint, daß er die Form nicht nur vernachlässigt, sondern sie seinem heiligen Ernst sogar unterwirft. Aber nichts da! Das Joggen mußte als Ausdruck der

Passionsfähigkeit reichen. Der Außenminister hat das Repräsentationsmodell der Grünen im Zeitalter des Neoliberalismus neu definiert: Die Authentizität des Ökologen privatisiert sich zur Sorge um den eigenen Körper. Joschka rennt, als könnte er damit (stellvertretend) verhindern, daß wir mal so aussehen wie Helmut Kohl (der wiederum aussah, wie er aussah, damit er nicht aussah, wie jemand, der rennt).

Der modische Marsch in die Neue Mitte mußte also nicht nur die individuelle Aufsässigkeit, sondern auch die Lust ausblenden, ohne sie einer seniorenhaften Grämlichkeit zu überantworten. Macht macht schon Spaß, ehrlich, aber zugleich ruft sie uns doch zur Ordnung. Wir werden es nicht übertreiben. Schröder, Fischer und die Ihren erscheinen wie eine Gruppe Jungs (ein paar Mädels am Rande, die nicht einmal Teil dieser Huck Finn/Tom Sawyer-Inszenierung sein dürfen), die über Nacht erwachsen geworden sein wollen. Und was hat sie erwachsen gemacht? Macht!

Der Körper muß in der Inszenierung der Macht verschwinden, aber wie er das tut, ist wiederum eine körperliche Inszenierung. Man konnte es nicht so erledigen, wie man es an der Basis getan hatte, weder in der einfachen Ästhetik der »Arbeitskleidung« vergangener sozialdemokratischer Hoffnungen noch in der Zitation edler Wilder im grünen Basis-Outfit. Nicht eines der Modelle, die sich einst widersprachen, funktioniert: Ärmel hochkrempeln oder Ärmelschoner ans Jackett nähen. Aber gleichzeitig konnte man auch keinen neuen Kohl-Stil pflegen (die Ästhetik des Jackett-Knopfes, der ganz prinzipiell, in jeder Lebens- und Weltlage an der falschen Stelle zu sitzen scheint).

Die modischen Optionen waren daher gar nicht so zahlreich. Individuelle Maßschneiderei, mit der man den Körper in einer eigenen Modegeschichte verschwinden läßt? Das würde dem Wir-Gefühl der neuen Jungs en gros widersprechen. Armani (als Chiffre) ist die dieser Regierung kongeniale mythische Antwort auf den Umstand, weder der eigenen Vergangenheit noch der Vergangenheit jener Macht anzugehören, die man abgelöst hat. Ihr Outfit ist daher zugleich Start, Weg und Ziel der neuen Regierung, ein semiologischer Sektkorken, den man gleich mal knallen läßt, eine Aufstiegsbelohnung und eine soziale Projektion: Armani für alle, na ja, jedenfalls für den neuen Mittelstand, für den mittelständischen Unternehmer. Für uns eben.

Schröder und Fischer tragen Armani mit derselben Unselbstverständlichkeit wie Kohl seine Jacketts, die auszudrücken schienen, daß da einer selbst nicht wahrhaben will, wieviel Pfund er schon wieder zugenommen hat. Schröder und Fischer tragen nicht Armani, sie zeigen das Tragen von Armani. Und sie zeigen sich gegenseitig ihre Anzüge und lachen dabei wie Huck Finn und Tom Sawyer, die es, nachdem sie Freunde geworden sind, für ausgemacht halten, daß ihre beiden gleich lang sind.

4

Macht funktioniert nur in einem Mythos. Sie muß sich, einerseits, legitimieren, und diese Legitimation ist für die Schröder-Regierung ebenjene Neue Mitte, die eigentlich die alte ist: das Schreckbild des ebenso rücksichtslosen wie sich selbst überaus rasch verbrauchenden Yuppies, dem es sogar Spaß zu machen scheint, daß seine Spekulationen sich in einer globalen Virtualität auflösen. Eure Armut kotzt mich an!

Krawatte und Armani werden als Opfer zelebriert. Ausgerechnet das modische Outfit, das die Menschen bevorzugten, die sich zu den Global players rechneten, soll nun von Männern usurpiert werden, von denen der eine, wie vage auch immer, eine Herkunft aus einer proletarisch-kleinbürgerlichen Kultur signalisiert, in der man weiß, was Mangel und was Härte des bescheidenen Aufstiegs bedeuten, und der andere die Herkunft aus einer grünlinksalternativen Bürgerkultur, die ihren eigenen Überfluß durch rigide Moralisierung abfackelte?

Genau. Denn die Aussage der mythischen Transgression ist eben nicht die des Feuilletons: Leute ziehen Kleider an, die sie zu Leuten machen. Die Aussage des Mythos ist vielmehr eben gerade die Durchlässigkeit der Zeichen selber. Deshalb müssen Schröder und Fischer auch über ihre Kleidung scherzen (»eine Meta-Ebene eröffnen« nennt das die oder der gebildete Postmoderne), sie müssen zeigen, daß sie mit ihren Zeichen bewußt und ad hoc umgehen (niemals, ich betone: niemals gab es einen öffentlichen Diskurs mit Kohl über seine schlecht sitzenden Anzüge!): Das sind Kerle, die wissen, wie sie sich maskieren müssen, um für uns Öffentlichkeit zu bilden, und die sofort die Krawatten vom Hals reißen, wenn es an die »richtige« Arbeit geht. Ein Satz aus der »Taz«, mein Schatz: »Das Deutsche Institut für Herrenmode (DIH) in Köln beglückwünscht alle Minister der neuen Mitte pauschal zur neuen Lockerheit.«

Neue Republik. Neue Normalität. Neue Lockerheit. Der Diskurs von Klasse und Moral scheint diffundiert, der *gender*-Diskurs dagegen restauriert. Noch nie hat ein neu sich formierendes Macht-System in seinem semiologischen Nebentext so deutlich davon gesprochen, daß es auch so etwas wie ein Bündnis gegen Weiblichkeit ist. Der modische Diskurs der neuen Herren wurde so schnell eröffnet, daß er mögliche Themen weiblicher Semiologie in der neu-alten Politik blitzrasch an die Seite drückte. Es geht in diesem Zeichenkrieg um Väter, Söhne und Brüder. Um eine Revitalisierung – in lockerer Form natürlich – phallischer Zentren des Macht-Zentrums.

Der Vorgang, der nicht umsonst medial so abgefeiert wird, als handelte es sich um eine subtextuelle Regierungserklärung, ist fatalerweise wie jeder Mythos beliebig lesbar. Er enthält zum einen eine Siegesnachricht (wir stoßen gleichsam eine

soziale Gruppe aus dem Anzug und zeigen, wie gut wir selbst hineinpassen); er ist aber auch lesbar als eine Geste der Anmaßung (jetzt, da wir an der Macht sind, nehmen wir auch die passenden Gewänder dazu), und er gibt schließlich die Definition der Neuen Mitte: Sie hat den Umgang mit dem sozialen Zeichen frivolisiert. Kleidung bezeichnet weniger Klassenzugehörigkeit, sondern eher Funktion. (Die neuen Jungs karnevalisieren die Zeichen der Macht zunächst ein wenig, aber wir wissen: Bei der nächsten Inszenierung der politischen »Erhabenheit« werden sie keinen Spaß mehr verstehen.)

Armani auf sozialdemokratischen und grünen Männerkörpern – das bedeutet nicht nur Weltläufigkeit und Markenbewußtsein (nicht Exklusivität, wohl aber Erlesenheit der sozialen Zeichen), es ist auch die Antwort in einem ödipalen Drama: Kaiser Kohl wollte nicht von seinen Söhnen beerbt werden. Sie hätten mehr getan als ihn vergessen, sie hätten sein Denkmal zerstören müssen. Er lieferte sein Reich daher viel lieber seinen konkurrierenden Brüdern aus, die ihm den Abschied versüßten, indem sie, soweit als möglich, das Denkmal ungeschändet ließen, es bis zu einem gewissen Grad sogar vor den mörderischen Söhnen beschützten. Haben wir je einen glücklicheren Helmut Kohl gesehen als an jenem Abend, da wir glaubten, sein Rückzug vor seinen Söhnen sei eine »Niederlage« gewesen?

Wenn aber dieser Übergang vom Kaiser selbst inszeniert war, um zu verhindern, von den eigenen Söhnen gefressen zu werden, und zu gewährleisten, daß er selber samt seinem Erbe in seinen nicht-genealogischen Nachfolgern präsent und sakrosankt bleiben würde (wenn also Kohl, *King Lear* und *Tempest* zusammenzwingend, der »Autor« der Schröder/Fischer-Regierung ist), wie sollten sich die Nachfolger, die einen langen Weg der eigenen semiologischen und politischen Entleerung hinter sich hatten, denn eigentlich als Sieger inszenieren? Schröder, Trittin, Fischer, Schily usw. sind Menschen, die keine semiotische Heimat haben. (Schily, nebenbei, war schon immer gezielt daneben gekleidet, stets die distanzierend endgültige Macht des Schlipses über die Idee demonstrierend.) Sie werden nicht einmal mehr Kohls schlecht sitzenden Anzug erreichen. Aber ihr Armani-Coup ist wie so vieles ihrer Regierung: ein Frühstart. Semiologische Ejakulatio praecox der Neuen Jungs.

Sie mußten, um »glaubhaft« zu bleiben, die Dimension wechseln. Es blieb zum einen das Prinzip der Beschleunigung. Die Regierung Schröder/Fischer entfaltete nicht nur einen heftigen Aktionismus, dessen Verwandtschaft mit dem mehr oder minder kontrollierten Hysterie-Anfall am Beginn eines sportlichen Vergleichs gerade dadurch so deutlich wurde, daß offensichtlich direkt vor jedem Startplatz ein Schlammloch die Bewegungen so grotesk verlangsamte, wie sie zuerst »explosiv« beschleunigt worden waren. Noch schneller und weniger gebremst erscheint indes die Bewegung der neuen Regierung nach rechts und hinein in die Vorstellungen von »Nation« und »Volk«, die die Macht gegen jede Aufklärung immunisiert. Schilys furchtbare Worte von einer unzumutbaren weiteren Zuwanderung, so gezielt in die Medien geschickt wie die Anzüge der neuen Jungs, zeigten nicht nur den offensichtlich automatischen und jedenfalls »vorgezeichneten« Weg nach rechts und die sich beschleunigende Verblendung durch die Macht, sondern auch die Bewegung der Macht-Rhetorik selbst vom Diskursiven in das Bild. Schily vollzog schon mal, was der Rest bald nachvollziehen wird: den Kurzschluß zwischen dem populistischen, dem pragmatischen und dem »erhabenen« (dem furchtbarsten) Teil der politischen Repräsentation. Die neue Lockerheit, über die ein Deutsches Institut für Herrenmode ins Schwärmen geraten kann, bedeutet unter vielem anderen den mehr oder weniger locker hingenommenen Tod von Menschen, die an den Mauern der Rekonstruktion von Macht-Bildern als Abwehr-Bilder abgewiesen werden. Denn dies ist der wahre Kern der Macht: Sie ist sich ihrer selbst nicht sicher, wenn es nicht um Leben und, vor allem, um Tod geht.

Während Schröder und Fischer also noch an einer neuen Repräsentation der Macht arbeiteten, waren das zweite und dritte Glied schon damit beschäftigt, das Erbe wieder zur Festung auszubauen. Auf der einen Seite der Rekonstruktion des Macht-Bildes ist das Tragen einer Krawatte ein Witz, na ja, ein strategischer Witz. Auf der anderen Seite verwandelt sich der lustige Zeichen-Krieg in tote Menschen. Die neuen Jungs wollen offensichtlich immer nur die Rollen der alten spielen. Nur toller zugleich, und ein wenig moralischer.

Die einzige Rechtfertigung von politischer Macht ist es, Politik zu machen. Das heißt, ein Politiker muß vor sich selber und vor der Welt mehr oder weniger glaubhaft versichern, daß er noch etwas anderes tut, als Geld und Instruktionen von Industrie und Wirtschaft zu erhalten, für seine möglichst umfassende »Medien-Präsenz« zu sorgen und Vorsorgen für einen angenehmen Ausstieg für sich und diejenigen zu treffen, die ihn an ebenjener Macht halten. Mit anderen Worten: Die Darstellung der Macht hat so zu erfolgen, daß wir guten Gewissens glauben dürfen, die Macht sei keineswegs für sich selber und für ihre Träger da.

Objektiv, das heißt zunächst: diskursiv, ist dieser Nachweis schwer zu haben. Die Macht eines international vernetzten Konzerns ist der Macht eines demokratisch legitimierten Politikers so unendlich voraus (nicht nur in ihrer schieren Quantität, sondern auch in ihrer so wesentlich modernisierten Struktur), daß der Politiker gleichsam schon mit einem Minderwertigkeitskomplex antritt. So wiederholt sich in der Schröder/Fischer-Regierung das, was in der Gewerkschaft seit Jahrzehnten der Fall ist: daß sie sich nicht nur als ausgesprochen anfällig dafür erweist, zum Komplizen statt zum Antipoden der ökonomischen Macht zu werden, sondern daß sie auch in ihrer Repräsentanz, in ihrer Architektur so sehr wie im Erscheinungsbild der Führungsspitze, lediglich eine bizarre Karikatur dessen abgibt, was man politisch ebenso zu begrenzen hätte wie semiologisch. Die Gebäude der deutschen Gewerkschaft sind ebenso peinlich verräterisch wie die

Krawatten ihrer Funktionäre. Lange, bevor sie es wirklich tun, haben sie ihren Verrat schon bezeichnet. So wie die Gewerkschaft nur noch in der Sprache der Unternehmer sprechen kann (und damit neben dem ökonomischen und dem politischen auch ihren kulturellen Wert als oppositionelle Kraft verloren hat), so spricht die neue Regierung in der Sprache jener, die von einer christdemokratisch-liberalen Regierung die Erfüllung ihrer Vorgaben erhofften. (Auch die »Sprache« der Kohl-Regierung war dieser Klientel längst zu altmodisch geworden.)

5

Wenn sich also politische Macht überhaupt noch legitimieren soll, dann benötigt sie dringend die Rekonstruktion solcher Felder, die sich der ökonomischen Macht zu entziehen scheinen. So wie etwa »Nation« und »Volk« oder den Vorsatz, die Wanderung des Kapitals zu erlauben (was sagen wir: zu beschleunigen!) und gleichzeitig die Wanderung der Menschen zu kontrollieren. Genauer gesagt: Es geht in der Politik derzeit nicht mehr um die Definition von Grenzen, sondern um die Definition von Grenze überhaupt. Sie kippt von der Topographie in die Bewegung: Grenze existiert nicht mehr, sie geschieht. Sie wird von einer Macht ad hoc definiert, die sich selber ad hoc definiert. Deswegen muß sie beständig politisch besprochen und darf doch zugleich nicht verstanden werden.

Schilys tollkühner Ritt in die rechte Neue Mitte ist mehr als Ausfluß des vorauseilenden Gehorsams in einer Gesellschaft, die sich die Fortsetzung jener Wege zum eigenen Programm macht, die Schröder, Fischer und die Ihren biographisch und semiologisch begangen haben – es ist ein hysterischer Versuch, die eigene Macht politisch überhaupt noch zu definieren. (Ein König ist einer, der weiß, wo die Grenzen seines Königreiches verlaufen.)

Die Macht holt ihre Kandidaten ab und gebietet ihnen, ihr Legitimationsfeld so schnell zu definieren wie ihr Outfit. Weshalb wir Schröder auch so oft lachen sehen. Damit er nicht grinsen muß. Er ist schiefmäulig, wie Richard Widmark. Die rechte Hälfte seines Mundes sagt etwas anderes als die linke. Suche die richtige Krawatte zu diesem *Two faces*-Mund. Gehe auf das Ereignisfeld. Ziehe eine Karte.

Es ist also wiederum kein Zufall, daß Schröder und Fischer betont das inszenieren, was sie als einziges ihrem Vorläufer voraus haben: Mobilität und Elan, nicht Authentizität und nicht Programm. Sie haben ein Königreich geerbt, das Probleme damit hat, sich über seine Grenzen zu definieren. Kaum sind sie an der Macht, sind sie besessen von der Vorstellung der Grenze, sie müssen sie wenigstens in Form der Zeichen wieder herstellen (und haben doch etwas anderes im Sinn: Die Grenze wird immer und überall sein). Es geht um Menschen also, die sich auf der »politischen Bühne« so schnell bewegen, daß man ihre Masken nicht recht erkennen kann. So wie es vordem gerade darum ging, eine Bühne endlos zu okkupieren, mediale Präsenz zu verlangen

und mediale Unterbrechung zu verdammen, so geht es nun darum, die Bühne in Bewegung zu versetzen. Wenn wir an die Regierung Kohl denken, denken wir an das Klonen – ständig entstehen aus den verblassenden Bildern identische neue. Die Schröder/Fischer-Regierung dagegen wird offensichtlich die erste gesampelte deutsche Nachkriegsregierung. Sie wird mit Zeichen gefüttert und unterwirft sie einem begeisterten Stampfen, in dem alles Alte als Neues erscheinen muß. Zeichen und Zitate flottieren frei.

6

Am Donnerstag, dem 26. November 1998, endet ein Bericht der »Taz« über ein »harmonisches Treffen mit den ostdeutschen Regierungschefs« mit dem Satz: »Nach einem langen Tag und vor der ersten Kabinettssitzung in Berlin gestern vormittag ist Schröder über Nacht in der Dahlemer Villa geblieben.« Täusche ich mich, oder hätte man einen solchen Satz (dessen Aussagegehalt ungefähr bei einem in Tübingen umgefallenen Fahrrad zu liegen scheint) in den Zeiten der Kohl-Ära und vor dem Ausrufen der »Berliner Republik« nicht schreiben können? Als wäre uns nicht sofort die Anwesenheit der Majestäten in solch einem Satz gegenwärtig, von der die »Gazetten« vorvergangener Tage »zu berichten wußten«. Die Macht scheint in ihm wieder verortet; das Zeichen von An- oder Abwesenheit definiert den Raum. Oh ja, die neuen Jungs im Block werden mit der Virtualisierung der Macht und der Territorialisierung ihrer Vorstellung gut zurechtkommen.

7

Der Brocken, der dem bürgerlichen Feuilleton in der Inszenierung der Macht hingeworfen wird (wir wissen von seiner Verliebtheit in eine kostengünstige Melancholie), ist schlicht: Kleider machen Leute. Genauer: »Die Kleider haben aus denen, die sie tragen, andere Menschen gemacht. Und die Menschen haben aus ihrer Kleidung etwas anderes gemacht« (»Süddeutsche Zeitung«). Das klingt nach einem schönen Seufzer des Gemüts. Wenn das jetzt aber gar nicht wahr wäre, sondern das Gegenteil? Wenn Macht immer aus demselben Gestus wachsen und Napoleon immer aus Korsika und Hitler aus Braunau und Kohl aus einem Saumagen stammen müßte und wenn die smarten Kohl-Söhne (und -Töchter) eben deswegen zu nichts kommen würden, weil sie schon immer so aussahen, wie sie aussehen, und daher gar keine Geschichte zu verkaufen haben, und wenn, schließlich, das alles nicht etwa Biographie, sondern Struktur wäre, wenn also Joschka Fischer zwar nicht von langer Hand geplant hätte, die Turn- mit den glänzenden Lederschuhen und das Holzfällerhemd mit

dem Armani-Dreiteiler zu vertauschen, sondern bloß nichts dagegen gehabt hätte, weil diese Legende dem Instinkt seiner Klasse entspringt? Einem Instinkt für Macht und Sprache und Repräsentation und Lüge?

War der Schneider, der dem Kaiser neue Kleider verpaßte, die jeder bewundern mußte, obwohl sie gar nicht vorhanden waren, eigentlich kritisch oder affirmativ? So haben wir vor ein paar Jahren gefragt. Scheißegal, sagt die Schröder/Fischer-Regierung. Mit Armani et al. kann uns das sowieso nicht passieren.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 1/99 über die deutsche Beziehungs- und Prollkomödie

Konkret 02/99, S. 51

Jürgen Roth

Müllennium

Die Presse kann den Jahrtausendwechsel nicht mehr abwarten und prophezeit schon jetzt wie von Sinnen

»Uns, die wir im letzten Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts leben, fällt ohne Zweifel die Vorstellung schwer, daß die gegenwärtige so vollkommene Gesellschaftsordnung weniger als hundert Jahre alt ist. Es sei denn, wir hätten tiefgründige geschichtliche Studien betrieben. Wir erfreuen uns nämlich der Segnungen einer sozialen Ordnung, die ebenso einfach wie logisch ist, so daß sie als Triumph des gesunden Menschenverstandes nur selbstverständlich erscheint.«
Edward Bellamy: *Ein Rückblick aus dem Jahre 2000* (Boston 1888, dt. von Clara Zetkin)

»Kult-DJ« Sven Väth hat »Musikgeschichte geschrieben – für Deutschland und auch international« (Väth). Obendrein hat Väth – laut »WOM Journal« 3/1998 – »Club-Visionen fürs 21. Jahrhundert«, Tendenz Fusionmelangecrossover aus »Electro, House, Big Beat, Dub, Trance, Techno und Ambient« sowie »James Last«, Deutschland. Zu besichtigen im »Tresor Park« auf der Love Parade.

»Bild«-Kulturchefin Dr. Dana Horáková hat das Rad ab. Ihrem groovenden Grindkopf entfleucht ist der diabolischste Fetzen Zeitung des Jahrhunderts, der Top-Kommentar, »Kultur ’98 – Revolutionärer Mix!« betitelt. Wir zitieren: »Eine Kulturrevolution hat die Elfenbeintürme gesprengt und die Arroganz der ›Bildungs‹-Bürger beendet. Bei der Love-Parade raven Uni-Dozenten und Arbeitslose. ... Angesagt ist Mix, auch Crossover genannt. ›Populär‹ ist kein Schimpfwort mehr. ... Ernste Kunst und Unterhaltung wachsen endlich zusammen. Besseres konnte der aufkommenden E-U-ropäischen Kultur gar nicht passieren.« Präzis: Kultur ist deutlicher denn je Scheiße, die Pointe des Jahrtausends geschrieben. Nun darf’s zu Ende gehen.

Leider behielten die Apokalyptiker aller Zeiten stets Unrecht – keine Shakespeareschen Feuersbrünste, keine wütenden Gestirne, walkenden Himmel, donnernden Kometen, keine brüllenden Beben. 1999 indes müßte sich, deuten wir die publizistischen Aktivitäten des späten Annums 98 richtig, zu einem nie dagewesenen, sämtliche bekannten Fin-de-siècle-Hysterien und

-Schmierereien äonenweit überflügelnden Jahr der »Preßpest« (Karl Kraus) mausern, denn ehern währt des Antichristen Fluch und Gesetz: Jahrhunderte und Welten, Milchstraßen-Verlage und Galaxien gehen, die Zeitung bleibt.

Während der »Spiegel« noch im Herbst 98 die wahnsinnigste Serie der bundesrepublikanischen Pressegeschichte startete, den fünfzigfachen Essayschmarren übers »Jahrhundert der Imperien/der Entdeckungen/der Kriege/der Befreiung/des sozialen Wandels/des Kapitalismus/des Kommunismus/des Faschismus/der Elektronik und Kommunikation/der Medizin/der Massen-Kultur« und nicht – bei all dem Wust vergessen? – der »Extreme« (E. Hobsbawm); während der »Spiegel« dergestalt den längsten Titel zeit seines Bestehens schuf, und während u. a. Bill Gates, die Monroe, die Titanic, Di, Ghandi, Stalin und Hitler und nicht Honecker (bzw. »Honnecker«, »FAZ«) und genausowenig Augstein und Walser die Frontpage bevölkerten, begnügte sich die »Zeit« vor dem Probejahreswechsel am 30. Dezember 1998 mit der Headline »Mach’s gut, Mensch« und angehängten 68 Seiten zu nichts anderem als – –

nein, drunter läuft nichts mehr: unterm zu Ende gehenden, still und gar nicht stumm vergehenden und verwehenden »Homo sapiens«, unter einem Zeitungsbalg, das der allen Widrigkeiten und menschheitsgeschichtlichen Herausforderungen trotzende »Zeit«-Redakteur ersinnt und bescheiden »Millenniums-Sonderausgabe: Die nächsten 1000 Jahre. Was wird? Was bleibt?« tauft. Höher hinaus kommen unsre Schmöcke allerdings vermutlich fürderhin nicht mehr. Sie dürften ihr Pulver verballert haben, bevor Silvester 99 die Kronkorken knallen und die Arschbomben platzen.

Feuilletonchefin Sigrid Löffler fürchtet allerdings »die Furien des Verschwindens« (Überschrift), d. h.: Sie sieht den Berufsstand des Kritikers bedroht. »Weltweit gilt...: Je mehr sich die Grenzen zwischen Hoch- und Popkultur auflösen, je mehr die kulturellen Milieus zersplittern und in diverse gleichwertige Nischenkulturen auseinanderdriften, je mehr eine egalisierende Kulturindustrie alle Lebens- und Kunstbereiche durchdringt, desto weniger ist die Dominanz einer kritischen Stimme gefragt, desto weniger gilt die Urteilsrede des Kritikers«. Wofür Löffler gerüttelt Raum und Zeit beansprucht, benötigt ihre Schwester im Geiste, Dr. Dana, am 31. Dezember, einen Tag nach Löffler und zwei Tage nach der eigenen epochalen Kulturinventur, gerade vier muntere und Mut machende »Bild«-Spalten. Dana setzt ihr ewiges, zeitloses Lächeln auf und sinnt, dem Untergang von Literatur und Kritik zum Trotz: »Wie wird man unsterblich?«

Die 150. Premiere eines Theaterstückes über den deutschen »Lebemann« Ludwig II. hätten wir kürzlich erlebt. »Und da fragt man sich: Welcher Deutsche wird ein Bühnenheld im nächsten Jahrhundert? Und damit unsterblich? Eine Privat-Prognose« mit sechzehn deutschen Kulturleistern schließt sich an.

»Die Arroganz der ›Bildungs‹-Bürger«, hörten wir oben, sei »beendet«. Startposition eins belegt daher »Joseph Beyus« (!), weil er »die Spießer mit Filz-und-Fett-Kunst provozierte«. Es folgen Rudi Dutschke, Albert Einstein (»ein Mann des Glaubens, der wußte: Alles ist relativ«) und – »als Trotzköpfchen« – Fürstin Gloria von Thurn und Taxis. Walter Gropius darf sich glücklich schätzen, gelistet zu werden, er war »der Architekt, der ins Exil mußte. Wie so viele Bauherren von himmelhohen Türmen«, beispielsweise, Danas Babylonismus auf die gottnahe Spitze zu treiben, »Petra Kelly und ihr General Gerd Bastian: die ökologische Jungfrau von Orléans, die alles ihrer Liebe opferte und von ihrem Lover erschossen wurde«. Erschossen wurde dito Rosa Luxemburg, die – es hilft keine Aufklärung, keine tausendfach wiederholte Belehrung, nein, sie sagt es: »Mutter Courage der Kämpfer für soziale Gerechtigkeit«. »Ein Mann wie Kolumbus« war Reinhard Furrer, Otto Rehhagel während der Saison 1997/98 »der Männer-Anführer und Fußball-König« und, an der Seite unsrer Claudia Schiffer, allemal ein Deutscher Haar für Haar: David Copperfield.

Von den Nazis ermordet, könnte beim Neumillenniumskultur- und -kulthammerweitwurf dabeisein: Edith Stein, Startnummer fünfzehn, Begründung: »die Heilige mit Hirn und Doktortitel, die ihre Familie wegen ihres Glaubens verließ«. Nahezu hundertprozentig die Yuccapalme der Jahrtausendunsterblichkeit aber wird erringen Danas Letzte: Alice Schwarzer. Einerseits belebt sie, frei von lästigem »Bildungs«-Ballast, Dana Horákovás Bild-Kulturpreis-Jury, andererseits gilt für sie mehr als für jeden anderen Erdenwurm: Wer schreibt, der bleibt, wer quasselt, der masselt.

Als eine der ersten und bislang zweifellos am scharfsinnigsten, ja analytisch beklemmendsten und blochmäßig beeindruckendsten parierte Nina »Dana« Ruge (»leute heute«, ZDF) und schnabelte in die religiöse Flüsterpost, bis der Wind unbezähmbar aus Richtung Arschlochhausen pfiff: »Ich spüre in mir selbst die Bereitschaft zum emotionalen Aufbruch und hoffe, das geht noch ein paar anderen so. ... Ich hoffe, der Beginn des dritten Jahrtausends gibt einen kollektiven Kick, einen Weg hin zu klassischen Werten in einer immer unübersichtlicheren Welt zu gehen: Wir müssen uns besinnen in Richtung Ehrlichkeit, Liebe, Mut und Unbestechlichkeit. ... Ich fände es krank, wenn aus dem ›Millennium‹ ein Show-Kult würde. Wenn es aber bedeutet, daß wir alle ein bißchen höher drehen, weil wir es zulassen, uns mit uns selber zu beschäftigen, dann sehe ich darin einen Begriff, der hoffentlich die Seelenlage einer Gesellschaft beschreibt, die nach vorne will und aus ihrer Erstarrung erwacht. Deutschland täte das verdammt gut.«

Es könnt' einem partout schwindlig und schlecht werden. Gleichwohl – mal klarer, ohne Tabus gefragt: Erwacht Deutschland 2000? Schlägt die »Berliner Republik« zu und den Rest der Welt aus dem Feld?

Jürgen Roth schrieb in KONKRET 1/99 über Rußland im Vollrausch

Konkret 02/99, S. 52

Günther Jacob

Stille Post

In den letzten Jahren ist im Kontext der Holocaust-Forschung eine umfangreiche internationale Literatur über Oral History und Trauma-Forschung entstanden. Es geht darin vor allem um die Reflexion der Zeitzeugenberichte, um Probleme traumatischer Langzeitfolgen sowie deren mögliche Übertragung auf Kinder und Enkel. Die Bedeutung der Forschungen hat inzwischen deutsche Begehrlichkeiten geweckt. Immer häufiger werden unzulässige Parallelen gezogen. Nicht wenige deutsche Oral-History-Wissenschaftler und Therapeuten machen aus Tätern und Zuschauern inzwischen ehrwürdige Zeitzeugen und Opfer der Umstände. Die deutschen Kinder und Enkel werden in die Nähe der Nachkommen der überlebenden Deportierten gerückt – als Opfer ihrer traumatisierten Eltern und Großeltern. Beginn eines dreiteiligen Literaturberichts

Der nationalsozialistische Versuch, die Möglichkeit jeder Erinnerung an die Vernichtung auszulöschen, prägt bis heute die Augenzeugenberichte, Autobiographien und sonstigen literarischen Bemühungen der überlebenden Deportierten. »Vom ersten Augenblick an haftete dem Holocaust eine entsetzliche Angst an: die Angst vor dem Vergessen«, schreibt Imre Kertész. Dennoch sind Erinnerung und Gedächtnis keineswegs selbstverständlich. Der Holocaust hat die Notwendigkeit der Erinnerung zu einer zentralen Frage gemacht und zugleich dazu gezwungen, die tradierten Formen der Erinnerung zu reflektieren. »Was vom Holocaust erinnert wird«, schreibt James E. Young, »hängt davon ab, wie es erinnert wird.« Die Erinnerung wird nicht nur von dem Medium geprägt, in dem sie stattfindet, sondern auch vom sozialen Kontext. So ist zum Beispiel das Ausmaß zu bedenken, in dem die Zuhörer diejenigen beherrschen können, die sich erinnern. Was und wie man erzählt, hängt nicht nur von einem selbst ab, sondern auch vom Zuhörer bzw. seinen Reaktionen, die entweder dazu ermuntern, ausführlicher zu erzählen, oder dazu, schnell zu Ende zu kommen. Diese Reaktion wirkt offenbar positiv oder negativ auf die Erinnerung zurück. Erinnerungen, die große Aufmerksamkeit erzielen, werden danach detaillierter erinnert. Was hingegen nicht ankommt, wird eher vergessen. Dadurch wird die Erinnerung des Erzählers verändert. Es wird anstrengender für ihn, sich an Ereignisse und Gedanken zu erinnern, die niemand hören will.

Das Erinnern kann ein Unabgeschlossenes schließen oder etwas Abgeschlossenes wieder zu einem Unabgeschlossenen machen. Das eine wie das andere bedarf der Kraft der Wiederbelebung. Diese Kraft mußte zum Beispiel Ignatz Bubis aufbringen, um Martin Walser entgegentreten zu können. Genau wie in diesem konkreten Fall, so hat die sich mit Deutschland identifizierende Bevölkerungsmehrheit insgesamt schon immer den überlebenden Deportierten die Last des Erinnern und Mahnens aufgebürdet. Den Opfern wurde nie freiwillig zugehört, sie mußten sich ihre Erinnerung stets erkämpfen, genau genommen seit dem 8. Mai 1945. Indem seinerzeit die Mehrheit einfach einen Teil ihrer Lebensgeschichte offiziell für ungeschehen erklärte, gerade so als sei der Nationalsozialismus nur eine Halluzination gewesen, wollte sie auch die Erinnerungen der Zeugen entwirklichen.

Als das »Dritte Reich« kapitulieren mußte, hatte die Mehrheit ihre äußerliche Entnazifizierung rasch selbst in die Hand genommen. In den Tagen vor der Besetzung gingen Fahnen, Dokumente, Briefe, Nazibücher in Flammen auf und wurden Parteiabzeichen und Orden versteckt oder in Tümpeln versenkt.

Diese Aktivitäten bezeugen, daß man sehr wohl um die eigenen Verbrechen wußte und mit einer harten Bestrafung für den millionenfachen Mord an Juden und sowjetischen Kriegsgefangenen, für Zwangsarbeit und Vernichtungskrieg rechnete. Daß der Frieden schlimmer sein würde als der Krieg, davon gingen alle aus. Sie konnten damals noch nicht ahnen, daß sie 50 Jahre später Bürger einer wiedervereinigten europäischen Großmacht sein würden. Damals ängstige man sich noch vor denen, die überlebt hatten, vor den geschundenen und halbverhungerten Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Überlebenden, den unheimlichen Zeugen, die man sich als Rächer vorstellte. Aus diesem Grund war man so entschlossen, sie alle kurz vor der Kapitulation noch umzubringen. Auch der Aufwand, mit dem die SS noch versucht hatte, die Spuren der Vernichtung zu beseitigen, indem sie Leichen exhumierte und verbrannte, Gebäude sprengte und Akten vernichtete, ist bezeichnend. Nur weil der Zusammenbruch zu schnell kam, konnten etwa 20 Prozent der Deportierten überleben und blieben verschiedene Dokumente und Gebäude als Beweise erhalten.

Der fortlebende Antisemitismus sowie die Leugnung von individueller Täterschaft und Verantwortung kommt einer fortwährenden Demütigung der überlebenden Opfer gleich. Durch das fehlende individuelle Bekenntnis bleibt die Täterfrage in den meisten Fällen bis heute in der Anonymität und wird statt dessen durch eine – vor diesem Hintergrund unkonkrete – öffentliche Gedenkkultur substituiert. Denen, die der nationalsozialistischen Verfolgung zufällig entkommen sind, bringt diese Situation – viele Opfer, aber kaum benennbare und geständige Täter – einen zusätzlichen, über das bereits Erlittene hinaus wirkenden traumatischen Leidensdruck. Denn die Opfer von damals, die ein Recht darauf haben, ein Leben zu führen, das nicht nur aus der Erinnerung an die Katastrophe besteht, müssen sich unter diesen Umständen noch häufiger und nachhaltiger erinnern, als sie es vielleicht wünschen. Der besondere Zusammenhang von Leidensdruck, Erinnern und Bezeugen hat zwei Wissenschaftszweige auf sehr spezifische Weise strukturiert – die Psychoanalyse und die Geschichtswissenschaft.

In den 60er Jahren erschienen in der psychoanalytischen Literatur die ersten Studien über die Folgen des Holocaust für die Überlebenden. Diese frühen Untersuchungen entstanden, vor allem in Polen und in Deutschland, häufig im Zusammenhang mit Entschädigungsverfahren und Rentenansprüchen. Diagnostiziert wurden bei vielen Überlebenden posttraumatische Belastungsstörungen, insbesondere das wiederholte Durchleben der traumatisierenden Situation, mit vielfältigen Folgen auch für die körperliche Gesundheit.

Von den vielfältigen und nachhaltigen Auswirkungen des Holocaust auf das Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft soll hier vor allem der immense Bedeutungszuwachs autobiographischer Texte in den verschiedensten Gattungen (Tagebücher, Zeugenaussagen, Lebenserinnerungen, autobiographische Romane etc.) erwähnt werden. Aus den erwähnten Gründen erhielt die Aufzeichnung der Berichte der Überlebenden für die Geschichtswissenschaft eine bis dahin nicht gekannte Bedeutung. Nicht nur das: Die Historiographie mußte sich auch mit ihrer eigenen Neigung auseinandersetzen, diese Zeugnisse einfach zu einem mehr oder weniger fiktionalen Rohstoff herabzustufen, der erst einmal im Prozeß der professionellen Interpretation in »harte Fakten« umgewandelt werden muß.

Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen gewann mit der Oral History eine Richtung an Einfluß, die die Durchführung und Bearbeitung von Interviews mit Zeit- und Augenzeugen zu ihrem Forschungsschwerpunkt gemacht hat. Die Methoden der Oral History wurden zuvor bereits entwickelt, um eine bis dahin vom Herrschaftsdiskurs ausgeschlossene »Geschichte von unten« zu schreiben. Dieser Ansatz, der auch von der Frauenbewegung aufgegriffen und entwickelt wurde, mündete Mitte der 70er Jahre in den Boom der Alltagsgeschichte. Dort aber, wo Oral History sich vor allem als Antwort auf den Holocaust entwickelte, stehen die Erzählungen der Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung im Mittelpunkt.

65 Jahre nach Beginn der Verfolgung existiert eine große Zahl von aufgezeichneten Interviews und Selbstzeugnissen mit bzw. von Menschen, die sich gerade noch retten konnten oder die Lager überlebten. Dabei steht heute nicht mehr die juristische Zeugenschaft im Vordergrund, sondern die Spätfolgen der Verfolgung (z. B. die Zeugnisse von »Child Survivors«, die sich erstmals im betagten Alter zu Gesprächsgruppen treffen) und nicht zuletzt der problematische Akt des Erinnerns selbst (Reflexionen über die Holocaust-Literatur, z. B. über die Gefahren eines »heroischen« Stils oder den Wunsch der Leser nach einer Katharsis).

In den letzten Jahren hat sich das Oral-History-Verfahren nicht nur ausgeweitet und ausdifferenziert, sondern es wird auch – als »narrativer Ansatz« – zunehmend von Psychologen und Psychoanalytikern angewendet. Dabei handelt es sich, wohlgemerkt, weder bei Oral History noch bei der Erforschung von Traumen und posttraumatischen Belastungsstörungen (Posttraumatic Stress Disorder) um homogene Schulen. Ganz im Gegenteil – die einzelnen Verfahren und Kategorien sind höchst umstritten. Aber da es sowohl für die Anwendung der Oral History wie auch für die Erforschung von Traumen wichtige Gründe gibt – die Gespräche mit der abnehmenden Zahl der Überlebenden sind immer dringender geworden, und dabei spielen traumatische Erfahrungen eine zentrale Rolle – bleibt überhaupt keine andere Wahl, als die Auseinandersetzung fortzuführen.

Im Kontext der Betreuung der Opfer des Holocaust sowie der Holocaust-Forschung hat sich, vor allem in Israel und den USA, zudem noch eine weitere Problematik gezeigt: die Übertragung der Langzeitfolgen des Holocaust auf Kinder und Enkel der Überlebenden. Dabei wird davon ausgegangen, daß versteckte Empfindungen von Schmerz, Wut und Angst, die das familiäre Klima prägen, ebenso tradiert werden wie die erzählten und verschwiegenen Geschichten. Die Wirkung dieser Übertragungen ist aber ganz entscheidend vom politischen und kulturellen Kontext abhängig, in dem Erinnerung und Verdrängung sich vollziehen. In Israel und den USA nehmen Traumatisierungen andere Formen an als in einem Land, wo ein Martin Walser den nationalen »Gewissenshaushalt« mitregulieren darf.

In diesem Land ist nun folgendes zu beobachten: Der hohe Standard der inzwischen sehr umfangreichen internationalen Forschung und Literatur zu Oral History und Trauma-Phänomenen hat in Deutschland, wie könnte es anders sein, die landesüblichen Begehrlichkeiten geweckt. Zu erkennen sind drei, inzwischen recht eindeutige Trends:

· Oral History hat sich in Deutschland zu einer Art Landser- und Trümmerfrauen-Wissenschaft entwickelt. Dabei mutierten die »Täter und Zuschauer« (Hilberg) als neutrale, aber authentische »Zeitzeugen« zu Opfern (der Umstände), die den wirklichen Zeitzeugen – den Überlebenden des Holocaust – auf obszöne Weise zur Seite gestellt werden.

· Nicht wenigen »narrativ« orientierten Psychologen und Therapeuten gelten die Täter und Zuschauer von damals darüber hinaus als von Krieg und Gewalt schwer traumatisierte Menschen, also erst recht als Opfer.

· Bei den Kindern und Enkeln der ehemaligen Volksgenossen wird, in eindeutiger Parallelisierung zu den Nachkommen der Deportierten, ebenfalls eine »transgenerationale Weitergabe historischer Traumatisierungen« entdeckt.

Von diesen drei Trends könnte der zuletzt genannte bei Linken, die an einem antinationalen Anspruch festhalten, möglicherweise auf spontane Zustimmung stoßen. Eine gewisse Anziehungskraft besitzt diese dritte These, abgesehen von der attraktiven Parallelisierung (Opfer-Kinder und Täter-Kinder together), weil sie so etwas wie eine »materialistische« Erklärung für einige unübersehbare Kontinuitäten zu bieten scheint. »Irgendwie« haben wir das ja immer schon ganz ähnlich gesehen. Doch die Weise, in der dieser Ansatz die transgenerationale Übertragung nazistischer Settings bestimmt,

ist an die Anerkennung der beiden ersten Thesen gebunden – eben die Traumatisierung einer den Umständen zum Opfer gefallenen Tätergeneration.

In Westdeutschland gab es schon von Beginn an ein auffälliges Interesse, den Nationalsozialismus unter dem Gesichtspunkt »Alltag« zu untersuchen und dabei den Blickwinkel einer »Geschichte von unten« einzunehmen. Damit ist nicht gesagt, daß ein solcher Blickwinkel zwingend affirmativ sein müßte. Georg L. Mosses Buch *Der nationalsozialistische Alltag* (1979) zeigt, wie produktiv diese Perspektive sein kann. Etwas anders sieht es aber oft schon bei Titeln aus, die von der *Faschismuserfahrung im Ruhrgebiet* handeln, weil bei der (berechtigten) Suche nach dem Arbeiterwiderstand der Widerstandsbegriff oft unzulässig ausgedehnt wird. Sehr häufig steht das Wort »Erfahrung« in solchen Texten einfach für die Annahme, daß ein »Leben unter der Diktatur« per se schon ein widerständiges ist, und sei es nur als Rückzug ins Privatleben.

Richtig zur deutschen Sache kam die Oral History dann allerdings mit der Frauenforschung. Titel wie: »Tag und Nacht im Keller« (in »Courage« 3/1980), *Wie wir hamsterten, hungerten, überlebten* (Rainer Horbelt, 1983), *Wie wir das alles geschafft haben. Alleinstehende Frauen berichten über ihr Leben nach 1945* (Sibylle Meyer, 1984), *Trümmerfrauen. Biographien einer betrogenen Generation* (Trude Unruh, 1987) sagen hier alles. Oral History in Deutschland ist bereits seit Beginn der Achtziger eine tendenziell affirmative Forschung. Was damals jedoch noch fehlte, war die gesellschaftliche Anerkennung.

Für diese Anerkennung engagierte sich vor allem Lutz Niethammer, der (zusammen mit Alexander von Plato) als derjenige gelten kann, der dem Fach die akademische Weihe gab. *Auf der Suche nach den Erfahrungen des Volkes in nachfaschistischen Ländern* (so einer der Buchtitel 1985) entstand in diesen Jahren mit »BIOS – Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History« das Zentralorgan dieses Forschungszweiges. Niethammer hat nicht nur die Gunst des Jahres 1989 genutzt, um Professor in Jena zu werden, sein Ansatz qualifiziert ihn auch zum Kanzlerberater und wissenschaftlichen Beistand in der Frage der Entschädigung von Zwangsarbeitern.

Niethammer gilt in der Branche inzwischen (neben Guido Knopp) als der »deutsche Steven Spielberg«. So sieht es zum Beispiel Margarete Dörr, die vor einigen Wochen bei Campus unter dem Titel: *Wer die Zeit nicht miterlebt hat... Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach* die bisher umfangreichste Oral-History-Studie über den weiblichen Teil der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft vorgelegt hat – drei Bände, 1.500 Seiten, 500 Interviews. Dort heißt es: »1998 haben diese Frauen schon ein Alter zwischen 65 und 85 Jahren erreicht. Leider ist die Chance nicht genützt worden, rechtzeitig ein großes Forschungsprojekt zu diesem Thema durchzuführen. Vergleichbar mit dem Projekt von Lutz Niethammer (*Heimat und Front: Versuche, zehn Kriegserinnerungen aus der Arbeiterklasse des Ruhrgebietes zu verstehen*, 1983) oder dem noch laufenden Projekt, das Stephen (!) Spielberg mit den Überlebenden des Holocaust in die Wege leitete und für das ihm 10 Millionen Dollar zur Verfügung stehen.«

Und was könnte man erst mit 10 Millionen Dollar alles machen! Die Frage hat sich natürlich auch der Mittler zwischen universitärer Szene und Massenpublikum, G. Knopp, gestellt:

»*Tagesspiegel:* Seit einem halben Jahr fährt der ZDF-Jahrhundertbus durch Deutschland und spricht mit Zeitzeugen von damals...

Guido Knopp: ... und der Zuspruch ist erfreulich. Mein Ziel ist, daß der Bus noch jahrelang durch ganz Deutschland fährt und Tausende vor der Kamera ihre Geschichte erzählen läßt. So entsteht eine regelrechte Zeitzeugen-Bank, ihr Nutzen reicht weit über das Fernsehen hinaus. Daher mein Plan einer Stiftung.

Tagesspiegel: Ähnlich Steven Spielbergs Shoah-Foundation?

Guido Knopp: Spielbergs Projekt ist ein Großunternehmen. Unseres steckt in den Anfängen. Ich hoffe aber, daß eines Tages beide Stiftungen zusammenarbeiten und ihre Zeitzeugen-Aussagen gemeinsam öffentlich zugänglich machen – die Erinnerungen der Überlebenden des Holocaust ebenso wie die der anderen Zeitzeugen der Diktatur. Ein solches Unternehmen braucht private Förderung. Ich führe bereits Gespräche und bin guten Mutes. Auch wegen der aktuellen Diskussion um das Holocaust-Mahnmal und die jüngsten Überlegungen, dieses durch die Shoah-Foundation zu ergänzen.« (»Tagesspiegel«, 24.11.1998.)

Der Gestus der deutschen Oral History ist bei all dem folgender: Man tut so, als erinnere man sich, um der Vergangenheit gerecht werden. Diese Erinnerungsabsicht ist aber seltsam objektlos und leer. Niemand würde es interessieren, »wie es wirklich gewesen ist«, wenn nicht irgendeine andere Erinnerung damit verdrängt werden sollte, weil sie als falsch oder korrekturbedürftig verstanden wird. Die deutsche Oral History empfindet ein anderes Erinnern – das jüdische – als falsche Vergangenheitskonstruktion. Sie wendet sich gegen das Wie-es-wirklich-war der Opfer. Aber deren Diskurs kann sie nicht auf frontalem Weg relativieren. Deshalb sucht man nicht nur den Vergleich, sondern auch die Anlehnung an die Projekte der international relevanteren Holocaust Studies. German Oral History ist Arbeit am sozialen Gedächtnis der Deutschen, der Versuch, nachträglich, eindeutig und unwiderruflich der Vergangenheit jenen Sinn zu geben, der Deutschland zu einem »ganz normalen Land macht«.

Eine neue Gemeinschaft der Zeitzeugen bildet auf diesem Weg die Gemeinschaft der Opfer nach, was deren Deutungsmacht schwächen wird. In den Klappentexten und Vorworten der hier verwendeten Bücher wird diese Zielsetzung deutlich. Einige von ihnen waren übrigens in den Buchhandlungen unter dem Rubrum »Holocaust-Literatur« abgelegt – versehentlich, denn die Buchhändler schlossen von den groß gedruckten Titeln (die Untertitel sagen manchmal mehr) einfach auf einen solchen Inhalt.

»Für manche der interviewten Frauen«, schreibt Margarete Dörr (*Wer die Zeit nicht miterlebt hat... Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach*, Frankfurt/New York 1998), »war die Möglichkeit, mit mir darüber zu sprechen, fast eine Befreiung: Endlich interessiert sich jemand für das, was ich erlebt habe, findet es sogar wichtig für die Geschichte.« Denn wenn die Betreuung des heimischen Zeitzeugenpersonals erst einmal in professioneller deutscher Hand liegt, kann man sich richtig entspannen: »Ein Interview, das auch nur von ferne den Anschein einer Inquisition, eines Verhörs erweckt, wird die subjektive Wahrheit des Gesprächspartners verfehlen. Erste Bedingung ist die Herstellung einer Atmosphäre des Vertrauens.« – »Mit allen von mir befragten Frauen verbindet mich das gemeinsame Erlebnis des Krieges, mit den meisten ein guter menschlicher Kontakt, mit einigen inzwischen ein freundschaftliches Verhältnis...«

Womit gesagt ist, daß die deutsche Oral History sich aus bisher übersehenen Gründen weitaus besser auf den Nationalsozialismus versteht, als die internationale (jüdische) Oral History. Warum das so ist, hat Martin Walser, der sich bisher »als Deutscher in einem Beschuldigungszustand fühlte«, Ignatz Bubis mit einem Zitat des jüdischen Philosophen Jakob Taubes klargemacht: »Wer keine Wahl hat, ist in seinem Urteil eingeschränkt. Das heißt, er kann nicht beurteilen, was die Faszination anderer ist, die stolpern, die rutschen, die wollen, die fasziniert sind.« Mit anderen Worten: Die Juden verstehen einfach nichts vom Nationalsozialismus, weshalb die Deutschen das Thema selbst in die Hand nehmen müssen.

Carl Schüddekopf: *Krieg – Erzählungen aus dem Schweigen. Deutsche Soldaten über den Zweiten Weltkrieg.* rororo-Sachbuch, Frankfurt a. M. 1998

Barbara Bronnen (Hg.): *Geschichten vom Überleben, Frauentagebücher aus der NS-Zeit*. Beck'sche Reihe, München 1998

Wolfgang Schmidbauer: *»Ich wußte nie, was mit Vater ist«. Das Trauma des Krieges*. Rowohlt Verlag, Reinbek 1998

Jürgen Straub (Hg.): *Erinnerung, Geschichte, Identität*. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1998

Wird fortgesetzt

Günther Jacob schrieb in KONKRET 11/98 über Auschwitz im Feuilleton

Konkret 02/99, S. 55

Ralf Blendowske

Buch & Deckel

Joachim Vockel: Bilder zum »Kapital«. PapyRossa Verlag, Köln 1998, 53 Seiten, 28 Mark

Bücher zu verhindern ist eine noble und schwierige Aufgabe der Verlage. Der PapyRossa Verlag zu Köln hat sich dem elegant entzogen. Zum stolzen Preis von 52 Pfennig pro Seite (KONKRET ist schon für 12 Pfennig pro Seite zu haben) wurde eine Ansammlung von Vortragsfolien gedruckt. Sie sollen »das Verständnis des Marxschen *Kapitals* durch bunte Bilder erleichtern«, »heutige Probleme lösen« und »eine effizientere Leitung der Wirtschaft ermöglichen«.

Das dürre Bändchen im Querformat enthält auf 16 Doppelseiten jeweils links ein Marx-Zitat und rechts eine Graphik. Sie zeigt ein Schema mit Vierecken, Kreisen und bunten Pfeilen, das irgendeinen Sachverhalt veranschaulichen soll. Aus der Ferne erinnert es an ein Kinderbuch, weil der Text auch noch bequem aus zwei Meter Distanz zu lesen ist. Alterssichtige werden dem Verlag die üppige Schriftgröße danken.

Es folgt eine 13seitige »Nutzanwendung für die Gegenwart«. Dabei handelt es sich um einen Excel-Ausdruck, der anhand eines fiktiven S-Bahn-Projektes eine Cash-Flow-Analyse vorexerziert. Genausogut hätte der Autor auch die Partitur des »Bolero« anhängen können.

In der Einleitung behauptet der Autor, »viele, die über Marx' Theorie reden, haben das *Kapital* entweder gar nicht gelesen oder zumindest nur sehr wenig verstanden«. Das stimmt.

Die Herausgabe eines solchen Buches ist peinlich, die Prospektankündigung irreleitend, und der Verlag sollte sich bei Karl Marx entschuldigen.

Konkret 02/99, S. 55

Andreas Hansen

Buch & Deckel

Fritz Mierau: Das Verschwinden von Franz Jung. Stationen einer Biographie. Edition Nautilus, Hamburg 1998, 333 Seiten, 58 Mark

Runter kommen sie alle, lautet eine tröstliche Fliegerweisheit. Aber was tun mit einem, der nach eigenem Dafürhalten und meist absichtlich sein Leben mit Bruchlandungen aller Art verbrachte, Abfuhren provozierte, Niederlagen, Pleiten, Flops und Pannen? Mit einem, der enttäuschte, revoltierte und renegierte, (angeblich) verriet und der schließlich konsequenterweise in Wirtschaftswunderzeiten noch eine Autobiographie unter dem Titel *Der Weg nach unten* verfaßte, die selbstverständlich ebenfalls flopte. Was tun mit so einer »Figur«, die heute dennoch zu den »schillerndsten der deutschen Literaturgeschichte« (Verlagswerbung) zählt. Was tun mit – Franz Jung?

Mehrmals nach Erscheinen des *Weg nach unten* ist der Versuch unternommen worden, dem Phänomen Jung biographisch näherzukommen. Zu diesen Versuchen hat sich jetzt ein neuer gesellt. Fritz Mierau, Slawist und vor Jahrzehnten eher zufällig an Jung geraten, hat seine langjährige Beschäftigung mit dem »Typus« Jung als Buch vorgelegt. Dieses nennt sich im Untertitel recht euphemistisch »Stationen einer Biographie« und ist aus einigen, meist schon in der Zeitschrift »Sinn und Form« erschienenen Essays zusammengesetzt. Das ist das eine Problem. Denn was da als Kollektion zu lesen ist, erscheint kaum »stationär« und gar nicht stringent, mehr wie ein Sammelsurium (manchmal nicht unerheblicher) Details und Überlegungen, kurzum, unlektoriert. Das andere: Mieraus »Untersuchung« kreist ausschließlich, und dies immanent, um Jungs »geistige Konstitution«, sie sucht nach »Regeln« und einem »Lebensplan«, dem »Lebensmotiv«. Methodisch ist damit ein existenzialistischer Parcours gesteckt, den Mierau schließlich durch ein »Verschwinden« Jungs zu überwinden sucht. Fatalerweise setzt ein solcher Eskapismus jedoch voraus, daß einige Etappen der Jungschen Biographie von vornherein verschwinden müssen. So gut wie nichts erfährt man über den Zusammenhang von »Lebensplan« und Jungs politischen und literarischen Engagements, ganz ausgespart werden z. B. Jungs Sowjetjahre unter Lenin, die Ambitionen Jungs als Dramatiker oder Agitprop-Literat. Die Mierau-Biographie entpolitisiert Franz Jung und ideologisiert ihn zu einer recht anthropologisch gewirkten »Führer«- und »Hüter«-Gestalt. Aber erklärt das den Weg von Jung oder die Verhältnisse? Wer mehr auf Realitäten steht, lese besser Jung im Original, vielleicht den *Weg nach unten*, erhältlich im selben Verlag, für neuerdings nur 20 Mark.

Konkret 02/99, S. 55

Frank Schäfer

Buch & Deckel

Die Tagebücher des W. A. Mozart. Illustriert von ihm selbst. Herausgegeben mit bisher unveröffentlichtem historischen Bild- und Textmaterial sowie einem Vorwort von Eugen Egner. Haffmans Verlag, Zürich 1998, 80 Seiten, 18 Mark

In diesem vom 28. Februar 1769 bis zum 4. Dezember 1791, also bis kurz vor seinem Tod, sehr sporadisch geführten Journal haben wir ihn nun, den Künstler, nackt und bar jeder Schamhaftigkeit, die ja selbst in seinen freizügigen, wo nicht degoutanten Briefen (und Reisetagebüchern) ihm noch moderierend in die Parade fährt. Hier zeigt er sich ganz als infantiler, engherzig-mißtrauischer, bisweilen psychotischer Mensch, allemal von moralisch niederster Gesinnung, für den das Leben freilich auch nicht immer ein fröhlicher Kaffeeklatsch war. Die eigene Frau betrügt ihn schamlos mit seinen Konkurrenten Salieri, Haydn und Beethoven und bringt deren Kinder zur Welt; ständig vernagelt ihm ersterer Fenster und Türen, er leidet oft, nein, eigentlich dauernd an kreativen Einbrüchen, muß dann seine suffragettenhafte Schwester Nannerl um Hilfe bitten, die Auftragsarbeiten zu erledigen (»das Nannerl schmirt sie mir hin«), und das zuvor kostspielig introduzierte T□te-à-tête mit der riesenhaften Sängerin Rocchetta endet debakulös: »Hinnach hat man mich besoffner in der Sängerin Bette ganz ausgezogner gefunden. An die Wand geschrieben stand von meiner hand: Kaufft hundegeld! – Warum??? Mir ist, daß ich in meinem kopf nicht recht richtig muß gewesen seyn, mich mit diesen fraunzimmer ein zu laßen. Alle welt sagt mir iezt: Sie hat keinen gusto auf Dich. Ist auch schon abgereiset.«

Kein leichtes Leben also. Seine immer wiederkehrenden Schübe schwerster Melancholie sind daher durchaus verständlich: »Von früh bis spät immer dieses mühsamme existieren!« Man fragt sich allerdings, ob Mozarts seelische Deformation nicht zuvörderst der harten, ja nachgerade herzlosen Erziehung seiner allzu ehrgeizigen Eltern geschuldet ist: »Mitten in der nacht weckte uns die Mama, um uns zu sagen, das dunckel seye.« Oder darf man M.s Macken, wie das ja schon Wolfgang Hildesheimer in seiner großen Mozart-Monographie versucht hat, auf seine merkwürdige physiologische Disposition zurückführen? Zeit seines Lebens nämlich leidet er unter rätselhaften Verdauungsstörungen (an denen er schließlich auch stirbt): »wieder offens leibs, räthselhafften dreck geschissen. wie ich ihn recht anschau, so seh ich, es sind haare und kleine knochen darbey.« Später dann: »am morgen aufn heisl kleine zahnräder im dreck.«

Kurzum, dieser Tagebuch-Fund wird die Mozart-Forschung noch eine Weile in Atem halten. Dem Herausgeber kann man für die geleistete editorische Kärrnerarbeit nicht genug danken. Eugen Egner hat sich dieser entbehrungsreichen Aufgabe mit Sorgfalt und handwerklicher Souveränität entledigt und den Verlag auch noch zu umfangreichen Bildbeigaben überreden können. Es sind dies neben zeitgenössischen Porträts vor allem Zeichnungen von des Meisters eigener Hand, die seine sehr unorthodoxe Federführung offenbaren. Eine Trouvaille auch sie.

Konkret 02/99, S. 56

Mark-Stefan Tietze

Die Verwandlung

Der Fall Schneider/Schwerte beschäftigt mittlerweile breite Wissenschaftskreise und das große Publikum. Doch das Interesse, hier Fragen von Schuld und persönlicher Verantwortung zu behandeln, ist nicht eben stark

Das Erfreuliche an den wissenschaftsnahen Debatten rund ums große Feuilleton ist in diesen Tagen, daß die Diskutanten meist recht zügig ihren Überdruß an der Materie bekanntgeben und das Gespräch flugs ins Reflexive wenden. Warum überhaupt diskutiert wird und welche Motive demnach den Einzelbeiträgen und dem Gesamtdiskurs zugrunde liegen – das kann doch weitaus strittiger und medial ergiebiger verhandelt werden als all die langweiligen und in ihrer Fülle doch eher verwirrenden Details, mit denen solche Kontroversen beginnen. Und wenn am Ende schließlich mehrere Meta-Erzählungen gleichberechtigt auf dem Marktplatz der Meinungen stehen, darf sich das geneigte Publikum gerne die ihm genehmste aussuchen.

Überhaupt nichts zu wünschen übrig ließ in dieser Hinsicht der »Fall« des früheren Aachener Germanisten und Hochschulrektors Hans Schwerte, der bis 1945 Hans Ernst Schneider hieß und diesen Namen nach seiner aufsehenerregenden Enttarnung 1995 erneut annehmen mußte. Zum Fall wurde diese biographische Kuriosität durch ein häßliches historisches Faktum: Mit dem lästigen Geburtsnamen nämlich hatte sich der Mann in der Zwischenzeit auch seiner belastenden Vergangenheit als völkischer Vordenker in der pseudowissenschaftlichen SS-Unterorganisation »Ahnenerbe« entledigt. Da die Ehefrau und alle weiteren Mitwisser ein halbes Jahrhundert lang dichthielten, gelang das Täuschungsmanöver: Der nunmehr unbescholtene Schwerte konnte in der Bundesrepublik nicht nur eine beeindruckende Hochschulkarriere machen, Bundesverdienstkreuz inklusive, sondern sich ironischerweise ausgerechnet als linksliberaler Aufklärer mit besonderem Faible für die jüngere deutsche Geschichte Achtung verschaffen.

Die Resonanz auf diese sensationelle Enthüllungsgeschichte war und ist enorm. Neben dem schieren Nachrichtenwert, den die Entlarvung jeder vertuschten Existenz von höherem gesellschaftlichen Rang zweifelsohne besitzt, waren es anfangs wohl auch juristische Aspekte, die Aufmerksamkeit erheischten: Die Identität mag man ungestraft wechseln, den Namen jedoch nicht; und der Ausstrahlung des holländischen Fernsehbeitrags, der die publizistische Lawine lostrat, kam Schneider/Schwerte durch Selbstanzeige nur einen Tag zuvor. Überhaupt zeigte sich der ehemalige Abteilungsleiter im persönlichen Stab des Reichsführer SS während der Interviews und Vorladungen der folgenden Wochen verdächtig wenig auskunftsfreudig, was sein Ansehen in der Öffentlichkeit nicht eben festigte. Die nordrhein-westfälischen Behörden erkannten dem emeritierten Professor Titel und Pensionsansprüche jedenfalls geschwind ab.

Studentische Gruppen in Erlangen und Aachen, den Stationen der universitären Nachkriegskarriere Schneider/Schwertes, vermuteten recht bald, daß mit diesem Bauernopfer der Fall jedoch als endgültig abgeschlossen gelten sollte. Während sich das ungläubige Erstaunen der deutschen und internationalen Presse über das jahrzehntelange Versteckspiel des Musterdemokraten langsam legte, gingen die Studierenden mit Ergebnissen eigener Nachforschungen an die Öffentlichkeit, die die Beteuerungen, niemand habe vom Vorleben des geschätzten Kollegen und Altrektors gewußt, immer unglaubwürdiger erscheinen ließen.

Forderungen nach einer politischen und fachgeschichtlichen Auseinandersetzung mit der braunen Hochschulvergangenheit stießen allerdings auf einen universitären Korpsgeist, der meistenteils erheblich stärker war als der wissenschaftliche Erkenntnisdrang. Auskünfte und Urteile zu den akademischen Karriereverläufen alter Nazis nach 1945, die Licht auf den Fall hätten werfen können, blieben dementsprechend rar. Da die betreffenden Universitätsleitungen die Studierenden zudem nach Kräften behinderten, konnte das Antirassismus-Referat in Erlangen damals zu Recht (und gar nicht so überraschend) folgern, »daß es auch heute von offizieller Seite kein ernsthaftes Interesse daran gibt, nationalsozialistische Kontinuitäten in der BRD aufzudecken und zu verurteilen«.

Knappe vier Jahre später liegt aus Wissenschaftskreisen mittlerweile rund ein Dutzend Buchveröffentlichungen zur Person und ihrer Lebensgeschichte vor. Die Zahl der dadurch provozierten Artikel, Rezensionen und Kommentare dürfte inzwischen Legion sein. In der Germanistik streitet man sich anhand des Falles über das personelle und fachliche Vermächtnis der germanischen Philologie und Brauchtumsforschung. Historiker suchen im Rahmen sogenannter »Täterforschung« am Beispiel des SS-Propagandisten nach weiteren Hinweisen auf die Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen innerhalb der Nazi-Bürokratie. Und das Feuilleton hat eine weitere Fallstudie, an der sich Fragen nach individueller und kollektiver Identität, Verantwortung, Zäsur, Moral etc. durchspielen lassen, die just in diesem Moment auch zur Selbstverständigung der Deutschen über ihre Geschichte gebraucht werden können.

Angesichts der »immer noch wachsenden Reihe von Reden, Aufsätzen, Kolloquien, Sammelbänden und Monographien« hat der Germanist Heinz Schlaffer schon eine völlig überhitzte »Schneider/Schwerte-Industrie« am Werke gesehen. »So viele Forscher drängen sich in diese plötzlich entdeckte Forschungslücke«, schrieb Schlaffer in der »FAZ«, »daß sie mit

Beweisstücken, Schlußfolgerungen, Mutmaßungen und Anklagen schon wieder überfüllt ist.« Im Deutschland-Radio wunderte sich derweil Lutz Hachmeister, wie aus dem fachlich unbedeutenden Germanisten »der berühmteste Hauptsturmführer der Welt« werden konnte. Nebenbei monierte er: »Während nahezu jedes Aktenstück aus Schneiders Leben mittlerweile dreimal interpretiert worden ist, kann man in den Buchhandlungen keine einzige konsistente Biographie über Heinrich Himmler erwerben.«

Dabei waren es vor allem drei Neuerscheinungen des vergangen Herbstes, die das Interesse von Medien und größerem Publikum einerseits und die zunehmende Überempfindlichkeit der Rezensenten andererseits so heftig entfachten, daß der Skandal eine »Meta-Ebene« erreichen konnte, »aus der die eigentliche Figur Hans Ernst Schneider langsam entschwindet« (Hachmeister) bzw. auf der »das Doppelwesen Schneider-Schwerte zu einer allegorischen Figur« werden konnte (Schlaffer). Ludwig Jägers Veröffentlichung *Seitenwechsel* allein trug dazu wahrscheinlich wenig bei, konzentrierte sich der Band durch akribisches Quellenstudium doch vornehmlich auf die vielen Punkte in Schneider/Schwertes Biographie, die bislang wegen dessen Schweigen, Beschönigungen und Erinnerungslücken *in dubio pro reo* behandelt worden waren. Den Forschungen des Aachener Linguisten zufolge kann z. B. nur noch wenig Zweifel daran bestehen, daß Schneider wußte, was er tat, als er 1943 im Auftrag des »Ahnenerbe« medizinisches Gerät aus den Niederlanden beschaffte, mit dem anschließend im Konzentrationslager Dachau Menschenexperimente durchgeführt wurden. In der Hauptsache versucht Jäger aber zu zeigen, wie bruch- und erinnerungslos der Ideologieproduzent Schneider/Schwerte seine erste Laufbahn mit einer zweiten »überschrieb«. Der streng völkische Zungenschlag, den der junge NS-Brauchtumsforscher in Windeseile erwarb, läßt sich deshalb auch in seinen philologischen Schriften der fünfziger Jahre noch nachweisen. Daß Jäger aber nahelegt, Schwertes Aufstieg nach dem Krieg sei ohne diskrete Mitwisser und aktive Helfer an den Universitäten nicht möglich gewesen, provozierte an den betroffenen Fakultäten Widerspruch.

Als sachliche, nüchterne Alternative präsentierte sich daher, wiederum aus Aachen, Helmut Königs Sammelband *Der Fall Schwerte im Kontext.* Wie der Herausgeber im Vorwort nicht müde zu betonen wird, sollen hier durch eine differenzierte Darlegung der verschiedenen Kontexte des Falles vor allem die »Ankläger«, »die angeblich nur an der Wahrheit interessierten Aufklärer des Falls«, beschämt werden. Namentlich der amerikanische Germanist Earl Jeffrey Richards, der sich auf eine Professur in Aachen beworben hatte und dessen Recherchen im Berlin Document Center erste Hinweise auf Schneider/Schwertes Doppelspiel zutage brachten, habe »von der Wahrheit einen durchaus strategischen Gebrauch« gemacht. Demgegenüber setzen König und seine Mitstreiter auf »gesichertes Wissen«.

In den Beiträgen des Bandes werden die Kontexte dann allerdings dermaßen weit gespannt, daß selbst »Probleme der literarischen Moderne – am Beispiel des Germanisten Hans Schwerte« (so der Titel eines der sechs Aufsätze) noch Platz darin haben. Und wenn ein Autor Archivmaterial »aus Datenschutzgründen und aus Takt« anonym zitiert, um ja keinen alten Nazi bloßzustellen, wird schnell klar, daß Fragen nach Schuld und persönlicher Verantwortung hier vornehmlich mit spitzen Fingern behandelt werden. Diese Zurückhaltung mag in dem begründet liegen, was Herausgeber König in einem politikwissenschaftlichen Beitrag hervorhebt: »Der Fall Schwerte ist über das Biographische und Spezifische hinaus von Bedeutung, weil in ihm grundlegende Probleme des Selbstbildes und Selbstverständnisses der Bundesrepublik aufscheinen.«

Ganz ähnlicher Ansicht ist auch Claus Leggewie, der sich allerdings wohl vorgenommen hatte, diese Probleme in »intensiven« Gesprächen mit Hans Schwerte in den Griff zu bekommen. Mit dem Destillat dieser persönlichen Zuwendung, der biographischen Kolportage *Von Schneider zu Schwerte. Das ungewöhnliche Leben eines Mannes, der aus der Geschichte lernen wollte,* gelang es dem Gießener Politikprofessor und unermüdlichen Essayisten schließlich auch, den »Fall« einem großen Publikum nahezubringen.

Leggewie erzählt die Geschichte des Schneider alias Schwerte in einem Illustriertenstil, der vom ersten Satz an wie für den Affirmandenunterricht geschrieben scheint: »Das Chiemgau, idyllisch im Alpenvorland gelegen, ist ein ideales Refugium für Ruheständler. Dort, in einem jener Wohnstifte, die früher Altersheime genannt wurden, lebt die Hauptfigur dieser ungewöhnlichen und doch so unverwechselbar deutschen Geschichte.« Da diesem Protagonisten übel mitgespielt wurde – »vom Leben enttäuscht, um die Früchte seiner Arbeit gebracht, die Anerkennung verweigert für das Geleistete« – und die Parallelen zur ungewöhnlich-unverwechselbar deutschen Geschichte deshalb kaum noch zu übersehen sind, befindet der Erzähler, hier liege »mehr als Stoff für einen Roman« vor. Folgerichtig entschließt er sich, Schneider/Schwertes Leben als »politische Parabel und in einer Person verdichtete Zeitgeschichte« zu interpretieren.

Verdichtet man aber Zeitgeschichte in einer Person, kommt man ohne Zuhilfenahme von Lehrsätzen aus der Küchenpsychologie oft nicht aus. So ist es ein »kaum bemerktes Trennungstrauma« in früher Kindheit, das den jungen Schneider anfällig für Nazi-Gemeinschaften machte; die spätere journalistische Denunziation eines Kollegen muß man demgemäß als »aggressiven Versuch deuten, das Trauma der Kindheit zu heilen«. Schwertes Eintritt in die SS erklärt Leggewie unter Aufbietung aller intellektuellen Ressourcen so: »Ausschlaggebend war eine Verkettung von Neigung und Zufall, Ehrgeiz und Laxheit.« Und wenn die Braut Schwertes auf Vorhaltungen ihrer Schwester, sie solle doch bitte keinen

Mann mit SS-Uniform heiraten, »kühl repliziert, sie heirate keine Uniform, sondern einen Menschen, und der sei in Ordnung« – dann erkennt man plötzlich den Menschen hinter der Uniform und ist zutiefst gerührt.

Zwar konzediert Leggewie immer wieder, daß Schneider irgendwie auch etwas mit Nazis und dadurch wiederum etwas mit dem organisierten Mord an Juden zu tun hatte und daß hier also so etwas wie Moral ins Spiel kommen sollte. Aber diese Konzessionen sind ausschließlich rhetorischer Natur, wie das tatsächlich so genannte »Schlußplädoyer« zeigt: »Schneider war an einem Verbrechen gegen die Menschheit beteiligt, *nicht* aber (bis zum unwahrscheinlichen Beweis des Gegenteils) unmittelbar an Mord- und Raubaktionen der Nazis.« Und noch diese vergleichsweise läßliche Sünde möge dem Mann nachgesehen sein, denn es »ist für seine Verwandlung nach 1945 das konkrete Ausmaß seiner Verstrickung in die Verbrechen der SS gar nicht so wichtig«.

Wichtig ist für Leggewie nämlich nur eines: »Die Geschichte dieser Verwandlung lebt vom Motiv der Bekehrung, und sie steht und fällt mit ihrer Glaubwürdigkeit und Plausibilität.« Zwar wird an dieser Stelle das Dubiose des gleichnishaften Vorgehens besonders ersichtlich, aber Leggewie will felsenfest an Schneiders Konversion glauben und legt mit theologischer Wucht dar, dieser habe es lediglich an einem Schuldbekenntnis, einer *contritio oris,* fehlen lassen: »Was er hingegen für sich in Anspruch nimmt, ist eine *contritio cordis,* eine Herzensreue, und vor allem *satisfactio operandum,* tätige Wiedergutmachung.« Und da Schwerte wie auch die Bundesrepublik es an Herzensreue und tätiger Wiedergutmachung wahrlich nicht haben fehlen lassen, darf man ihnen die Geschichte wahrscheinlich nicht unentwegt vorhalten, wie dies »heutige Gratis-Kritik«, »Beckmesser« und »Übereifrige« immer noch tun.

Leggewie, mit seinem geläuterten Bewußtsein, das die schuldhafte Vergangenheit als Station auf dem Weg zu etwas Besserem begreift, fordert, daß man aus der Geschichte verständnisvoll lerne. Ein ungeschminkt völkischer Buchbeitrag Schneider/Schwertes von 1952 hat für ihn deshalb »vor allem indirekte Verdienste – als Steinbruch für Anregungen, wie man es *nicht* machen soll«. So gesehen hatte der gesamte Nationalsozialismus seine Verdienste – es wäre ein Wunder, wenn dieses griffige Deutungsmuster nicht bald ein Riesenhit würde.

Antirassismus-Referat der Studentischen Versammlung an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (Hg.): *Ungeahntes Erbe. Der Fall Schneider/Schwerte: Persilschein für eine Lebenslüge. Eine Dokumentation.* Alibri Verlag, Aschaffenburg 1998, 246 Seiten, 28 Mark

Ludwig Jäger: *Seitenwechsel. Der Fall Schneider/Schwerte und die Diskretion der Germanistik.* Wilhelm Fink Verlag, München 1998, 360 Seiten, 58 Mark

Helmut König (Hg.): *Der Fall Schwerte im Kontext.* Westdeutscher Verlag, Opladen 1998, 174 Seiten, 29,80 Mark

Claus Leggewie: *Von Schneider zu Schwerte. Das ungewöhnliche Leben eines Mannes, der aus der Geschichte lernen wollte.* Hanser Verlag, München 1998, 368 Seiten, 45 Mark

---

Mark-Stefan Tietze schrieb in Literatur Konkret 23/98 über das Werk Raymond Federmans

– –

Konkret 02/99, S. 58

Peter O. Chotjewitz

: – (...!)? – :

Zur Lage der Sexualmetapher bei Arno Schmidt

Wie viele Schriften zum Thema »Schmidt und die Sexualität« ungelesen herumliegen, weiß ich nicht. Eine ist mir jetzt in die Finger gekommen. Sie enthält sieben Vorträge, die so heitere Titel tragen wie »Der Koitus am Werk. Zur Metaphernlage« (Bettina Clausen) oder »Wasser ist zum Waschen da« (Bernd Rauschenbach), aber auch einen, der schon im Titel andeutet, daß der Chef der Schmidtforschung sich mal wieder übernommen hat: »Der Platz der Sexualität in der Weltordnung« (Jan Philipp Reemtsma). »Chef« sage ich, weil mehrere Vorträger sich dem Stifter der Bargfelder Gedankenleseanstalt, der auch als Vorwortschreiber fungiert, in Fußnoten dankbar erweisen (»Den Hinweis von Jan Philipp Reemtsma ... nehme ich gerne auf – Susanne Fischer«) und in seinem Textrevier die schönsten Worthülsen sprießen – Gewächse also, die in allen Beiträgen gehegt werden, da sie sich trefflich eignen, Beobachtungen und Erkenntnisse, die oft nur Platitüden sind, einzutüten.

Einen Vorteil haben die gesammelten Vorträge immerhin. Man braucht nicht den ganzen Schmidt zu lesen, um eine Best-of-Auswahl seiner berühmten Beischlafszenen frei Haus zu kriegen, und, da der Sexualakt bei Schmidt zumeist in einer Textpause stattfindet, die durch einen Schrägstrich, einen Doppelpunkt und zwei Klammern dargestellt wird, in denen sich drei Punkte und vielleicht noch ein paar An- und Abführungszeichen, ein Fragezeichen, ein Semikolon und ein Ausrufezeichen befinden, besteht die Metaphernlage im wesentlichen aus den Akt begleitenden (ihn vor- und nachbereitenden) Beobachtungen, Äußerungen, Handlungen, Naturereignissen und was Schmidt dank seiner Stenografier- und Chiffrierkünste sonst noch alles auf drei Zeilen unterbringt, wenn das Übliche stattfindet.

Was untersucht wird in den sieben Vorträgen, ist also die von Schmidt allein etwas ausführlicher dargestellte Begleitmusik, die nicht nur sein Verhältnis zur Sexualität zu interpretieren gestattet, sondern auch den Akt als solchen, denn wo während des Vögelns so viel nebenher wahrgenommen wird, sind Rückschlüsse auf dasselbe gefordert. Der Befund ist einhellig, erstaunlich eindeutig, für mich, ehrlich gesagt, überraschend, übersieht aber offensichtlich Schmidts verschmitzte Taktik, Interpretanten und Onkels prophylaktisch auf geschickt ausgelegten Spermaspuren ausrutschen zu lassen: Schmidt war, behaupten die Bargfelder/innen, nämlich ein ziemlich verklemmter Bursche, mit einer panischen Furcht vor dem Körperlich-Animalischen, der überhaupt keinen Spaß am Vögeln hatte, dafür aber, was die sieben Beiträger nicht zu spüren scheinen, den Leser eben durch den »Textvorhang« (Reemtsma), mit dem er die Misere verhängt, stärker anmacht und amüsiert, besser unterhält und dazu mehr noch zur Selbstreflexion verleitet als jeder Klartextschreiber, der behauptet, »Sex is fun«, und es sei möglich, tagsaustagein »guten Sex« zu haben. Also dieses gutgelaunte »Uns-geht's-prima«, das die sieben Bargfelder Boten an Schmidt zu vermissen scheinen.

Eine unendliche Vielfalt von Details aus Schmidts Sprachspielkasten, die allesamt seine misanthropische Weltsicht und sexuelle Verspanntheit belegen sollen, liegt auf dem Tagungstisch. Die Tabakspfeife zum Beispiel, die in einem Scheißhaufen steckt. Susanne Fischer füllt rund zwei Buchseiten mit der Exegese des Haufens, der einem sexuell etwas lustlosen Pärchen (in *Kaff auch Mare Crisium*) während eines Spaziergangs auf einem »wehrlosen Plätzchen« widerfährt. Oder ein unschuldiger Regenschirm. »Leser«, soll Schmidt gesagt haben (ich weiß nicht wo, und die Zitatorin läßt es offen), »achduliebergott, das sind diejenigen, die zeitlebens ›Schirm‹ zu dem sagen, wobei einem Schriftsteller ›ein Stock im Petticoat‹ einfällt!« Das Bild ist hübsch, ein typischer Schmidt, aber Clausen begnügt sich nicht mit seiner Ästhetik. Getreu dem Wunsch, in Schmidt den obersten Fickverächter in Nachkriegsdeutschland zu sehen, geht sie einen entscheidenden Schritt weiter, interpretiert den Stock im Schirm als Schwanz, der unter den Rock geschoben wird, verwandelt mithin den Schirm selbst in eine »Koitusmetapher«, und beschließt: »Sie als solche zu identifizieren, fällt zumindest dann nicht schwer, wo einem Schriftsteller der Fond für alle bewußten und unbewußten Sprachhandlungen sexualkontaminiert ist von der schmierigen Wurzel an.«

Im Prinzip verfahren alle Vorträger nach der Regenschirmmethode. Der Sexualakt ist »Grundtatsache« (Clausen), von ihr ausgehend kann man sich auf den Lektüreweg begeben und fragen: Wie hält er's mit der Lust, der Schmidt? Ich muß hier eine Warnung aussprechen. Wer Schmidt kennt und das vierte Bargfelder Forschungsheft deshalb etwas voreilig für eine Art »Hustler« hält oder einen Beate-Uhse-Katalog mit umgekehrten Vorzeichen – nach dem Motto »mein scheußlichster Fick« (was ja sehr unterhaltsam wäre) – , wird schwer enttäuscht sein, denn da die Autoren den Beleg ihrer Thesen vor allem in der Häufigkeit der Wiederkehr des Immergleichen zu finden meinen, besteht ihre eigentliche Leistung im Erbsenzählen. Bernd Rauschenbach zum Beispiel, der Schmidts »Abscheu vor dem Organischen« in der Neigung zivilisierter Menschen findet, sich vor und nach den Vögeln zu waschen, überprüft das Gesamtwerk daraufhin, wie oft Schmidts Helden sich waschen (als ob nicht früher jeder Puffbesucher an der Kasse ein schmales Handtuch und ein kleines

Stück Seife gekriegt hätte) und zählt zudem, da es erstaunlich oft regnet, wenn gevögelt wird, penibel die Wasserläufe, Pfützen, stehenden Gewässer und Tiefausläufer, weil auch hier wieder irgendwas »konnotiert« ist (wie der wissenschaftliche Ausdruck dafür lautet, wenn eins zum anderen kommt). Da bleibt mir wohl nichts übrig, als mich in Zukunft miefend und klebend in die S-Bahn zu setzen, wenn ich nach Hause fahre und nie wieder am Wasser zu vögeln, aber auch nicht in der Wüste. Vorsorglich fragt allerdings der diesbezügliche Referent, ob das bekannte Liebesabenteuer in Schmidts *Gelehrtenrepublik* ähnlich tabubelegt ist wie Beischlaf im Grünen, denn immerhin ist die Sexualpartnerin in dieser Szene eine Zentaurin, d. h. untenrum ein Pferd (also hintenrum), oder ob wir davon ausgehen müssen, daß Sand metaphorisch betrachtet dasselbe ist wie Wasser.

Nun wäre es nicht weiter auffällig, wenn Ausflüge an Badeseen und Bootsfahrten sexuell »konnotiert« wären – wir haben unsere Mädchen auch immer an den Baggersee mitgenommen, weil man da eher einen spitzmachen konnte als in der Milchbar. Auch was das viele Wasser betrifft, könnte ich aufklären. Es war nämlich zu Zeiten des Schmidtschen Frühwerks der Regen weit unangenehmer als heutzutage, weil es noch keine Buswartehäuschen gab. Man war unzureichend bekleidet, besaß kein Auto, und die ungeheizten Räume taten ein übrigens, um den Geschlechtsverkehr zu einem echten Kontrastprogramm zum deutschen Dauerwetter zu machen. Aber da sind die Vorträger drauf vorbereitet. Sex unter Primaten ist immer eine Sauerei. Nur rein pflanzliche Sexualität ist unbedenklich. Sodomie mag angehn, wegen des geringen Fortpflanzungsrisikos. Der »Sündenfall beim Übergang von der Flora zur Fauna« (Reemtsma) – das sei Schmidts Thema und Weltanschauung, und deshalb mag Reemtsma uns nur in einer Hinsicht beruhigen: »Ein neurotischer Mechanismus liegt nicht vor.«

What else? Ach, ja. Reemtsma weiß wenigstens auch, warum Schmidt seinen Körper nur für eine Vorrichtung hält, die dazu dient, mit dem Kopf nicht auf der Erde zu schleifen. Er habe sich, meint der Mentor aller Schmidt-Exegeten, zu jener Kategorie der Autoren gezählt, deren Haltung die Würde sei – »die Haltung, die übrig bleibt, wenn, aus was für Gründen auch immer, Affirmation und Verleugnung verboten sind.« Das ist zwar Quatsch, da Schmidt stets wußte, wofür und wogegen er war und kein Verleugnungsverbot je akzeptiert hat, erlaubt aber den Rückschluß: »Würde ist eben keine Haltung, die irgend zu Sex und Eros paßt.« Nun ja. Wenn Herr Reemtsma das meint, soll er’s halt lassen, wenn’s so schlecht paßt zu dem, was er für Würde hält. Forschung ist schrecklich.

Arno Schmidt Stiftung, Bargfeld: *Timbuktu. Bloemfontein – Sieben Vorträge zur Sexualität im Werk Arno Schmidts.* Hefte zur Forschung, Bd. 4. Bargfeld 1998, 152 Seiten, 30 Mark

---

Peter O. Chotjewitz schrieb in KONKRET 5/97 über die Ikone Che

Konkret 02/99, S. 60

Gerhard Scheit

Deutsche Dissonanzen

Der Sonderstab, die lustige Witwe und eine metaphysische Spieldose. Über drei neue Bücher zum Thema Musik und Nationalsozialismus

»Alt muß die Erde werden, / bis der Haß, / der sich blutig mühte, / das Rätsel Jude zu lösen, / den Einfall bekam, / es aus der Welt zu werfen mit Musik«
Nelly Sachs: *Eli*

Die Musik gilt unter Deutschen als eine besonders deutsche Kunst: intensivster Ausdruck der eigenen Produktivität und erhabenstes Instrument, Loyalität zu bekunden. Von der Architektur, der solche Eigenschaften mitunter auch zugeschrieben werden, unterscheidet sie sich durch stärkere Verinnerlichung. Scharfe Konturen gewinnt dieses innere Deutsch-Sein jedoch erst, wenn es sich gegenüber der falschen Produktivität, jener mit mangelnder Tiefe und Schöpfertum – also der nicht-loyalen, nur raffenden, nicht schaffenden – , abgrenzt und diese zunächst bestiehlt, um sie dann in Eintracht mit dem Staat zu vernichten. Schon Richard Wagner griff seine Konkurrenten Meyerbeer und Mendelssohn sowie die jüdische Musikkritik mit dem Vorwurf an, sie seien nicht schöpferisch im eigentlichen Sinn. (Nicht zufällig glaubte Schönberg, im Moment, da er sich am weitesten von der eigenen Musik entfernt hatte, mit seiner Kompositionsmethode die Vorherrschaft der »deutschen Musik« zu sichern; nicht zufällig auch meinte Webern, als er innerlich zum deutschen Staatsbürger geworden war, jemand müsse versuchen, »das Hitler-Regime von der Richtigkeit des Zwölftonsystems zu überzeugen« – ohne freilich zu bemerken, daß es sich dabei um einen Sabotageakt gehandelt hätte.)

Diese deutsche Ästhetik wurde mit dem »Sonderstab Musik« in die Praxis umgesetzt, der innerhalb des Einsatzstabs von Reichsleiter Rosenberg in den besetzten Gebieten eine Arbeit leistete, die nun der holländische Wissenschaftler und Journalist Willem de Vries in dem Band *Sonderstab Musik* dokumentiert hat. »Nie zuvor gab es in der Geschichte Europas eine größere Beschlagnahmung, Verschleppung und Zerstörung von Kulturgütern als im Zweiten Weltkrieg.« Es handelte sich dabei um schätzungweise sechzehn Millionen Kunstwerke. Unter diesen zu »organisierenden« Gütern kümmerte sich der »Sonderstab Musik« um die Handschriften, Partituren, Druckausgaben, Musikinstrumente, Musikbücher etc. Beim Einsatzstab Rosenberg wurde natürlich alles bis auf den letzten Pfennig abgerechnet und bis zum letzten Klavierstuhl registriert. So wird z. B. im Bericht vom 8.8.44 der Dienststelle Westen aufgelistet, daß 68.441 jüdische Haushalte durchsucht und 26.769 Güterwaggons mit einem Laderaum von 1.070.778 Kubikmetern beladen wurden, um das arisierte Gut nach Deutschland zu bringen.

Da es sich aber um Deutsche und Deutschösterreicher handelte, die hier plünderten, mußte der Raub – wie es sich für anständige Menschen gehört, die ja bekanntlich keine Kriminellen sein wollen – motiviert werden – z. B. mit dem wiederholten Hinweis, daß die Juden Kunstwerke nicht aus künstlerischen Beweggründen sammeln würden, sondern nur als Kapitalanlage. Außerdem stamme das beschlagnahmte Gut letztlich aus Deutschland – so sei doch etwa der deutsche Ursprung des Reichtums der Familie Rothschild wohlbekannt. Im übrigen sei die Beschlagnahme auch als eine Art »Wiedergutmachung« (Herbert Gerigk) für die Vernichtung deutscher Kultur durch die Franzosen im Ersten Weltkrieg zu verstehen. (Das Wort »Wiedergutmachung« hat also tatsächlich genau die Herkunft, die es verdient.) Man betrachtete die Schätze zudem als »kleine Vergeltung« für die »großen Opfer«, die Deutschland für Europa im »Kampf gegen das Judentum« bereits erbracht habe und noch erbringen müsse.

Da das Deutsche seit dem 19. Jahrhundert immer wieder als die Heimat der eigentlichen Musik und der eigentlichen Wert-Arbeit herausgestellt worden war, konnte und durfte kein Deutscher mehr daran zweifeln, daß es sich bei der Beschlagnahme von was auch immer wo auch immer um Rückholung und Wiedergutmachung handeln müsse. Willem de Vries zeigt sehr eindrucksvoll, mit welcher Gründlichkeit, aber auch Eigeninitiative und Spontaneität die Musikforscher aus Deutschland zu Werke gingen, die damit Eichmanns Leuten um nichts nachstanden: So wurden beispielsweise Schallplattenfirmen inklusive Lager und Vertrieb in den Vororten von Paris aufgesucht, weil man hoffte, »dort große Mengen an jüdischer Musik (d. h. von Juden komponiert und aufgeführt) vorzufinden, aber auch atonale Kompositionen, die bekanntlich als ›entartet‹ galten«. Diese Materialien sollten dann zu Forschungszwecken den diversen wissenschaftlichen Institutionen der Nazis einverleibt werden. Noch die Gründlichkeit bei der Durchführung des Raubzugs wurde als Motiv für den Raub ins Treffen geführt. Und hier schlug die nationale Stunde der deutschen Wissenschaft: Die Musiksammlungen in Paris, hieß es, seien »lediglich aus Sammeleifer zusammengetragen«, aber man habe es versäumt, das Gesammelte auch produktiv zu machen: »Archive und Magazine seien stark vernachlässigt worden, und Hunderte deutscher Handschriften müßten noch katalogisiert werden, wobei ihr Wert noch immer nicht ermittelt sei. Französische Musikwissenschaftler seien offensichtlich nicht in der Lage, ihr eigenes Kulturerbe aufzuarbeiten und es der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.«

Daran machten sich nun die deutschen Forscher, die Rosenberg nicht nur im »Sonderstab Musik«, sondern auch beim Aufbau einer »Hohen Schule« als »oberster Stätte für nationalsozialistische Forschung, Lehre und Erziehung« tatkräftig unterstützten. Unter ihnen die angesehenen Vertreter der Musikwissenschaft der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik (Friedrich Blume, Wolfgang Boetticher, Karl Gustav Fellerer etc.), Österreich (Erich Schenk) und der DDR (Heinrich Besseler). So geht auch die wichtigste deutschsprachige Musik-Enzyklopädie der Nachkriegsjahrzehnte – *Die Musik in Geschichte und Gegenwart* in 17 Bänden – , die erst seit wenigen Jahren von einer neugeschriebenen Enzyklopädie gleichen Namens abgelöst wird, auf ein Projekt im Rahmen von Rosenbergs »Hoher Schule« zurück.

Während de Vries und Fred K. Prieberg (im Vorwort zu *Sonderstab Musik*) solche Kontinuitäten herausarbeiten, werden sie in Michael H. Katers jetzt auf deutsch erschienener Studie über Musiker im Dritten Reich systematisch ausgeblendet. So stört diesen Autor, einen Historiker aus Toronto, an Priebergs erster großer Studie zum Thema aus dem Jahr 1982 (*Musik im NS-Staat*) eben vor allem die »Schwarzweißzeichnung« und der »Ton«, den Kater als »oft schrill und anklägerisch« moniert. Katers Ton hingegen ist oft fad und verharmlosend; schon der Titel hat etwas Operettenhaftes: *Die mißbrauchte Muse* (*The Twisted Muse*). Im einzelnen liefert Kater allerdings einige aufschlußreiche Einblicke in den Musikbetrieb des Dritten Reichs. Bei einigen prominenten Fällen gelingt es ihm, bisher gepflegte falsche Einschätzungen zu korrigieren – so wenn er Furtwänglers kontinuierlich und bis zuletzt aufrechterhaltene Nähe zur Führung des Dritten Reichs beschreibt, während er für Richard Strauss neues entlastendes Material aus den Archiven präsentiert und die Restriktionen hervorhebt, denen der wohl berühmteste Komponist im damaligen Deutschland mitunter ausgesetzt war. Auch die Begeisterung von Anton Webern für Hitler und den NS-Staat, die man bis heute gerne verschweigt, wird von Kater in erforderlicher Offenheit – und auch Ratlosigkeit – zur Sprache gebracht. Beklemmend ist ebenso, was der Autor diesbezüglich über Hermann Scherchen und Hans Heinz Stuckenschmidt zutage fördert.

Doch Kater mutet sich insgesamt zuviel zu: Er schreibt z. B. über Texte, die er offensichtlich nicht gelesen hat, und präsentiert eine Neuauflage von Blessingers berüchtigtem, bereits 1939 erschienenem Machwerk *Mendelssohn, Meyerbeer, Mahler* unter anderem Titel (*Judentum und Musik*) als ein 1944 erstmals publiziertes Buch. Bedeutend schwerer als dieser Lapsus wiegt allerdings, daß die auf Vernichtung der Juden zielende Publikation in der gewohnten bagatellisierenden Art als »boshafte (sic!) Schmähschrift über die Juden« apostrophiert wird. Oder er gibt die Vermutung, daß Clemens Krauss wegen der Absetzung von Kreneks Oper »Karl V.« Wien verlassen habe, als Tatsache aus, ohne darauf hinzuweisen, daß Krenek u. a. Clemens Krauss selbst für die Absetzung verantwortlich macht. Er wiederholt längst bekannte und gesicherte Fakten über das Verhältnis von Bayreuth zum Dritten Reich, statt strittige und bisher unerforschte Punkte zu beleuchten, wie etwa das informelle »Parsifal«-›Verbot‹ nach Kriegsbeginn. Dafür wird aber dreimal hintereinander darauf hingewiesen, daß Carl Orff von Igor Strawinsky beeinflußt war (einmal wäre beim bayrischen Komponisten für rhythmische Gymnastik schon der Ehre zuviel gewesen).

Geradezu stupend jedoch ist die Ignoranz, die der Autor gegenüber allen politischen Fragen an den Tag legt, die seit der Debatte um Goldhagens Buch über Hitlers willige Vollstrecker aufgeworfen worden sind. Hier bewährt sich die Musik ein weiteres Mal als Zufluchtsort des Unpolitischen. Warum jemand zum Nazi wird, erklärt Kater etwa damit, daß er »xenophob« erzogen worden sei – und merkt nicht, daß damit nichts erklärt ist. Alfred Rosenberg wird kurzerhand als »Steinzeitmensch« abgetan, und was kann ein Steinzeitmensch schon mit klassischer Musik anfangen? Aber Rosenbergs Barbarei ist eben nicht Barbarei im ursprünglichen Sinn, sondern Dokument einer spezifischen Kultur. Weder Hitler noch Rosenberg sind etwa ohne Wagner denkbar (so wenig sie mit ihm auch identifiziert werden können).

Solche Fragestellungen, ja überhaupt eine Reflexion der angewandten Kategorien und Methoden, sind Kater völlig fremd. Er entwickelt statt dessen ein ausgesprochenes Interesse an Intrigen – was den Verdacht bestätigt, daß es sich bei ihm um einen ausgepichten Opernliebhaber handelt. Sein Buch reduziert das Musik-System des Dritten Reichs im wesentlichen auf das Zusammenwirken und die Konflikte einiger großer (und ein paar kleinerer) Nazi-Persönlichkeiten und einiger großer (und ein paar kleinerer) Musiker-Persönlichkeiten. Welche Bedeutung der Musik bei der Formierung der Massen zur Volksgemeinschaft, bei der Verinnerlichung des NS-Staats, zukam, bleibt auch im Kapitel über die »Musik in den Institutionen« weitgehend im Dunkeln. Die Massen – das sind auf Katers Bühne eben nur die Statisten, die den Bühnenraum füllen, in dem die großen Individuen und Schurken ihren Kampf austragen. Um die Verstaatlichung und freiwillige Unterwerfung der Massen durch die Musik und in der Musik zu begreifen, hätten die historischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die Musikkultur der Rechten und der Linken – insbesondere die in Deutschland und Österreich vor 1933 bzw. 1938 besonders ausgeprägte Marschkultur – in Analyse und Darstellung einbezogen werden müssen. Auch in dieser Hinsicht erweckt der Autor den Eindruck, daß 1933 in Deutschland quasi über Nacht Steinzeitmenschen das Land besetzten.

Welcher Kunstbegriff dieser Studie zugrunde liegt, kann man sich nun schon denken: der des Liebhabers und Genießers, der sich das Vergnügen an der schönen Strauss- und Pfitzner-Musik durch keinen Nazi rauben läßt: »Daß die Politisierung von Musik letzten Endes nicht vollständig gelang, war wohl weniger Hitlers und Goebbels' Politik zuzuschreiben als der Tatsache, daß wirkliche Kunst kraft ihrer wahren Natur unverletzlich bleibt.« Da aber die Kunst in Wahrheit nicht

unverletzlich sein darf, hat sie auch keine wahre Natur, anderenfalls wird sie zur schönen Lüge. Daß nach Auschwitz nichts mehr selbstverständlich ist, was die Kunst betrifft, ein solcher Gedanke ist dem Buch freilich ganz fern – so fern wie die übrige Musiksoziologie von Theodor W. Adorno, der nicht einmal erwähnt wird, obwohl er doch auch ein Musiker im Dritten Reich und im Exil war. Bei Kater ist die wahre Kunst eben die lustige Witwe, der die Ehe mit dem finstersten Staat nichts anhaben konnte. So vermag der Autor nicht einmal auf den heimlichen Sinn einer amüsanten Anekdote zu kommen, die er in dem für ihn typischen Plauderton zum besten gibt: Der aus Wien geflüchtete moderne Komponist Ernst Krenek spielte 1938 sein aggressiv atonales Klavierkonzert in Boston – und eine ältere Dame im Publikum meinte, höflich applaudierend und ihrem Mann zugewandt: »Die Zustände in Europa müssen grauenvoll sein!«

In einem umfangreichen Manuskript hat Ernst Krenek wenig später versucht, diese »grauenhaften Zustände« in Form einer Autobiographie festzuhalten. Es ist jetzt unter dem Titel *Im Atem der Zeit* und dem treffenderen Untertitel *Erinnerungen an die Moderne* erschienen. Der Schock, mit dem Krenek die Zustände in Europa zu Bewußtsein gekommen sind, hat den Vierzigjährigen wohl dazu getrieben, seine Memoiren zu beginnen und nicht eher zu ruhen, als bis 1.000 Seiten über die Jahre vor 1938 zu Papier gebracht waren – in sechs langen Kapiteln ohne Absätze, Leerzeilen und Zwischenüberschriften. Diese sind vom Herausgeber nachträglich eingefügt worden, um den Text lesbarer zu machen, wodurch allerdings etwas vom eigentümlich monomanen Charakter dieser Aufzeichnungen verlorengegangen ist.

Was Kreneks schier unglaublichen Redefluß von den üblichen geschwätzigen Autobiographien unterscheidet, ist die Fähigkeit zu rückhaltloser Selbstreflexion. Darin geht das Buch des bekennenden Katholiken auch über eine bloße Beichte hinaus – der Beichtvater ist nämlich niemand anderer als Krenek selbst, und der Beichtende, so katholisch er sich auch geben mag, weiß insgeheim, daß es keinen Sündenablaß gibt. Hier liegt die eigentliche Obsession dieses Textes: »Ich nehme an«, heißt es einmal, »daß das ziemlich albern klingt, aber ich muß darüber berichten wie über alles andere auch.«

Die schlimmste Sünde, die Krenek zu berichten weiß, ist, daß er 1933 der Deutschen Gesellschaft für Aufführungsrechte eine Erklärung schickte, worin er darlegte, daß er ein österreichischer Staatsbürger mit arischen Vorfahren sei. Aber anders als etwa Ödön von Horváth begriff Krenek offenbar sofort, auf welche Seite er sich damit gestellt hatte – seine anhaltende »Scham« über die Erklärung verhalf ihm schließlich zu einem untrüglichen Bewußtsein von den Gefahren des Antisemitismus.

Von Reflexionen gebrochen ist darum das Verhältnis zur katholischen Kirche und zum »Ständestaat«, für den sich Krenek – von seinem intellektuellen Leitstern Karl Kraus nicht unwesentlich beeinflußt – eine Zeitlang engagierte. Daß er kein Austrofaschist mit Haut und Haaren und Blut und Boden wurde, hat nicht nur mit seiner Verehrung für Kraus, sondern auch mit der Bewußtheit zu tun, mit der Krenek, als Sohn tschechischer Eltern in Wien geboren und aufgewachsen, seinen Außenseiter-Status akzeptierte: »Im Laufe meines Lebens habe ich häufig bemerkt, daß ich ein sehr geringes oder gar kein Gruppenbewußtsein habe. Es fängt damit an, daß ich keiner der nationalen oder rassischen Einheiten angehöre, die heute als einzig wahres Integrationssystem allgemein anerkannt werden. Ich bin weder Tscheche noch Deutscher, und Österreicher zu sein, erscheint praktisch jedem lebenden Menschen als eine künstliche Abstraktion.«

Gerade mit dieser »künstlichen Abstraktion« hat sich Krenek aber eine gewisse Zeit ausdrücklich identifiziert, vielleicht weil sie für ihn am weitesten von jener biologistisch-rassistischen Konkretionswut entfernt lag, die er mit Recht vor allem im Deutschen dingfest machte. Kreneks Ausfälle gegen die Deutschen, die er zur Zeit seines Studiums in Berlin bei Schreker und später während des Erfolgs von »Jonny spielt auf« kennenlernte, gehören zu den mit sichtlichem Vergnügen ausgefeilten Partien des Buchs: »Natürlich war es der Traum eines jeden rechtschaffenen Deutschen, eine Position zu erreichen, die es ihm erlaubte, über seine weniger glücklichen Mitbürger Macht auszuüben, und diejenigen, die nicht im Dienst der Regierung standen, versuchten zumindest, die Haltung der Polizisten zu imitieren ... Natürlich gab es Ausnahmen, aber das war die Regel, und es waren nicht die Nazis, die sie aufgestellt hatten, sondern der Nationalsozialismus wurde möglich, weil diese Mentalität herrschte.«

Am besten ist ein Buch, wenn sein Autor über das noch staunen kann, was er doch selber am besten kennt. Im Falle Kreneks sind es die Jahre vor 1938 in Österreich: die vielen Initiativen und Initiatoren, ideologischen G'schaftlhuber und sozialfürsorglichen Philosophen, die damals unterm austrofaschistischen Regime geduldet wurden und mit denen Krenek selbst mitunter zusammenarbeitete (»Wir tranken ziemlich viel Wein und brachten nichts zustande«); das Feuilleton der regierungsamtlichen »Wiener Zeitung«, in dem kritischere Artikel als in jeder anderen Zeitung erscheinen konnten; oder Willi Reich, Schüler von Alban Berg und mit Krenek zusammen Herausgeber der kritischen Musikzeitschrift »23«, der nebenbei Mussolinis Werke ins Deutsche übersetzte – und niemand anderer als Krenek las Korrektur.

Gerade in diesen Abschnitten macht Kreneks Erzählfreude deutlich, wie fremd ihm doch selbst jene Negativität geblieben ist, die ihn an Karl Kraus ebenso wie an Theodor W. Adorno faszinierte. Und dies ist auch die Kluft, die seine Jazzoper und seine neuromantischen Stücke, mit denen er an der Ästhetik der zwanziger Jahre partizipierte, von Weills »surrealistischer« Musik und seiner eigenen Zwölftonoper »Karl V.« – die jene künstliche Abstraktion, Österreicher zu sein, in Musik setzte – , von Bergs »Lulu« und Schönbergs »Moses und Aron« trennt. Krenek stellte dem kritischen Impuls der Moderne, der sich

noch gegen Schönbergs Willen in dessen Kompositionen durchsetzen konnte, etwas Positives, Konstruktives entgegen – ein ideelles Österreich gewissermaßen.

Und eigentlich hat diese merkwürdig antimoderne Haltung inmitten der Ausdrucksweisen der Moderne seine vollkommene Außenseiter-Stellung begründet. Charakteristisch jedenfalls das von Krenek zweimal – im Liederzyklus »Gesänge des späten Jahres« und am Ende von »Karl V.« – eingesetzte Mittel, Ewigkeit zu komponieren: Er simuliert die Mechanik einer Spieldose – und meint es ganz ernst damit. Die barocke Idee der Spieldose verdankt sich aber letztlich der kaum artikulierbaren Angst, daß die Kunst am Ende ist, wenn der Nationalsozialismus beginnt: »Das Wort entschlief, als jene Welt erwachte.« In einem »Resümee« am Ende des Buchs beschreibt Krenek mit großer Intensität das Grundgefühl seines Schreibens: »daß es alles verloren ist – unwiederbringlich verloren, weil es nicht artikuliert werden kann ...«

Willem de Vries: *Sonderstab Musik. Organisierte Plünderungen in Westeuropa 1940-45*. Verlag Dittrich, Köln 1998, 380 Seiten, 49 Mark

Michael H. Kater: *Die mißbrauchte Muse. Musiker im Dritten Reich.* Europa Verlag, München/

Wien 1998, 576 Seiten, 58 Mark

Ernst Krenek: *Im Atem der Zeit. Erinnerungen an die Moderne.* Hoffmann & Campe, Köln 1998, 1.020 Seiten, 98 Mark

---

Gerhard Scheit schrieb in KONKRET 12/98 über das »Arbeitsprogramm« des Frankfurter Instituts für Sozialforschung

Konkret 02/99, S. 63

Martin Büsser

Melodie & Rhythmus

F.S.K.: Plays Tel Aviv And Eleven Other Originals Sub Up

Über Glamrock (kurzer Einwand gleich zu Beginn: War das nun Rock oder Pop? Vielleicht musikalisch eher Rock, der Haltung nach eher Pop?), über Glam also war im Feuilleton der »Süddeutschen Zeitung« zu lesen: »Licht und Farbe brachten die Glam Rocker und Harlekine des Showbiz wie Brian Ferry oder Marc Bolan ins triste England der Siebziger. Mit Stil und Exzeß attackierten sie das Beatles-Einerlei und die ›Echtheit‹ der Hippies. Sie zelebrierten die Maske; die Performance wurde so wichtig wie die Musik.« Es ist schon possierlich, wie schnell und gehorsam das Pop-Segment innerhalb der bürgerlichen Presse inzwischen auf »Spex« zu reagieren weiß: Kurz nachdem an Kölner Tresen ein neuer Trend oder auch nur der Remake eines alten Trends ausgemacht wurde, antworten bereits »die Großen«, verarbeiten vermeintliche Insider-Infos zu Gemeinplätzen, die als Frühstückslektüre für Jungunternehmer funktionieren.

Harlekinaden, wie der SZ-Mitarbeiter schreibt, waren allerdings weniger Sache des Glam als des Progressiv-Rock (all die verwunschenen Welten bei Genesis, Yes und Gentle Giant); durch »Exzesse« fielen seinerzeit noch immer die echten, mit Whiskey gefüllten Rocker auf, nicht die Kunststudenten von Roxy Music; »Performance« dagegen – ist das nicht eher Betätigungsgebiet der im »Beatles-Einerlei« verstrickten Yoko Ono gewesen?

Revivals wie die derzeit über den Film »Velvet Goldmine« lancierte Rückbesinnung auf Glam erfüllen wohl neben aller ökonomische Berechenbarkeit vor allem das Bedürfnis nach Retro-Glückseligkeit. Im Rückgriff kann die Gegenwart vertagt werden und mit ihr auch die Frage danach, warum der Pop unserer Tage meist so nichtssagend und gräßlich geworden ist. Zumindest Produktmanager konnten aus der Pop-Entwicklung der Neunziger lernen, daß nahezu jeder Stil aus der Vergangenheit verklärt und vermarktet werden kann, sobald er nur, als reiner Stil, seines historischen Kontextes beraubt worden ist. Und so besteht nun auch die Gefahr, daß vom großen Desillusionierungs-Theater namens Glam heute jene Effekte, die darauf zielten, Pop als reines Spektakel bloßzustellen, ihrerseits nur noch als Spektakel wahrgenommen werden.

Glam ist allerdings mehr als nur ein historischer Stil, der zwischen 73 und 76 das Warten auf Punk verkürzte, er ist vor allem eine Methode, an der sich auch heute noch Pop-Produkte messen lassen: Wo die Warenförmigkeit des Dargebotenen nicht geleugnet wird, wo das Spiel mit Images als solches kenntlich gemacht wird, ist fast immer eine Spur Glam beigemischt. So auch in der ständigen stilistischen Neupositionierung von F.S.K., einer Band, die nun, nach einer Phase hybrider Folklore zwischen Tegernsee und Tennessee, vom Discofieber gepackt wurde. Seit siebzehn Jahren befindet sich die Band bewußt auf der Suche – nicht nach einem eigenen Stil, sondern nach Wegen, ein auf Stile fixiertes Publikum zu enttäuschen. Nachdem F.S.K. dafür gelobt wurde, »noch so richtig handgemachte Musik zu spielen«, erklärt Thomas Meinecke, »mußte das Yamaha Keyboard her.«

Auf »Tel Aviv« will (zum Glück) mal wieder nichts so richtig zusammenpassen. Disco gepaart mit Steel guitar, Glockenspiel und Mandoline macht das schönste Giorgio-Moroder-Retro kaputt. Über altbackene Melodien, die wie ein furchtbares Medley aus der Rüdesheimer Drosselgasse klingen, wird auch noch der coolste Groove gebrochen. Obwohl zu 80 Prozent eine Instrumentalplatte, führt »Tel Aviv« vor, wie Brechtsche Verfremdung über die Wahl von Melodien, Instrumenten und Melodie-Kombinationen auch im Pop wirksam Identifikation verhindern kann. Genau gegen jenen Jargon, in dem Firmen Platten als »Melange aus Modern Jazz, Funk, Soul und Dancefloor« anpreisen, setzt F.S.K. ein Gemisch, das Stile aus der Vergangenheit nicht nostalgisch besetzt, sondern analytisch aufdröselt. »Tel Aviv« ist dadurch jedoch keine kalte, destruktive Platte geworden, sondern eine, die in bester Glam-Absicht Emotionen schafft und zugleich die Methoden durchschauen läßt, über die sie geschaffen werden.

Various Artists: Great Jewish Music – Marc Bolan; Tzadik / Ninety-Nine Distribution

Selbst John Zorn erlag dem androgynen Charm des Glam und stellt ihn – ähnlich wie F.S.K. mit ihrer Namensgebung »Tel Aviv« – in einen jüdischen Kontext: Nach Burt Bacharach und Serge Gainsbourgh setzt er Marc Bolan in der Reihe »Great Jewish Music« ein Denkmal. Neben vertrauten Namen aus dem Zorn-Umfeld (Arto Lindsay, Marc Ribot, John Medeski, Gary Lucas) haben sich hier die Melvins, The Tall Dwarfs, Sean Lennon und ein paar andere zur Neuinterpretation des Glitzersounds zusammengefunden. In den schlechtesten Fällen handelt es sich um ein reines »Tribute to...«, um den bemühten Versuch, die Stimmung der Originale einzufangen. Dort jedoch, wo die griffigen Stücke von T. Rex zwar in ihrer einfachen Struktur belassen, allerdings in ein anderes musikalisches Terrain versetzt wurden (am eigenwilligsten bei den Melvins als Slow-motion-Hardrock), wird deutlich, daß gute Songs auch noch verfremdet und verschreddert gute Songs

bleiben. Interessanter als die Tatsache, daß Musiker aus den verschiedensten Genres einen Sampler mit Cover-Versionen von T. Rex aufgenommen haben, ist John Zorns erneut angewandte Strategie, das ganze als »Great Jewish Culture« zu verorten. Während die Veröffentlichungen zu Bacharach und Gainsbourgh noch eine Begründung mitlieferten – und sei es nur im Negativen, daß Gainsbourgh seine jüdische Identität aus Angst vor Antisemitismus verborgen habe – kommt der Marc-Bolan-Sampler ganz ohne Erklärung aus. Der CD-Text informiert lediglich, daß Bolan ein Meister der Vereinfachung war und damit einen großen Einfluß auf Punk hatte – sicher keine einleuchtende Charakterisierung von »Jewish Music«. Was »Radical New Jewish Culture« ist oder sein könnte, hatte John Zorn selbst 1992 lediglich in einer Liste von Fragen formuliert, etwa: »Ist der geniale jüdische Hang zur Mythenbildung für die zornigen Mythen-Zertrümmerer des Punk, Hardcore oder deren Vorläufer im Rock (wie Lou Reed, Iggy Pop oder Neil Young) von Nutzen? Verbindet sich für jene, deren Werk Zeichen, Einflüsse oder Aneignungen des Punk und Hardcore aufweist, die Wut auf die bourgeoise Yuppie-Gesellschaft mit dem archetypischen jüdischen Anteil an der Geschichte von Exil und Unterdrückung ...?«

Vielleicht wurde Zorn mißverstanden, als Kritiker ihm vorwarfen, er versuche, Jüdisches als ethnische Identität festzuschreiben. Der Marc-Bolan-Sampler bietet eine andere Lesart an: Bolan, Teenie-Star, Meister der Verstellung, ist ein auf nichts gebauter Mythos gewesen, der schöne Glanz der bloßen Oberfläche. Im Kontext von »Jewish Culture« wird damit eine Figur vorgestellt, die keinerlei Form von Identität verheißt, sondern über die sich Identität als bloße, bisweilen große Kunst der Inszenierung zu erkennen gibt. Glam, jüdisch kodiert, meint Spaß an der Verkleidung und damit ein tiefes Mißtrauen gegenüber Pop als authentischem Lebensentwurf. Das erklärt vielleicht auch die Unbefangenheit vieler Sampler-Beiträge, jene Ironie, über die sogar ein Schweinerock-Gitarrensolo (auf Bucketheads Version von »20th Century Boy«) zur reinen Freude wird.

Konkret 02/99, S. 64

Kay Sokolowsky

Film & Theater

Das große Krabbeln

Regie: John Lasseter; USA 1998 (Disney/Pixar); 96 Minuten; ab 11.2. im Kino

Antz

Regie: Eric Darnell, Tim Johnson; USA 1998 (Dreamworks SKG); leider nicht mehr im Kino

Star Trek IX – Der Aufstand

Regie: Jonathan Frakes. Mit Patrick Stewart, Donna Murphy; USA 1998 (Paramount); 120 Minuten; seit 31.12.98 im Kino

Das Kino der späten Neunziger verfügt, technisch und thematisch, über Möglichkeiten und Freiheiten, die nur mehr phantastisch zu nennen sind. Die Entwicklung des computergemalten Filmbildes während der vergangenen acht Jahre, von Camerons »Terminator 2« zu Camerons »Titanic«, die praktisch grenzenlose Vielfalt der Geschichten, die sich heute überzeugend erzählen lassen, quasi-authentisch, von »Forrest Gump« bis »Jurassic Park«, scheint alle Filmtheorie, die vom digitalen Effekt noch nichts wissen konnte, überholt zu haben. »Geflügelte Engel«, schreibt beispielsweise Siegfried Kracauer in *Theorie des Films* (1960), »müssen bühnenmäßig gestellt werden; und es ist unvermeidlich, daß sie mit ihren angeklebten Flügeln wie Kulissengeschöpfe aussehen«; er behielt den glaubhaft »filmischen« Special effect – der zu seiner Zeit auf einfache Kameratricks wie Doppelbelichtung, Zeitlupe oder Stop motion beschränkt war – Sequenzen vor, die entweder ihr »Spielerisches« herausstreichen oder als Halluzinationen kenntlich sind, die also der Unzulänglichkeit des Effekts durch die Unwirklichkeit des Kontextes aufhelfen.

Das Kino hat den alten Bühnenzauber längst nicht mehr nötig: Es kann buchstäblich alles darstellen, Engel so gut und »realistisch« wie Teufel; und der Tag rückt näher, da es ganz auf Schauspieler und Sets verzichten wird und alles der Software überläßt. »Das große Krabbeln« mag Figuren vorführen, die ihre Herkunft vom alten Trickfilm nicht nur nicht verleugnen, sondern aufs cleverste ausstellen – was bei den riesigen Bambibaugen der Helden beginnt und mit den zahllosen Hommagen an die Puppen-Animationen von Henry (»Nightmare before Christmas«) Selick noch lange nicht endet – : Es sind freilich hyperrealistische Hintergründe, mit denen die neue Pixar-Produktion besonders prunkt und prangt. Als wollten Regisseur Lasseter und sein Team einen ironischen Gruß an Herrn Kracauer senden, lassen sie ihre phantastischen Geschöpfe vor Kulissen agieren, die eben nicht nach Kulissen aussehen (obwohl an ihnen noch weniger »echt« ist als an einer Dekoration im »Cabaret zum faulen Ei«). Die Ameisenkolonie, von der »Das große Krabbeln« erzählt, haust unter einem alten Baum, der zweifellos die bezauberndste, komplexeste Illusion abgibt, die je einen Computer verlassen hat: Abertausend Zweige und Blätter in asynchroner Bewegung; Schattenspiele, »Geflunker« (Eckhard Henscheid) und Oberflächentexturen sonder Zahl – man möcht' am liebsten auch drunter wohnen.

Die Kolonie, in der es so idyllisch und saturiert zugeht wie nur je in einem Königreich, das nicht von dieser Welt, sondern aus Hollywood stammt, hat vor langer Zeit die Begehrlichkeit einer brutalen Heuschreckenbande geweckt, die nun alljährlich den Zehnten vom Wintervorrat abgreift. Zu Beginn des Films hat Flik (genial, aber tolpatschig) das Schreckenopfer aus Versehen verklappt und muß nun zusehen, wie er seine, ähm, Leute vor der grausamen Strafe der Ausbeuter bewahrt. Er zieht hinaus in die Welt (d. h. zwei Büsche und eine Pfütze weiter), engagiert eine verkrachte Wirbellosen-Zirkustruppe als Söldner, scheitert aber im entscheidenden Moment an der traditionellen Furchtsamkeit und Kleingläubigkeit seiner Landsleute. Wie Flik und die Artisten zuletzt doch triumphieren und die Insel der Ameisen in eine der Glückseligen verwandeln, sollte man schon gesehen haben; wie überhaupt jeder, der sich bloß ein bißchen für Kino interessiert, dieses abgefeimte Wunderwerk aus Timing, Humor und visuellem Ingenium studiert (und Randy Newmans makellose Musik gehört) haben sollte.

Und sei es nur, um festzustellen, daß allein in der vollendeten Virtualität noch von Dingen geredet wird, die mit dem Zustand des kapitalistischen Globus wirklich zu tun haben. Gleichwie der schönere Originaltitel »A Bug's Life« anspielt auf Chaplins frühes, märchenhaftes Meisterwerk »A Dog's Life« , überführt Lasseters Film die trübe Realität der Terms of trade in eine Fabel frei nach Aesop: Fliks *Kolonie* ist nicht nur im entomologischen Sinne eine; und die vielen Anspielungen auf »Die glorreichen Sieben«, die das Stück enthält, haben weniger parodistischen als eher den Sinn, an die alte Schuld der USA gegen Südamerika zu erinnern, die jener Western einst symbolisch sühnen wollte und von der heute das amerikanische Establishment so wenig wissen will wie das europäische von seiner in Afrika und Asien.

Klassen- und Kontinentalgegensätze werden, so tief ist der Diskurs gesunken, Ende des 20. Jahrhunderts unter Gliederfüßlern verhandelt – als wäre es nicht zum Aushalten, redete ein Unterhaltungsfilm unvermittelt von ihnen (wie

einst, vor ewig und zwei Jahrzehnten war's, der Italowestern oder, etwas früher, der Piratenfilm). Gleiches gilt für »Antz«, den ersten Computertrickfilm aus dem Hause Dreamworks. Technisch und visuell kaum weniger brillant als der von Pixar, in der Gestaltung der computergenerierten Krabbeltiere sogar um einiges raffinierter, planloser allerdings in den Pointen und der Dramaturgie, berichtet »Antz« von der erfolgreichen Einführung der Basisdemokratie in einen parafaschistischen Ameisenstaat.

»Antz« träumt von einer Revolution, die derzeit nirgends auf der Erde möglich scheint, wiewohl sie nirgends auf der Erde, vielleicht nicht mal auf Kuba, so nötig ist wie heute. Dieweil der Major film, der noch mit »authentischen« Darstellern operiert, jegliche Hoffnung auf irgendeine Änderung des Status quo aufgegeben hat und sich bestenfalls nostalgischen Träumen von Freundschaft (»Ronin«), Altruismus (»Armageddon«) oder einem Leben vor diesem Leben (»Velvet Goldmine«) hingibt, hat der annonciert phantastische Film das vakante Amt übernommen, von der Politik und der Utopie zu reden.

So auch »Star Trek IX – Der Aufstand«. Aber das restaurative und reaktionäre Klima der Endneunziger, dieses Jahrzehnts der Gegenaufklärung und Barbarisierung, färbt zuletzt sogar ab auf eine Science-Fiction-Serie, die noch in Folge VIII, »Der erste Kontakt« (1996), ein zähes Zutrauen in die Menschheit und ihre Fähigkeit zum Meutern bekundete. Angesichts einer (ziemlich mickrigen) Verschwörung einiger »Sternenflotten«-Offiziere mit dem sadistischen Volk der Son'a gegen die pazifistischen, unsterblichen Ba'ku schlägt die Brückenbesatzung der »Enterprise« gegen die Usurpatoren zurück und rettet, mehr aus Routine als Überzeugung, einen Planeten, der ebenso erhaben wie langweilig aussieht – wir erleben, allenfalls, eine Meuterei auf dem Holodeck, mehr nicht. Der »Aufstand«, von dem der Titel deliriert, rettet schließlich ein System, das vor lauter Erstarrung implodieren müßte, wüßten seine ewigjungen Untertanen nur entfernt, daß sie am *Leben* sind. Captain Picard, der weiseste Mann aller Zeiten, bleibt folglich auf dem Planeten des ewigen Faceliftings so alt und kahl, wie wir ihn brauchen: wenigstens *ein* echter Rebell.

Und so behält die überkommene Filmästhetik zuletzt doch recht gegen die grandiose Technologie, die sie nicht mal geahnt hat. Die den »realistischen Bildern« (»Der Aufstand« trumpft auf mit »spektakulären« Außenaufnahmen, die seine Produzenten in der kalifornischen Sierra Nevada anfertigen ließen) »auferlegte Verpflichtung, das Unwirkliche als wirklich erscheinen zu lassen«, schreibt Kracauer, »verleiht ihnen selber ein unwirkliches Aussehen. Daher denn auch der Eindruck starrer Künstlichkeit, den diese Filme hervorrufen.« Die stupenden Möglichkeiten des modernen Kinos sind dem Mut seiner Direktoren weit voraus. Daher ist es z. Zt. klüger, im Computer- und Krabbeltierfilm die Utopie zu suchen, die der »Real«-Film seit der totalen Verwertung der Welt nicht mehr zu zeigen wagt.

Konkret 02/99, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Immer / wenn ich in zuu zaagen Stunden / an der / größtentheils von der herrschenden Klasse verschuldeten Entfremdung verzweifle / und / oder wenn ich vom Volumen des Universums mich verurtheilt spüre zur zichoriebitteren Erkenntnis/ daß ich ein ihm an Reichweite in jedweder Hinsicht unterlegner Fliegengewichtler bin / dessen knockout nicht ganz unbeschlossne Sache ist / immer dann suche ich / wiewohl wissend / daß der Schnee vom vergangenen Jahr unwiederaufwärmbar ist / und daß die Pflicht des Dichters ist / täglich dreimal nach dem Essen / frischauf mit dem Feindesfreund / dem Worte / sich zu messen // Trost im wohltemperierten Erlebnisspeicher unterm Schädeldach / erinnre ich mich jener Stunden / da ich / wie ein in guter Butter rausgebackner Karpfen glücklich war / nämlich: der Lesungen (im »gemischten Doppel«) mit Hermann. Wir sind da mal im Luegerwien Scharangs, mal im Gewerkschaftshaus zu Linz, mal in Mönchengladbach, wo Ewald Lienen einst spielte, der 68er, der heute jeden rassistischen Ausfall des Rostocker Mobs in sein Trainerbüchlein einschreibt, mal sind wir in Mainfrankfurt im Voltaireclub, mal im Kölner Buntbuch, mal im Café der Roten Ruhr Uni zu Bochum – und jedesmal geht der Bunte Abend auf wie der Muttermund, wie der Mond über Surabaya, wie der Teig unterm Ruhetuch. Das Publikum und wir, jeder hat sein Bestes mitgebracht. Erstres seine Sehnsucht, endlich einmal gesundheitsunschädlich unterhalten zu werden, und wir die Garantie, ees ihm zu besorgen wie Fréderic Prinz zu Anhalt seiner Zsa Zsa Gabor ees besorgt. Die Mikros auf dem Lesetisch haben (einszweieinszweiplopplop) ausgesteuerten Saft, die Getränke zum Benetzen der Leselippen (Hermann Tafelwasser, ich Flaschbier) stehn bereit, und dann beginnt Hermann (Abt. Wahrheit) mit einer tief in die jüngern und die Altlasten der Bourgeoisie hineinfahrenden marxistischen Prosasonde, und nach diesem, die aprilfrische Aufnahmefähigkeit des Publikums klug nutzenden Stück setz ich (Sektion Reim) immer diesen, Doktor Günter Amendt und Professor Volkmar Sigusch gewidmeten Funkspruch ab:

SOS Fellatio

99,7 per Cent der vom UNESCO Department for sexual behaviour befragten Männer in der Bundesrepublik Deutschland gaben, lese ich dieser Tage im Wissenschaftsteil der »FAZ«, **kund**

Sie seien bei ihrer Partnerin regelmäßig cunnilingusaktiv, während 98,4 per Cent der BefragtInnen erklärten, sie nähmen ihn nie in den **Mund**

Ich sage: Mir sind die Geschlechter und ihr Gebaren ja wurscht, wurschter noch wie Parkplatznot oder ein wie immer zusammengestoppelter **Gott**

Und doch rührt mein menschliches Herz die große Ungerechtigkeit zwischen der einen Nießnutz und der andern **Not**

Die sitzen doch beide, denke ich mir, im gemeinsamen geschlechtlichen **Boot**

Warum nur, o warum nur schlecken die einen tapfer die kolibriflügelflinke Zunge sich wund und die andern weigern den deep **throat**

Okay, das Glied schmeckt nicht selten nach Ellenbogen oder Lineal oder kaltem **Gänseklein**

Aber Madame Ehüm duftet ja auch nicht immer wie ein hochsommerlicher **Himbeerhain**

Wie gesagt: Mir ist das ganze Geschlechtliche ja wurscht, aber als an Befriedigungsschieflagen kritisch Interessierter wage ich zu **prophezein**:

Ändert sich da nicht ganz rasch was, dann wird, noch vor das III. Jahrtausend angebrochen ist, die Fellatio in Deutschland wie der Vogel Dronte oder die Vollbeschäftigung ausgestorben **sein**

Für Marit Hofmann der ich so manche Anregung verdanke:

Unlängst in Zeitungs Kulturtheil
Las ich ein slowenisches Gedicht
Des Kollegen Slowo Wenja
(Alle beide kannte ich nicht)

Das Gedicht war keins über die Flora

Und auch die Fauna kam kaum drin vor
Und es paßte weder ins tragische
Noch ins Humorressort

Es entbehrte der Benörgelung des Wetters
Und der Reflektion des Generationskonflikts
Der Hinterfragung Gottes
Und des Beförderungserschleichungsdelikts

Es ignorierte auch die Frage
Ob Deckung erlaubt sei vor Sicht
Es war bei Lichte gelesen
Ein endogen slowenischs Gedicht
Es bezog sich praktisch auf niemand
Und auch jemand fand nicht statt
Und unerwähnt blieben Währung
Und Fluß und Land und Stadt

Nie werde ich vergessen
Slowo Wenjas slowenischs Gedicht
Und sein massives Verzichten
Auf Bedeutungsübergewicht

Aus Anlaß des, Themen wie Sodbrennen nach Currywurstabusus und ob Meppen wieder aufsteigt in den Schatten stellenden , Jahrtausendwechsels, folgende, vom Schweizer Lutscherlhersteller Ricola gesponserte Umfrage:

Zum Demoskopen in res Millennium
Bestellt von Ricola Kräuterbonbon
Frage ich dich Tochter Zions
Und dich lieber Schwiegersohn

Begreift ihr die Zeitenwende
Als Falz oder Knick oder Bruch
Als Freifahrtschein ins Grüne
Oder als rotes Tuch

Verheißt euch die Zeitenwende
Ein Mehr an weniger Hass
Oder wird die Unliebe krasser
Noch krasser wie Güllegas

Führt sie Kapital und Arbeit
An den Verhandlungstisch
Daß endlich sich in die Arme

Fallen Fleisch und Fisch

Reicht uns die Zeitenwende
Den gedeckten Euroscheck
Oder macht sie uns mit Kurseinbrüchen
Und Karzinomen einen ganz schönen
Schreck

Ist sie der Auftakt zur Entblößung
Der Titten der Lottofee
Und zu noch keckerem Springen
In noch karierterm Karree

Ist sie Seufzenden eine Brücke
Übern River namens Jammertal
Oder beläßt sie sie uferdiesseits
In der Quellekatalogauswahlqual

Hat sie im Rucksack ein laues Lüftchen
Und mehr Bussis als wie Pengpeng
Und immerwährenden Treibstoff
Aus nachwachsendem Ginseng

Ist sie der Aufbruch in ein Dasein
Wo der Mensch zum Beispiel Rolf
Dem Menschen zum Beispiel Helga
Ein Wohlthäter ist statt ein Wolf

Oder bringt sie was uns »bis da!« steht
Stau Sportschau Johannes Rau
Und noch resistentere Viren
Als wie Stoiber und HIV

Schmeckt die Zeitenwende scheiße
Oder wie Ricola Kräuterbonbon
Dies frage ich dich Tochter Zions
Und dich lieber Schwiegersohn

Konkret 02/99, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Mohammed Chatami, Präsident der islamischen Republik Iran, schreibt zu Weihnachten an seinen deutschen Kollegen Roman Herzog:

Zur gesegneten Geburt des hochangesehenen Propheten Jesus Christus, Geist und Wort Gottes, übermittle ich Ihnen, der deutschen Regierung und dem deutschen Volk meine besten Glückwünsche.

Was für ein Idiot. Leider darf man das nicht laut sagen, weil das geistliche Oberhaupt, so eine Art Wojtyla mit Falafel, sonst den heiligen Dschihadschi über einen verhängt, und das ist der Gesundheit ziemlich abträglich.

Peter Boenisch, der große alte Steuerhinterzieher des deutschen Journalismus, hat einen täterspezifischen Alptraum:

Man stelle sich vor, am Ende des Kalten Krieges hätte die DDR triumphiert. Von Schröder bis Kohl, von Augstein bis zur Gräfin Dönhoff säßen alle im Zuchthaus Bautzen. Und Häftling Biermann würde beim Rundgang singen.

Die Vorstellung gefällt. Besonders die Schlußapotheose mit ihrer Strafverschärfung für Augstein, der, sich nach einer ganz anderen Gräfin verzehrend, von früh bis spät statt deren *Dove sono i bei momenti* nichts als *Ach, lieber Gott, laß du den Kommunismus siegen* (und all die andern *giuaramenti di quel labbro menzogner)* ins Ohr geschrummt kriegt. Viel gibt es nicht, was einen mehr bedauern läßt, daß die DDR am Ende des Kalten Krieges nicht triumphiert hat.

Ein Paul C. Martin, in der Chefredaktion der »Bild«-Zeitung als Experte für Volkswirtschaft beschäftigt, ist einer der größten Bescheidwisser:

Für 1999 sagen Experten eine Abschwächung voraus: Viele Arbeitslose, schwacher Export. Es soll mau werden,

wenn nicht gar mau zedong, wie die Wissenschaftler in ihrem Fachchinesisch gern sagen. Experte Martin aber weiß nicht nur, wie es kommen wird, sondern auch, was man dagegen tun kann:

Aber wo steht geschrieben, daß Experten immer recht behalten? Gegenhalten und dranbleiben heißt das Gebot der Stunde.

Denn was lehrt uns die Nationalökonomie für den Fall, daß die Arbeitslosigkeit steigt und der Export zurückgeht? Ärmel aufkrempeln, zupacken, aufbauen! Aus kontrollierter Defensive angreifen. Gürtel enger schnallen. Nippel durch die Lasche ziehen.

Ein Lothar Loewe ist am selben Ort der Experte für Slawen und andere Tiere:

Der russische Bär, seit Jahren schwer angeschlagen, will wieder seine Tatzen schwingen.

Was tun? Honig ums Maul schmieren. Ring durch die Nase ziehen. Ausstopfen.

Nachrichten gehen dort jetzt so: Ein Politiker der BRD hat vorgeschlagen, die Strafverfolgung von Politikern der DDR einzustellen und bereits verhängte Strafen aufzuheben. Die Nachricht davon trägt die Überschrift:

PDS-Bisky fordert Amnestie für DDR-Bonzen

Und beginnt mit dem Satz:

PDS-Chef Lothar Bisky hat eine generelle Amnestie für verurteilte DDR-Bonzen gefordert.

Es gab eine Zeit, da wurde erst gemeldet und dann gemeint. Heute macht die Meinung über die Meldung die Meldung aus. Aber auch daran könnte man sich gewöhnen, dürfte man hoffen, die größte Zeitung der westlichen Welt würde zu Weihnachten melden, was der Roman Herzog gesagt hat – »in der alljährlichen Ansprache des Bundespräsidenten an den deutschen Mob«.

Warum einer Chefredakteur wird und andere nicht? Unter Blinden, heißt es, sei der Einäugige König, aber hier gilt das Gegenteil: daß unter den Einäugigen der Blinde König ist. Was alle Redakteure nicht können, nämlich schreiben, können manche noch weniger, und die müssen bei Strafe der Versetzung ins Fahrerlager ihr ganzes Geschick daran wenden, in Positionen zu kommen, wo man zu planen, zu organisieren, zu loben, zu bemängeln, zu intrigieren und anzugeben, kurzum alles zu tun hat, nur nicht zu schreiben. In den Chefredaktionen der bürgerlichen Magazine und Wochenzeitungen ist der

Typus längst vorherrschend, und wie nahe es mit all seinem Trachten und Betrachten seinem Ziel, endlich dazuzugehören, doch schon ist, tut das »Neue Deutschland« kund, wenn sein Chefredakteur Reiner Oschmann in die Tasten greift:

Die Union steht im Begriff, nach der Wahlniederlage vom September eine Pleite im Januar einzufahren

bzw. zu erringen oder auch einzuheimsen.

Dabei sollte die Kampagne nach eigenem Kalkül

Wir rechnen aus? Wir backen ein:

die Hefe für neuen Wählerzuwachs werden. Schäuble wird die Unterschriftensammlung für einen strategischen Schachzug

auf dem Kuchenblech, f7-g8 und backmatt

gehalten haben. Und a priori ist die Annahme leider nicht abwegig, daß viele Wähler in der Einsamkeit der Wahlkabine ihre Stimme einer »Volks«partei geben könnten, die sich entschlossen hat, das völkische Spiel mit dem Feuer der Fremdenfurcht zum großen Thema zu machen.

Und erst a posteriori:

Ebenso besorgniserregend ist, daß der Wagenburgstil der Debatte auf Emotionen zielt. Das Ermutigende wiederum besteht darin, daß sich die Regierung bislang nicht beirren läßt, das Staatsangehörigkeitsrecht zu entstauben. So lassen sich zwei Entwicklungen denken: das Abblasen

aber hallo, kommt jetzt, nach Schach und Back auf der entstaubten Wagenburg, der Clinton von Bonn ins Spiel mit dem Feuer? Keine Anzüglichkeiten! Was hier erregt wird, ist nur Besorgnis:

der CDU-Unterschriftenaktion und – für diesen wie für den Fall der Beibehaltung des Kreuzzugs über die Stammtische – eine Schwächung von Schäubles Stellung.

Wie geschrieben für die »Woche«. Pech für Oschmann, daß dort, wo schon so manchem Kreuzzug über die Stammtische das Spiel mit dem Feuer angesagt worden ist, schon »Oschos« siamesischer Stiefzwilling »Bissi« sitzt.

Vielleicht habe ich immer den Falschen gehauen. Vielleicht war’s ja immer nur der, dessen Inkognito die »Tageszeitung« nun lüftet:

Frank Herterich, politischer Berater von Daniel Cohn-Bendit.

Der erzählt all die Sachen, die man immer nur unter dem anderen Namen gelesen hatte: von der

rückwärtsgewandten Nettozahlerdiskussion,

und daß man sich

nicht in neuerliche Verhandlungen und Abstimmungen verstricken

solle, sondern

das Momentum des Beispiels des Euro nutzen,

denn es sei anders gekommen,

als die Stammtischauguren wahrhaben wollten ... Die Zukunft liegt in Europa,

und alle, die in Europa liegen, sollen, Botsblitz!, aufstehn, denn

Europa braucht eine Reformpolitik mit Leidenschaft und Augenmaß,

wie Herterichs Chef Politikberatung. Von einem Labersack. Mit Hühneraugenmaß. Und also cohngenial.

Ein Kollege Herterichs, der aber statt eines speziellen Abgeordneten die ganze grüne Partei berät, erklärt seinen Freunden die Chinapolitik an einem Bild:

Ein Konfrontationskurs und der Versuch, China unter den Senkel zu stellen, (könnten) die Gefahr vergrößern, daß dieses schwächer werdende Regime

sein Licht auf jenen Bottich stellt, der Scheffel heißt und mit dem der Verfasser den Senkel verwechselt hat, der ein Senkblei ist und das Lot bedeutet, in das man einen bringt, dem man am liebsten ein paar hinter die Leviten gäbe, wie es in der Sprache jener Achtundsechziger heißt, deren Deutschkenntnisse die Ruine bilden, die von der verschwundenen Pracht ihres Internationalismus zeugt. Autor des Zitierten ist der laut Impressum »im Sinne des Presserechts Verantwortliche«, Schmierer. (Achtung! Satz nicht zum mündlichen Vortrag geeignet!)